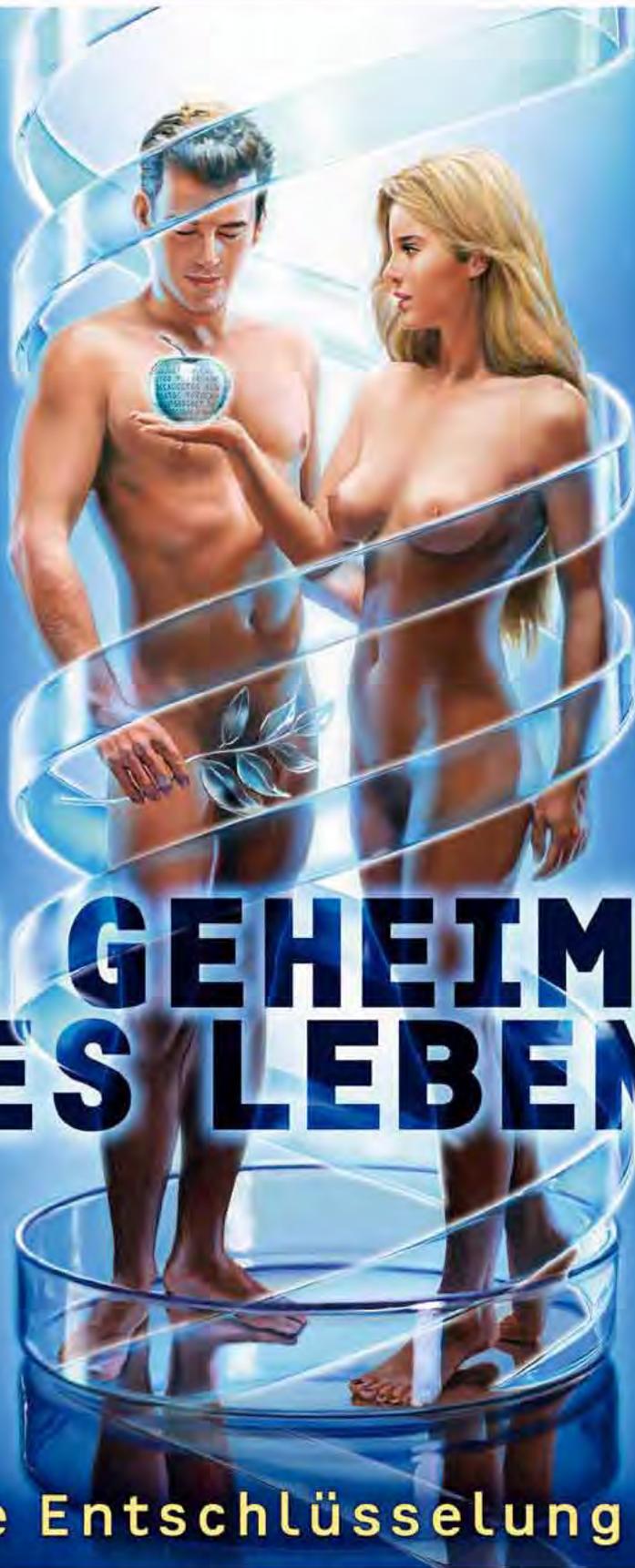




**Nordkorea:  
Die zweite Front**



## DAS GEHEIMNIS DES LEBENS

**50 Jahre Entschlüsselung der DNS**

Japanisch Popmusik Ko 140,-  
USA, US \$ 4,50  
PRINTED IN GERMANY  
Schweden 14,-  
Slovenien 301 000,-  
Spanien / Katalun 4,-  
Korea (Süd) 1000,-  
Norwegen 30,-  
Polen (ISSN 0007-4523) 21 10,-  
Portugal / Freiburg 4,-  
Hongkong 4,-  
Italien 4,-  
Japan (ISSN 0007-4523) 21 10,-  
Korea (Süd) 1000,-  
Finnland 5,-  
Frankreich 3,-  
Griechenland 4,-  
Australien 2,95,-  
Brasilien (ISSN 0007-4523) 21 10,-  
Dänemark 4,-  
Österreich 3,20  
Schweiz Sfr 5,30

Werbeseite

Werbeseite

Hausmitteilung

24. Februar 2003

Betr.: Titel, Nordkorea, CSU

Von Chemie hatte er wenig Ahnung, von Kristallografie verstand er fast nichts – und doch gelang James Watson die wohl bedeutendste biochemische Entdeckung des 20. Jahrhunderts: Gemeinsam mit Francis Crick entschlüsselte er die Struktur des Erbmoleküls DNS und enthüllte damit das zentrale Geheimnis allen Lebens. Stets wurde der meist unverständlich nuschelnde Kauz unterschätzt. Die Entdeckung der Doppelhelix blieb nicht sein einziger Erfolg:



Grolle, Fischer, Watson

Er reüssierte auch als Schriftsteller, als Manager, als Wissenschaftsvisionär. „Ihn zeichnet wohl aus, von einem einmal angestrebten Ziel nicht mehr abzulassen“, sagt SPIEGEL-Redakteur Johann Grolle, 41, der in New York gemeinsam mit Watson-Biograf Ernst Peter Fischer, 56, den Genforscher über jenen Moment der Erkenntnis befragte, der ihn berühmt gemacht hat (Seite 171).

Wie eine Zeitreise kam SPIEGEL-Autor Erich Follath, 54, sein Sieben-Tage-Trip durch Nordkorea vor. Ein bisschen DDR („Was wünschen Sie als Sättigungsbeilage?“, fragte die dolmetschende staatliche Begleiterin) – und viel Stalinismus pur, mit Personenkult, Massenkundgebungen und gleichgeschalteter Presse. Follath konnte Politiker sprechen, quer durch das abgeschottete Land reisen; er sah die waffenstarrende Grenze zu Südkorea, brachliegende Hafenstädte wie Nampo und verarmte, unter der Energienot bitter leidende Bauerndörfer im Landesinnern. „Natürlich wusste die Führung immer, wo ich war“, sagt der SPIEGEL-Mann. „Nur am letzten Tag verfuhrten sich meine Begleiter in den Bergen so, dass wir mitten in eine Militärübung gerieten, was zu einer kurzen, unangenehmen Konfrontation führte.“ Follaths Fazit: „Gerade weil die Nordkoreaner, ihre politische Führung eingeschlossen, so wenig von der Welt wissen und ihre Situation so grotesk falsch einschätzen, könnte sich die militärische Konfrontation mit den USA selbständigen – nichts ist gefährlicher als ein Hungerstaat mit Atomwaffen“ (Seite 126).



Follath, nordkoreanischer Soldat

In der CSU tobt ein Lagerkampf – vor allem der Parteinachwuchs versucht sich für die Nach-Stoiber-Ära schon heute in Stellung zu bringen. Als die SPIEGEL-Redakteurinnen Cordula Meyer, 31, und Conny Neumann, 41, merkwürdigen Vorgängen bei Ortsverbandswahlen in München nachgingen, stießen sie auf Manipulationen durch Gefolgsleute der Jungen Union. „Auf Nachfragen reagierten die Jungpolitiker extrem aggressiv“, so Neumann. Doch weil auch die Organisatoren der Mauseheleien mittlerweile zerstritten sind, gelangten aussagekräftige Dokumente zum SPIEGEL. Die zeigen: Um Ortsverbände zu unterwandern, waren einige Neumitglieder offenbar für ihren Parteibeitritt bezahlt worden, andere wussten gar nichts von ihrer Mitgliedschaft – die Aufnahmeanträge waren gefälscht. „Diese Leute fielen geradezu aus allen Wolken“, so Meyer, „manche von ihnen sind ausgesprochene CSU-Gegner“ (Seite 38).

Die nächste SPIEGEL-Ausgabe wird wegen des Rosenmontags bereits am Samstag, dem 1. März, verkauft und den Abonnenten zugestellt.

Werbeseite

Werbeseite



**Titel**  
 Jahrhundert-Entdeckung Doppelhelix – wie Forscher die Sprache des Lebens entschlüsselten ..... 160  
 SPIEGEL-Gespräch mit dem Genpionier James Watson über den Moment, der ihn berühmt machte ..... 171

**Deutschland**  
**Panorama:** Dioxin-Betriebe waren mit Qualitätssiegel ausgezeichnet / Union verabschiedet sich vom Familiengeld ..... 17  
**Justiz:** Dürfen Polizisten im Notfall Verdächtige foltern, um Opfer zu retten? ..... 22  
 Der Frankfurter Polizeivize Wolfgang Daschner über seine Anweisung, dem mutmaßlichen Kindesentführer Magnus G. Gewalt anzudrohen ... 24  
**Union:** Angela Merkels heikle Annäherung an den Kriegskurs der USA ..... 27  
**Sozialstaat:** Radikale Kostendämpfung in der Krankenversicherung? ..... 30  
**Hauptstadt:** Spar-Modell für Berliner Flughäfen ..... 34  
**Affären:** CSU-Funktionäre sollen Wählerstimmen gekauft haben ..... 38  
**Immigranten:** Integrationsprobleme bei Spätaussiedlern ..... 40  
**Irak-Krise:** Die Hamburger Kontakte von Saddam Husseins Chefunterhändler Amir al-Saadi ..... 44  
 Amerikaner werben in Deutschland Exil-Iraker für einen Krieg ..... 46  
**Zeitgeschichte:** Wie die Gestapo auf die Spur der „Weißen Rose“ kam ..... 48  
**Kommunen:** Riskante Milliardenengeschäfte mit US-Investoren ..... 55

**Gesellschaft**  
**Szene:** Maß-Schuster Vito Artioli über seine Kunden George W. Bush und Saddam Hussein / Boom des schweißtreibenden Bikram-Yoga ..... 61  
 Fegen statt lernen – ein ukrainischer Junge verklagt seine Schule ..... 62  
**Verbrechen:** Vom Aushilfskellner zum eifrigsten Kunsträuber aller Zeiten ..... 64  
**Ortstermin:** Ein Besuch in Bullenhausen, der Heimat von Inge Meysel ..... 76

**Wirtschaft**  
**Trends:** Breuers flotte Sprüche / Schröder hilft Kommunen / Wer verriet den DaimlerChrysler-Deal? ..... 79  
**Geld:** Brauerei-Aktien unter Druck / Berater haften bei Fondspolizen ..... 81  
**Affären:** Worum es im Fall Mannesmann wirklich geht ..... 82  
**Mobilfunk:** Microsoft drängt ins Handy-Geschäft ..... 86  
**Allianz:** Fehlentscheidungen führten zum Aus für die Advance Bank ..... 90  
**Sozialversicherung:** Riester-Rente reißt neue Löcher in die Kassen ..... 92  
**Minister:** Hans Eichel und die Lüge ..... 93

**Medien**  
**Trends:** Geldbuße im Fall Haffa? / „Starmania“ in Austria ..... 95  
**Fernsehen:** Vorschau / Rückblick ..... 96  
**Konzerne:** Matriarchat in Gütersloh ..... 100  
**Unterhaltung:** Kommissarinnen triumphieren im TV-Krimi ..... 104

**Ausland**  
**Panorama:** Geld aus Rüstungsgeschäften für Putins Wahlkampf / U-Bahn-Katastrophe schockiert Südkorea ..... 107  
**Irak/Uno:** Furioser Auftritt des Alteuropäers Jacques Chirac ..... 110  
**Ägypten:** Interview mit Präsident Husni Mubarak über die zwiespältige Solidarität der Araber mit Bagdad ..... 112

## Ein bisschen Folter?

Seiten 22, 24



Das Eingeständnis des Frankfurter Polizeivize Wolfgang Daschner, dem mutmaßlichen Kindesmörder Magnus G. Gewalt angedroht zu haben, hat in Justiz und Politik einen erbitterten Streit ausgelöst, der an den Grundfesten des Rechtsstaats rüttelt. Der Vorsitzende des Deutschen Richterbunds zeigt überraschend Verständnis, Innenminister Schily mahnt hingegen, wenn es um Folter gehe, dürfe es „kein Wackeln“ geben.

Schily, Festgenommener Magnus G.

## Schluss mit der Vollkasko-Medizin

Seite 30

Von der Wirtschaft gedrängt, will der Kanzler nun mit der Gesundheitsreform ernst machen. Gerhard Schröder kündigt das Ende des „allgegenwärtigen Wohlfahrtsstaats“ an. Kosten senkender Wettbewerb zwischen Ärzten, Kliniken und Kassen sowie private Zusatz-Pflichtversicherungen sollen die Arbeitgeber entlasten.

## Kultur-Revolution bei Bertelsmann

Seite 100



Seit Bertelsmann-Patriarch Reinhard Mohn, 81, seine Frau Liz als Nachfolgerin inthronisierte, liegen in Gütersloh die Nerven blank: verstörte Manager, ein renitenter Aufsichtsratschef und mittendrin eine Eignerfamilie, die den Kulturkampf schon klar für sich entschied, bevor er überhaupt beginnen konnte. Nun sind alle um Schadensbegrenzung bemüht.

Brigitte, Liz und Christoph Mohn

## Rio im Karnevalstaumel

Seite 134

Heiße Rhythmen, scharfe Kurven und religiöses Brimborium: Rio rüstet sich für das alljährliche Karnevalsspektakel. Doch in Zeiten eines drohenden Irak-Kriegs liegt über dem Zirkus der Eitelkeiten auch Nachdenkliches. Anders als in den Jahren zuvor bieten die Samba-Schulen nicht nur Inszenierung und Show. Sie entdecken bei der gnadenlosen Fleischschau ihr Herz für die Armen, die Elenden.



Karnevalstänzerin



Friedensmarsch in Berlin, Uno-Inspektoren bei Bagdad, US-Politiker Rumsfeld



FABRIZIO BENSCH / REUTERS (L.); AHMAD AL-RUBAYE / DPA (O.); FRANCO DEBERNARDI / AP (U.)

**USA:** Wie Verteidigungsminister Donald Rumsfeld zur Reizfigur der Kriegsgegner wurde ..... 114

**Abrüstung:** SPIEGEL-Gespräch mit Waffeninspektor Mohamed El Baradei über den Irak, Nordkorea und die Gefahr eines weltweiten nuklearen Wettrüstens ..... 118

**Türkei:** Milliardenpoker um US-Durchmarschrechte ..... 120

**Nordkorea:** Im Schattenreich des „Geliebten Führers“ ..... 126

**Brasilien:** Soziale Anklagen im Karneval von Rio ..... 134

**Kultur**

**Szene:** Das Filmmusical „Chicago“ – 13-mal für den Oscar nominiert / Hamburgs Kultursenatorin Horáková über die Resignation von Opernchef Metzmacher ..... 141

**Debatte:** Liedermacher Wolf Biermann über das „einig Volk von Hurra-Pazifisten“ ..... 144

**Film:** Jack Nicholson brilliert in „About Schmidt“ als galliger Rentner ..... 148

**Literatur:** Die Israelin Batya Gur und ihr erfolgreicher Krimi „Denn die Seele ist in deiner Hand“ ..... 150

**Bestseller** ..... 151

**Denker:** SPIEGEL-Gespräch mit dem Philosophen Odo Marquard über die deutsche Sehnsucht nach dem Außergewöhnlichen ..... 152

**Antike:** Ehrenrettung für den „irren“ römischen Kaiser Caligula ..... 155

**Wissenschaft · Technik**

**Prisma:** Bescheidenes Leben an Fürstenthöfen / Weißwale als Hilfswissenschaftler ..... 157

**Bautechnik:** Wie Restauratoren mit raffinierter Handwerkskunst die Kirchenruinen im Osten retten ..... 174

**Medizin:** Millionen Deutsche wissen nicht, dass sie zuckerkrank sind ..... 176

**Krankenhäuser:** Wie lange dürfen Krankenhausärzte arbeiten? ..... 178

**Sport**

**Fußball:** Empörung über Bayern Münchens heimliche Geschäfte mit der Kirch-Gruppe ..... 180

**Biografien:** Wie die US-Athleten Joe Louis und Jesse Owens zu ihrem Saubermann-Image kamen ..... 183

**Briefe** ..... 8

**Impressum** ..... 184

**Leserservice** ..... 184

**Chronik** ..... 185

**Register** ..... 186

**Personalien** ..... 188

**Hohlspiegel/Rückspiegel** ..... 190

TITELBILD: Illustration Jean-Pierre Kunkel für den SPIEGEL

## Chiracs Mission

Seiten 110 bis 118

Krieg oder Frieden? Für Frankreichs Präsidenten Jacques Chirac ist der Widerstand gegen Washingtons Irak-Kurs eine historische Mission, US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld sieht darin einen Beweis für die Engstirnigkeit des „alten Europa“. Waffenkontrolleur Mohamed El Baradei setzt auf eine Verlängerung der Uno-Inspektionen, während Ägyptens Präsident Husni Mubarak vor den Folgen eines US-Alleingangs warnt: „Dann wird der Terror fürchterliche Formen annehmen.“

## Empörte Kicker

Seite 180

Ein lange verschwiegener Sondervertrag machte Deutschlands Vorzeigeklub Bayern München zum bezahlten Lobbyisten der inzwischen insolventen Kirch-Gruppe. Die Fußball-Bundesliga ist empört – und in Sorge vor Konsequenzen aus Brüssel.

TV-Kamera im Münchner Olympiastadion



ULRIKE VON KEUSLER / DPA

## Sucht nach Kunst

Seite 64

In knapp sieben Jahren stahl der Elsässer Aushilfsskellner Stéphane Breitwieser 239 Kunstwerke aus den Museen Europas. Beim Prozess in der Schweiz schätzten Experten ihren Wert auf mindestens 20 Millionen Euro. Doch Breitwieser hat seine Beute nie verkauft – er war süchtig nach Kunst.

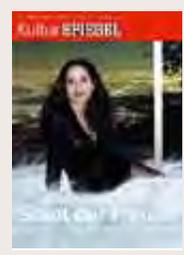
Breitwieser, Cranach-Gemälde



SANDRO CAMPARDO / AFP DPA (L.); AFP (R.)

## Machtwechsel

Die neue Führungselite: Frauen übernehmen Spitzenjobs in Hollywood. Außerdem im KulturSPIEGEL, dem Magazin für Abonnenten: deutsch-britische Kulturdifferenzen; die Literatur der Rezession.





SPIEGEL-Titel 8/2003

„Der amerikanische puritanische Protestantismus mit seinen vielen eifernden Sekten hat durchaus Ähnlichkeit mit den fundamentalistischen selbstgerechten Strömungen im Islam.“

Georg M. Fidel aus Marktredwitz in Bayern zum Titel „In göttlicher Mission“ – Der Kreuzzug des George W. Bush“

### Unglaubliche Anmaßung

Nr. 8/2003, Titel: „In göttlicher Mission“ – Der Kreuzzug des George W. Bush

Das bigotte Auftreten des Kriegsherrn Bush und seiner Paladine ist abstoßend. Da wird in aller Öffentlichkeit heuchlerisch zu Gott gebetet und gleichzeitig ein Krieg vorbereitet, der Hunderttausende Menschen das Leben kosten kann.

KÖLN PAUL HÄUSER

Dem Präsidenten der Vereinigten Staaten wünsche ich eine Vision direkt von Gott, in welcher er erkennt, dass „Krieg gegen das Böse“ nicht zum Frieden führt, sondern nur eine „Speisung der sechs Milliarden“, also globaler Kampf gegen die Armut.

TÜBINGEN VOLKER SCHNERRING

George W. Bush nimmt sich jedes Recht, das er haben will. Diejenigen, die nicht mit ihm in einem Boot sitzen, sind Feinde, Gegenspieler, Verräter. Die mächtigste Person im mächtigsten Land der Welt ist nicht in der Lage, andere Meinungen zu akzeptieren. Diese werden mit wirtschaftlichen Sanktionen geahndet.

LÜBECK CHRISTIAN KREUDER-SONNEN

Gelebte Nächstenliebe und Gastfreundschaft durfte ich bei meiner amerikanischen Gastfamilie erleben. Was gibt uns das Recht, den Glauben anderer abzuwerten? Auch wenn wir nicht alles nachvollziehen können und in der Irak-Frage zu anderen Antworten kommen, so sollten wir doch fair bleiben und die oft geforderte Toleranz auch einmal erweisen.

SCHWALMSTADT (HESSEN) THORSTEN-M. KIRSCHNER

Wo im November 2002 wirtschaftlich und kontaktmäßig noch ohne größere Probleme alles funktionierte, läuft spätestens seit der undiplomatischen Friedensinitiative des

Kanzlers wirtschaftlich nichts mehr mit den USA. Unternehmen, mit denen wir in engem Geschäftskontakt stehen, werden zum Teil nicht mehr mit Waren aus den USA beliefert. So ergeben sich aus einer Friedensinitiative des Kanzlers für mittelständische Unternehmen Umsatzverluste, die sich im sechsstelligen Bereich bewegen und somit existenzbedrohende Ausmaße annehmen.

WEISSENBRUNN (BAYERN) MARCUS DE WINTER



US-Prediger Billy Graham vor Gläubigen: Bigotte Selbstgerechtigkeit?

Die Ratschläge Gottes zu kennen, wie George W. Bush es zu glauben scheint, und dazu die militärische Macht zu besitzen, diese auch umzusetzen, ist für mich als Christen eine unglaubliche Anmaßung und Ignoranz. Fanatismus und Größenwahn sind immer schlechte Ratgeber, und die

Vergangenheit lehrte uns mehr als einmal deren verheerende Auswirkungen! So wünsche ich der Bush-Administration noch rechtzeitig diese Einsicht, denn wer die Bibel kennt, weiß auch: „Wer sich selbst erhöht, wird erniedrigt.“

HEIMBOLDSHAUSEN (HESSEN) KLAUS H. FISCHER

Es ist noch nicht lange her, dass sich der Papst vor der Weltöffentlichkeit für das Unrecht an „Andersgläubigen“ unter dem Gleichnis des Kreuzes entschuldigt hat. Möge George W. Bush nie in die gleiche Situation kommen, sich einmal vor der Weltöffentlichkeit entschuldigen zu müssen.

HERZBERG AM HARZ WOLFGANG JÖRGENS

Zur Abrundung des Charakterbildes von Bush gehört, dass er auch noch ein Narziss ist. Er ist verliebt in seine Rolle als „The Great Wartime Leader“, „Commander in Chief“, „The Revenger“ – der Rächer, der jenen Mann hetzt, der seinen Daddy hat umbringen wollen. Eine Art Vendetta. So viel Irrationalität beim mächtigsten Mann der Welt ist wirklich Besorgnis erregend.

PFINZTAL (BAD.-WÜRTT.) PROF. LÁSZLÓ TRUNKÓ

Es liegt eine enorme Gefahr in der bigotten Selbstgerechtigkeit der US-amerikanischen Führung – nicht erst seit Bush. Von dem Mythos der „unbegrenzten Freiheit“ bleibt bei nüchterner Betrachtung der US-Wirklichkeit leider nur ein erbärmlicher Rest zurück.

GUMMERSBACH (NRDRH.-WESTF.) F. L. WINKELHOCH

Bush hat etwas, was Schröder – leider – fehlt: klare Überzeugungen und Prinzipien. Dabei handelt es sich um das Beste, was unsere Zivilisation zu bieten hat, die Nächstenliebe und den Gedanken der Freiheit.

DRESDEN MAXIMILIAN KRAH

Man sollte auch daran erinnern, dass zugleich das Friedenszeugnis der Kirchen massiv zugenommen hat. Die 20000 der Leipziger Montagsdemo vom 17. Februar 2003 begannen – wieder! wie 1989! – in der Nikolaikirche! Die Unzähligen, die am vorvergangenen Wochenende weltweit auf die



Titel: Montan-Präsident Jean Monnet

### Vor 50 Jahren

DER SPIEGEL VOM 25. Februar 1953

**Sozialdemokratie löst sich in ihrer Programmdiskussion vom Sozialismus à la Marx** Die SPD kann „kein Gralshüter überholter Lehren sein“. **Die neutrale portugiesische Enklave Macau ist Verhandlungsort zur Beilegung des Korea-Konflikts** Wie kann der Austausch der Kriegsgefangenen organisiert werden? **Aufbruch bei der dänischen Armee** Gegen die Wehrdienstverlängerung. **Ärger um die Planung der Olympischen Spiele in Australien 1956** Wer finanziert Melbourne's Olympiastadion?

Diese Artikel sind im Internet abzurufen unter [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) oder im Original-Heft unter Tel. 08106-6604 zu erwerben.



Werbeseite

Werbeseite



Straßen gingen, hatten doch wohl auch biblisch begründete Motive. Und: Die offiziellen Kirchen schweigen nicht – sowohl die Landeskirchen der EKD als auch Präses Manfred Kock und andere namhafte Vertreter haben sehr deutlich ihre Botschaften gesagt.

CHEMNITZ

KARL-HEINZ KLEVE

Sie werten den Einfluss der Kirchen, die sich gegen den Krieg wenden, zu gering. Die evangelisch-methodistische Kirche in den USA zählt fast 8,5

Millionen erwachsene Mitglieder und etwa 3 Millionen weitere Angehörige; sie verzeichnet einen Gottesdienstbesuch von durchschnittlich 3,5 Millionen Menschen pro Jahr. Die Zahl ist in den vergangenen Jahren sogar noch gewachsen – und dies, obwohl diese Kirche seit vielen Jahren Krieg als Instrument der Politik verwirft und diese Position auch im Irak-Konflikt vertritt.

FRANKFURT A. M. PASTOR GÜNTER WINKMANN  
KIRCHENKANZLEI, EVANG.-METHODIST. KIRCHE

Dass Bush religiösen Eifer besitzt, ist bekannt. Aber wer die pseudo-religiös eifernden Berliner Friedensdemonstranten mit ihren teilweise üblen antisemitischen, rassistischen und plump antiamerikanischen Parolen erlebt hat, muss Bush nicht mögen, um ihn davor in Schutz zu nehmen.

BERLIN

JÖRG WEIDLICH

Nicht zu fassen! Gutmenschen aller Länder gehen zu Hunderttausenden auf die Straße und halten den blutrünstigsten lebenden Despoten an der Macht.

FRANKFURT AM MAIN

JOACHIM F. GRÜNER

Auch wenn Sie es nicht hören wollen, Amerika ist und bleibt der Garant für Sicherheit und Freiheit in dieser unsicheren Welt. Daran ändern auch einseitige Demonstrationen, eine vergiftete öffentliche Meinung und ein plumper Antiamerikanismus nichts.

NÜRNBERG

MAIK G. SEEWALD

Ein Krieg ist nicht gerechtfertigt: Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wäre in mehrfacher Weise verletzt, die Vereinten Nationen durch Instrumentalisierung beschädigt, die regionalen Problemstrukturen verschärft, die internationale Koalition gegen den Terrorismus bedroht. Nach dem jetzigen Stand wäre ein Krieg gegen den Irak deshalb in erster Linie ein von der dominierenden Gruppe innerhalb der gegenwärtigen US-Administration gewollter Prestige- und Hegemonialkrieg: Dieser Administration geht es um einen Regimewechsel, um Öl, um geostrategische Vor-



Ehepaar Bush beim Gebet: Klare Überzeugungen?

herrschaft, vorrangig aber um eine Demonstration ihrer militärischen Stärke.

MÜNCHEN

PROF. DR. MICHAEL STAACK  
UNIVERSITÄT DER BUNDESWEHR

Wenn Bush gern Bibelstellen zitiert, sollte er auch daran denken: „Denn sie säen Wind, und sie ernten Sturm“

UNTERENSINGEN (BAD.-WÜRTT.)

UDO SCHULZ

Muss nicht endlich einmal gesagt werden, dass Kanzler Schröder uns Deutsche bisher staatsmännisch vorbildlich aus dem drohenden Krieg herausgehalten hat? Ja, dass er sogar seinem französischen Amtskollegen – wie vice versa – einen Dienst erweist?

BASEL

ROLF HOCHHUTH  
SCHRIFTSTELLER

Zurzeit bewegt sich die Menschheit offenbar mit Riesenschritten ins Mittelalter oder in die Epoche der nachfolgenden Religionskriege zurück. Sukzessive gewinnen diejenigen die Oberhand, denen das Projekt der europäischen Aufklärung und ihrer „voraussetzungslosen“ rationalen Diskurskultur schon immer zu anspruchsvoll war.

SINSHEIM (BAD.-WÜRTT.)

DR. LUTZ BALLWEG

## In hohem Maße geholfen

Nr. 6/2003, Ahnen: Donald Rumsfelds deutsche Wurzeln

US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hat schon seit langem nicht nur ein starkes Interesse an seinen familiären Wurzeln, sondern auch allgemein an Deutschland. Von 1983 bis 1986 zum Beispiel war er Beiratsvorsitzender des privat finanzierten „American Institute for Contemporary German Studies“ (AICGS), einem führenden Forschungsinstitut in Washington. Als Vorsitzender hat er in hohem Maße geholfen, Gelder für AICGS zu beschaffen, und sich dort aktiv engagiert.

CHEVY CHASE (USA) ROBERT GERALD LIVINGSTON  
EHEMALIGER DIREKTOR DES  
AMERICAN INSTITUTE F. CONTEMPORARY STUDIES

## Blamables Eingeständnis

Nr. 7/2003, Tourismus: Falle für Türkei-Urlauber

Die Reisebüros müssten deutlicher auf die Möglichkeit derartiger „Urlaubsverlängerungen“ hinweisen. Ich weiß von Fällen, in denen Urlauber nur mal in ein anderes Hotel „reinschauen“ wollten und zwei Tage eingekerkert wurden. Das nennt man die hohe Kunst, das türkische Gehalt aufzubessern.

WURMANNSQUICK (BAYERN) ALFRED GERGMAIER

Sie schreiben über einen türkischen Paragrafen, der – und das müssen Sie zugeben – nachvollziehbar ist. Stellen wir uns doch vor, in 1000 oder 2000 Jahren, wenn Berlin vielleicht eine antike Stadt sein wird, kommt eine Hand voll türkischer Archäologen und findet das Brandenburger Tor. „Nun“, kann man sagen, „was man findet, darf man behalten!“ und es kurzerhand in ein türkisches Museum bringen. Wäre es nicht für jeden deutschen Politiker ein Muss, sein kulturelles Erbgut zu schützen?

BERLIN MEHMET ÖZDEM CAKI



MOLLENHAUER / MAURITIUS

### Celsus-Bibliothek in Ephesos

„Was man findet, darf man behalten“

Die Türkei dürfte erst in die EU, wenn die dortige Regierung endlich sicherstellen kann, dass Demokratie und Toleranz Einzug gehalten haben und Menschenrechte beachtet werden. Die vernachlässigte Selbstkontrolle seines Staatsapparates und Aufsichtspflicht gegenüber seinen willkürlich agierenden Beamten ist keine Entschuldigung, sondern ein blamables Eingeständnis eines Staates, der ohne festen Willen zur Selbstbeteiligung am modernen Staaten- und Wirtschaftsbündnis EU teilnehmen und seine Vorzüge nutzen möchte.

BARMSTEDT (SCHL.-HOLST.) ANDREAS REX

## Gewaltiger Trugschluss

Nr. 7/2003, Tierschutz: Interview mit dem Karlsruher Veterinärdirektor Dirk Stegen über Schächt-Anträge

Dieses Interview zeigt einmal mehr, wie wichtig es ist, Tierschutz konkret durchzusetzen. Unter dem Deckmantel der Reli-

gionsfreiheit geschahen und geschehen Grausamkeiten an wehrlosen Tieren – grundlos und aus ethisch-verantwortungsvoller Sicht niemals nachvollziehbar.

MÜNCHEN SABINE BECKER

Gefragt werden muss, was denn immer noch so viele Muslime zum Opferfest hinter die Ställe der Schäfer treibt und warum sich Veterinäre dabei oft nur auf die Fleischbeschau beschränken. Wann endlich gehen die zuständigen Behörden der Frage nach, woher das Halal-Fleisch (auch Mekka-Food genannt) in den türkischen Läden stammt? Muslime kaufen es jedenfalls in der festen Überzeugung, es handele sich um Fleisch von Tieren, die ohne Betäubung getötet wurden.

STELLE (NIEDERS.) ECKARD WENDT  
VORS. D. AG FÜR ARTGERECHTE NUTZTIERHALTUNG

Würden die muslimischen oder auch die jüdischen Verbände beim Thema Schächten derart einseitig argumentieren wie Veterinärdirektor Dirk Stegen, würde man sie zu Recht als unbelehrbare Fundamentalisten bezeichnen. Die Annahme, durch genügend „Rückgrat“ in den Veterinärämtern ließe sich das „Gerangel um betäubungsloses Schächten“ in ein, zwei Jahren erledigen, dürfte sich insofern als gewaltiger Trugschluss erweisen. Wie kommt Stegen darauf, die Veterinäre könnten bei der Erteilung von Schächt-Genehmigungen ausschließlich nach eigenem Gusto vorgehen? Interviews wie diese mit menschenverachtenden Aussagen wie „Die Türken sind durchaus obrigkeitshörige Menschen“ bewirken eher eine Aufschaukelung der Gemüter als den Abbau einseitiger Positionen.

BOCHUM TIM ENGEL

„Zwingende religiöse Gründe“ für das Schächten gibt es nicht. Wie ernst nimmt eigentlich unser Gesetzgeber seine Aufgabe „Tierschutz als Staatsziel“? Soll Tierschutz tatsächlich weiter auf die lange Bank geschoben und der unheilige Krieg der muslimischen Metzger gegen Rinder, Schafe & Co. – je nach Rückgrat der für die Ausnahmegenehmigung zuständigen Veterinärbehörde – fortgeführt werden?

ALGHERO (ITALIEN) SIBYLLE WALTER

Ich finde es gut, dass etwas gegen diese brutale Art der Tötung getan wird. Auch muslimische Metzger sollten sich an die Gesetzgebung halten und einen verantwortungsvollen Umgang mit den Schlachtieren pflegen. Denn wenn schon geschlachtet werden muss, dann bitte für die Tiere am erträglichsten.

MÜNCHEN KARSTEN PIETSCH



Mütter-Genesungskur: Eine Zwei-Klassen-Politik?

### Günstig, transparent und liberal

Nr. 7/2003, Koalition: Gesundheitsministerin Schmidt sucht die Nähe der Union

Von zehn Punkten Ihrer Statistik gehen sechs zu Lasten der Frauen. Diese Leistungstreihungen treffen wieder einmal nur die Schwächsten der Nation: Frauen ohne Lobby. Gespart wird am Mutterchaftsgeld, an der Empfängnisverhütung, Mütterkuren, Krankengeld bei Erkrankungen von Kindern, Entbindungsgeld et cetera. Reicht es nicht, dass wir die Mammografie aus eigener Tasche bezahlen müssen? Die allein erziehende Mutter (und deren gibt es viele in Deutschland), die zu Hause von der Leiter fällt oder sich beim Joggen (der aktiven Gesunderhaltung) den Fuß bricht – sie ist das Opfer dieser Sparpolitik. Alkoholiker und Raucher, also vor-sätzliche Gesundheits-schädiger, werden weiterhin wohlwollend auf Kosten der Pflicht-beiträger gehegt und gepflegt. Wahrlich eine Zwei-Klassen-Gesundheitspolitik.

HEILBRONN KATJA GOEGLER

Die Aachenerin Ulla Schmidt hat eigentlich einen Heimvorteil, denn im Nachbarland Belgien hat sich ein Gesundheitssystem bewährt, wie wir es brauchen. Es ist kostengünstig, transparent und liberal. Sozial Schwache brauchen nichts zu zahlen. Möglicherweise hat aber die Grenze Ullas Sicht verstellt, und sie weiß gar nichts davon. So wird auch hier mit viel Aufwand der „Deutsche Weg“ gesucht. Anstatt Kommissionen monatelang arbeiten zu lassen, könnte man doch die Mitglieder des Bundestagsausschusses auf Studienreise ins benachbarte Belgien schicken. Oder ist das Reiseziel etwa nicht exotisch genug?

ALSBACH (HESSEN) HERBERT SCHULTEIS

### Riesige Subventionsmaschine

Nr. 7/2003, Energie:  
Der Wettbewerb auf dem Strommarkt ist tot

In Großbritannien liegt der Quotient der Wechselkunden bei 40 Prozent und in Deutschland bei 4 Prozent. Befragt man deutsche potenzielle Wechselkunden nach dem Warum, erhält man regelmäßig die Antwort, ein Wechsel sei zu kompliziert, zu umständlich und zu langwierig.

BERLIN DR. MARKUS WESSEL

Die saarländische Landesregierung fordert eine gemeinsame Regulierungsbehörde für alle Branchen mit natürlichem Monopolcharakter. Damit wird der Wettbewerb für Verbraucher und Unternehmen verbessert. Das Saarland sieht sich dabei mit der Monopolkommission einig, die im Strom- und Gassektor für den Zugang zum Netz und die Preisfindung verbindlichere Regeln fordert. Bei Post und Telekommunikation gibt es damit gute Erfahrungen.

SAARBRÜCKEN DR. HANSPETER GEORGI  
MINISTER FÜR WIRTSCHAFT DES SAARLANDES

Sie lassen den Hauptgrund für steigende Strompreise völlig außer Acht: die Erhöhungen der Stromsteuer und die Belastungen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Nach Angaben des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) wird für 2003 mit einer Gesamtbelastung von 7,7 Milliarden Euro durch die Stromsteuer gerechnet. Das EEG verursacht nach VDEW-An-



Atomkraftwerk Grafenrheinfeld: Verbindlichere Regeln

gaben Mehrkosten in Höhe von 2,1 Milliarden Euro. Überdies gestaltet sich das EEG zu einer riesigen Subventionsmaschine.

NORDKIRCHEN (NRDRH.-WESTF.) WILFRIED KOSSEK

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt zu veröffentlichen. Die E-Mail-Adresse lautet: leserbriefe@spiegel.de

Eine Teilaufgabe dieser SPIEGEL-Ausgabe enthält einen Postkartenbeihälter der Firma Cosmos, Saarbrücken, und des SPIEGEL-Verlages/Abo, Hamburg. In einer Teilaufgabe befinden sich ein vierseitiger Beihälter der Firma BMW, München, sowie Beilagen der Firmen Gruner + Jahr/GEO, Hamburg, Giordano, D'Alba, Toyota, Köln, AOL Deutschland, Hamburg, und die Beilage SPIEGEL-Verlag/KulturSPIEGEL, Hamburg.



Werbeseite

Werbeseite

FLEISCHSKANDAL

## Gift mit Qualitätssiegel

Anstrengungen der deutschen Lebensmittelwirtschaft, das Vertrauen der Verbraucher in Fleischwaren zurückzugewinnen, werden durch den Skandal um mehr als 2000 Tonnen dioxinverseuchtes Futtermittel in Thüringen zunichte gemacht. Denn mindestens zehn der mit belastetem Tierfutter belieferten Tiermastbetriebe dürfen ihre Produkte mit dem im Herbst vergangenen Jahres eingeführten „QS-Prüfzeichen“ versehen.

Das neue Qualitätssiegel hatten die Verbände der konventionellen Ernährungswirtschaft nach der BSE-Krise und diversen Futtermittelskandalen lanciert. QS steht für „Qualität und Sicherheit“. Das System verspricht eine mehrstufige Kontrolle und lückenlose Dokumentation – vom Landwirt bis zur Fleischtheke.

Vertreter von Mast- und Schlachtbetrieben, die sich der Initiative anschlossen und auf mehr Sicherheit hofften, sind nun entsetzt über den neuerlichen Skandal. „Das System ist krank“, klagt Hans-Jürgen Scheler, Vorstand der Agrar-gossenschaft im thüringischen Schalkau. Er müsse darauf vertrauen können, dass „mein Vorlieferant sicher ist“ – genau



Dioxinbelasteter Futtermittelbetrieb im thüringischen Apolda

das sei jedoch offenbar nicht der Fall gewesen. Die industriekritische Organisation Foodwatch aus Berlin wirft der Futtermittelbranche vor, mit Schlagworten wie Qualität und Sicherheit nur zu werben, statt ihr „Gefahrenbewusstsein“ zu sensibilisieren. So sei beim QS-Siegel ausgerechnet der Deutsche Raiffeisenverband, der 2002 im Zusammenhang mit dem Nitrofen-Skandal in Verruf geriet, für die Sicherheit von Tierfutter zuständig.



Unterdessen gibt es Hinweise, dass in dem Skandalbetrieb im thüringischen Apolda möglicherweise mit Giftstoffen belastetes Holz als Brennstoff die Dioxin-Quelle gewesen sein könnte. Der Betrieb ist nicht nur für Futtertrocknung zertifiziert, sondern auch für „Holzrecycling“. Eine Holzprobe enthielt neben Chlor auch Fluor. Der „ausgewiesene Fluor-Gehalt“, so die Bundesanstalt für Fleischforschung in Kulmbach in einer Stellungnahme für das Verbraucherschutzministerium, weise möglicherweise darauf hin, dass „Anteile von imprägniertem Holz verfeuert wurden“.

Am 14. Februar gab das Landwirtschaftsministerium in Erfurt einen Untersuchungsauftrag an die Landesanstalt für Umwelt und Geologie. Sie soll die gesamte Giftpalette prüfen, die für „kontaminierte Energieträger (Holzhackschnitzel)“ charakteristisch ist. Ergebnisse werden in dieser Woche erwartet.



Schweine, Gütezeichen „QS“

UNION

## Ende eines Wahlversprechens

Die Union gibt ein Kernversprechen ihres Bundestagswahlkampfes auf: das Familiengeld. In der CDU-Führung gilt die Idee, Eltern mit monatlich bis zu 600 Euro pro Kind zu unterstützen und damit die Staatskasse jährlich mit 25 Milliarden Euro zu belasten, mittlerweile als Restposten des Stoiber-Wahlkampfes – und damit als reif für die Ent-sorgung. „Das Familiengeld ist für mich

nicht der endgültige Zustand“, sagt der hessische Ministerpräsident Roland Koch. Das Geld könne lediglich dabei helfen, eine Million Kinder aus der Sozialhilfe herauszuholen, so Koch. „Betreuung ist den Familien wichtiger als Geld“, erklärt nun auch die bildungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion Katherina Reiche, die noch im vergangenen Jahr als Schattenfamilienministerin von Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber für die Einführung des Familiengeldes kämpfte. Zweifel an der Machbarkeit äußerten jetzt bei internen Besprechungen im Konrad-Adenauer-Haus CDU-Generalsekretär Laurenz

Meyer und Bundesgeschäftsführer Willi Hausmann.



Reiche, Stoiber

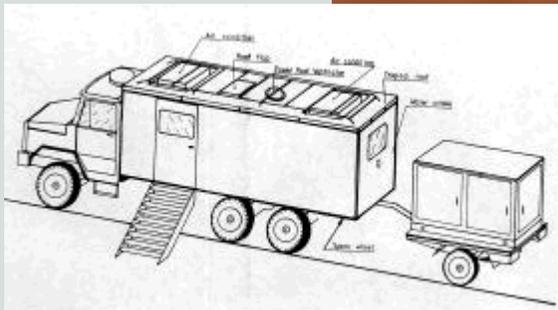
BND

# Warnung vor Giftlaboren

Bereits vor Beginn der aktuellen Krise hat der Bundesnachrichtendienst (BND) Hinweise auf die Existenz rollender Labore für die Produktion von Biowaffen im Irak erhalten. Nach den als zuverlässig eingestuften Angaben habe Saddam Hussein spätestens um das Jahr 2000 herum begonnen, solche mobilen Anlagen bauen zu lassen. Der BND unterrichtete schon vor Monaten sowohl das Kanzleramt als auch den Auswärtigen Ausschuss des Bundestags über den Verdacht. US-Außenminister Colin Powell hatte vor drei Wochen dem Weltsicherheitsrat Zeichnungen solcher rollenden Labore vorgelegt. Für extrem unwahrscheinlich hält das Kanzleramt dagegen Meldungen, bei den mutmaßlichen Giftküchen handle es sich um jene Iveco-Lastwagen mit toxikologischen Laboren aus Deutschland, die in den achtziger Jahren mit offizieller Genehmigung der Bundesregierung in den Irak geliefert worden waren. Obwohl die Ausstattung der Labore ausgerechnet eine hes-



THOMAS DALIAC



Powell-Präsentation im Weltsicherheitsrat, Konstruktionsplan eines Iveco-Labor-Lkw

sische Firma besorgte, die später in Verdacht geriet, die irakische Giftgasproduktion mit aufgebaut zu haben, gelten die Anlagen als völlig ungeeignet für die Produktion. Die deutschen Lkw sollten nach Giftgaseinsätzen der irakischen Armee überprüfen, ob Saddams Truppen gefahrlos vorrücken können.

FDP

# Ostliberale kämpfen um Pieper

Gegen die von FDP-Chef Guido Westerwelle erwogene Ablösung von Generalsekretärin Cornelia Pieper formiert sich massiver Widerstand unter FDP-Politikern aus den neuen Ländern. Die gestiegene Bedeutung der ostdeutschen FDP müsse sich auch in der Berliner Personalpolitik widerspiegeln, sagt der Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Hans Kreher. Für eine Ablösung Piepers gebe es keinerlei Anlass. Auch der sächsische Landeschef Holger Zastrow betont: „Der Osten wird es sich nicht mehr gefallen lassen, dass westdeutsche Landesverbände ihre Personalpolitik ohne Rücksicht auf uns durchsetzen.“ Spitzen-Liberale hoffen, der Magdeburger Finanzminister Karl-Heinz Paqué werde Pieper im April

auf dem Landesparteitag in Sachsen-Anhalt als Vorsitzender ablösen und damit den Rückzug der Generalsekretärin einleiten. Die FDP-Bundesspitze wird auf einem Parteitag im Mai neu gewählt. Westerwelle hat es bislang vermieden, Pieper öffentlich für eine weitere Amtsperiode vorzuschlagen.



CARSTEN VOIGT / FDP

Pieper

RECHT

# Strafe für Spanner

Die FDP unternimmt einen neuen Anlauf, Voyeuren und Paparazzi den zweifelhaften Spaß zu verderben: Wer die Intimsphäre eines anderen Menschen dadurch verletzt, dass er von ihm unbefugt Fotos oder Filme macht oder diese verbreitet, soll mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft werden; ebenso abgeurteilt würde auch das bloße Beob-



ENDEMOL / ACTION PRESS

Duschaufnahme (aus TV-Show)

achten mit „technischen Mitteln“. Den entsprechenden Entwurf eines neuen Paragraphen 201a des Strafgesetzbuchs hat der Bundestag am vergangenen Donnerstag in erster Lesung behandelt, die baden-württembergische Landesregierung will an diesem Dienstag zudem noch eine Bundratsinitiative von Justizministerin Corinna Wewigk-Hertneck (FDP) auf den Weg bringen. Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz hatte bereits im Jahr 2001 auf bestehende Lücken im Gesetz aufmerksam gemacht, da im Internet heimliche Aufnahmen etwa aus Umkleidekabinen von Schwimmbädern kursieren, die inzwischen auch gern mit den neuen Foto-Handys gemacht werden, die nicht als Kameras auffallen. Im Bundesjustizministerium existiert seit längerem ein vergleichbarer Entwurf, der aber bislang noch nicht umgesetzt wurde.

JUSTIZ

## Neuer Terrorprozess

Die Bundesanwaltschaft plant einen zweiten Prozess zu den Terroranschlägen vom 11. September. „In den nächsten Wochen werden wir Anklage gegen Abdelghani Mzoudi wegen des Verdachts der Unterstützung der Hamburger Zelle erheben“, erklärt Generalbundesanwalt Kay Nehm. Mzoudi, ein Freund des New Yorker Todespiloten

Mohammed Atta, unterschrieb als Zeuge dessen Testament und soll Gruppenmitglieder später mit Geldzahlungen unterstützt haben. Dass Mounir al-Motassadeq in Hamburg als Terrorhelfer zur Höchststrafe von 15 Jahren verurteilt wurde, stellt Nehm zufrieden: „Wir ernten in diesen Tagen die Früchte unserer Arbeit.“ Insgesamt ermittelt die Bundesanwaltschaft derzeit gegen hundert Menschen wegen Terrorismusverdachts. Zehn davon gelten als mutmaßliche Unterstützer der Hamburger Zelle.

ATOMREAKTOREN

## Voreilig ans Netz?

Trotz neuer Sicherheitsprobleme soll der nach einer Wasserstoffexplosion vor einem Jahr abgeschaltete Atomreaktor Brunsbüttel im März wieder angefahren werden. Eine entsprechende Zusage machte der scheidende Kieler Finanz- und Energieminister Claus Möller (SPD) dem Betreiber HEW, der inzwischen zum schwedischen Staatskonzern Vattenfall gehört. Experten halten die Entscheidung für voreilig, weil ein neues Simulatorsystem während des Stillstands weitere Sicherheitsmängel des Meilers offenbart hatte. Im Zuge der Tests erwies sich, dass Störfälle, bei denen der Reaktor Kühlwasser verliert, nicht regelgerecht beherrscht werden können, wenn gleichzeitig die reguläre Strom-

versorgung ausfällt. Im Simulatorbetrieb gab es mindestens neun solcher Störfälle. Kern des Übels ist, dass in Brunsbüttel nur drei statt der üblichen vier Notstromdiesel installiert wurden. Trotz der Testergebnisse sieht das zuständige Ministerium „keine unüberwindbaren Hindernisse“ vor dem Reaktorstart im März.



Geborstenes Rohr im AKW Brunsbüttel (2001)

BEAMTENBEZÜGE

## Länder wollen Spielraum

Eine überraschende Allianz hat sich zum Abbau der Bezüge von Beamten gefunden. Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) will eine Initiative des rot-roten Hauptstadt-Senats zur Öffnung des Beamtenbesoldungsrechts unterstützen. Der Berliner Regierungschef Klaus Wowereit möchte erreichen, dass die Länder mehr Spielraum bei der Bezahlung ihrer Beamten erhalten. Bislang können sie lediglich die Arbeitszeit der Staatsdien-

ner festlegen. Koch hat signalisiert, er wolle auch Bayern für den Berliner Vorstoß gewinnen. Der Freistaat hatte sich – im Unterschied zu mehreren anderen Bundesländern – bislang heftig gegen eine solche Reform gewehrt. Die Bayern verlangen, dass die Novelle auch eine höhere Bezahlung möglich macht. Eine Entscheidung über Wowereits Vorstoß soll der Bundesrat Mitte März fällen.



MARKUS SCHREIBER / AP

Koch, Wowereit (2002)

ABZOCKER

## Geld für Koreaner

Der Hamburger Wirtschaftssenator Gunnar Uldall (CDU) muss in der nächsten Sitzung der Kreditkommission der Bürgerschaft mit unangenehmen Fragen rechnen: Abgeordnete von SPD und GAL verlangen Auskunft über eine dubiose Zahlung an die koreanische Reederei Hanjin, die Uldall im Sommer 2002 veranlasst hatte. Hanjin-Geschäftsführer Chan-Hee Won soll dem Senator gedroht haben, so ein internes Papier der Wirtschaftsbehörde, „die Hamburger Zweigniederlassung mit der Konsequenz von Arbeitsplatzverlusten aufzugeben“. Zur „Abwendung der von Hanjin erwogenen Maßnahmen“ wurde Won, wie es in dem Vermerk weiter heißt, „ein ‚office support‘ in Höhe von 100 000 DM“ zugesagt. Das aber war nach Ansicht von Uldalls Beamten „beihilferichtlich bedenklich“, weil eine Verordnung der EU-Kommission solche Zahlungen verbietet. Das zuständige Amt Wirtschaft und Landwirtschaft schlug deshalb „eine direkte Zahlung an Herrn Won als Privatmann“ (Konto Nr. 616 101 702,



Uldall

STEPHAN WALLOCHKA / ACTION PRESS



Hanjin-Containership auf der Elbe

WOLF WINTER / ACTION PRESS

Dresdner Bank Hamburg) vor – in „Erwartung eines Einsatzes in seinem Wirkungsfeld“. Tatsächlich wurden 50 000 Euro auf das Dresdner-Bank-Konto überwiesen – deklariert als „einmalige Zuwendung“ an die „Reederei Hanjin“. Weiter heißt es: „Die Zahlung erfolgt ohne weitere Bedingungen. Ein Verwendungsnachweis ist nicht vorzulegen.“ Die Wirtschaftsbehörde erklärte, die Zahlung sei „nach Abwägung im Ergebnis auch beihilferichtlich für zulässig erachtet“ worden. Hanjin habe eine „zweckentsprechende Verwendung“ bestätigt.

VATIKAN

## Lapidare Zeilen

Wenige Tage nach Öffnung der vatikanischen Geheimakten über Vorgänge in der Nazi-Zeit ist dort ein neues Dokument aufgetaucht, in dem das kühle Verhalten von



Stein

SIPA PRESS

Papst Pius XI. gegenüber Hilfe suchenden Opfern offenbar wird. Dabei handelt es sich um die Antwort des Papstes an Edith Stein, eine Nonne jüdischer Abstammung, die später in Auschwitz ermordet und 1998 heilig gesprochen wurde. Stein hatte 1933 in einem Brief, der jetzt öffentlich wurde, Pius XI. um Hilfe gegen den „Vernichtungskampf gegen das jüdische Blut“ gebeten und verlangt, „das Schweigen“ der Kirche zu beenden. Steins Appell war dem Papst am 12. April 1933 vorgelegt worden. Dessen Antwort vom 20. April ging nicht einmal direkt an die Karmelitin, sondern lief über seinen Staatssekretär Eugenio Pacelli, den späteren umstrittenen Papst Pius XII. Der stellte es jenem Abt, der Steins Brief nach Rom übermittelt hatte, „anheim“, die Absenderin darüber zu informieren, „dass ihre Zuschrift pflichtmäßig Seiner Heiligkeit vorgelegt worden ist“.

DOPING

## Geheimakten geflutet

Flutschäden in der Bavaria-Klinik im sächsischen Kreischa erschweren es Dopingopfern der DDR, finanzielle Hilfe aus dem Opfer-Fonds zu bekommen. Keller des einstigen sportmedizinischen Zentrums der DDR, in denen Dutzende Kartons mit Akten lagerten, waren im vergangenen August voll Wasser gelaufen. Danach, so ein Kliniksprecher, waren die Dokumente, „nur noch Klumpen“. In den einst geheimen Papieren, darunter Ordner mit dem Aufdruck „Schadensfälle“, standen unter anderem die Anabolikagaben an Olympiasieger.



Hellmann (1988)

THOMHELD / JULSTEIN BILDREIENST

ger. Patientenkarteeien enthielten Angaben über körperliche Schäden der Athleten, etwa die durch Anabolika hervorgerufene chronische Lebererkrankung der Diskuswurf-Weltmeisterin Martina Hellmann – Informationen, die betroffene Ex-Sportler jetzt

dringend für ihre Hilfsanträge nach dem Dopingopferhilfegesetz benötigen. Streit gibt es auch um andere Dopingdokumente, die sichergestellt worden waren und nun im Internet veröffentlicht werden sollen. Der Heidelberger Dopingexperte Werner Franke hat seinen Fundus der University of Texas in Austin per Schenkungsurkunde überlassen. Nach und nach will die Universität die Dokumente ins Netz stellen ([www.lib.utexas.edu/taro/utcah/00139/cah-00139.html](http://www.lib.utexas.edu/taro/utcah/00139/cah-00139.html)). Die „Nationale Anti Doping Agentur“ in Bonn will nun wissen, mit welcher Berechtigung Franke die Unterlagen an die US-Hochschule übergeben durfte.

### Zitat

**„Es ist peinlich, dass der Bundestag sich zu einer aktuellen Stunde zur Pockenbedrohung hinreißen ließ. Mit der gleichen Berechtigung könnte man dort nächste Woche über die Bedrohung durch Asteroideneinschläge oder eine Invasion von der Wega diskutieren.“**

Der deutsche Biowaffen-Experte und ausgebildete Uno-Waffeninspektor Jan van Aken in der „FAZ“ vom 21. Februar



JUSTIZ

# Held oder Verbrecher?

Ein Juristenstreit geht an die Grundfesten der Republik: In Frankfurt am Main ließ der Polizeivize dem mutmaßlichen Entführer Magnus G. mit der Folter drohen – in der Hoffnung, so das Leben eines kleinen Jungen zu retten. Rechtsexperten warnen vor einem Rückfall ins Mittelalter.



Metzler-Begräbnis



Opfer Jakob



Tatverdächtiger Magnus G.



Fundort der Leiche (in einem Weiher nahe Frankfurt am Main)

**Kriminalfall Metzler:** „Zufügung von Schmerzen unter ärztlicher Aufsicht“

Die Ermittler kamen im Morgenrauen, der Delinquent wurde aus seiner Zelle in ein Verhörzimmer gebracht. Dann begann einer der Fahnder mit der Vollstreckung. Der Festgenommene, so lautete die Anweisung, sei „nach vorheriger Androhung unter ärztlicher Aufsicht durch Zufügung von Schmerzen“ zu befragen.

Keine Szene aus einem finsternen Folterstaat. Das Verhör fand am 1. Oktober 2002 im Frankfurter Polizeipräsidium statt, und es war noch nicht mal so schlimm. Schon die Androhung schwerer Schmerzen brachte das gewünschte Ergebnis. Magnus G., 27, so meldete um 8.25 Uhr der Vernehmungsbeamte, habe verraten, was man von ihm wissen wollte: das Versteck des entführten Bankierssohns Jakob von Metzler.

Wenig später bargen Beamte die Leiche des Kindes aus einem Weiher nahe Frankfurt.

Die Geschichte aus dem Folterzimmer wurde erst jetzt, wenige Wochen vor Beginn des Mordprozesses gegen den geständigen Kindsentführer G., bekannt. Niemand möchte beschwören, dass nicht schon öfter mal Polizisten Schimanski-Methoden im Umgang mit verstockten Verdächtigen angewendet haben, die jeder Krimi-Zuschauer ohnehin für selbstverständlich halten muss. Die Szene im Morgenrauen könnte gleichwohl ein Wendepunkt in der bundesdeutschen Justizgeschichte werden.

Denn nie zuvor hat ein Polizeiführer einen solchen Übergriff, der im Strafgesetzbuch als Verbrechen geführt wird („Aus-sageerpressung“), offiziell angeordnet –

und sich hinterher dazu auch noch bekannt. Und kaum ein ernst zu nehmender Jurist oder Rechtspolitiker hat je laut darüber nachgedacht, ob der Mann nicht Recht gehabt haben könnte: Soll staatliche Folter zulässig sein, ein bisschen, im Ausnahmefall?

In einem Ausnahmefall wie dem von Jakob?

Sieben Stunden lang hatten die Ermittler den Tatverdächtigen schon befragt – und waren keinen Schritt weiter. Gespielte Freundlichkeit hatte nicht geholfen, nicht der Appell an die Menschlichkeit des Jurastudenten. Sie hatten sogar seine Mutter zu ihm gebracht, um ihn zu erweichen.

Keine Reaktion. Magnus G. log, beschuldigte Bekannte und schickte die Suchtrupps an die falschen Stellen.

„Und dabei wussten wir“, sagt einer der Ermittler, „irgendwo liegt jetzt Jakob, vielleicht in einem Erdloch, und stirbt langsam vor sich hin.“

Tatsächlich aber war Jakob schon lange tot, kurz nach der Entführung erstickt. Aber die Männer hatten immerhin die verzweifelte Hoffnung, den Eltern ihr Kind noch lebend wiederbringen zu können.

Am Morgen des 1. Oktober trat Polizeivizepräsident Wolfgang Daschner, 59, seinen Dienst um 5.30 Uhr an. Der Polizist, nach Angaben von Kollegen ein „Ausbund von Korrektheit“, hatte nur ein paar Stunden geschlafen und traf nun, in der Befehlsstelle im zweiten Stock des Frankfurter Polizeipräsidiums, die sicher folgenschwerste Entscheidung seiner Laufbahn: Er befahl, gegen G. „unmittelbaren Zwang“ anzuwenden – im Klartext: Gewalt. Parallel ordnete er an zu prüfen, ob ein „Wahrheitsserum“ beschafft werden könne.

Die von einem Beamten dagegen „erhobenen moralischen Bedenken“, heißt es dazu in einem Polizeivermerk, „wurden in einer weiteren Besprechung zurückgestellt“. Ein Kollege wurde „angewiesen, den Beschuldigten auf die bevorstehende Verfahrensweise vorzubereiten“.

Was dann geschah, erzählt der Kindesentführer so: Ein Beamter „rückte mit seinem Stuhl direkt frontal an meinen Stuhl heran, so dass wir uns direkt in einem Abstand von ca. zehn Zentimetern Gesicht zu Gesicht gegenüberstanden. Er fasste mich an der Schulter. Er sagte, dass das Ganze kein Spiel und kein Spaß sei.

Ein Spezialist wäre mit einem Hubschrauber unterwegs, welcher ein Fachmann wäre und mir große Schmerzen zufügen könnte. Er könnte mir Schmerzen zufügen, die ich noch nie verspürt hätte. Die Behandlung würde keine Spuren hinterlassen.

Der Beamte verdeutlichte die Situation, indem er die Rotorengeräusche eines Hubschraubers nachahmte. Der Beamte kam weiter näher, machte das Rotorengeräusch weiter nach und drohte, dass ich mit zwei großen Negern in eine Zelle gesperrt würde, welche sich an mir sexuell vergehen könnten“.

Diese Details bestreitet Daschner vehement: Seine Leute hätten G. jedoch „sehr deutlich gemacht, dass wir ihm wehtun müssten, bis er den Aufenthaltsort des Kindes nennt“ (siehe Interview Seite 24).

Auf jeden Fall war es für den Entführer genug: „Ich teilte dem Beamten jetzt mit, wo sich die Leiche von Jakob von Metzler befinden würde.“

Den Vermerk über seinen mutmaßlichen Rechtsbruch („nur für die Handakte Polizei/StA“) schrieb der penible Daschner noch am selben Tag, er selbst informierte die Staatsanwaltschaft von seiner Tat.

Erst am 15. Januar wurde der Polizeivize zur Sache befragt, am 23. Januar



Innenminister Schily: „Dann landen wir auch wieder bei der Todesstrafe“

schließlich das Hessische Innenministerium über den Vorgang informiert – immerhin drohen Daschner bis zu zehn Jahre Haft.

Doch Daschner zeigt von Reue keine Spur. Wieso auch? Er sieht sich nicht als Verbrecher verfolgt, sondern als Held verehrt. „Wenn Eltern um das Leben ihres Kindes bangen, kann man ihnen schlecht erklären, der Täter mache von seinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch“, gibt Hamburgs Chef des Landeskriminalamts, Reinhard Chedor, zu bedenken.

Der Anwalt der Eltern von Jakob, Eberhard Kempf, nennt die Entscheidung des Mannes, das Recht geplant und bewusst zu verletzen, „mutig“.

Dass Eltern jedes Mittel segnen, das ihrem Kind das Leben retten kann, wird kaum jemand kritisieren. Doch auch Juristen, die bislang als zuverlässige Bewahrer des Rechtsstaats galten, stimmten ein.

Der angesehene Karlsruher Strafrechtsanwalt Gunter Widmaier hält eine Rechtfertigung von Daschners Anordnung für möglich, weil es dem Polizisten nicht um Ermittlungen im Strafprozess, sondern in einer Notstandssituation um die Rettung eines Menschenlebens gegangen sei. Mit Gewalt zu drohen sei zwar eine durch den Paragraphen 136a der Strafprozessordnung klar verbotene Vernehmungsmethode, sagte Mitte vergangener Woche Geert Mackenroth, Vorsitzender des Deutschen Richterbundes. Aber: „Es gibt Situationen, die kaum mit juristischen Mitteln zu lösen sind und in denen Rechtsgüter gegeneinander abgewogen werden müssen.“

Die strafrechtlichen Regeln über den „rechtfertigenden Notstand“ erlaubten es, so Mackenroth, dass Gesetze in einer „gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr“ überschritten werden, wenn das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiege – also das Leben des Kindes gegen die körperliche Unversehrtheit des Beschuldigten.

Der Standpunkt des Richterfunktionärs brachte nicht nur Amnesty International auf die Zinne („Das Folterverbot ist absolut“), sondern auch den innenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz: Wer so etwas sage, müsse zurücktreten. Am vergangenen Freitag ruderte Mackenroth – nach massivem Druck aus den eigenen Reihen – zurück: Er habe das Folterverbot „selbstverständlich“ nicht in Frage stellen wollen.

Otto Schily, der Bundesinnenminister, ist über Mackenroth so entsetzt wie sein Parteifreund Wiefelspütz: „Es gibt kein Halten mehr, wenn wir da wackeln. Wenn wir diese Dinge der Güterabwägung unterwerfen, landen wir auch wieder bei der Todesstrafe.“ Justizministerin Brigitte Zypries ist ebenso stramm gegen Folter, will den Polizisten aber nicht verdammen. Ein Amtsträger, der „in einer ganz extremen Zwangslage eine Entscheidung zwischen zwei Rechtsgütern“ treffen müsse, so die Juristin, könne sich möglicherweise auf „rechtfertigenden Notstand“ berufen.

Daschner – ein Held oder ein Verbrecher? Tatsächlich gibt es kaum jemanden, der nicht den Mut des Beamten bewundert, in einer Konfliktsituation ein klare

# „Es gibt Dinge, die sehr wehtun“

Der Vizechef der Frankfurter Polizei, Wolfgang Daschner, über seine Entscheidung, den mutmaßlichen Entführer Magnus G. durch Gewaltandrohung zu einer Aussage zu zwingen

**SPIEGEL:** Herr Daschner, warum haben Sie als Polizist ein Verbrechen angeordnet?

**Daschner:** Um das Leben des Jungen zu retten. Wir sind damals davon ausgegangen, dass das Kind noch am Leben war. Magnus G. hatte in der Nacht zuvor ausgesagt, dass das Kind noch lebt.

**SPIEGEL:** Sie berufen sich dabei auf das hessische Polizeirecht. Aber auch das verbietet die Folter ausdrücklich, auch in Notstandssituationen.

**Daschner:** Es war in den letzten Tagen immer von Aussageerpressung die Rede. Das trifft nicht zu. Meine ausdrückliche Weisung war: Keine Befragung im strafprozessualen Sinne. Keine Fragen nach Täterschaft, Teilnahme und so weiter. Die einzige Frage, die gestellt werden musste und auch gestellt werden durfte, lautete: Wo ist das Kind? Wir gingen davon aus, dass Jakob von Metzler in absoluter Lebensgefahr war, wir hatten keine Zeit mehr zu verlieren. In dieser Situation gibt es zwei Möglichkeiten: Die Hände in den Schoß zu legen ist eine – mit der Folge, dass quasi unter den Augen der Polizei das Kind stirbt oder schwere gesundheitliche Schäden eintreten. Und Magnus G. war nicht bereit, uns den Aufenthaltsort zu sagen. Den Fall würde ich als unterlassene Hilfeleistung einstufen, wenn nicht sogar als Tötung durch Unterlassen. Der Staat hat das Gewaltmonopol, und er hat die Verpflichtung, von seinen Bürgern Unrecht abzuwehren.

**SPIEGEL:** Aber nur im rechtlich klar definierten und erlaubten Rahmen.

**Daschner:** Opfer und Angehörige haben Anspruch darauf, dass die Polizei alles tut, um weitere Schäden zu vermeiden. Deshalb blieb aus meiner Sicht nur die Entscheidung, dafür zu sorgen, dass der Aufenthaltsort des Kindes bekannt wird.

**SPIEGEL:** Angeblich wurden dem Tatverdächtigen Elektroschocks, Schläge mit nassen Handtüchern auf den Kopf und die Vergewaltigung durch Mithäftlinge angedroht.

**Daschner:** Diese Behauptungen sind absoluter Quatsch. Es war weder von Elektroschocks die Rede noch von sonst was. Bei der Befragung ist noch mal an Magnus G. appelliert worden, er werde sein Leben lang mit den Gewissensbissen leben müssen. Und dabei ist auch gesagt

worden, wenn er den Aufenthaltsort nicht preisgibt, werde man ihn zwingen müssen, ihm Schmerzen zufügen müssen. Wie, das wurde ihm gegenüber nicht konkretisiert. Aber es wurde ihm schon sehr deutlich gemacht, dass wir ihm wehtun müssten, bis er den Aufenthaltsort des Kindes nennt.

**SPIEGEL:** Haben Sie einen Untergebenen beauftragt, nach einem „Wahrheitsserum“ zu suchen?

**Daschner:** Das ist überlegt worden, das war ein Prüfauftrag. Wir haben an etwas

gendwann mal weh. Da tritt noch keine Verletzung ein. Druckstellen am Ohr läppchen tun weh, irgendwann tut es so weh, dass man eine Aussage macht. Das war grob ins Auge gefasst. Aber es war ja nicht nötig: Nachdem Magnus G. Schmerzen angedroht worden waren, hat es nur etwa zehn Minuten gedauert, bis er den Aufenthaltsort des Kindes genannt hat.

**SPIEGEL:** Haben Sie die Entscheidung allein getroffen?

**Daschner:** Wenn ich zehn Leute um Rat gefragt hätte, hätte ich 20 Meinungen



Polizeiführer Daschner: „Wir hatten keine Zeit zu verlieren“

Ähnliches wie an ein Beruhigungsmittel vor einer Operation gedacht. Da ist man ja auch nicht mehr ganz Herr seiner Sinne. In der Kürze der Zeit fand sich aber nichts.

**SPIEGEL:** Welche Art von Schmerzen haben Sie sich vorgestellt?

**Daschner:** Es gibt, was jeder Sportler weiß, Dinge, die körperlich sehr wehtun. Ausdrücklich von mir untersagt war die Zufügung von Verletzungen und die Benutzung von Hilfsmitteln. Vor der Anwendung von Gewalt hätte ich nach Beratung mit dem Polizeiarzt und Sportübungsleitern festgelegt, was gemacht werden kann. Wenn Sie beispielsweise das Handgelenk überdehnen, tut es ir-

gehört. Ich hatte während der Nacht genügend Zeit zu überlegen. Es war keine spontane Entscheidung, ich habe mich sehenden Auges entschieden.

**SPIEGEL:** Wann haben Sie die Staatsanwaltschaft über Ihre Entscheidung informiert?

**Daschner:** Ich habe den damit befassten Staatsanwalt, Rainer Schilling, noch am selben Tag, um 13.40 Uhr, informiert, in Anwesenheit eines Zeugen. Mir war von Anfang an klar, dass gegen mich ermittelt werden würde.

**SPIEGEL:** Haben Sie den Innen- oder den Justizminister informiert?

**Daschner:** Ich habe das Innenministerium nur darüber informiert, dass der Aufent-

haltsort des Kindes gefunden wurde. Nicht über die Methoden. Das war der Staatsanwaltschaft bekannt, und das war ausreichend.

**SPIEGEL:** Ihnen droht womöglich eine längere Haftstrafe und die Entlassung aus dem Dienst.

**Daschner:** Mit diesem Risiko muss auch meine Familie leben. Daraus mögen Sie entnehmen, dass ich mir die Entscheidung nicht leicht gemacht habe.

**SPIEGEL:** Wussten die Eltern des Opfers, dass Sie Magnus G. Gewalt angedroht hatten?

**Daschner:** Nein. Ich gehe davon aus, sie haben es erst jetzt aus der Presse erfahren.

**SPIEGEL:** Sie haben betont, Sie würden sich wieder so verhalten. Fordern Sie eine rechtliche Absicherung solcher Methoden?

**Daschner:** Ich habe klargestellt, dass eine derartige Maßnahme nur im absoluten Ausnahmefall ergriffen werden kann, wenn es keine anderen Möglichkeiten gibt, Menschenleben zu retten oder schwere gesundheitliche Beeinträchtigungen zu verhindern. Ob man dazu eine gesetzliche Ermächtigung schaffen muss oder ob die vorhandenen rechtlichen Grundlagen ausreichen, mögen die Rechtsgelehrten entscheiden. Ich gehe nach wie vor davon aus, dass das hessische Polizeigesetz – wie in allen Bundesländern – nicht nur den Auftrag, sondern auch die Befugnis zur Abwehr von Gefahren enthält. Und je schwer wiegender die Gefahr, desto eher muss auf das Polizeigesetz zurückgegriffen werden können.

**SPIEGEL:** Ihre Entscheidung könnte brutale Verhörmethoden oder Folter hoffähig machen.

**Daschner:** Die Mitarbeiter der Frankfurter Polizei – und nur für die kann ich sprechen – wissen, dass das eine absolute Ausnahmesituation war. Die Behördenleitung achtet sehr darauf, dass Befugnisse nicht überschritten werden.

**SPIEGEL:** Fühlen Sie sich angesichts des Echos auf die Entscheidung noch wohl in Ihrer Haut?

**Daschner:** Ich glaube nicht, dass mich irgendjemand in der Polizei bundesweit derzeit um meine Situation beneidet. Wenn man in der Bevölkerung eine Abstimmung machen würde, hätte ich damit sicher kein Problem: Wir haben, mit einer einzigen Ausnahme, überaus positive Reaktionen erhalten. Aber das kann nicht die rechtliche Würdigung ersetzen. Dies kann nur die Justiz entscheiden. Das war mir von Anfang an klar, und es war auch so beabsichtigt.

INTERVIEW: WILFRIED VOIGT

Entscheidung getroffen zu haben – und dann auch dazu zu stehen. Und jeder, der das anders sieht, muss sich mit dem Gedanken konfrontieren lassen, welcher Jubel ausgebrochen wäre, wenn die Methode wirklich dazu geführt hätte, dem kleinen Jungen das Leben zu retten. „Diese Situation muss der Alptraum eines jeden Polizisten sein“, sagt Wolfgang Bosbach, Vize-Fraktionsvorsitzender der Union im Bundestag. „Ich hoffe, dass er nicht angeklagt wird.“

Gleichwohl gibt es kein Vertun: Der staatliche Einsatz der Folter ist auch in Extremsituationen unzulässig und muss sanktioniert werden. Eine Abwägung von Rechtsgütern, wie sie Mackenroth für möglich hält und Daschner für sich in Anspruch nimmt, ist für die meisten Rechtsexperten bei der Folter ausgeschlossen.

Ein bisschen Schmerzen gegen das Leben eines kleinen Jungen? Selbst wenn man es auf diesen Punkt zuspitzen könnte: Die Antwort ist klar Nein. Die Folter, das staatliche Eindringen in den Kopf und die Seele des Menschen, egal ob nur durch Drohung oder mit Gewalt, ist eine Verletzung der Menschenwürde. Das Grundgesetz aber nimmt die Menschenwürde von der Abwägung mit anderen Gütern aus.

Die Anweisung Daschners an seine Leute, bei der Gewaltanwendung den „Rahmen der Verhältnismäßigkeit“ zu wahren, ist naiv: Ein staatlicher Eingriff in die Menschenwürde ist niemals verhältnismäßig. „Wenn man das Fenster auch nur einen kleinen Spalt öffnet, wird die kalte Luft des Mittelalters die ganzen Räume erfüllen“, mahnt der Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele.



**Richter Mackenroth**  
„Juristisch kaum zu lösen“

Nicht einmal das Leben – so zynisch das scheinen mag – genießt im Grundgesetz diesen vorbehaltlosen Schutz der Menschenwürde. Das Recht auf Leben ist durch Gesetz einschränkbar. Darum war es möglich, nach langen Debatten, den polizeilichen Todesschuss als letztes Mittel für die Rettung von Verbrechensopfern aus Gefahr zu erlauben. Eine Vorschrift für „polizeiliche Rettungsfolter“ wird seit

Daschners Heldentat zwar diskutiert, wäre aber wohl verfassungswidrig.

Wer das Folterverbot zur Disposition stellt, muss sehr dicke Bretter bohren. Die Abschaffung der Folter ist eine Errungenschaft der Aufklärung. Schon Friedrich der Große hatte sie im Jahr 1740 in Preußen fast ganz abgeschafft. Inzwischen ist Folter durch eine Uno- und die Europäische Menschenrechtskonvention weltweit geächtet. „Folter und Wahrheitsserum gehören ins Arsenal der Stasi, nicht in das eines Rechtsstaates“, sagt Werner Beulke, Strafrechtsprofessor an der Uni Passau.

Die Versuchung, ein bisschen Menschenwürde gegen ein bisschen mehr Rechtsschutz und Sicherheit einzutauschen, ist in Deutschland schon immer groß gewesen. 1976 schrieb der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht in seinem Buch „Der Staat – Idee und Wirklichkeit“, es könne „sittlich geboten“ sein, Informationen über ein geplantes schweres Verbrechen „auch durch Folter zu erzwingen“. Es blieb bei der Idee.

Doch in der größten Not kam solches Gedankengut immer wieder hoch. Nach der Entführung von Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer am 5. September 1977 und der Lufthansa-Maschine „Lands hut“ mit 82 Urlaubern am 13. Oktober



Tatort der Schleyer-Entführung (1977 in Köln): Standgerichte gegen die RAF?

machte der damalige CSU-Obere Franz Josef Strauß den Vorschlag, verkleidet in die Form der Wiedergabe von Volkes Meinung, Standgerichte zu schaffen und „für jede erschossene Geisel“ einen RAF-Häftling erschießen zu lassen.

„Der Rechtsstaat würde sich selber aufgeben“, sagte in der Zeit der Terroristen-Hatz der damalige SPD-Justizminister Hans-Jochen Vogel. Im Fall Daschner war der Preis nur scheinbar nicht so hoch, weil die Drohung mit der Folter nicht vollstreckt werden musste. Überall, wo es um den Schutz des Willens der Menschen geht, stellt die Rechtsordnung die reine Drohung mit Gewalt der tatsächlichen Ausübung gleich. Nicht erst das Wehtun ist ja die Katastrophe, sondern schon der Einbruch in den Willen des Menschen.

Wie man es wieder gutmachen kann, wenn der Rechtsstaat sich dermaßen selbst desavouiert: Der Frage gehen Verfassungsrechtler schon lange nach. Dem Polizisten Daschner eine harte Strafe aufzulegen nützt niemandem, zumal jeder jetzt schon ahnt, dass die Strafe so hart kaum werden wird. Einen Denkzettel wünschen sich manche Juristen für die Strafverfolger selber, die mit ihrer Existenzgrundlage spielen: dem Vertrauen in ihre unbedingte Rechtsstaatlichkeit.

Müsste man daher diesen Prozess nicht platzen lassen, fragen sich Rechtsexperten.

Nein, sagt sogar der Anwalt von Magnus G., aber ein Verwertungsverbot für abgenötigte Aussagen im Prozess sieht die Strafprozessordnung ohnehin vor. Streng genommen, das vertritt der Heidelberger Ordinarius Thomas Hillenkamp, dürfte sich der Mordprozess folglich überhaupt nicht mit der Leiche des Kindes befassen, weil die ohne die erpresste Aussage vielleicht nie gefunden worden wäre.

Als hätten sie es gehaut, veröffentlichten die Karlsruher Verfassungsrichter ausgerechnet am Freitag vergangener Woche einen Beschluss, in dem sie sich mit schweren rechtsstaatlichen Mängeln in Strafverfahren beschäftigen. In besonders schwerwiegenden Fällen, steht da, komme auch „die Einstellung wegen eines von Verfassung wegen anzunehmenden Verfahrenshindernisses“ in Betracht.

Verfassungsrichter Winfried Hassemer, im Nebenberuf Strafrechtsprofessor, hält den Einsatz von Foltermethoden für einen „Fall, bei dem man an ein Verfahrenshindernis denken muss“.

Es wäre eine Horrorgeschichte: Das Gericht müsste die Akten schließen in einem der widerlichsten Entführungsfälle der letzten Jahre. Der mutmaßliche Täter ginge trotz Geständnis als freier Mann nach Hause. Der Prozess wäre kaputt. Ein Schock für Jakobs Eltern und für die Justiz.

Aber allein die Angst, dass es so kommen könnte, dürfte manche Heldentat verhindern. THOMAS DARNSTÄDT, DIETMAR HIPPE, SVEN RÖBEL, CAROLINE SCHMIDT, ANDREAS ULRICH

UNION

# Diplomatischer Tabubruch

Mit ihrer Haltung zum Irak-Krieg hat sich CDU-Chefin Merkel das Wohlwollen Washingtons gesichert – auch manchen Parteifreunden ist das nicht geheuer.

So viel Lob aus amerikanischem Mund hört ein deutscher Politiker in diesen Tagen selten. Überschwänglich bedankte sich der Direktor des Aspen-Instituts in Berlin, Jeff Gedmin, für die „großartige Rede“ von CDU-Chefin Angela Merkel über den Irak-Konflikt. Sie sei „a true friend“, pries er die Oppositionsführerin vor rund 200 Gästen im feinen Grandhotel Esplanade.

Merkel hatte zum Entzücken ihres Gastgebers großes Verständnis für die harte Haltung der US-Regierung aufgebracht. Es sei falsch, zwischen Saddam Hussein und dem Terrorismus „eine geistige Mauer zu ziehen“, sagte die Christdemokratin und forderte: „Wir sollten uns in die Lage der Amerikaner hineinversetzen.“

Unverhüllt wie selten vermischen sich im transatlantischen Streit um den Irak-Krieg Außen- und Innenpolitik. Für die Gegenspielerin Gerhard Schröders, die in dieser Woche einen heiklen Besuch in Washington absolviert, ist das eine gefährliche Situation. Kritisiert sie bei ihren Gesprächen in Amerika die deutsche Regierung, würde das in der Bundesrepublik als Illoyalität gewertet. Distanziert sie sich plötzlich von den Plänen der Bush-Administration, stellt sich die Frage: Was will die Oppositionsführerin?

Einen Vorgeschmack auf die innenpolitischen Risiken ihres proamerikanischen Kurses bekam die Nummer eins der Union in der vergangenen Woche, als sie einen Artikel in der „Washington Post“ unter der Überschrift „Schröder spricht nicht für alle Deutschen“ veröffentlichte. Der Sozialdemokrat habe einen Sonderweg beschritten, analysierte sie dort, und damit „die wichtigste Lehre deutscher Politik“ beiseite gewischt.

Mit ihrem Frontalangriff auf den Kanzler verstieß Merkel gegen ein ungeschriebenes Gesetz interna-

tionaler Diplomatie, im Ausland keine offene Kritik an der eigenen Regierung zu üben. Entsprechend fielen die Reaktionen aus. SPD-Fraktionschef Franz Müntefering warf ihr einen „Bückling gegenüber der US-Administration“ vor. SPD-Generalsekretär Olaf Scholz entrüstete sich, Merkel schade dem Ansehen Deutschlands.

Auch in der eigenen Partei ist das Vorgehen der Chefin umstritten. „Wenn man so etwas macht, dann muss man es wenigstens gut machen“, lästerte ein Mitglied der Fraktionsspitze. Der Artikel sei „genauso schwach wie die Bundestagsrede vor zwei Wochen“.

Doch der Tabubruch war wohlkalkuliert. Wenn sich Merkel schon vor der Reise klar von Schröder abgrenze, so die Überlegung, könne sie in Washington leichter die Differenzen der Regierung gegenüber den USA ansprechen – und damit zugleich innenpolitisch Punkte sammeln.

Ob das Kalkül aufgeht, ist offen: Gegner und Anhänger der Christdemokratin – auch in der Union – werden jetzt umso genauer beobachten, ob sie sich vor den Karren von Bush und Co. spannen lässt und

gegen die deutsche Position Front macht. Je deutlicher die Gesprächspartner, darunter Vizepräsident Richard Cheney, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice, ihren Gast loben, desto leichter wird es der Bundesregierung fallen, die CDU-Chefin als Nestbeschmutzerin hinzustellen.

Auf der anderen Seite erwarten die Atlantiker in der Partei ein klares Signal: „Es wäre absurd“, sagt der außenpolitische Sprecher der Fraktion, Friedbert Pflüger, „wenn sie in Amerika die Kritik an Schröder verschweigt.“

Man dürfe den deutsch-französischen Plan für ein umfassendes Inspektionsregime in Irak nicht einfach übergehen, gab dagegen selbst der Unionsfraktionsvize Wolfgang Schäuble zu bedenken. Die Vorsitzende wiederum tat die Überlegungen der Bundesregierung in der vergangenen Woche bei einer Besprechung mit Verteidigungspolitikern der Fraktion als unrealistisch ab. Sie habe große Zweifel, ob der vorgeschlagene Weg gangbar sei.

Umstritten ist ihre Festlegung darauf, dass für einen Krieg am Golf eine zweite

Uno-Resolution nicht zwingend erforderlich sei. Im vergangenen Jahr hatte die Parteichefin vor Vertrauten sogar noch gesagt, sie halte für ein Eingreifen im Irak notfalls auch einen Beschluss innerhalb der Nato für ausreichend.

In einer Sitzung des CDU-Präsidiums am vergangenen Montag meldete sich Parteivize Jürgen Rüttgers mit dem Hinweis, dass eine große Zahl der eigenen Anhänger einen Waffengang der Amerikaner nicht wünsche – weshalb die Union auf eine zweite Resolution aus Legitimationsgründen schwerlich verzichten könne.

Sollte Washington trotz eines möglichen Vetos der Franzosen und anderer Sicherheitsratsmitglieder gegen Saddam losschlagen, dürfte es für die CDU-Vorsitzende innenpolitisch eng werden.

Aber auch schon ein weitaus geringerer Anlass brächte Merkel womöglich in die Bredouille. Obwohl sie noch keine Zusage hat, ist es nicht ausgeschlossen, dass es während ihres Besuchs im Weißen Haus zu einem kurzen Treffen mit dem Präsidenten kommt. Mit einem Handschlag Merkel/Bush, so hoffen die Strategen in der Berliner SPD-Zentrale, würde sich die Christdemokratin bei der Mehrheit ihrer Landsleute eher unbeliebt machen.

„Sie spielt“, sagt selbst Jeff Gedmin vom Aspen-Institut, „russisches Roulette.“

RALF NEUKIRCH,  
CHRISTOPH SCHULT



LAURENCE CHAPERON

CDU-Chefin Merkel\*: Angriff auf den Kanzler

\* Am 24. April 2001 in Washington im Arbeitszimmer des republikanischen Abgeordneten Henry Hyde.

Werbeseite

Werbeseite





MARCO STEFFEN/UNGER

Sozialministerin Schmidt, Kanzler Schröder, SPD-Fraktionschef Müntefering: „Wir müssen da und dort aus den gewohnten Denkschemata

SOZIALSTAAT

# „Revolution im System“

Die Regierung strebt bei der Gesundheitsreform eine große Lösung an: Das bisherige öffentlich-rechtliche Monopol der Krankenkassen soll durch private Zusatzversicherungen gebrochen werden. Die Lohnnebenkosten würden – erstmals seit Jahren – spürbar gesenkt.

Die Herren des Geldes schonten ihren Gastgeber nicht. Bei einem Treffen mit Bundeskanzler Gerhard Schröder am vorvergangenen Sonntag machten die Chefs von Deutscher Bank, Dresdner Bank, HypoVereinsbank, West LB, des Allianz-Konzerns und weiterer Unternehmen keinen Hehl daraus, wie ernst sie die Wirtschaftslage einschätzen.

Die Verfassung der Finanzbranche – desolat. Die Stimmung in den Firmen – schlecht wie selten. Eine neue Rezession, zitierten die Bosse jüngste Prognosen ihrer Konjunkturabteilungen, sei derzeit sehr wahrscheinlich. Im Dezember schrumpfte die Industrieproduktion deutlich.

Die Regierung selbst, so der Tenor der Kritik, habe mit ihrer Wirtschaftspolitik der vergangenen Monate die Flaute zur großen Krise ausgeweitet: zu wenig Wettbewerb, zu viele Kompromisse mit den Interessengruppen, zu wenig Reform. „Das Soziale“ sei hier zu Lande „deutlich überbewertet“, mahnte der Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann.

Der Kanzler ließ in der Runde durchblicken, dass er das mittlerweile genauso sieht. Längst haben sich er und Superminister Wolfgang Clement zum Kurswechsel entschlossen. Vor allem das Gesundheitswesen soll von grundlegend neuen Konzepten geprägt werden.

In einer Regierungserklärung will Schröder am 14. März seine Reform-Agenda präsentieren. Zur Vorbereitung

wird derzeit unter Leitung von Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier ein so genannter Masterplan erstellt, der alle Neuerungen, vom Arbeitsrecht bis zum kommunalen Investitionsprogramm, zusammenfasst.

Schröder ist das Klein-Klein der Debatte leid und möchte unter dem Titel „Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung“ mit einem möglichst wuchtigen Paket überzeugen. Der Sozialdemokrat, der sich mit seiner Irak-Politik großer Zustimmung erfreut, will sich den Bürgern endlich auch als Reformkanzler empfehlen. Es geht um ein

modernes Arbeitsrecht, um mehr Spielraum für die Arbeitsämter und größere Pflichten für die Job-Suchenden. Es geht auch um eine Kürzung der Arbeitslosenhilfe.

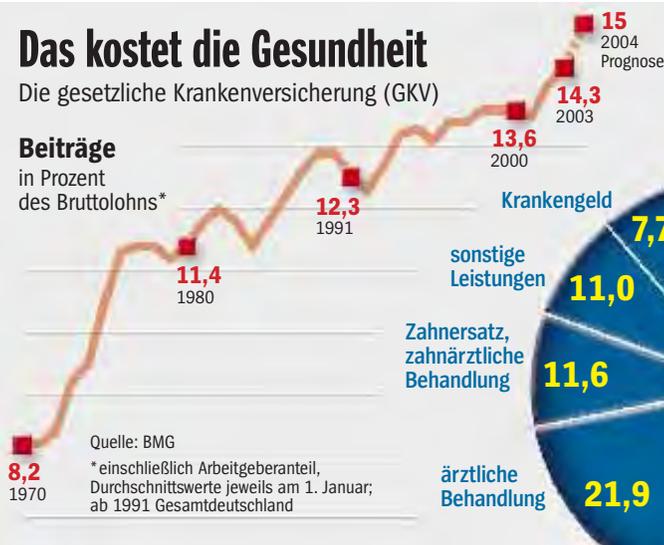
Anpacken will der Kanzler zudem, was sein Vorgänger Helmut Kohl vergeblich versuchte und das erste Schröder-Kabinett sträflich vertrödelt hat: Die Sozialbeiträge, die heute wie eine Strafsteuer auf neue Jobs wirken, sollen sinken – am besten auf ein Niveau wie Mitte der neunziger Jahre. Damals lagen sie bei 39 Prozent; derzeit sind es 42 Prozent.

## Das kostet die Gesundheit

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV)

### Beiträge

in Prozent des Bruttolohns\*



Quelle: BMG

\* einschließlich Arbeitgeberanteil, Durchschnittswerte jeweils am 1. Januar; ab 1991 Gesamtdeutschland

### Ausgaben

der GKV 2001 in Milliarden Euro



DER SPIEGEL



MARC-STEFFEN UNGER

ausbrechen“

Die größten Einsparungen hat Schröder dabei der geplanten Gesundheitsreform von Sozialministerin Ulla Schmidt zugeordnet. Was sie zunächst als bescheidenes Kostendämpfungsgesetz ins Auge fasste, soll zu einem der umfangreichsten Reformprogramme in der Geschichte der Republik aufgepolstert werden.

Zwar will die Regierung offiziell erst die Ergebnisse einer Expertenkommission unter Leitung des Darmstädter Ökonomen Bert Rürup abwarten, aber die wesentlichen innovativen Elemente stehen längst fest.

Entschieden ist, dass das von Rürup favorisierte „Kopfgeld“ verworfen wird. Auch in Zukunft sollen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Beträge teilen; die Höhe bleibt abhängig vom Einkommen. Rürup wollte eine privat zu zahlende Gesundheitspolice für jedermann, doch der Ausgleich sozialer Härten würde den Fiskus nach einer Berechnung des Finanzministeriums bis zu 48 Milliarden Euro kosten. Das möchten weder Schröder noch Finanzminister Hans Eichel – und auch der SPD-Fraktionschef Franz Müntefering hält von einer derartigen Radikallösung nichts.

Aber auch die Maßnahmen, die stattdessen geplant sind, verändern das Gesundheitssystem im Kern. Die Kassen sollen künftig wählen können, mit welchen Ärzten und Kliniken sie zusammenarbeiten wollen. Das sorgt für mehr Wettbewerb und soll die Kosten des Medizinbetriebs senken. Geplantes Einsparvolumen allein im nächsten Jahr: rund zwei Milliarden Euro. Schröder setzt auf eine „Effizienz-Revolution innerhalb des Systems“.

Hinzu kommt: Teile der heutigen Versicherung werden ausgegliedert und so genannte versicherungsfremde Leistungen wie Mutterschaftsgeld, Anti-Baby-Pillen für Minderjährige oder Mütterkuren künftig nicht mehr aus Sozialbeiträgen finanziert, sondern aus Steuermitteln. Das würde die Kassenkosten im nächsten Jahr um rund vier Milliarden Euro drücken. Die

SPD-Linke ist froh, dass neben den Beiträgen nun eine zweite Finanzquelle sprudelt: der Staatshaushalt.

Im Gegenzug würde sie akzeptieren, dass sich die Bürger gegen zahlreiche Risiken wie Freizeitunfälle privat versichern. Wenn auch die Zahnbehandlung und der Zahnersatz einbezogen würden, könnten im maximalen Fall Leistungen im Wert von 25 Milliarden Euro aus dem Kassenkatalog gestrichen werden – für die SPD-Stammklientel ein Umsturz.

Sollten die Pläne aufgehen, würde der Kassenbeitrag von 14,3 auf unter 12 Prozent sinken. Zudem wäre der Einstieg in den Systemwechsel geschaffen. In das deutsche Gesundheitssystem, in dem halbstaatliche Kassen alles dominieren, würde spürbar mehr Wettbewerb einziehen. Und, wichtiger noch, neben die Grundversorgung der Kassen würde eine für alle obligatorische Privatversicherung treten.

Wie schon bei der Rente soll ein Mischsystem dafür sorgen, dass die Grundversorgung (öffentlich-rechtlich) gewährleistet bleibt und bei den Extras (privat) auch finanzieller Spielraum nach oben entsteht. Damit würde nicht mehr allein die traditionelle Kostendämpfung im Zentrum stehen, sondern die Wachs-

Die Kassen kämen wie bisher für den Großteil der Arzt- oder Klinikkosten auf, während den zunächst kleineren, dann aber zügig wachsenden Teil von Zusatzleistungen die Bürger aus eigener Tasche finanzieren müssten. Und das zum Vorteil der Wirtschaft: Was die Menschen selbst zahlen, sparen die Betriebe an Beiträgen. Die Lohnnebenkosten könnten sinken, was die Schaffung neuer Jobs erleichtern dürfte.

Noch behandeln die Regierenden ihre Pläne als geheime Kommandosache. „Nichts ist entschieden“, heißt es sowohl im Kanzleramt als auch in der SPD-Fraktion. Doch in Wahrheit sind die Reformer längst handelseinig. In Gesprächen mit Funktionären aus der privaten Versicherungswirtschaft haben die Ressortleiterin Gesundheit und der Kanzleramtsminister bereits durchgespielt, welche Teile des Kassenkatalogs für eine Privatisierung in Frage kommen. Und wie von der Politik gewünscht, berechneten die Konzerne, was die neue private Absicherung pro Police kosten würde:

- Rund 10,5 Milliarden Euro ließen sich sparen, wenn sich Arbeitnehmer und ihre Ehepartner künftig privat gegen Unfälle beim Sport und in der Freizeit versichern. Die Bürger hätten pro Kopf für

**PRIVATE UNFALLVERSICHERUNG**  
geplante Einsparungen: **10,4 Mrd. €**

tumskräfte des Gesundheitswesens könnten sich stärker entfalten.

Clement sieht hier einen Markt mit Zukunft. Schon heute arbeiten im Gesundheitssektor mehr Menschen als in der Autoindustrie.

Die heutigen Privatversicherten wären von den Veränderungen nicht betroffen. All den Kassenpatienten aber wird der Abschied vom alten System schwer fallen – und



Rettung nach Skiunfall

THOMAS EINBERGER / ARGUM

**PRIVATE VERSICHERUNG FÜR ZAHNMEDIZIN**  
geplante Einsparungen: **11 Mrd. €**

nicht nur manchen Arztpraxen oder Krankenhausabteilungen, die dem verschärften Wettbewerb zu weichen hätten. Die Bürger müssten sich von der Vorstellung trennen, dass die Krankenkassen nach Vollkasko-Manier praktisch sämtliche Gesundheitskosten von A wie Antibiotika bis Z wie Zahnersatz absichern.



Behandlung beim Zahnarzt

PS PRESS / ACTION PRESS

**Privat zu versichernde Risiken: Markt mit Zukunft**



**PRIVATE KRANKENGELD-VERSICHERUNG**  
geplante Einsparungen: **5,6 Mrd. €**

chef Steinmeier eine Arbeitsgruppe, die das Gesundheitsministerium unablässig mit neuen Konzepten versorgt.

Desgleichen mischt Wirtschaftsminister Clement intern kräftig mit. Am liebsten würden seine Berater die gesamten Krankenkassenbeiträge über einen Kopfbeitrag finanzieren, wie es das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung vorgeschlagen hat. Der Vorteil: Die Lohnnebenkosten könnten von heute 42 Prozent in einem Rutsch auf 27,7 Prozent sinken. Dafür müssten alle Bürger einen Einheitsbeitrag von etwa 150 Euro zahlen.

Ganz so weit will der Kanzler zwar nicht gehen, aber auch er findet, dass die Belastung der Arbeitgeber reduziert werden muss. Eine wichtige Verbündete für ihn ist dabei die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion, Gudrun Schaich-Walch. Ihr Credo: „Die Menschen sind zunehmend be-



**Kommissionschef Rürup**  
*Abfuhr für Radikallösung*

reit, Eigenleistungen zu erbringen.“ Auch jüngere Genossen wie die Gesundheitsexpertin Carola Reimann drängen auf mehr Mut zu Reformen.

Scharfe Kritik an dem Kurs der Modernisierer kommt derweil vor allem vom gewerkschaftsnahen Flügel der Fraktion und darüber hinaus von Abgeordneten, die sich als Lobbyisten der Krankenkassen verstehen. So wendet sich der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Klaus Kirschner, gegen alle Versuche, den Kassenbeitrag der Arbeitgeber zu senken: „Das ist eine Totengräberpolitik.“ Er werde „mit allen Mitteln gegen eine solche Kehrtwende angehen“, wettet der Parlamentarier, der lange Jahre als Versichertenvertreter der AOK in Baden-Württemberg gedient hat.

Ob es Schröder gelingt, die 251 Abgeordneten in den kommenden Wochen auf seine Linie einzuschwören, wird auch von seinem Fraktionschef abhängen. Müntefering stützt den Kanzlerkurs, doch zugleich sind ihm alle Reformen suspekt, die der sozialdemokratischen Stammklientel zu viel abverlangen. „Für mich gibt es eine klare Grenze“, sagt er: „Wer krank wird, darf nicht bestraft werden.“

HORAND KNAUP, ROLAND NELLES,  
WOLFGANG REUTER, MICHAEL SAUGA

**Chefarztvisite: Extras mit Zusatzpolicen**

eine entsprechende Zusatzpolice rund 20 Euro im Monat zu zahlen.

► Einen ähnlichen Betrag müssten sie aufbringen, würden auch Behandlungen beim Zahnarzt sowie Kronen oder Brücken aus dem Kassenkatalog gestrichen. Für die gesetzliche Krankenversicherung würde das rund elf Milliarden Euro weniger bedeuten.

► Um knapp sechs Milliarden Euro könnten die Kassen für den Fall entlastet werden, dass sich die Bürger künftig gegen den Verdienstaufschlag bei längerer Krankheit auf eigene Rechnung abzuschern hätten. Eine entsprechende Police würde die Versicherten je nach Einkommen mindestens zehn Euro im Monat kosten.

Im Gespräch sind aber auch alle nur denkbaren Teillösungen. Soll man das Krankengeld nur zur Hälfte aus dem Kassenkatalog streichen? Lässt sich ein Teil der Zahnarztrechnungen wie bisher gesetzlich finanzieren? Wie viel Wahlfreiheit muss bei den privaten Zusatzversicherungen gewährleistet sein? Und wer kontrolliert deren Praxis?

Schröder baut darauf, eine echte Gesundheitsreform im Einvernehmen aller Parteien verabschieden zu können. Grüne, Union und FDP haben bereits ihre Zustimmung signalisiert, die Versicherten künftig stärker privat zur Kasse zu bitten. Das will der Kanzler als Druckmittel nutzen, um den Widerstand in den eigenen Reihen zu brechen.

Denn er weiß nur zu genau, dass er mit seinen Vorstellungen an mehreren sozialdemokratischen Tabus gleichzeitig rüttelt. So gilt es unter den Genossen als eherner Grundsatz, dass Besserverdiener höhere Kassenbeiträge zu zahlen haben als weniger Betuchte. Bei den geplanten neuen Zusatzpolicen dagegen wäre die Regel auf den Kopf gestellt: Alle haben denselben Pauschalbetrag zu entrichten. Und mehr: Für die neuen Versicherungen müssten allein

die Beschäftigten und ihre Angehörigen aufkommen. Die Arbeitgeber, sonst zur Hälfte an den Kassenbeiträgen beteiligt, zahlen nichts. Die Gewerkschaften haben intern schon Rabatzt angekündigt.

Bereits seit Dezember bemüht sich der Kanzler, seine Partei auf den Kurswechsel in der Gesundheitspolitik vorzubereiten. In seinen Reden spricht er immer häufiger vom bevorstehenden Ende „des allgegenwärtigen Wohlfahrtsstaates“. Gezielt lancierte sein Amtschef Steinmeier ein Papier, das „mehr Eigenverantwortung“ für den Medizinsektor anmahnte.

Im Januar nahmen die Planungen für den Kurswechsel erstmals Konturen an. Bei einem Treffen unmittelbar vor den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen verständigten sich Schröder, SPD-Generalsekretär Olaf Scholz und Fraktionschef Müntefering darauf, eine Innovation in Angriff zu nehmen, die über die bisherigen Sparrunden deutlich hinausgeht. Zugleich fasste das Trio den Beschluss, der Union umfassende Gespräche über die Gesundheitspolitik anzubieten. Was bei den eigenen Genossen nicht durchsetzbar ist, soll als schmerzhafter Kompromiss im Gefilsche mit Liberalen und Konservativen erscheinen.

In vertraulichen Gesprächen versucht der Kanzler zugleich, seine Spielräume in den eigenen Reihen auszuloten. Zweieinhalb Stunden warb er am vorigen Mittwoch im Willy-Brandt-Haus vor drei Dutzend SPD-Landes- und -Bezirksvorsitzenden für ein forciertes Reformtempo der rot-grünen Regierung: „Wenn wir reformfähig sein wollen, müssen wir da und dort auch aus den gewohnten Denkschemata ausbrechen.“

Schröder erhöhte den Druck auf Ulla Schmidt, die zunächst an ein kleineres Erneuerungswerk gedacht hatte. Erst stellte er ihr die Rürup-Kommission zur Seite, und seit kurzem leitet auch Kanzeramts-



HAUPTSTADT

# Landung in der Wirklichkeit

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit will das Flughafen-Problem lieber in Eigenregie lösen, statt sich von Investoren erpressen zu lassen.

**E**in Hauch von Verschwörung prägte die Stimmung der Herrenrunde am vergangenen Mittwochabend im Senatsgästehaus im Berliner Villenbezirk Zehlendorf. Da saßen drei einflussreiche Sozialdemokraten bei frischem Obst und Wasser in dunklen Sesseln aus Büffelleder und hielten Kriegsrat über das größte Investitionsvorhaben in Ostdeutschland: den Großflughafen Berlin-Brandenburg.

„IG Selbstbau“ wie West-Berliner Ministeriale lästern oder als „Volkseigener Betrieb (VEB)“, wie Ossi Platzeck bislang eher abfällig spottete.

Den neuen Wind in der Flughafen-Frage bekam am Morgen nach der Sitzung als erstes Schönefeld-Chefplaner Michael Pieper zu spüren. Um neun Uhr sprach Pieper am Donnerstag in Platzecks Staatskanzlei in Potsdam vor. Eine knappe Stunde später war er seinen Job los – auf eigenen Wunsch, versteht sich.

Der Mann galt vielen als Zauderer. Als Pieper sich vergangene Woche wieder nicht durchringen konnte, die Verhandlungen mit dem privaten Baukonsortium um die Multis Hochtief und IVG für gescheitert zu erklären, riss Wowereit der Geduldssaden: „Was will der eigentlich?“

Der Forderungskatalog der Firmen las sich tatsächlich wie ein Handbuch

lich. Ansonsten ist er, der ebenso charmant lächelt wie eisenhart verhandelt, fest entschlossen, sich nicht weiter als Hampelmann von Hochtief vorführen zu lassen – und wirbt bei Stolpe und Platzeck für die harte Linie.

Provoziert haben diese die Hochtief-Leute selbst. Als der Vorstandsvorsitzende Hans-Peter Keitel bei einem letzten Einigungsversuch am 7. Februar kurzerhand im Gespräch aufstand und zu einer Sitzung nach London entschwand, war für Wowereit das Spiel aus. Unmittelbar nach dem Treffen beauftragte er den Chef der Berliner Flughafen-Holding, Dieter Johannsen-Roth, ein Alternativszenario zu entwerfen – eben den Plan B.

Vom profitablen, aber überlasteten Flughafen Tegel sollen künftig vor allem teure Linienflüge von Lufthansa und anderen Premium-Anbietern starten – und damit den Gewinn weiter steigern. In Schönefeld aber sollen der boomende Markt der

Billigflieger bedient und Image sowie Auslastung verbessert werden. Schritt für Schritt könnte der dann florierende Airport mit öffentlichen Geldern ausgebaut werden, wenn auch deutlich kleiner als geplant. Die Landung in der Wirklichkeit, intern als „Baby-BBI“ verspottet, lässt sich nach Ansicht der Ministerialen in Berlin und Potsdam für rund 600 Millionen Euro aus öffentlichen Kassen realisieren.

Die Wowereit-Linie ist allerdings auch nicht ohne Risiko: Kaum war absehbar, dass die Verhandlungen scheitern würden, drohte das Konsortium in einem Brief („per Telefax, per Post und per Boten“) mit rechtlichen Schritten. Vorsorglich recheneten die Unternehmer-Anwälte vor, man habe bereits „finanzielle Mittel im oberen zweistelligen Millionenbereich aufgewandt“. Ein vorzeitiges Platzen der Gespräche sei „vergaberechtswidrig“. Dann will Hochtief nicht nur das bereits für Planungen ausgegebene Geld, sondern voraussichtlich auch den entgangenen Gewinn erstreiten. Intern soll sogar über eine Milliardenforderung diskutiert worden sein, realitätsnäher sind 200 Millionen Euro.

Auch politisch ist ein Flughafen der Marke Eigenbau ein riskantes Unternehmen. In Brandenburg und Berlin schrecken Landespolitiker – nach spektakulären Pleiten wie Lausitzring oder Bankgesellschaft – vor derartigen Vorhaben gern mal zurück. Potsdams SPD-Fraktionschef Gunter Fritsch formuliert seine Skepsis so schlicht wie zutreffend: „Die öffentliche Hand hat sich bei Großprojekten bislang nicht mit Ruhm bekleckert.“

STEFAN BERG, HOLGER STARK



FABIAN MAZERAATH / DDP



JOSE GIRIBAS / IMAGES.DE

Flughafen Berlin-Tegel, Partner Platzeck, Stolpe, Wowereit: Vom Großprojekt zum Baby?

Sinnlos sei es, redete Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit auf Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck und Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe ein, noch länger Zeit mit Verhandlungen zu verschwenden: „Wir dürfen uns nicht erpressen lassen.“

Jener Abend im feinen Senatsgästehaus ist eine Zäsur in der zehn Jahre langen und reichlich wirren Geschichte dieses Flughafenprojekts. Denn den im Vereinigungsboom erträumten Ausbau Schönefelds durch private Investoren für fünf Milliarden Euro zu einem internationalen Luftdrehkreuz hat Wowereit abgeschrieben. Er setzt auf Plan B: eine wesentlich bescheidenere Erweiterung des alten DDR-Flughafens, finanziert von Bund, Berlin und Brandenburg, gesteuert von einer Gesellschaft dieser drei Eigentümer. So könnte der „Berlin Brandenburg International“ (BBI) doch noch entstehen – allerdings als

für den Vollkasko-Unternehmer. Getreu dem Motto „Gewinne privatisieren, Risiken verstaatlichen“ bestand das Konsortium etwa darauf, dass

- ▶ das privat eingesetzte Kapital zurückgezahlt und mit bis zu 13 Prozent verzinst wird, sollte das Projekt scheitern;
- ▶ der Kaufpreis für den Flughafen nicht sofort, sondern in drei Raten gezahlt wird und die Zinsen bei den Unternehmen verbleiben;
- ▶ die öffentliche Hand bei möglicherweise ausbleibenden Fördermitteln einspringt.

Unter Umständen, so addierten die Planer, müssten die Länder und der Bund bei der Privatisierung mehrere hundert Millionen Euro zuschießen. Nur bei einem Verzicht auf die meisten der 15 Forderungen hält Wowereit deshalb weitere Verhandlungen mit Investoren noch für mög-



Werbeseite

Werbeseite



AFFÄREN

# „Den kennen wir nicht“

Um interne Machtkämpfe zu gewinnen, sollen junge CSU-Getreue neue Parteimitglieder gekauft und Mitgliedsanträge gefälscht haben.

Politisch interessiert ist die Grundschullehrerin aus dem Münchner Stadtteil Neuperlach schon, aber mit der CSU sympathisiert Manuela K. keineswegs. Und Mitglied will sie auf gar keinen Fall werden, sagt sie – ebenso wenig

genommenen bei Wahlen die Kreuzchen an den gewünschten Stellen platzierten.

Das System, so Insider, habe vergleichsweise schlicht funktioniert: Etwa zwei Monate vor Wahlen an der Basis habe ein kleiner Kreis von Eingeweihten pro Orts-

pro Neumitglied also, sagt Florian G. heute: „Als Student kann man schnell ein bisschen Geld gebrauchen. Mir wurde gesagt, ich würde nie wieder was davon hören.“

Blieb für die Werber noch ein Problem: Wie konnten sie dafür sorgen, dass gekaufte Mitglieder, die nicht in Erscheinung treten wollen oder sollen, in parteiöffentlichen Versammlungen abstimmen – und dann auch noch für die richtigen Kandidaten? Doubles seien die Lösung gewesen, sagen Insider: junge Leute aus dem Freundeskreis der JU, die unter den Namen der gekauften Karteileichen in verschiedenen Ortsvereinen auftraten und abstimmten.

Einen schriftlichen Beleg für den Vorwurf gibt es bislang nicht. Aber auch Florian G. hat von den Doubles gehört: Er



THOMAS EINBERGER / ARGUM



GEORG JANSSEN

CSU-Zentrale in München, CSU-Politiker Stoiber, Hohlmeier: Machtkampf im Gasthaus

wie etwa ihre Kollegin Nicole H. oder der Finanzbeamte Thomas B.

Aber die drei Münchner haben merkwürdige Gemeinsamkeiten: Alle drei sind Kunden bei der Bayerischen Beamten Versicherung (BBV), die ihre persönlichen Daten im Computer hat. Und von allen dreien liegen Anträge auf Parteimitgliedschaft vor, sauber ausgefüllt und mit gefälschter Unterschrift versehen – ohne dass die künftigen CSUler selbst bis Ende vergangener Woche davon irgendetwas wussten.

Die drei sind, mit weiteren Ahnungslosen, Teil eines dreisten Betrugsmanövers in der CSU. Denn um bestimmte Parteifreunde auf bestimmte Posten zu hieven, soll einer Hand voll Ehrgeizlingen in der Jungen Union (JU) nahezu jedes Mittel recht gewesen sein: So wurden Aufnahmeanträge gefälscht, manche Mitglieder wurden für ihren Beitritt zur bayerischen Regierungspartei bezahlt, und am Ende sollen sogar Doubles engagiert worden sein, die in Vertretung der unfreiwillig Auf-

verband dutzendweise Neumitglieder gewonnen. Da Interessenten nicht immer zu finden waren, halfen die Strippenzieher offenbar auch häufiger mit Geld nach – etwa bei der Münchner Haushälterin Branka G. Sie sei „zu einer Unterschrift für Stoiber“ regelrecht gedrängt worden, und man habe

## Mit Namen aus einer Kundendatei wurden Anträge gefälscht.

ihr schließlich „als Gegenleistung“ 100 Euro versprochen, schreibt Branka G. in einem Brief an die Partei – in dem sie postwendend wieder ihren Austritt aus der Bayern-Union erklärte.

Versucht wurde der Trick ebenfalls bei der Familie G. aus Neuperlach: Sohn Florian füllte einen Mitgliedsantrag für sich aus und legte selbiges gleich auch Mama, Papa und Bruder nahe – dafür hätten ihm Werber der JU 400 Euro Lohn gezahlt, 100 Euro

musste einen Teil seines Beitritt-Honorars wieder abliefern, weil es, so sei ihm später gesagt worden, für seine doch schon etwas betagteren Eltern keine geeigneten Doppelgänger gegeben habe.

Doch offenbar hat der Trick mit den gekauften Mitglieder-Namen allein nicht immer ausreichend Stimmen gebracht: Kurz vor einer Ortsvorsitzenden-Wahl in Neuperlach Anfang Februar etwa scheint es eng geworden zu sein. Um schnell noch neue Mitglieder aufzuweisen, schaute offenbar jemand in die Kundendatei der BBV – und füllte mit abgeschriebenen Namen und Daten Mitgliedsanträge aus. So ließ sich der Zuwachs sogar noch bequem nach Alter und Wohnort auswählen, EDV-gestützt. Auf mindestens sechs Neuperlacher Beitrittsformularen finden sich junge Münchner, die von ihrer Mitgliedschaft nichts wissen, aber eine Versicherung bei der BBV abgeschlossen haben.

Auffällig auch: Sämtliche Aufnahmeanträge stammen vom 27. November vergan-

genen Jahres, und viele wurden in derselben Handschrift ausgefüllt. Bei der Assekuranz ahnte von dem Datenmissbrauch kein Verantwortlicher etwas – aber von außen können auch versierteste Hacker kaum auf die Rechner zugreifen.

Da hatte jemand Fließbandarbeit geleistet – und der Schwindel wäre nicht einmal aufgefliegen, denn nach der Wahl sollten die gefälschten Formulare verschwinden, ohne dass sie je die Parteizentrale erreichten. Das klappte nicht immer: Ein Münchner wunderte sich jüngst über Mitgliederpost von der CSU, der er nie beigetreten war. Der Mann wandte sich an die Partei, und dabei stellte sich heraus, dass sehr wohl ein unterschriebener Mitgliedsantrag unter seinem Namen vorlag.



betrug ist kein Lausbubenstreich mehr, sondern eine Straftat.

Bald danach sprach ihn die Strauß-Tochter Monika Hohlmeier an, Kultusministerin im Kabinett Edmund Stoibers und designierte Münchner CSU-Vorsitzende. Podiuk mag über den Inhalt des Gesprächs nicht reden. Die Ministerin sagt, es sei um etwas ganz anderes gegangen. Und auf keinen Fall habe sie Podiuk gestoppt, wie Insider sagen, sei sie doch ganz im Gegenteil immer für äußerste Transparenz.

Sicher ist, dass die Wahl im Waldperla-cher Gasthaus Leiberheim Anfang Februar merkwürdig verlief. Dort kämpften zwei Gruppen um die Macht: Eine stützte den Landtagsabgeordneten Heinrich Traublinger, der für den Ortsvorsitz kandidierte. Die andere Gruppe favorisierte einen Konkurrenten. Genau am Wahlabend zauberte der scheidende Ortsvorsitzende und Traublinger-Unterstützer Matthias Pawlik plötzlich rund 20 neue Mitglieder aus dem Hut, die er – ohne Wissen des Ortsvorstands, aber ansonsten legal – neu aufgenommen haben will.

Auf Mitgliederlisten tauchten die angeblichen Neuen aber noch nicht auf. Um ihnen trotzdem Stimmrecht zu garantieren, hatte Pawlik den fristgerechten Eingang der Anträge bei einem Notar beglaubigen lassen. An der Richtigkeit sollte nicht gezweifelt werden. Dass diese äußerst ungewöhnliche Methode des Parteibeitritts satzungskonform sei, wurde auch gleich vom Wahlleiter bestätigt – dem Regensburger Landtagsabgeordneten Peter Welnhofner, der die Wahl seines Parlamentskollegen Traublinger beaufsichtigte. Und Welnhofner akzeptierte nicht nur die neuen Stimmen – er lehnte, wozu er als Wahlleiter befugt ist, eine allgemeine Ausweiskontrolle bei den Anwesenden ab.

Dabei war die Versammlung äußerst turbulent: Immer wieder hätten, so Welnhofner, alteingesessene Mitglieder auf andere gezeigt und gerufen: „Den kennen wir nicht.“ Die Ausweise zu kontrollieren sei aber „einer politischen Partei unwürdig“ und in der Satzung zudem nicht vorgesehen, verteidigt sich Wahlleiter Welnhofner. Zudem habe er alles unternommen, um die Identität der Anwesenden zu klären. Sein Parteifreund Traublinger gewann die Wahl.

Die Abstimmungsunterlagen aber nahm Welnhofner nach dem Abend gleich an sich: „Damit sie nicht verschwinden“, sagt er. Inzwischen werden die Dokumente als geheime Verschlussache behandelt. Weil die Wahl vermutlich angefochten wird, möchte Welnhofner die Wählerlisten bei sich behalten. Den protestierenden Parteimitgliedern aus dem Anti-Traublinger-Lager hat er bis heute jedwede Einsicht verwehrt.

CORDULA MEYER, CONNY NEUMANN



GERHARD BLANK / DDP



STEFFEN LEIPRECHT / DDP

#### **CSU-Politiker Welnhofner, Podiuk** *Drohung mit dem Staatsanwalt*

Als der Vorsitzende der Stadtratsfraktion, das politische Urgestein Hans Podiuk, von dem Vorgang hörte, rastete er aus: Denn Gerüchte von systematischem Stimmenkauf waren dem korrekten Parteimann zuvor schon zu Ohren gekommen. Nun sah er seinen Verdacht bestätigt. Er polterte intern, da müsse jetzt umgehend die Staatsanwaltschaft eingeschaltet werden. Wahl-



Spätaussiedlertreffen (im brandenburgischen Grünheide): Exodus ins gelobte Land

IMMIGRANTEN

## „Sozialer Sprengstoff“

Erbittert haben CDU und SPD über die Zuwanderung gestritten – nur nicht über die größte Zuwanderergruppe: die Spätaussiedler. Nun zwingen dramatische Zustände die Politiker zum Handeln.

Als Olaf Esser noch im Sterben lag, mit Blut im Gesicht und einer Blutung im Gehirn, weil sie seinen Schädel wie einen Fußball getreten hatten, da standen Vladimir K., 17, Eugen R., 15, und Semjon D., 16, schon mit seinen 30 Euro an der Hechinger Agip-Tankstelle und bestellten sich ein paar Snacks: ein Six-pack Bier, eine Packung Eistee, drei belegte Baguettes. Aßen, tranken. Und gingen dann einfach schlafen.

Auf den ersten Blick wirkt der Mord an dem 33-jährigen Arbeitslosen, geschehen vor knapp einem Jahr in einer württem-

bergischen Kleinstadt, wie eine bizarre, skrupellose Einzeltat. Doch durch das Urteil des Hechinger Landgerichts über die Mörder ist der Fall inzwischen zu einem Menekel für die Misere deutscher Zuwanderungspolitik geworden: Der Angeklagte K., Spätaussiedler aus Kasachstan, sei „in keiner Art und Weise sozial integriert, obwohl er nunmehr schon seit langen Jahren in Deutschland lebt“, heißt es in der Begründung. Und dass K., dessen Komplizen aus Russland stammen, jetzt noch eine letzte, eine wirklich gut gemeinte Integrationschance bekomme: zehn Jahre Knast.

Das Scheitern eines Menschen lässt sich kaum krasser dokumentieren. Verurteilt wurde damit aber auch das Zagen und Versagen der beiden großen Volksparteien ausgerechnet bei der größten Gruppe von Zuwanderern, den Spätaussiedlern, von denen auch im Jahr 2002 noch 91 000 nach Deutschland kamen.

Obwohl Politikern wie der bayerischen Sozialministerin Christa Stewens (CSU) längst klar ist, dass „die Spätaussiedler bei der Integration eine Problemgruppe geworden sind“, haben Union und Sozialdemokraten in der Aussiedlerfrage seit Jahren nur noch taktisch agiert. Sie haben all die Klagen verdrängt – über eine rapide wachsende Kriminalität

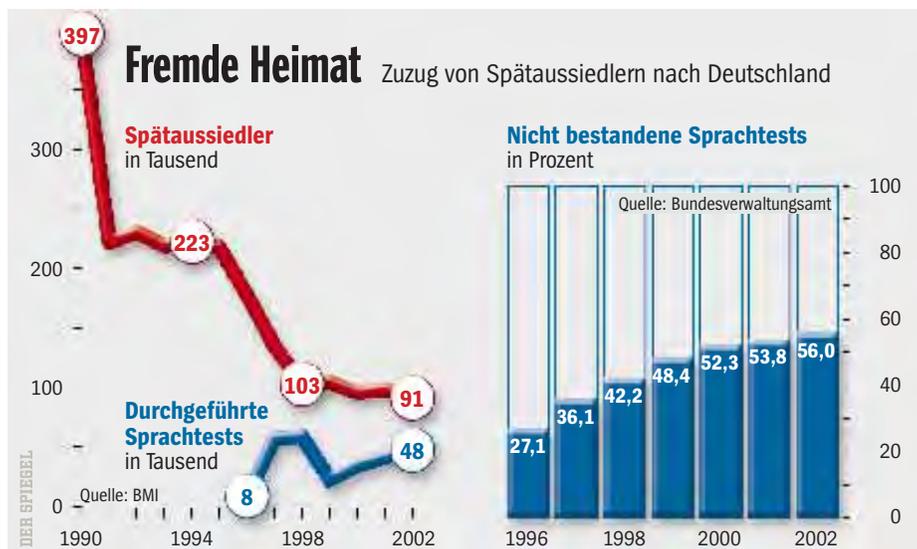
unter jungen Russlanddeutschen, über mangelhafte Deutschkenntnisse, soziale Verwahrlosung. Der Grund: politisches Kalkül.

Doch wenn schon in der Politik „niemand die Probleme wahrnehmen wollte“, wie ein Spitzenbeamter aus dem niedersächsischen Innenministerium grollt, dann jetzt die Gerichte: Das Hechinger Urteil war gerade sechs Wochen alt, da veröffentlichte der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof in Mannheim eine Entscheidung, wonach ein paar Worte Deutsch für die Anerkennung als Spätaussiedler nicht reichen. Ein einfaches Gespräch sei das Mindeste, was ein Bewerber schaffen müsse.

Die Hinweise der Richter lesen sich wie ein Pflichtenheft der Politik, doch die Politik hat offenbar versagt: Fehlende Deutschkenntnisse stellten sich „zunehmend als starkes Hindernis“ für die Eingliederung von Aussiedlern heraus; das kostete die Sozialkassen Geld, die Zuwanderer Kredit in der Bevölkerung. Seitdem ist die Tabu-Diskussion wieder da – wie viele Aussiedler weiterhin kommen sollen, wie lange noch. Und welche Folgen die Republik tragen kann.

Dabei enthält die Bestandsaufnahme der Mannheimer Richter nicht mal Neuigkeiten. Dass sich der Spätaussiedlerzuzug – früher mal eine Erfolgsstory voller kleiner Wirtschaftswunder – zum Dilemma entwickelt hat, ist unübersehbar. Und obwohl die Zahl der Heimgeholten sinkt (siehe Grafik) und der Bund trotz Kürzungen noch satte 614 Millionen Euro im Jahr für ihre Eingliederung ausgibt, droht aus dem Dilemma nun ein Fiasko zu werden.

Im Treck gen Westen sitzen nämlich in Wahrheit kaum noch Deutschstämmige; ihr Anteil ist von 74 Prozent im Jahr 1993 auf 22 Prozent gesunken. Die anderen, das sind die Mitgereisten, die Ehefrauen, Kinder, Stiefkinder, die meisten ohne eine Bin-





dung an Deutschland – und ohne ein Wort Deutsch. Denn einen Sprachtest muss vor dem Exodus ins gelobte Land nur der deutschstämmige Antragsteller bestehen; der Großteil der Einwanderer begreift dagegen nicht mal die Frage „Wie heißt du?“

Die Folge: ein neues Armutsproletariat. Etwa jeder vierte Immigrant aus dem Osten ist arbeitslos; in der Schule sieht die bayerische Sozialministerin Stewens wegen der Sprachschwierigkeiten „Riesenprobleme“ für Spätaussiedlerkinder. Und wer hinterher eine Lehrstelle sucht, hat kaum Chancen: Die Azubi-Quote liegt deutlich niedriger als bei Gleichaltrigen, die in Deutschland geboren wurden.

Dafür aber rangieren Aussiedler bei der Kriminalität erschreckend weit vorn: Im niedersächsischen Cloppenburg etwa, wo sie 20 Prozent der Bürger stellen, ist jeder zweite Drogenstraftäter, in Baden-Württemberg jeder vierte tote Junkie, im dortigen Jugendknast Adelsheim jeder fünfte Häftling ein Aussiedler. Und ins badische Lahr – 43 000 Einwohner, davon 23 Prozent Aussiedler – musste die Landesregierung gleich 57 Polizisten zur Verstärkung schicken. Die Stadt war von einer Kriminalitätswelle geradezu überrollt worden.

Doch obwohl vor allem Bürgermeister, „schwarze“ wie „rote“, schon seit Jahren solche Krisensymptome aus Vierteln mit Spitznamen wie „Klein-Kasachstan“ oder „Neu-Moskau“ an ihre Parteispitzen melden; obwohl nun etwa die nordrhein-westfälische Sozialministerin Birgit Fischer (SPD) „sozialen Sprengstoff“ ortet; obwohl sogar der Innenstaatssekretär der baden-württembergischen Landesregierung, der CDU-Mann Heribert Rech, offen ausspricht, dass „von denen, die heute noch kommen, nur noch ein Viertel die Integration“ schafft: Im schrillsten Streit um das Zuwanderungsgesetz blieb es immer auffällig ruhig, wenn es um die Spätaussiedler ging.

Für Stille wie Stillstand gibt es beste Gründe – politische nämlich. Zwar hat die Union erst jüngst mit der Parole von der „Zuwanderung in die Sozialsysteme“ den Bundestagswahlkampf angespitzt. Kaum kommt die Rede aber auf den Aussiedlerzuzug, verkehrt sich die Sorge vor Überfremdung und Nassauertum schlagartig in barmherzige Fürsorge. „Wir stehen nach wie vor zu unserer historischen Verpflichtung, Russlanddeutsche aufzunehmen“, begründet dann etwa CSU-Ministerin Stewens die milde Ader der Union.

Der wahre Grund aber dürfte ein hartes Machtkalkül sein: Nach einer Studie des

Politikwissenschaftlers Andreas Wüst vom Zentrum für Europäische Sozialforschung in Mannheim wählen Umfragen zufolge etwa drei Viertel aller Russlanddeutschen die Union. Die Christdemokraten holen also vor allem Zigtausende Wähler ins Land – mögen sie auch kriminell werden oder nicht integrierbar sein.

Umso zackiger könnte deshalb die SPD eine Zuzugsbeschränkung fordern. Doch schon als SPD-Innenminister aus den Ländern vor mehr als einem Jahr einen Vorstoß wagten, blockte Bundesinnenminister Otto Schily erst mal ab. „Das macht die CDU nicht mit“, beschied er – und die Union brauchte Schily für sein geplantes Zu-

den Schily-Kurs bereits weitgehend abge- nickt. Gegen eine Steuerung des Zuzugs habe er nichts, bemerkte der Innenexper- te der CDU im Bundestag, Wolfgang Bos- bach; wer nach Deutschland komme, solle ausreichende Sprachkenntnisse haben.

Nur: So einig sich Schily mit der Oppo- sition weiß, so wenig ist damit das Problem gelöst. Denn die Idee, den Sprachtest zum Sperrwerk zu machen, funktioniert viel- leicht als Theorie; in Wirklichkeit aber hat diese Barrikade Löcher, so groß wie in ei- ner Torwand. Besteht dann nämlich der Deutschstämmige seinen Test und wandert erst mal allein in die Bundesrepublik ein, darf er, kaum deutscher Staatsangehöri- ger, seine ganze Familie nachholen – ganz egal, wie die beim Sprachtest abgeschnitten hat. Dann nämlich gilt: Familiennachzug geht vor.

Der Sprachtest taue wenig zur Steue- rung der Zuwanderung, mosern Experten. SPD-Innenminister aus den Ländern er- warten daher von Schily eine deutlich schärfere Gangart, eine Begrenzung, wie sie schon für Spätaussiedler aus allen Ex- Satellitenstaaten der Sowjetunion gilt.

1993 verordnete sich die Bundesrepu- blik nämlich nicht nur ein Jahreslimit von 225 000 Aussiedlern, das 2000 auf 100 000 gesenkt wurde. Der Bundestag beschloss damals auch, dass Deutschstämmige nur noch dann ins Land dürfen, wenn sie schon mal ganz persönlich wegen ihrer Abstam- mung diskriminiert wurden.

Das ist das Nadelöhr, durch das sich seit- dem Deutschstämmige aus allen ehemali- gen Ostblockländern zwängen müssen, nur nicht die aus den früheren Sowjetrepubli- ken. Jetzt aber argumentiert etwa der rheinland-pfälzische Innenminister Walter Zuber: „Eine generelle Benachteiligung für Deutsche gibt es auch in Russland oder Kasachstan nicht mehr.“ Was für Polen und Rumänien gelte, müsse deshalb auch der Maßstab für Russland und Kasachstan, erst recht aber für Estland, Lettland und Li- tauen sein. Die zählten schließlich dem- nächst zur EU und damit wohl kaum noch zu jenen Ländern, in denen Deutschstä- mige massenhaft verfolgt würden.

Zuber glaubt, dass mit einer solchen Re- gelung die Zahl der Aussiedler merklich schrumpfen würde, mehr noch: dass dies der Beginn einer Debatte sein könnte, „um einen Schlusstrich zu ziehen“. Der Krieg sei nun fast 60 Jahre vorbei; da sei es doch mal langsam an der Zeit, Spätaussiedler genauso zu behandeln wie Ausländer, die ins Land kommen wollten. Für die Union das Udenkbare schlechthin: „Das ist mit uns nicht zu machen“, entrüstet sich Bay- erns Sozialministerin Stewens. Der letzte entsprechende Antrag, gestellt von Nie- dersachsen, hatte im Innenausschuss des Bundesrats im Januar nicht eine Stimme der Union bekommen. JÜRGEN DAHLKAMP, MICHAEL FRÖHLINGSDORF, PER HINRICHS, FELIX KURZ



Protest gegen Sprachtests für Aussiedler\*  
Barrikade mit Löchern

wanderungsgesetz. Daran hat sich bis heu- te nichts geändert. Im Gegenteil: Nachdem Schilys Jahrhundertwerk zum zweiten Mal im Bundesrat durchgefallen und nun im Vermittlungsausschuss gelandet ist, gelten Frontalangriffe auf die Unionsklientel als besonders schädlich.

Also scheut Schily rabiate Schnitte, et- wa beim jährlichen Aussiedlerkontingent, und will den Zustrom stattdessen an ei- ner nicht ganz so auffälligen Stelle dros- seln. Geht es nach dem Innenminister, sollen künftig auch die Angehörigen von Deutschstämmigen Sprachtests machen, und zwar noch im Herkunftsland. Wer da- bei durchrasselt, muss draußen bleiben, so steht es schon im gescheiterten Zuwande- rungsgesetz.

Tatsächlich hat der Bundesratsinnen- ausschuss mit den Stimmen der Union

\* Im August 2002 im Berliner Regierungsviertel.



IRAK-KRISE

# Meister aus Deutschland

Saddams Chefunterhändler Amir al-Saadi, früher mitverantwortlich für das Giftgasprogramm, hatte beste Kontakte in die Bundesrepublik. Seine Familie lebt immer noch gut situiert in Hamburg.



Uno-Inspektor Blix, Irak-Delegierter Saadi: Dr. Mabuse der Aufrüstung

bensweg des gelernten Chemikers gibt, hat er in Deutschland studiert, in London promoviert und war dann mitverantwortlich für das Giftgasprogramm – und damit für die Produktion jenes Teufelszeugs, mit dem Saddam Hussein 1988 im Nordirak 5000 Kurden töten ließ.

Damals war Saadi als stellvertretender Industrieminister gleichsam zum Dr. Mabuse der irakischen Aufrüstung aufgestiegen, zum eigentlichen Leiter der Raketenforschung und des Programms für ABC-Waffen. Er gilt als Superhirn – sein Vorgesetzter, der Schwiegersohn Saddams, Hussein Kamil, wurde später wegen Verrats ermordet. So dirigierte Saadi, während er seine Familie im sicheren Hamburg wusste, im Irak das Projekt 124, in dem die Reichweite sowjetischer Scud-Raketen erhöht wurde, so dass sie im Golfkrieg in israelischen Städten einschlagen konnten. Auch mit dem 1990 ermordeten Waffenspezialisten Gerald Bull, der Bagdad beim Bau einer Superkanone unterstützte, traf er sich immer wieder persönlich.

Als Aufseher des für die Kampfstoffentwicklung zuständigen State Establishment for Pesticides Production hat der Meister aus Deutschland den Bau irakischer Giftküchen mitorganisiert. In Deutschland gab es die Technik, in Deutschland gab es Fabrikanten, die nicht fragten, warum der Irak so große Düngemittelanlagen brauchte, nach Deutschland also schickte Saadi seine Einkäufer. „Ihr habt so viel Erfahrung, wie man Juden mit Gas tötet“, erklärten die Iraker bei einer dieser Verhandlungen.

Der verlorene Golfkrieg verwandelte den Chefaufrüster in den Cheftrickser Saadi, einen derjenigen, die das Heer der Uno-Inspektoren an der Nase herumführten – je dreister, desto freundlicher. Den „Oberverschleierer“ nannten sie ihn in der Uno-Zentrale, bescheinigten ihm, seinen Job „diabolisch gut“ zu machen. So gut, dass ein Kontrolleur klagte: „Nach einem Gespräch musste man sich erst mal eine Viertelstunde zwicken, um zu begreifen, dass er eine Lüge nach der anderen aufgetischt hatte.“

Dem Blix-Vorgänger Richard Butler erklärte Saadi etwa, der Irak habe nur ein „ganz kleines und ineffektives Bio-waffenprogramm“ gehabt. Auf einer extra anberaumten Expertensitzung in Wien – der Irak hatte zuvor mal wieder volle Kooperation versprochen – weigerte sich Saadi, „Fragen zu beantworten, die zuvor gestellt und beantwortet wurden“.

Als schließlich die deutsche Inspektorin Gabriele Kraatz-Wadsack 1998 in einem Panzerschrank jenes Schlüsseldokument fand, dem zufolge der Irak nach dem Krieg gegen Iran weit mehr Bio- und Che-

Die Wagenkolonne, die 1991 im feinen Hamburger Stadtteil Wellingsbüttel aufkreuzte, schien direkt aus einem schlechten Spielfilm in die Straße Wesselblek abgebogen zu sein: Die Mercedes-Limousinen waren schwarz, die Scheiben dunkel, die Männer, die ausstiegen, noch undurchsichtiger als die Fenster.

Stundenlang standen sie mit ihren schwarzen Sonnenbrillen auf dem Parkplatz des vornehmen Uhlenhorster Hockeyclubs, gegenüber der Villa mit der Hausnummer 11. Verschwanden wieder. Kehrten in den nächsten Tagen zurück. Verschwanden. Kamen wieder. „Wo wohnen wir hier eigentlich?“, fragten sich damals, in den Zeiten des Golfkriegs, irritierte Nachbarn. Die richtige Frage hätte heißen müssen: Wer wohnt hier eigentlich?

Die Auflösung kommt heute fast jeden Abend in den Hauptnachrichten. Dort sitzt, in TV-Filmen aus Bagdad, der General Amir al-Saadi vor einem Strauß von Mikrofonen, bestreitet, dass der Irak Massenvernichtungswaffen besitze, behauptet, dass der amerikanische Verteidigungsminister Colin Powell „gefälschte Beweise“ vorlege. Und pocht darauf, dass auch der Irak militärische Geheimnisse haben dürfe, die niemanden etwas angingen.

Saadi, wichtigster wissenschaftlicher Berater Saddam Husseins, ist in Bagdad der Chefunterhändler des Regimes in den Gesprächen mit Uno-Waffeninspektor Hans Blix. Der Großteil seiner Familie lebt bis heute in Hamburg, seine deutsche Frau und zwei erwachsene Söhne. Sie wohnten etwa von 1984 bis 1996 in der so genau observierten Walmdachvilla an der Alster.

Für den Mann mit Hamburger Anhang, der bei seinen Besuchen in Wellingsbüttel durch perfektes Deutsch beeindruckte, interessieren sich internationale Geheimdienste schon seit Jahrzehnten. Stimmen die dünnen Berichte, die es über den Le-



Uno-Inspektoren im Irak: „Diabolisch gut“



# Kämpfer für Uncle Sam

Mit vermutlich aus Amerika kommenden Flugblättern werden auch in Deutschland Exil-Iraker für den Krieg geworben.

Der Zweite Sekretär in der irakischen Botschaft, Abd al-Salam Saher, genoss in Deutschland Immunität – nur nicht gegen den Einfluss von Alkohol. Als die Berliner Polizei ihn im vergangenen Oktober nach einer Nacht in der Disco „Blond's“ stoppen wollte, trat der als Diplomat getarnte Resident des irakischen Geheimdienstes aufs Gaspedal, fuhr beinahe zwei Streifenbeamte über den Haufen und konnte erst nach einer Verfolgungsjagd gestoppt werden.

Die Promille-Tour kam dem Bundesamt für Verfassungsschutz gerade recht: Saher wurde Ende 2002 ausgewiesen. Schließlich hatte Saddams Mann auch schon wochenlang ziemlich ungeniert im Gastland Spione rekrutiert, die Exil-Iraker in Deutschland ausspähen sollten. Weil aber der designierte Nachfolger, Chalid Abd al-Rasak Ahmed, ebenfalls einschlägig bekannt als Agentenführer, erst gar kein Visum erhielt, ist Saddams Spitzelposten nun ausgerechnet in einer Zeit vakant, in der es hier zu Lande für das Baath-Regime viel zu observieren gäbe: Nach Jahren, in denen die Lobbyarbeit gegen den Diktator vor allem aus Amerika und England organisiert wurde und Deutschland kaum mehr als eine ruhige Wohngegend für schätzungsweise 65 000 Iraker war, sollen nun auch Iraker in der Bundesrepublik für den Krieg mobilisiert werden.

Seit Monaten kursieren in der Exilgemeinde Flugblätter, mit denen sich Regimegegner für den bewaffneten Kampf melden können. Allein Ahmed Barwari, Deutschland-Repräsentant der Patriotischen Union Kurdistan (PUK), einer der zwei großen kurdischen Widerstandsbewegungen im Irak, will „eine Hand voll“ Landsleute aus Deutschland kennen, die ein verteiltes Formblatt ausgefüllt hätten und nun auf ihre Einberufung warteten.

Hinter der Rekrutierung steckt offenbar das amerikanische Pentagon, das in einem erst kürzlich eingerichteten Lager im ungarischen Taszar bis zu 3000 Exil-Iraker zusammenzieht, um sie angeblich als Dolmetscher und Militärpolizisten für einen Einsatz gegen Saddam zu trimmen.

Das englischsprachige Flugblatt („Bitte an Iraker weiterleiten, die an

der Befreiung des Irak teilnehmen wollen“) ist nur mit der Anonymus-Signatur „Iraq Liberation“ gezeichnet und nennt eine Postfachadresse samt Faxnummer in Manassas im US-Bundesstaat Virginia. Dorthin sollen Iraker ihre Meldebögen senden, in denen auch frühere Stationen einer Militärkarriere abgefragt werden.

Auf die Beteiligung amerikanischer Behörden weist aber vor allem der letzte Fragenblock hin. Dort sollen Kriegsfreiwillige nicht nur Reisen in die Vereinigten Staaten offenbaren, sondern auch, ob sie jemals „eine anti-



US-Trainingszentrum in Ungarn  
Einsatz gegen Saddam

amerikanische Äußerung“ gemacht haben. Am vergangenen Wochenende wurde über die amerikanischen Stützpunkte im Rhein-Main-Gebiet eine neue Auflage des Agitprop-Zettels verbreitet.

Irakische Exilgruppen in Deutschland bäugten dieses Rekruten-Keilen misstrauisch. Zwar hofft etwa PUK-Vertreter Barwari auf einen Krieg gegen Saddam. Dass Uncle Sam aber nicht die PUK um Kämpfer bittet, wird von ihm als unfreundlicher Akt gesehen: „Wir wollen nicht, dass unsere Leute unter dem Kommando der Amis in den Irak gehen.“ Aber auch deutsche Sicherheitskreise sind pikiert: Noch falle Deutschland schließlich nicht in den Zuständigkeitsbereich der US-Regierung. **GEORG MASCOLO, HOLGER STARK**

miewaffen übrig behalten hatte als zugeben, ließ Saadi das Papier ruppig beschlagnahmen und wegschließen. Seine Begründung: Man wisse doch, dass es den Inspektoren um Spionage gehe.

All diese Zeit, in der Saadi für den skrupellosen Diktator arbeitete, residierte seine Familie in Hamburg, hoch angesehen, immer gern gesehen und zumindest noch bis zum vergangenen Golfkrieg laut Zeugen vom Vater besucht. Da hatten die Saadis längst ihr Haus gebaut, einen gaubengeschpickten Klinkerklotz auf mehr als 1000 Quadratmeter Grund, für den Vater Amir selbst die Terrasse angelegt haben soll.

Nachbarn vermuteten damals, der Herr Doktor sei „irgendein Arzt“. Saadis Frau, früher angeblich Lehrerin, wurde bald nicht mehr gesichtet. Sie meldete sich noch 1998 in den Irak ab und erst im Juli 2000 in Hamburg wieder an. Die Dame lächelte stets freundlich, erzählte aber wenig. Nachbarkinder, die zu Besuch kamen, lernten, dass es im Anwesen der Saadis

Räume gab, die keine Kinderzimmer waren – und deshalb für Kinder tabu. Ansonsten waren die Saadis, so die Wellingsbütteler, eine normale Familie mit deutschem Schäferhund.

Nur Justiz und Geheimdienste hätten die sehr deutsche Idylle der Familie stören können. Ermittelt wurde in Deutschland gegen Saadi aber nie, nicht einmal eine Einreiseperrre wurde gegen ihn verhängt. Das sei auch schwer, heißt es jetzt entschuldigend in Berlin. Schließlich seien Ehe und Familie vom Grundgesetz geschützt.

Die Familie und ihre Freunde mögen über das Oberhaupt und seine Rolle im System Saddam heute nicht reden. Man wisse auch nichts, sagt ein Bekannter, der mit dem älteren Bruder für mehr als zwei Monate schon mal im Irak war, und, 1991 vom Golfkrieg überrascht, ausreisen musste. Dazu, was Herr Saadi im Irak treibe, habe es immer nur geheißt: Er sei „in der Wirtschaft“.

**DOMINIK CZIESCHE,  
JÜRGEN DAHLKAMP, ANDREAS ULRICH**





GEORGE J. WITZ / BPK

Geschwister Scholl, Mitverschwörer Probst (1942): „Nieder mit Hitler“

ZEITGESCHICHTE

## Tödlicher Irrtum

Eine gewagte Flugblatt-Aktion an der Münchner Universität kostete die Geschwister Hans und Sophie Scholl vor 60 Jahren das Leben. Warum gingen sie dieses Risiko ein?

Es waren nicht viele Flugblätter, die Hans und Sophie Scholl zum Verhängnis wurden. Den Großteil hatten die aus Ulm stammenden Geschwister auf Treppenstufen, Fenstersimsen und vor dem Hörsaal 201 des Münchner Universitätsgebäudes ausgelegt, und sie standen bereits am Ausgang zur Amalienstraße, als sie sich plötzlich zur Umkehr entschlossen.

Die beiden Studenten liefen mit ihrem Koffer, in dem sich noch etwa hundert Exemplare befanden, die Treppe hinauf in den zweiten Stock und kippten den Inhalt schwingvoll über die Brüstung.

Während die Hochschüler mit dem Glockenschlag elf Uhr aus den Räumen strömten, flatterten die Blätter in den Lichthof der Alma Mater: „Kommilitoninnen! Kommilitonen!“, stand darauf zu lesen, „der Tag der Abrechnung ist gekommen, der Abrechnung der deutschen Jugend mit der verabscheuungswürdigsten Tyranis, die unser Volk je erduldet hat.“

Unglücklicherweise hatte der Hauschlosser die Geschwister beobachtet – und so endete am 18. Februar 1943 der laut Oberreichsanwalt Ernst Lautz „schwerste Fall hochverräterischer Flugpropaganda, der sich während des Krieges im Altreich ereignet hat“.

Schon vier Tage danach kannte der Präsident des Volkgerichtshofs, Roland Freis-

ler, einer der übelsten Blutrichter des Dritten Reichs, in einem Schauprozess keine Gnade. Hans und Sophie Scholl – und mit ihnen ihr Freund Christoph Probst – wurden zum Tode verurteilt und sofort geköpft. Die Mitverschwörer Alexander Schmorell, Willi Graf und Professor Kurt Huber kamen einige Monate später durch das Fallbeil um, Hans Leipelt richteten die Nazis 1945 hin. Zahlreiche Helfer erhielten zum Teil langjährige Haftstrafen; die Familie Scholl kam in Sippenhaft.

Bis heute wird in Deutschland keine Widerstandsgruppe so verehrt wie jene, im Kern aus Münchner Studenten gebildete, die sich „Weiße Rose“ nannte. Zahlreiche Schulen sind nach den Geschwistern Scholl benannt. Die „Weiße Rose“ ist das Thema mehrerer Dokumentarfilme; Gedenkstätten in München und Hamburg sowie ein gutes Dutzend Bücher mit zum Teil hohen Auflagen erinnern an den kleinen Kreis, der der „Diktatur des Bösen“ (Flugblatt Nr. 3) trotzte.

Über eine entscheidende Frage brüten Historiker freilich auch 60 Jahre danach noch: Warum riskierten die Geschwister Scholl, nachdem sie und ihre Kommilitonen in Süddeutschland und Österreich ungezählte Flugblätter als anonyme Briefsendungen verbreitet hatten, die selbstmörderische Aktion? Sollte sie ein Fanal

sein, um die Deutschen – wenige Tage nach Bekanntgabe der Niederlage der 6. Armee in Stalingrad – zum Handeln aufzurütteln?

Oder wollten die Scholls den Märtyrertod sterben, wie zum Beispiel Thomas Mann vermutete?

Bislang unbekannt oder ungenutzte Unterlagen aus dem Ulmer NS-Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg, dem Berliner Bundesarchiv sowie dem Staatsarchiv Ludwigsburg legen einen ganz anderen Schluss nahe. Danach hat ein Mitglied der „Weißen Rose“ gleich zweimal die Gestapo auf die Fährte der Studenten gebracht – und so eine tödliche Ereigniskette in Gang gesetzt.

Die Spurensuche führt zurück in den Sommer 1942. Zwei Münchner Medizinstudenten, Hans Scholl und Alexander Schmorell, erfahren durch einen Bekannten von den Verbrechen Hitlers im besetzten Polen. Die beiden Freunde waren zu den Nazis schon Jahre zuvor auf Distanz gegangen. Nun verschicken sie in München und Umgebung „Flugblätter der Weißen Rose“, die zu Sabotage und passivem Widerstand aufrufen.

Um die Initiative ausdehnen zu können, wendet sich die von Scholl eingeweihte Schwester Sophie in ihrer Heimatstadt Ulm an den heute noch lebenden, 78-jährigen Hans Hirzel, Bruder einer Jugendfreundin. Der Pfarrerssohn erklärt sich zur Mitarbeit bereit, indem er zunächst einmal einen gebrauchten Vervielfältigungsapparat, Wachsmatrizen, Druckerschwärze und Saugpapier kauft.

Doch dann geschieht monatelang nichts. Hans Scholl und Schmorell müssen zwischen Ende Juli und November 1942 an der Ostfront ein medizinisches Praktikum absolvieren, und Hirzel wird unruhig.

Im Herbst beschließt der hoch begabte, aber labile Gymnasiast, der unter Jugendfreunden bis heute als „spinnert“ gilt, sel-

**Der Gymnasiast spricht einen Bekannten an – es ist ein V-Mann der Gestapo.**

ber tätig zu werden. Wie erst jetzt bekannt wird, rechtfertigt er sich 1945 gegenüber dem amerikanischen Geheimdienst CIC damit, die „Gruppe Scholl“ sei in Russland „kaltgestellt“ gewesen. Da habe er „auf eigene Faust eine Flugblatt-Aktion“ starten wollen und sich deshalb auf die Suche nach „Mithilfe“ begeben.

Freilich ist in Deutschland nie so viel denunziert worden wie im Dritten Reich. Hirzel will sich absichern und spricht den Bruder eines Schulkameraden an, den in Ulm stadtbekannt, zeitweiligen V-Mann der Geheimen Staatspolizei, Albert Riester (Deckname „Gerhardt“). Den hält er im Kern für einen Nazi-Gegner, weil der in den dreißiger Jahren Flugblätter gegen Hitler verteilt hatte. Der Pennäler möchte ihn



dazu bringen, ihn zu warnen, falls die Gestapo ermittelt.

Aber der Plan geht schief. Riester informiert seinen V-Mann-Führer bei der Gestapo – und ob er das Ganze dabei herunterspielt, wie er später behauptet, oder den Anwerbeversuch unterschätzt, lässt sich heute nicht mehr klären.

Die Gestapo Stuttgart jedenfalls hält fest: „Bei der Außendienststelle Ulm wurde auf Hans Hirzel Ende 1942 vertraulich hingewiesen. Eine Beweisführung konnte ... nicht erbracht werden.“

Es ist das Wesen von Diktaturen, dass es keine freie Öffentlichkeit gibt – bald wabern die Gerüchte. Von Riester heißt es seit längerem, dass er Hans Scholl im Visier habe – was der selber auch erfährt.

Und Scholl nimmt den Hinweis ernst. Er ist sich bewusst, dass er nicht nur für sich Verantwortung trägt, denn längst ist aus der „Weißen Rose“ eine größere Gruppe von Mitverschwörern, Unterstützern und Helfershelfern geworden, und auch Hirzel macht weiter mit. Die Gruppe verbreitet in Frankfurt, Augsburg, Stuttgart, Linz, Salzburg und Wien Tausende Flugblätter – oder zieht nachts durch die Münchner Innenstadt, um Parolen wie „Nieder mit Hitler“ oder „Hitler Massenmörder“ an die Bayerische Staatskanzlei oder andere Gebäude zu pinseln.

Die Gestapo, die inzwischen eine Sonderkommission gebildet hat, bekommt den ersten heißen Tipp am 17. Februar 1943, einen Tag vor der verhängnisvollen Flugblatt-Aktion in der Münchner Universität – und die Quelle ist wieder Hirzel.

Denn der wollte Mitarbeiter rekrutieren und ist abermals an die Falschen geraten. Zwei Hitlerjungen, die er bei Laienspielen der HJ kennen gelernt und um Hilfe gebeten hat, zeigen ihn an.

Während eines Verhörs durch die Ulmer Gestapo lässt er den Namen Sophie Scholl fallen, weil er davon ausgeht, die beiden Denunzianten hätten ihn bereits erwähnt – was nicht zutrifft. So ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis sich Hitlers Häsher der jungen Frau annehmen.

Das weiß auch Hirzel. Vom Gestapo-Quartier ist es nicht weit zum Münsterplatz, wo die Scholls leben. Er besucht sie und besteht darauf, Vater Scholl und der ältesten Tochter Inge noch am Nachmittag des 17. Februar reinen Wein eingeschenkt zu haben: dass er



Scholl-Freund Hirzel\*: *Labiler Pennäler*

vernommen und von ihm der Name Sophies preisgegeben worden sei. Man müsse die Geschwister sofort warnen.

Doch Inge, sagt Hans Hirzel, habe den Vorgang für nicht so gefährlich gehalten. Als ihr in München studierender Freund erst am folgenden Vormittag die Wohnung von Hans und Sophie Scholl aufsucht, sind die beiden bereits verhaftet. Und für Hirzel ist das heute der Beleg dafür, dass er mit dem Auffliegen der „Weißen Rose“ nichts zu tun hatte.

Doch warum sind dann die Geschwister an diesem Morgen so überhastet zu ihrer Aktion in die Münchner Uni aufgebrochen? Hans trägt bei seiner Festnahme einen Flugblatt-Entwurf in der Jackentasche, der von Christoph Probst stammt und diesem das Todesurteil einträgt. Gerade ihn, den Vater mehrerer Kinder, haben die Scholls stets besonders zu schützen versucht. Und ihre Notizen über ihren Widerstand gegen das Nazi-Regime liegen offen in der Wohnung herum.

Irgendetwas muss die Hitler-Gegner in tödliche Eile versetzt haben – und es spricht manches dafür, dass es der aus Ulm stammende und in München eingeschriebene Student Jakob Buerkle gewesen sein könnte.

Denn die nun erstmals vorliegende Aussage, die jener im Entnazifizierungsverfahren gegen den V-Mann Riester machte, klingt zwar abenteuerlich und ist in manchen Details fragwürdig, passt aber wie ein fehlendes Puzzleteil ins Bild. Buerkle ist danach kurz – möglicherweise nur Stunden – vor der Flugblatt-Aktion bei Hans Scholl gewesen und hat diesem von der drohenden Verhaftung erzählt.



Ehemaliger V-Mann Riester *Scholl im Visier*

\* Im Lichthof der Uni München.

Den Tipp will er von seinem Studienfreund Riester bekommen haben. Der V-Mann hatte – nach dessen Darstellung – bei der Gestapo in Ulm die Anzeige der beiden Hitlerjungen gegen Hirzel auf dem Tisch liegen sehen und sich gleich gedacht, dieser halte keinem Verhör stand – eine Einschätzung, die er dann Buerkle vermittelte.

Doch die Schlussfolgerung, die die beiden daraus gezogen haben wollen, beruhte auf einem Irrtum: Eine Verhaftung der Geschwister Scholl stand gar nicht unmittelbar bevor. Die Gestapo Ulm unternahm nach Hirzels Vernehmung tagelang nichts.

Der sei ein „ausgesprochen schizothymen Psychopath, der sehr nervenkrank ist“, hatte ein Beamter notiert, erkennbar bemüht, den Schüler zu schützen.

Aber die Fehlinformation über den drohenden Zugriff war nun in der Welt. Und wenn es stimmt, dass Buerkle Hans Scholl tatsächlich aufsuchte, wird auf einmal alles verständlich.

Schließlich lagern in der Wohnung von Hans und Sophie weit über tausend Flugblätter, die die Widerständler mühsam an-

**Bisher hat immer alles geklappt, und ängstlich sind die Geschwister Scholl nie gewesen.**

gefertigt haben und die nun schnellstens verschwinden müssen. Liegt es da nicht nahe, eine seit längerem geplante, freilich im Detail nicht festgelegte Aktion an der Universität kurzerhand vorzuziehen, anstatt das kompromittierende Material zu verbrennen?

Denn bisher hat ja immer alles geklappt, und ängstlich sind die Geschwister Scholl nie gewesen. Am 18. Februar, gegen 10.30 Uhr, verlassen sie mit dem Koffer die Wohnung; sie werden sie nie wieder betreten.

Hans Hirzel wird drei Tage später festgenommen und bekommt für seine Mitarbeit bei der „Weißen Rose“ fünf Jahre Gefängnis. Nach dem Krieg arbeitet er als Redakteur für die „Frankfurter Hefte“, später als Assistent bei Theodor W. Adorno – und engagiert sich in den neunziger Jahren vorübergehend bei den rechtsradikalen Republikanern, für die er 1994 sogar für das Bundespräsidentenamt kandidiert.

Der inzwischen verstorbene Gestapo-V-Mann Riester wird Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, dann Sicherheitsbevollmächtigter der Daimler-Benz AG und erhält 1984 das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse.

KLAUS WIEGREFE



Werbeseite

Werbeseite



Werbeseite

Werbeseite



Leasingobjekt Leipziger Messehallen: „Steuertricks hart an der Grenze der Legalität“

KOMMUNEN

# Geschäfte mit LiLo

In großem Stil verlesen klamme Kommunen ihr Immobilienvermögen in die USA. Experten warnen vor den Risiken der Luftgeschäfte, Bürgerinitiativen befürchten einen Ausverkauf.

Die Zentrale des Widerstands ist zweimal zwei Meter groß und duftet noch nach Zimtsternen und Glühwein. In einer Bäckerbude vom letzten Weihnachtsmarkt sammelt die rothaarige Attac-Aktivistin Martina Nehls-Sahabandu Unterschriften in der Bochumer Fußgängerzone.

Die meisten, die unterschreiben, entsprechen nicht der üblichen Klientel der Globalisierungsgegner: Rentner Horst Berning will nicht, „dass unser Bürgereigentum nach Amerika verscheuert wird“. Die junge Mutter Katrin Hoch fürchtet, dass ihr Sohn „in 30 Jahren zur Kasse gebeten wird“. Der grauhaarige Werner Rysi zweifelt grundsätzlich: „Die lügen doch alle.“ Kaum einer hier glaubt, das Geschäft sei harmlos, gegen das er mit seiner Unterschrift protestiert – und deshalb sollen die Bochumer Abwasserkanäle nicht amerikanisch werden.

Überall in Deutschland wächst der Volkszorn auf so genannte Cross-Border-Geschäfte, mit denen sich finanziell angeschlagene Kommunen kurzfristig Millionen in ihre leeren Kassen spülen wollen. Im bayerischen Kulmbach stoppte ein Bürgerbescheid den „unmoralischen“ Plan, das Kanalnetz zu verlesen. Auch in Saarbrücken und Fürth mussten Lokalpolitiker nach Bürgerprotesten ihren Flirt mit der Weltfinanz zwangsweise beenden.

Rund 150 Straßenbahnen, Kliniken, Messehallen, Müllverbrennungsanlagen, Wasserwerke, Kongresszentren und Abwasserkanäle im geschätzten Wert von 36 Milliarden Euro haben deutsche Kommu-

nen nach Angaben des nordrhein-westfälischen Innenministeriums bereits nach Übersee verleast. Den Reiz zeigt das Beispiel Bochum. Die Stadt verleast ihr Kanalnetz für 99 Jahre an einen US-Investor, der 500 Millionen Euro zahlt und einen eigenen Trust bildet. Gleichzeitig least die

Stadt die Anlage für 30 Jahre und kauft am Ende dieser Laufzeit alle Rechte zurück. Sie zahlt dafür nur 480 Millionen Euro – macht also praktisch über Nacht einen Gewinn von 20 Millionen Euro.

Das amerikanische Steuerrecht macht diese gleichsam vom Himmel fallenden Haushaltsmillionen möglich. Der Trust hat die Möglichkeit, seine angebliche Investition steuermindernd abzuschreiben – und gibt einen Teil der Ersparnis, den so genannten Barwertvorteil, sofort an den deutschen Vertragspartner ab (siehe Grafik).

Es bedarf einer ganzen Heerschar spezialisierter Anwälte, Steuerberater, Wertgutachter, Bankberater und Vermittler, diese Kreislauf-Geschäfte nach dem Lease-in-

Lease-out-Prinzip (LiLo) so zu arrangieren, dass nach deutschem Recht die Kommune wirtschaftlicher Eigentümer bleibt, es aus amerikanischer Sicht aber der US-Trust wird.

Die Vertragskonvolute, ausschließlich in englischer Sprache nach US-Recht abgefasst, füllen gut und gern 1700 Seiten. Die Bürgermeister, die samt ihren Beratern gelegentlich sogar mit der Concorde nach New York zur Unterschrift jetten, können mit dem Papierberg wegen „der übergroßen Fülle und Komplexität“ kaum etwas anfangen, wie die an solchen Verträgen beteiligten Rechtsanwälte Frank Laudenklos und Claus Pegatzky freimütig einräumen.

Noch weniger erfahren die Stadträte, die solche Deals absegnen müssen. Ihnen wird in der Regel nur eine etwa 35-seitige Transaktionsbeschreibung mit den Grundzügen des Vertrags

## Schnelles Geld

Beispiel eines Cross-Border-Leasing-Geschäfts

1. Die Kommune vermietet ihr Klärwerk für 99 Jahre an einen US-Trust und erhält dafür sofort 100 Millionen Dollar.
2. Der Trust vermietet das Klärwerk zurück an die Kommune, die 95 Millionen Dollar an eine Bank überweist. Die Bank wickelt damit die Mietzahlungen sowie die Rückkaufoption nach 25 bis 30 Jahren ab.
3. In der Gemeindekasse verbleiben 5 Millionen Dollar.
4. Der Investor gewinnt ebenfalls 5 Millionen Dollar, da er über den Trust seine Investitionen steuerlich absetzen kann.



Werbeseite

Werbeseite



vorgelegt. Die Einsicht in den Originalvertrag wird ihnen in der Regel verwehrt.

So kennen die Entscheider meist weder die genauen Konditionen noch den Namen des Investors. „Das ist irre“, klagt der Krefelder FDP-Bundestagsabgeordnete Otto Fricke, „da legen Sie als Ratsherr die Hand drauf und sagen: Wird schon stimmen.“ Und der Wittenberger PDS-Stadtrat Horst Dübner, dessen Versuche scheiterten, den Vertrag zu bekommen, resigniert: „Als Kommunalpolitiker ist man da ohnmächtig.“

Dabei ist das Misstrauen gegen die angeblich sicheren Deals durchaus angebracht. Schon vor drei Jahren warnten die Präsidenten der Landesrechnungshöfe vor einem leichtfertigen Abschluss solcher Verträge. Die Kommunen hätten „nur geringe Gestaltungs- und Verhandlungsspielräume“ und müssten angesichts der von ihnen verlangten umfangreichen Gewährleistungszusagen „erhebliche Schadensersatzleistungen an die US-Seite“ gewärtigen. Experten schätzen dieses finanzielle Risiko bis zum Vierfachen des Barwertvorteils.

So verpflichten sich die Kommunen in den Verträgen regelmäßig, die verleaste Anlage für die gesamte Rückmietzeit zu betreiben. Dabei könne doch niemand wissen, warnt Dirk Jansen, Geschäftsleiter der Umweltorganisation BUND in Nordrhein-Westfalen, „ob wir in 20, 30 Jahren etwa bei Müllverbrennungsanlagen überhaupt noch solche Kapazitäten brauchen“. Und FDP-Politiker Fricke prophezeit: „Im Zweifel muss die Stadt Geld in ein überflüssiges System stecken“ – zu Lasten des Gebührenzahlers.

Zudem garantieren die Kommunen, die Anlage auf dem Stand der Technik zu halten und darüber dem Trust akribisch Bericht zu erstatten. Gibt es dabei Differenzen, wird ein eventueller Rechtsstreit, so sehen es die Verträge vor, von einem New Yorker Gericht entschieden.

Doch das größte Risiko bergen die amerikanischen Steuergesetze. Die US-Steuerbehörde IRS hat wiederholt angekündigt, „missbräuchliche Steuerschlupflöcher“ stopfen zu wollen. Auch die LiLo-Geschäfte stehen seit vier Jahren auf ihrer schwarzen Liste: Ihnen fehle die ökonomische Substanz.

Sicherheitshalber haben die Berater die Verträge seitdem leicht modifiziert – sie heißen jetzt euphemistisch „Lease-to-Service-Contract“, und die Abschreibungen werden über einen längeren Zeitraum geltend gemacht.

Allerdings könnte auch mit dieser Variante schneller Schluss sein, als es die

deutsch-amerikanischen Finanztrickser erwarten. Nach den Skandalen um den Energieversorger Enron und die Telekommunikationsfirma Sprint sei die politische Großwetterlage „günstig für schärfere Gesetze gegen Steuerschlupflöcher“, sagt der Washingtoner Steuerrechtsexperte Stefan Tucker. „Zurzeit werden mehrere dieser Vorschläge im Kongress debattiert.“

Ein Vorschlag aus dem Januar sieht vor, dass Kanzleien und Berater, die windige Steuersparmodelle empfehlen, empfindlich bestraft werden können. Das Gesetz wäre ein Schlag gegen das Cross-Border-Geschäft, schließlich sind es die großen Beratungsgesellschaften, die ihren Kunden solche Steuersparmodelle gezielt andienen.



Bürgerbegehren in Bochum: „Die lügen doch alle“

Aber auch nach deutschem Recht ist das schnelle Geschäft etwas komplizierter, als es sich euphorische Stadtkämmerer ausmalen. So geben sie die US-Millionen für das Klärwerk etwa für Kindergärten und Schuldentilgung wieder aus – und handeln damit womöglich gegen die Haushaltsregeln.

Denn rechtlich ist unklar, ob das Geld nicht nur zur Gebührenerkung verwendet werden dürfte. So hat der Mieterverein Bochum bereits eine Klage angedroht, weil Stadtkämmerin Ottilie Scholz die 20 Millionen Euro Gewinn aus dem Kanal-Leasing schon fest in ihren Gesamthaushalt eingerechnet hat.

Die Rechtsexperten der Stadt Lübeck, die im vergangenen Jahr ein Cross-Border-Geschäft für die Hansestadt prüften, kamen sogar zu der Ansicht, die Millionen aus den Vereinigten Staaten müssten für die gesamte Vertragslaufzeit, also 25 Jahre lang, als Rücklage aufbewahrt werden. „Damit“, so lästert ein Fachmann aus der Lübecker Verwaltung, „war das Interesse der Politiker an dieser Lösung schlagartig erloschen.“

Kommt das Aus bei den Gesprächen nicht rechtzeitig, kann es mitunter teuer werden. Monatelang hatte die Stadt Aachen über die Verleastung ihrer Müll-

verbrennungsanlage verhandelt. Dann platzte der Deal im Sommer 2000. Zurück blieben Rechnungen von Arrangeuren und Beratern – insgesamt über 9,5 Millionen Euro.

Kein Wunder, dass in den Innen- und Finanzministerien der Länder das Unbehagen über die schnellen Luftgeschäfte wächst. Der Hamburger CDU-Finanzsenator Wolfgang Peiner hat ebenso „tiefe Bedenken“ wie sein Kieler Innenministerkollege Klaus Buß (SPD).

Als erstes Bundesland will Bayern jetzt Cross-Border-Leasing endgültig verbieten. Ende Januar legte Innenminister Günther Beckstein (CSU) dem bayerischen Kabinett eine entsprechende Gesetzes-

novelle vor. In der Öffentlichkeit entstehe „ein verheerendes Bild“, schimpfte Beckstein, „wenn Kommunen auf Steuertricks hart an der Grenze der Legalität zurückgreifen“.

Becksteins sächsischer Amtskollege Horst Rasch (CDU) bastelt an einer ähnlichen Richtlinie. Dabei galt der Freistaat im deutschen Osten bislang als bevorzugter Tummelplatz für die grenzüberschreitenden Finanzaktivitäten.

Die Kehrtwende erfolgte kurz vor Weihnachten, als eine sächsische Kommunalaufsicht erstmals ein solches Luftgeschäft untersagte. Aus

dem Plan Leipzigs, nach Messe, Straßenbahnen und Kliniken nun auch die Wasserversorgung zu verleasen, wurde nichts. „Die langfristige Sicherung sozialverträglicher Wasserpreise“, beschied Regierungspräsident Christian Steinbach in kühlem Bürokratendeutsch, habe Vorrang vor „kurzfristig erzielbaren Erträgen aus einer solchen Finanztransaktion“.

Dabei sorgt sich die Behörde keineswegs nur um den Geldbeutel der Gebührenzahler. Die Kommunalaufsicht muss nämlich fürchten, selbst in Regress genommen zu werden. In diesem Sinne hatte im Dezember vergangenen Jahres der Bundesgerichtshof – von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, von der Branche umso aufgeregter registriert – im Fall der ortsächsischen Gemeinde Oderwitz geurteilt. Der kleine Ort hatte 1992 mit dem Platzet des Landkreises eine Turnhalle durch einen Leasingdeal finanziert. Das Geschäft hatte sich aber als für die Gemeinde ungünstig und viel zu teuer herausgestellt.

Die Karlsruher Richter entschieden, dass der Kreis die dilettierenden Gemeindeväter vor sich selbst hätte schützen müssen. Jetzt wird der Kreis wohl die Leasingkosten übernehmen müssen: Der Vertrag ist nicht kündbar.

CORDULA MEYER, BARBARA SCHMID, ANDREAS WASSERMANN



Werbeseite

Werbeseite



PETER HERRMANN (L.); HELMA PETRICK (R.)



Illustrationen „Whiskey Sour“ von Peter Herrmann, „Singapore Sling“ von Helma Petrick

SACHBUCH

## Hommage an ein Modegetränk

Schriftsteller scheuen kein Risiko, wenn es darum geht, einen Vorgang treffend zu beschreiben. Von diesem Ehrgeiz lebt der Band „Cocktails“, in dem 52 Autoren um die passendsten Worte für einen Alkoholgenuss konkurrieren. Da „schlängelt sich“ bei Hannelore Hippe das Getränk, „müde Wärme verströmend, die Wände der Speiseröhre hinunter“. Auch schiefe Vergleiche sind erlaubt in diesem Jubelbuch für ein Modegetränk, dessen kreative Möglichkeiten anscheinend immer noch nicht ausgeschöpft sind: Test-Trinker Thomas Findeiss ist „von dem Gefühl ergriffen, etwas im Mund zu haben, das mit gewöhnlichem Alkohol so viel zu tun hat

wie ein junges Mädchen mit einer enttäuschten verheirateten Frau“. Illustriert sind die Geschichten von Künstlern, die – ebenfalls exklusiv für dieses Buch – ihr Bild von den farbenfrohen Getränken beisteuerten. Zusammengenommen lehren die Texte, dass der Cocktail selten ein Liebestrank ist und das Leben auch nicht einfacher macht, dass es aber immer Gründe gibt für eine weitere Bestellung. Die bündigste Formel stammt von Katja Lange-Müller: „Der eine kippt alles zusammen, der andere alles runter.“

Peter Glückstein, Manuela Reichart, Reinhard Stangl (Hg.): „Cocktails“. Nicolai Verlag, Berlin; 124 Seiten; 19,90 Euro.

GESUNDHEIT

## Der Körper als Schwert

Die in den USA beliebte Übung, Stress durch das schweißtreibende Bikram-Yoga abzubauen, ist nun auch in den europäischen Metropolen angekommen. In Paris, Wien und London eröffnen immer neue Bikram-Studios, Yoga-Schulen in Hamburg und Berlin



SUSANNE EICHEL

Bikram-Schüler

boomen. Christoph Mamat, Leiter der vor einem Jahr gegründeten Berliner Bikram-Yoga-Schule, will demnächst Kurse um halb acht morgens anbieten, damit Berufstätige (wie in den USA üblich) noch vor der Arbeit zum Schwitzen kommen und sich entspannen. Von anderen Yoga-Arten unterscheidet sich Bikram vor allem durch die hohe Raumtemperatur. Die Lektionen werden in der „Hot Box“, einem auf 40 Grad vorgeheizten Studio ausgeführt. Durch die Hitze dehnen sich Muskeln und Sehnen besser. Der Körper werde „wie ein Schwert, das man formen kann“, schwärmt Mamat, der sich bei Bikram Choudhury, dem indischen Erfinder des Hitze-Yogas, ausgebildet hat. Für den Meister selbst ist Bikram erst der Anfang der westlichen Einübung in die „Meditation der Seele“. Bis das Ziel erreicht ist, werde der Westen noch „weitere 5000 Jahre brauchen“.

Klüger werden mit:

## Vito Artioli

Der 66-jährige Schuhmacher aus der Lombardei über zwei seiner prominentesten Kunden

**SPIEGEL:** Sie fertigen handgenähte Schuhe für George W. Bush und Saddam Hussein. Haben beide einen ähnlichen Geschmack?

**Artioli:** Bush bevorzugt die klassischen Modelle aus schwarzem Kalbsleder. Saddam hat erst im Januar wieder 15 Paar bestellt. Sie sind gerade fertig geworden, feinste Arbeiten aus Krokodil- und Straußenleder, das Paar ab 1000 Euro.

**SPIEGEL:** Wer lebt auf größerem Fuß, Bush oder Saddam?

**Artioli:** Bush trägt Größe 43. Saddam hat kleinere Füße, er ordert Größe 42.

**SPIEGEL:** Sagen Schuhe etwas über den Charakter ihrer Träger aus?

**Artioli:** Ich bin Schuster, über meine Kunden maße ich mir kein Urteil an, zumal ich diese beiden nicht persönlich kenne. Schön wäre es jedoch, wenn ich sicher gehen könnte, dass beide Staats-

männer so elegant, so zart und korrekt wären, wie es unsere Schuhe sind. Dann könnte ich ruhiger schlafen. Zurzeit mache ich mir große Sorgen, ich bin Pazifist.

**SPIEGEL:** Haben Sie, als die Bestellungen bei Ihnen eingingen, darüber nachgedacht, die Aufträge abzulehnen – aus Gründen der Neutralität sozusagen?

**Artioli:** Ach, wissen Sie, Kunden sind Kunden, und wir hatten und haben viele, denen wir verpflichtet sind: Frank Sinatra, Billy Wilder, Salvador Dalí, Michael Jackson.

**SPIEGEL:** Ihr Vater Severino Artioli, Firmengründer und 98 Jahre alt, soll gesagt haben, jetzt sei es nur noch wichtig, dass George W. Bush und Saddam Hussein lernen, zusammen im Gleichschritt zu gehen.

**Artioli:** Ja, ein schöner Satz. Ich sage immer: Maßgefertigte Schuhe sind wie eine zweite Haut. Vielleicht sollten die beiden einfach mal versuchen, in die Haut beziehungsweise die Schuhe des anderen zu schlüpfen.



LORENZO GIGLIO / FARADIAFOTO

Artioli

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

# Sklave zweiter Klasse

Warum ein ukrainischer Junge seine Schule verklagt

**D**as Leben ist hart genug für die Kasjaniks, Vater, Mutter und vier Kinder, hineingepresst in ein graues, abbruchreifes Häuschen im Dolginzew-Bezirk, bekanntlich die schlimmste Ecke von Kriwoi Rog, Ukraine. Aber dann kamen noch Wladislaws Alpträume hinzu.

Wladislaw, sieben Jahre alt, zart und dunkelhaarig, wurde nachts wach, immer wieder. Saß aufrecht im Bett. „Poschaluista“, wimmerte er, „etogo nedelaitje“, bitte, tun Sie das nicht! Jelena, die Mutter, wiegte ihren Kleinen dann wieder in den Schlaf, Jurij, der Vater, strich am nächsten Morgen seinem Sohn übers Haar und befragte ihn; aber Wladislaw druckste herum, das Leben ging weiter, Wladislaw stapfte zur Schule, widerwillig wie stets. Er ist eigentlich ein kluger Junge.

Früher einmal wollte Jurij Kasjanik, 39 Jahre alt, Tischler werden. Das klappte nicht. Stattdessen hat er sein Geld als ungelerner Fabrikarbeiter verdient, bis er vor ein paar Monaten seinen Job verlor. Jetzt sind vier Kinder zu versorgen, im Alter von eins bis neun, und draußen tobt der Drogenkrieg.

„Unser Shanghai“, so nennen die Leute von Kriwoi Rog, 700 000 Einwohner, den Dolginzew-Bezirk, in dem die Kasjaniks wohnen. „Unser Shanghai“ klingt spöttisch und lustig, aber so ist es nicht gemeint. Es bedeutet: Bandenkämpfe und Dealerkriege, Entführungen, Schießereien, Razzien.

In Kriwoi Rog wird Heroin ge-dealt, im großen Stil. Die Stadt ist Umschlagplatz für Rauschgift Richtung Westeuropa. Es gibt in Kriwoi Rog sogar eine Zeitung, die sich auf dieses Thema spezialisiert hat. „Nasch Kriminal“, was so viel heißt wie „Unser Verbrechen“, erscheint alle zwei Wochen, 20 Kopeken kostet das aufklärerische Blatt, und Sergej Jakimenko, 42, Herausgeber und

Rechtsanwalt, hat die Investition noch keine Sekunde bereut.

„Hier in Kriwoi Rog fehlt vieles“, sagt Jakimenko, „nur Drogen und Verbrecher haben wir genug.“ Jakimenko ist ein großer, bärenhafter Mann, er hat kaum noch Haare, aber eine Mission: „Unsere Gesellschaft“, sagt er, „muss all die Fehlentwicklungen bekämpfen, die noch aus der Zeit des Sozialismus stammen.“

„Deshalb gibt Jakimenko neben seinem Anwaltsjob zwei Zeitungen heraus; deshalb übernimmt er oft genug Fälle, auch wenn die Mandanten kein Geld haben. „Dies ist eine Art Antwort auf die Gewalt und die Ungerechtigkeit“, sagt er.

Jelena und Jurij Kasjanik, wohnhaft in der Tschabescha-Gasse im Dolginzew-Bezirk, haben ebenfalls eine Antwort. Sie ist schlichter, sie lautet: Wir müssen unsere Kinder beschützen.

Als an einem Nachmittag im Herbst vergangenen Jahres Wladislaw nicht von der Schule nach Hause kam, machte sich Jelena Kasjanik große Sorgen. War ihm etwas zugestoßen? Sie schnappte sich ihr Baby und hastete zur Hauptschule 84 – in Kriwoi Rog tragen die Schulen Ziffern statt Namen. Sie fand ihren Sohn auf dem Schulhof, ganz allein, mit einem Besen, er fegte den riesigen Hof. Es war eine Strafarbeit. Er weinte.

## Zweitklässler klagt gegen das Schulhofkehren

**Kiew.** Ein Zweitklässler in der Ukraine hat seine Schule verklagt, weil er für seinen Geschmack zu oft den Hof kehren musste. Mit Hilfe seiner Eltern fordert der Schüler 6200 Griwna (1320 €) Schmerzensgeld wegen Verletzung seiner Würde, so die Justizbehörde des südkrainischen Gebietes Kriwoi Rog. Der Vater des Jungen erklärte, das Fegen sei zu Lasten von Sport- und Zeichenunterricht gegangen. (dpa)

Aus der „WAZ“

der Schule nach Hause kam, machte sich Jelena Kasjanik große Sorgen. War ihm etwas zugestoßen? Sie schnappte sich ihr Baby und hastete zur Hauptschule 84 – in Kriwoi Rog tragen die Schulen Ziffern statt Namen. Sie fand ihren Sohn auf dem Schulhof, ganz allein, mit einem Besen, er fegte den riesigen Hof. Es war eine Strafarbeit. Er weinte.



Schüler Kasjanik

So haben Jelena und Jurij Kasjanik erfahren, dass Wladislaw in letzter Zeit sehr, sehr oft den Hof fegen musste, allein, wenn die anderen Kinder malten, turnten, lesen lernten, und dass dies der Grund für seine Verdrücktheit, seine Alpträume ist. Sie waren empört.

Man muss seine Kinder beschützen.

Jurij Kasjanik wurde vorstellig bei der Schuldirektorin. Erfuhr dort, dass Disziplinarmaßnahmen noch keinem geschadet hätten. Wenn Wladislaw seine Verdrücktheit und seinen ängstlichen, widerspenstigen Charakter ablege, brauche er auch keine Strafarbeit zu leisten. Noch Fragen? Jurij Kasjanik war empört gewesen, jetzt war er wütend.

„Ein Zweitklässler“, sagte er zu seiner Frau, „ist doch kein Sklave.“ Sie sagt: „Jurij, tu was.“

Aber was? Er hat kein Geld, keine mächtigen Freunde, die Welt ist nicht gerecht. Da hörte Jurij Kasjanik im Dezember 2002 von einem Anwalt namens Jakimenko, Herausgeber der Zeitung „Nasch Kriminal“, Kämpfer gegen Verbrechen und Ungerechtigkeit. Das Anwalts- und Zeitungsbüro ist in der Galjenko-Straße 2.

Jurij Kasjanik hat kein Telefon, aber zwei Füße. Er hatte keinen Termin, aber er kann warten.

Kasjanik wartete sechs Stunden, er betrachtete die weißen Telefone, er bewunderte die hübschen Sekretärinnen, die Bürostühle mit ihren Rollen. Dann hatte der mächtige Anwalt Zeit für ihn. Und plötzlich ging alles ganz schnell.

Für den Rechtsanwalt Jakimenko ist der Fall klar: Diese Form von Bestrafung ist ein würdeloses Relikt des Sozialismus. Also geht er hin und verklagt die Schule und die Schulbehörde, es wird einen Musterprozess geben, und als Kläger firmiert Wladislaw Kasjanik, sieben Jahre alt, Schüler der Hauptschule 84. Am 16. Dezember, morgens um neun, reichte Jakimenko Klage ein, in seiner Schrift fordert er einen Schadensersatz in Höhe von 6200 Griwna, etwa 1107 Euro. So viel verdient ein ukrainischer Schullehrer in drei Jahren.

Anwalt Jakimenko ist zuversichtlich, sein Mandant ebenfalls. Wladislaws Lehrer sind eisig zu ihm, aber er muss nun nicht mehr den Schulhof fegen, immerhin.

Das Leben ist hart, weiß Jurij Kasjanik, aber man muss seine Kinder beschützen. RALF HOPPE

ANDREY GORB



GENDARMERIE  
CANTONALE  
TRIBUNAL  
JUGES  
D'INSTRUCTION  
REGISTRE  
DU COMMERCE



EMMANUEL JOFFET / SIPA PRESS

Kunsträuber Breitwieser (vor dem Gerichtsgebäude in Bulle): „Alles verloren, was ich jemals geliebt habe“

VERBRECHEN

# Die Droge Kunst

Er ist der eifrigste Meisterdieb aller Zeiten. In knapp sieben Jahren stahl der Aushilfskellner Stéphane Breitwieser 239 Werke aus europäischen Museen. Ihr Wert: mindestens 20 Millionen Euro. Er schmückte sein Zimmer mit ihnen, weil er Trost und Vergeltung suchte. Von Fiona Ehlers

Sie wussten nicht, wer sie waren oder wie man sie ausspricht, sie ratterten die Namen der flämischen Meister herunter, als wären es Fußballspieler von Standard Lüttich. Sie grapschten mit ihren groben Ermittlerhänden nach den Foto-

\* Trinkbecher, Schale (unbekannt); Lucas Cranach d. J.: „Sibylle von Cleve“, 16. Jh.; Kelche (unbek.); Jagdhorn, 1584; Tonputto, Emailleschale (unbek.); Marienstatue (unbek.); Joseph van Bredael: „Belebte Hafenszene“, 18. Jh.; Segelschiffmodell, Humpen aus Kokosnüssen (unbek.).

grafien der Werke, sie hatten nichts übrig für die Kunst.

Stéphane Breitwieser, 31, saß auf der Anklagebank im Gerichtssaal in Bulle, Schweiz, um seine zarten Hände hatten sie Handschellen geschlossen. Er hätte schreien können, weil sie so unwissend waren. Schreien, wenn sie die Aktenzeichen runterrasselten: 75, 76, 86. Weil sie von Nummern sprachen statt von Kunst. Seine stahlblauen Augen, die früher so hungrig waren,

sind nur noch leer. Er würdigte sie keines Blickes, die Kunstbanausen und die Journalisten im Saal, die ihn den „Gentleman-Dieb“ nannten und „den größten Kunsträuber aller Zeiten“.

Wenn sie aber sprachen von den Schlössern an den Glasvitrinen und wie geschickt er sie aufgebrochen hätte, ohne dass es jemand bemerkte, saß er plötzlich aufrecht da, es war, als wäre er stolz – besänftigt durch jeden weiteren Posten auf der Liste



KEVSTONE ZÜRICH / DIPA



AFP (L.); J. KAUFMANZELANGE MEDIA (R.)



DOMINIK BAUMANN



Breitwieser-Beute\*: Schlafende Schäfer und milde lächelnde Königinnen, restauriert mit Sofortkleber Superglu 3

seiner Verbrechen. War er etwa nicht genial, als er nach dem Schönen, dem Unantastbaren griff? Ist er etwa nicht einzigartig, ebenso wertvoll wie seine Werke?

Die Liste von Stéphane Breitwiesers Verbrechen ist lang, sie sind unverzeihlich: 177 Diebstähle soll er begangen haben, in sieben europäischen Ländern. Frankreich, Schweiz, Deutschland, Belgien, Niederlande, Österreich, Dänemark. 239 Kunstwerke soll er gestohlen haben, über sechs Jahre lang, unentdeckt. Darunter Meisterwerke von Pieter Bruegel d. Ä., Lucas Cranach d. J., Antoine Watteau, einen Stich von Albrecht Dürer. Angeblicher Gesamtwert der Beute: 1,6 Milliarden Euro.

Im schweizerischen Kanton Fribourg, dort, wo Anfang Februar sein zusammengeklautes Leben zum ersten Mal verhandelt wurde, stahl Stéphane Breitwieser am 1. März 1995 sein erstes Gemälde. Im Schloss von Gruyères zog er ein 30 mal 26 Zentimeter großes Brustbild einer Frau mit Hut aus dem Rahmen, vorsichtig, ohne es zu beschädigen, und versteckte es unter seinem Jackett. Er brauchte sich nicht zu beeilen, er war der einzige Besucher. Auf der Rückseite des Ölgemäldes von Christian Wilhelm Dietrich, 18. Jahrhundert, fand er drei Wachssiegel, die ihm bestätigten, dass es echt war. Die Augen der Frau erinnerten ihn an die seiner Großmutter.

Stéphane Breitwieser stahl für sich selbst, er wollte seine Beute betrachten – nicht mit ihr handeln. Keines der Werke, wird er wieder und wieder beteuern, habe er jemals verkauft.

Stéphane Breitwieser hatte ein Bild von sich selbst entworfen, dessen Glanz jeden blendete: Er trug teure Anzüge und gewichste Schuhe, vor dem Museumspersonal und den Galeristen gab er sich als Kunstkenner aus. Manchmal auch als Enkel von Robert Breitwieser, dem bekannten Maler aus Mulhouse, dem er oft als Kind Modell gesessen hätte.

Am helllichten Tag schraubte Stéphane Breitwieser die ungesicherten Glasvitrinen auf, zog Nägel aus den Wänden, kappte Nylondrähte, sehr behutsam, niemals schnitt er die Bilder aus ihren Rahmen. Er legte handschriftliche Dossiers an über ihre Herkunft und ihren Wert, sein Wissen über die Kunst hatte er sich angelesen in den Universitätsbibliotheken von Strasbourg, Mulhouse und Basel. Waren die Bilder be-

schädigt, besserte er sie aus, laienhaft. Fehlende Farbpartikel fügte er ein mit Sofortkleber der Marke Superglu 3.

Nach jedem Raub brachte Breitwieser die Werke in Sicherheit. Dahin, wo nur er sie genießen konnte, wo er alleiniger Herrscher war über die Kunst.

Sein privates Museum hatte Stéphane Breitwieser im Einfamilienhaus seiner Mutter Mireille Stengel erschaffen. In Eschentzwiller, einem Fachwerkdorf im Elsass, 20 Kilometer vor der Grenze zur Schweiz.

Im ersten Stock, versteckt hinter Thujahecken und elektrisch verschließbaren Rollläden, lag Stéphane Breitwiesers Zimmer. Es sah nicht aus wie das Zimmer eines Mannes um die 30. Es war voll gestopft mit Kunst aus dem 16. und 17. Jahrhundert. Auf den Kommoden hatte er Marienstatuen drapiert, kostbare Taschenuhren, Säbel, Dolche, Hellebarden und allerlei auf Rokoko gemachten Nippes. Über dem Bett, mit Nägeln in die Wand geschlagen, hingen süßliche Idyllen, schla-

### Er wollte beschützt und berührt sein von der Kunst, er hatte sie lieb wie seinen verschollenen Vater.

fende Schäfer und milde lächelnde Königinnen. Unter seinem Bett hortete er Landschaften, Zeichnungen, Stiche. Es war Stéphane Breitwiesers Wunderkammer – es war schön dort, aber auch einsam.

Ein geheimer Ort, unsichtbar für Fremde, verschlossen vor der Mutter. Ihr sagte der Sohn, die Kunst stamme vom Flohmarkt, er habe sie auf Auktionen ersteigert. Sie wollte es nicht besser wissen, denn sie fürchtete seine cholерischen Ausbrüche. Ihr Sohn war einer, der öfter zuschlug, der Polizisten auf die Nachbarn hetzte und ihnen mit Tränengas und mit bösen Worten drohte.

Weil Stéphane Breitwieser seine Bilder nicht nackt an die Wand hängen wollte, ließ er Rahmen anfertigen bei Ernest Meichler und dessen Sohn Christian. Die Bilderrahmer aus Mulhouse wurden seine Freunde, weil sie alte Kunst schätzen, wie er. Jahre später, als sie sich fragen, wie konnte er nur, werden die Meichlers sagen, dass in guten Kunstwerken Harmonie herrsche. Und dass Stéphane schon früh aus dem Lot geriet.

Stéphane Breitwieser schrieb den Meichlers nur die Maße für die Rahmen auf, dann schickte er seine Mutter, die mit Schecks bezahlte. Auf Meichlers Künstlerfesten gab Stéphane den Besserwisser mit der hellbraunen Prinz-Eisenherz-Frisur, unscheinbar, aber liebenswert. Dort traf er auch den wahren Enkel von Robert Breitwieser, Bruno. Der lachte über den Aufschneider, auch er ahnte nichts.

Stéphane Breitwieser war nicht reich. Er studierte zwei Semester Jura, dann ein wenig Geschichte, er arbeitete als Aushilfskellner in einem französischen Bistro in Basel. Dort ließ man ihn hinterm Tresen Weinflaschen entkorken, weil er aufbrausend war und unkonzentriert. Er versuchte sich als Verkäufer in der Schreinerei einer Baumarktkette. Dort kündigte man ihm nach einem Jahr. Weil er Küchenzubehör gestohlen hätte.

Stéphane Breitwieser stahl nicht allein: Anne-Catherine Kleinklaus, drei Monate älter als er und auch aus dem Elsass, begleitete ihn oft, 1992 hatten sie sich ineinander verliebt. „Lass uns weg hier“, sagte er oft, „lass uns eine Reise machen.“ An Wochenenden kutschierten sie den Nachschub für Stéphanes Privatmuseum über Europas Autobahnen. Sie saßen in dem BMW seiner Mutter, einem blaugrauen Z3, schnittig wie ein Hai, mit Luftschlitzen an den Seiten wie Kiemen und einer Schnauze, spitz wie die eines Raubfisches.

Sie waren ein schönes Paar; er der Meister, sie seine Gehilfin. Anne-Catherine Kleinklaus stand Schmiere auf seinen Raubzügen, sie wartete an den Türen der Kunstkabinette und lenkte die Wärter ab; es fiel ihr nicht schwer. Später wird sie sagen, dass sie eigentlich nur ein Jahr glücklich waren miteinander und dass Stéphane sie besitzen wollte wie seine Bilder.

Am 1. Oktober 1995 gelang Stéphane Breitwiesers größter Coup, sein Entree in die Meisterklasse der Kunsträuber. Es war sein 24. Geburtstag, er fuhr nach Baden-Baden, er wollte ein erlesenes Geschenk. Auf der Versteigerung der Sammlung von Max Markgraf von Baden, die Sotheby's im Neuen Schloss ausrichtete, ließ er sich vor den Augen von mehreren hundert Besuchern von Sicherheitsleuten die Vitrinen öffnen, damit er die Werke begutachten konnte. Er griff zu wie immer: schnell, geschmackssicher, ohne dass ihn jemand be-





## Beutezug eines Kunstliebhabers

Diebstähle in Museen, Galerien und Auktionshäusern seit März 1995

insgesamt 177 Fälle mit 239 gestohlenen Objekten

SANDRO CAMPARDO / AP



DER SPIEGEL

**Angeklagter Breitwieser:** *Besessener Sammler mit hungrigen Augen*

merkte. Am nächsten Morgen fehlte das Bildnis der Sibylle von Cleve, ein Ölgemälde von Lucas Cranach d. J. Da sei eine professionelle Bande am Werk, mutmaßte der Haupt-Auktionator von Sotheby's.

Je erfolgreicher Stéphane Breitwieser stahl, desto sicherer fühlte er sich. Museen waren für ihn jetzt Selbstbedienungsläden. Er musste die Werke retten aus den Händen ihrer unfähigen Besitzer.

Einmal nur haben sie ihn erwischt: Im Mai 1997 besuchte er mit Anne-Catherine Kleinklaus eine Galerie im Zentrum von Luzern. Die beiden waren höflich, sie kannten sich aus, der Galerist ließ sie allein. Eine Viertelstunde später sagte der Bruder des Galeristen, Glückwunsch zum verkauften Bild, er sei den Kunden eben auf der Straße begegnet. Der Galerist lief hinterher, Breitwieser trug ein Delfter Stilleben mit Pfirsichen unter dem Arm. Die Luzerner Polizisten fanden noch mehr Diebesgut in seinem BMW, doch sie ahnten nicht, dass Breitwieser mehr war als nur ein Gelegenheitsdieb. Er wurde zu acht Monaten auf Bewährung verurteilt, drei Jahre erhielt er Einreiseverbot in die Schweiz.

Breitwieser hielt sich nicht an das Verbot, er war längst süchtig. Ein besessener Sammler, für den es kein Sattwerden mehr gab, nur die Wiederholung des ewigen Rituals – reisen, ausspähen, zuschlagen,

dekorierten. Er wurde leichtsinnig: In Zürich stahl er ein Tafelbild im Wert von 120 000 Franken und ließ die Farbkopie aus dem Katalog in der Galerie liegen. In einem Museum in der Nähe von Fribourg passte ein 3,30 mal 3,60 Meter großer Wandteppich nicht in seinen Rucksack. Er schleppte ihn zum Fenster, warf ihn in den Hof und trug ihn bis zum Parkplatz. Er wurde so gierig, dass man auch sagen könnte: blind. Immer öfter schlug er jetzt zu, weil er besitzen wollte, und sei es nur wahllosen Nippes. Er wurde großenwahn-

### Museen waren für ihn Selbstbedienungsläden. Er musste die Werke vor ihren Besitzern retten.

sinnig: In Antwerpen stahl er eine der berühmten Sprichwörter-Darstellungen von Pieter Bruegel.

Stéphane Breitwieser muss es geahnt haben, es hinderte ihn nicht: Mittlerweile ermittelte Interpol gegen unbekannt. Und seine Mutter, die niemals loslassen konnte, dachte bei sich: Langsam ist es genug, der Krempel muss raus.

Am 20. November 2001 kam der Tag, an dem Stéphane Breitwieser das Bild zum Verhängnis wurde, das er von sich selbst entworfen hatte: Um 9.45 Uhr spazierte der Journalist Eric Eisner, 69, wie jeden Morgen mit seinem Husky-Mischling Kyra im Park des Richard-Wagner-Museums in Luzern. Ihm fiel ein Mann auf, der

nicht hierher passte. Er trug schwarze Lackschuhe, einen eleganten grauen Mantel, und er hatte keinen Hund dabei. Als Eric Eisner ihn überholte, sah er, wie er Skizzen zeichnete vom Museum.

Für die „Neue Luzerner Zeitung“ hatte Eric Eisner viele Jahre lang über Kriminalfälle berichtet, er stutzte. Er alarmierte die Museumskuratorin, sie stellte sich an die Hecke vor das Wagner-Haus, und dann sagte sie, das ist der Mann, von dem ich dir erzählte, vor zwei Tagen hat er unser kostbarstes Instrument gestohlen, ein über

400 Jahre altes Jagdhorn, Wert: 100 000 Franken. Sie rief die Polizei, Breitwieser ließ sich Handschellen anlegen, er war wie gelähmt. Eric Eisner fragte: Gibt es Finderlohn? Die Polizisten versprachen ihm Hundefutter bis an Kyras Lebensende. Wochen später schickten sie eine Rindswurst, Wert: 1,20 Franken.

Stéphane Breitwieser saß nun in Untersuchungshaft in der Schweiz. Und es dauerte Monate, bis die Polizei begriff, was für einen Fang sie gemacht hatte.

Die Schweizer Ermittler erfuhren nicht sofort, dass Mireille Stengel schon wenige Tage nach der Festnahme die französische Polizei im Elsass benachrichtigt hatte: Stéphane sei verschollen, sagte die Mutter, ob sie nicht vorbeikommen und im Haus nach Hinweisen auf seinen Verbleib suchen könnten? Nicht nötig, sagten die Beamten, er wird wieder auftauchen, ist doch ein großer Junge.

Die Schweizer erfuhren erst im Januar, dass schon eine Woche nach Stéphane Breitwiesers Festnahme Spaziergänger im französischen Elsass einen silbernen Abendmahlskelch aus dem Rhein-Rhône-Kanal bei Gerstheim gefischt hatten und dass der dort zuständige Gendarm, der nur noch wenige Monate bis zu seiner Pensionierung hatte, eine Leiche im Kanal vermutete und tauchen ließ. Gefunden wurden 102 Objekte: ein auf Elfenbein gemaltes Porträt eines Jungen, Porzellan, silberne Humpen, keine Gemälde. Die ratlosen französischen Polizisten brachten den Fund

\* Miniaturporträt auf Elfenbein (unbekannt); Gemälde auf Holzgrund (unbekannt); François Boucher: „Schlafender Hirtenjunge“, 18. Jh.; Corneille de la Haye: „Madeleine von Frankreich“, 1537.



**Gestohlene Kunstwerke\*:** „Ich brauchte die Werke, wie sie mich brauchten“



Werbeseite

Werbeseite



in die Gendarmerie und ließen ihn dort trocknen. Sie riefen den Pfarrer, damit er das Kanal-Wunder erkläre.

Drei Wochen nach Breitwiesers Festnahme immerhin durchsuchten französische Beamte auf Drängen der Schweizer Ermittler das Haus seiner Mutter. Sie fanden keine Spur, alles schien normal.

Vielleicht wäre Breitwieser diesmal mit einer geringen Gefängnisstrafe davongekommen. Aber dann wurde er im Februar und März 2002 im Neubau der Kantonalpolizei in Lausanne von einem Mann verhört, der wegen seiner fülligen Statur und seiner Pfeife im Mund ein wenig an Kommissar Maigret erinnert: Sergeant Alexandre von der Mühl. Er weiß, was es heißt, von der Kunst besessen zu sein. Er kennt die Qual, sie sich nicht leisten zu können. Privat sammelt von der Mühl Kunst aus dem 19. Jahrhundert, beruflich Kunsträuber. Stéphane Breitwieser fasste Vertrauen: „Sie sind der Erste, der mich versteht.“

Erst war Breitwieser launig und stur – bald aber redete er ohne Pause. Welches Werk er wo gestohlen hatte, warum er es mochte, wie viel es wohl wert sei und wie

### Die Beamten durchsuchten das geheime Zimmer. Sie fanden keine Spur, alles schien normal.

er es angestellt hatte. Von der Mühl verglich die Aussagen mit den Vermisstenmeldungen der Besitzer. Ihm lagen nur wenige vor, weil einige Museen die Diebstähle nicht bemerkt hatten, andere hatten sie verschwiegen aus Angst um ihren Ruf und vor Nachahmern. Es stimmte fast immer. Langsam dämmerte es von der Mühl. Zu Beginn seiner Ermittlungen hatte er nur den Verdächtigen und ein Foto vom Jagdhorn, Breitwiesers letzter Beute, jetzt einen dicken Aktenordner, auf den er „Stéphane Breitwieser. RAZZIA“ schrieb. Er hatte es



Breitwieser-Haus im Elsass: Der Krempel muss raus

mit einem Genie zu tun, mit einem tragischen Fall. Doch wo war die Kunst?

In 19 Verhören, die meist einen ganzen Tag dauerten, erzählte Stéphane Breitwieser von seinem Zimmer und dem Vater, den er so sehr vermisst hatte. Roland Breitwieser hatte Ende der achtziger Jahre Stéphanes Mutter verlassen, und er hatte, selbst ein besessener Sammler, seine eigene Sammlung mitgenommen, all die alten Waffen, die kostbaren Möbel und Gemälde.

In seinem Zimmer sorgte sein Sohn für Ersatz, er lebte die Illusion, beschützt zu sein und berührt von den Dingen, die Menschen darstellen, sie aber nicht ersetzen. Er sprach mit seinen Beutestücken, er wollte Teil sein von ihnen, er hatte sie lieb wie seinen verschollenen Vater, der ihm gezeigt hatte, was Kunst ist und wie man sie sammelt. Und der ihm alles geraubt hatte – trotz des Flehens seines Sohnes, ihm ein einziges Stück bloß zu lassen, er sei doch nicht schuld an der kaputten Liebe.

Zu einen Zeitpunkt, als längst alles zu spät war, kam endlich Tempo in die „Affäre Breitwieser“: Im Frühjahr übermittelte von der Mühl die Erkenntnisse nach Strasbourg. Am 14. Mai 2002 konfrontierte die französische Polizei Mireille Stengel in Eschentzwiller mit dem Geständnis ihres Sohnes. Sie schrie, sie zeterte, sie klappete fast zusammen. Dann gestand auch sie: Wenige Tage nach Stéphanes Festnahme habe sie den Krempel aus dem verbotenen Zimmer in den Kofferraum ihres BMW geladen, sei 100 Kilometer Richtung Strasbourg gefahren und habe die Kunst in den

\* Trompete, Löwe aus Eichenholz (unbekannt); Pieter Bruegel d. Ä.: „Jeder Hausierer preist seine eigenen Waren an“, 16. Jh.; Taschenuhren (unbekannt).



Diebesgut\*: Zum Fenster geschleppt, in den Museumshof geworfen





Vater Breitwieser, suchende Soldaten im Rhein-Rhône-Kanal: „Das kann sie nicht getan haben!“

Rhein-Rhône-Kanal geschmissen. Nur die Marienstatuen nicht, die hat sie, sagt Breitwiesers Mutter, vor eine Kapelle gestellt: „Ich bin doch religiös.“

In ihrem Haus in Eschentzwiller sei es dann aufwendiger gewesen: Mit Messern habe sie die Gemälde auf Holzgrund zertrümmert und sei auf ihnen herumgetrampelt. Damit sie in die Müllsäcke passten, die einmal die Woche abgeholt werden, immer freitags. Ob die Meisterwerke wirklich zerstört sind, versteckt oder vielleicht doch verkauft, wissen die Ermittler bis heute nicht. Den Gurt des Jagdhorns, Stéphane Breitwiesers letztes Beutestück, fand man im Rhein; das Horn nicht. Im August 2002, fast ein Jahr nach Stéphane Breitwiesers Festnahme, ließ man das Haus in Eschentzwiller erneut durchsuchen. Sie schauten unter jeden Dachziegel, sagen die Nachbarn, ohne Erfolg.

Nach zwei Monaten mussten sie Mireille Stengel aus der Untersuchungshaft entlassen. Ihr Anwalt Raphaël Frécharod aus Strassbourg ist clever, er weiß, was man nicht weiß. „Solange sie die Gemälde nicht finden“, sagt er, „existieren sie für mich nicht.“ Mireille Stengel habe aus Unwissenheit gehandelt – und weil sie ihren Sohn bestrafen wollte, nicht beschützen. Zu lange hätte er sie ausgenutzt und betrogen, jetzt sei sie ohne Arbeit, ohne Haus, am Ende.

Weil Stéphane Breitwieser keine weißen Wände ertrug, hatte er Poster mit Kunst-

motiven an die Wände seiner Zelle gepinnt. Er hatte auch einen kleinen Fernseher, dort sah er die Schätze aus dem Kanal und die angeblichen Experten, die den Wert seiner Beute auf 1,6 Milliarden Euro taxierten. Er hörte, wie sie über die Kunst, den Dieb, seine Mutter und die Müllsäcke sprachen. Stéphane Breitwieser brach zusammen. Er schrie: „Das kann sie nicht getan haben!“ Er beschloss, seine Mutter niemals wiederzusehen. Er versuchte, sich in seiner Zelle das Leben zu nehmen. Später redete er sich ein, dass die Werke eines Tages wieder auf-

**Das Gericht schmunzelte, als er über seine Zukunft sprach: als Sicherheitsexperte Museen beraten.**

tauchen. Stéphane Breitwieser gelang es nicht, aufzuwachen aus seinem Traum.

Am letzten von drei Prozesstagen in Bulle, Schweiz, stand der Angeklagte vor Gericht, nervös, trotzig, mit rot geweinten Augen. Verhandelt wurden 69 Diebstähle von schweizerischem Kulturgut, verhandelt wurde das missratene Leben eines kleinen Jungen, der keine Familie hatte, aber tröstliches Spielzeug. Der ich sagte, ich, ich, und immun war gegen Recht, Moral, Tabus.

Stéphane Breitwieser sagte: „Ich brauchte die Werke, wie sie mich brachten. Nur bei mir waren sie gut aufgehoben.“ Er sagte, er hätte die Kunst zurückgeben wollen, eines Tages, wenn die Leidenschaft nachgelassen hätte. Er hätte sie in Kartons ge-

stapelt, auf die Gendarmerie gebracht und gesagt: bitte sehr. Er sagte: „Ich habe alles verloren, was ich jemals geliebt habe.“ Und er sagte es in dieser Reihenfolge: „Meine Kunst, meine Freundin, meine Mutter.“

Das Gericht glaubte Stéphane Breitwieser nicht, es schmunzelte, als er über seine Zukunft sprach: als Sicherheitsexperte Museen beraten. Einen Neuanfang versuchen in den USA, dort gebe es keine alte Kunst.

Das Gericht entschied: vier Jahre ohne Bewährung, zehn Jahre Einreiseverbot in die Schweiz. Breitwieser war entsetzt, er heulte, er schimpfte. „Ich gehe euch allen an die Gurgel.“ Sie führten ihn ab.

„Ich befürchte, ich habe Stéphane für immer verloren“, ließ die Mutter nach dem Prozess durch ihren Anwalt sagen. Über ihre Schuld und die von Anne-Catherine Kleinklaus wird frühestens nächstes Jahr in Strassbourg verhandelt. Auch für Stéphane ist die „Affäre Breitwieser“ nicht vorbei: Er wird sich in Frankreich ein zweites Mal verantworten müssen, für die Diebstähle in Paris und Blois, aber auch für die in Deutschland, Belgien, den Niederlanden, Österreich und Dänemark. Es gibt noch viel zu klären: Sind die Gemälde zerstört, wie viele waren es wirklich, und was waren sie wert? Längst korrigierten Experten die Summe seiner Beute: Von 1,6 Milliarden Euro auf 20 Millionen.

Vor ein paar Monaten fand Stéphane Freundin Anne-Catherine alte Urlaubsfotos in ihrer Post. Sie zeigen ein hübsches Mädchen im schwarzen Bikini, das einen Seestern vor seine Brust hält, das blonde Haar noch nass, vor dem Horizont ein Boot. Stéphane habe sie damals aufgenommen und sie, vermutet Anne-Catherines Anwalt, ihr nun zurückgeschickt.

Die Fotos sind zerrissen mit einem eiligen Ratsch. Ihnen liegt ein weißes Blatt Papier bei. Darauf ein Satz aus der Bibel in geschwungener Schreibschrift, eine Drohung an Anne-Catherine, die aussagen könnte gegen Stéphane: „Qui sème le vent, récolte la tempête.“ Wer Wind sät, wird Sturm ernten. ♦

\* Flämischer Wandteppich, Ende 17. Jh.; silberne Kelche (unbekannt); Jugendstilvase, Porzellanputten (unbekannt).



Breitwieser-Objekte\*: Nachschub fürs Privاتمuseum



Werbeseite

Werbeseite





# Mutterschutz

Ortstermin: Eine harte Woche in Bullenhausen, der Heimat von Schauspielerin Inge Meysel – erst der Irre, dann die Presse

Es ist eine schwache Stimme, die aus der Gegensprechanlage tröpfelt: „Hallo? ...“ Niemand hat auf die Klingeltaste gedrückt. Dennoch fragt es wieder: „Hallo? ... Hallo?“

Das Haus steht weit entfernt von der Mauer mit der Sprechanlage, unter zwei Kiefern, und es ist so schmal, dass man hindurchsehen kann: die Masten der Elbkähne, ein Zug Blesshühner.

Neben der Anlage ist eine Kachel in die erstaunlich dicke Mauer eingelassen, ein blaues Kätzchen. Die Mauer ist als Flutschutz gebaut. Sie soll das Hochwasser der Elbe abhalten. Jetzt liegen hier platt getretene Kippen herum. Die Flut kam von der anderen Seite.

Nummer 13, führt. Jeden Tag besuche er Frau Meysel. Und plötzlich saß da dieser Typ am Küchentisch und sagte: „Mein Name ist Johnny D.“ – „Wie? Dee? Mit zwei E?“ – „Nein, nur Johnny D Punkt. Mein Künstlername.“ Außerdem, so sagte D., habe er eine ganz starke Aura um sich rum und werde Frau Meysel zu einem glücklichen Leben verhelfen. „Nicht wahr, Inge?“, habe der Typ noch gesagt. Und Inge Meysel habe genickt.

Sie sei zwar die „Fernsehmutter der Nation“, sagt Biesterfeld: „Aber sie ist eben jetzt auch Großmutter und, ich sag mal, 'n büschen tüdelig.“ Wenn auch sonst topfit. Mit seinen Silberhaaren erinnert Biesterfeld ein wenig an Lorient in einer seiner

fällig sei, von einer übel wollenden Altenpflegerin in die Welt gesetzt seien.

Biesterfeld lässt sich wieder in den Sessel fallen: „In Hamburg gibt's jede Menge Irre.“

Dann hätten da diese Flaschen herumgestanden – „Aqua Luna Quelle. Vollmondabfüllung“. Es ist das Wunderwasser, das Deutschlands populärster Schauspieler im Alter von 92 Jahren zu Glück und Gesundheit verhelfen sollte. Knuth hat eine Flasche gesichert, auf einem Aufkleber steht: „Überreicht von Johnny D.“. Heute Mittag wird er sie ins Polizeilabor bringen.

„Inge, wir wollen in ein großes Heim gehen, weißt du doch“, habe Johnny D. noch gesagt. Biesterfeld rief erst den Schlüsseldienst, dann die Polizei.

Im Panoramafenster von Biesterfelds Haus sieht man die Elbe und Inge Meysels weißen Bungalow. Da sitze sie jetzt, lese im „Hamburger Abendblatt“ und trinke Kaffee – selbst gekocht. Manchmal, sagt Knuth, mache sie sich über sich selbst lustig, sage, sie habe bisweilen nicht alle Tassen im Schrank. So seien alte Menschen. Die Wirklichkeit wird vorgefiltert, manchmal verklumpt sie sich, manchmal löst sie sich wieder auf.

Immerhin, unterbricht ihn Biesterfeld, gehe Frau Meysel allein einkaufen, wasche sich allein und lege jeden Morgen neben den Herd, was sie sich kochen wolle. Biesterfeld schaut ein letztes Mal auf seine Merkzettel und sagt langsam: „Die Bereitschaft von Frau Meysel, jemanden an sich ranzulassen, ist durch diesen Vorfall gewachsen.“ Damit will er sagen: Sobald Inge Meysels Adoptivtochter angereist ist, wird eine Stundenhilfe eingestellt.

So ist alles noch einmal gut gegangen. „Frau Meysel konnten wir noch schützen. Aber glauben Sie mir“, sagt Biesterfeld, „so etwas wie mit Johnny D. findet täglich tausendfach statt: Alte und Einsame werden von Drückern und Wunderheilern überrumpelt – ohne jede Presse.“

Peter Knuth überklebt die Klingeltaste an der Flutschutzmauer mit blauem Band. Im Haus unter den zwei Kiefern ist niemand zu sehen und zu sprechen. Aber irgendwo da drinnen sitzt sie, liest ihre Zeitung, schaut auf die Blesshühner und Elbkähne, und manchmal, wenn sie glaubt, es habe geklingelt, ruft sie ein schwaches „Hallo? ... Hallo? ... Hallo?“ in die Welt hinaus.

ALEXANDER SMOLTZYK



Unterstützer Knuth, Biesterfeld, Schauspielerin Meysel: „Wir leben hier mit offenen Türen“

„Alle kamen. Mit Kameras und Teleobjektiven, und alle wollten zeigen, wie heruntergekommen und vereinsamt Frau Meysel angeblich ist, die Mutter der Nation“, sagt Werner Biesterfeld, der Nachbar. Neben ihm steht Peter Knuth im Donegal-Tweed-Anzug, „Helfer, Bodyguard, Unterhalter von Frau Meysel“ – so wird er vorgestellt. Zusammenfassend sagt Biesterfeld: „Auf unsrer beider Schultern ruht der Schutzschild, um zu verhindern, dass dieser Irre wiederkommt.“

Es war eine harte Woche in Bullenhausen. Erst der Irre, dann die Presse. Inzwischen hat Biesterfeld sich Merkzettel zu rechtgelegt. Er verlangsamt automatisch das Sprechtempo bei wichtigen Sätzen: „Wir leben hier mit offenen Türen“, sagt Biesterfeld und zeigt auf ein geöffnetes Gartentor, das zu dem Nachbarhaus, der

Verkleidungen. Er habe als Lkw-Fahrer angefangen, dann in Büromöbeln gemacht und, „nach 40 Jahren Sparen“, das Haus neben Inge Meysel gekauft. Biesterfeld rief Peter Knuth an: „Wie kriegen wir den Scharlatan wieder raus?“

Johnny D. hatte inzwischen im Gästezimmer seinen DVD-Spieler, „Schöner Wohnen“-Hefte und eine Kiste mit Kinderspielzeug ausgebreitet. Auf Inge Meysels Sofa saß eine Frau aus Barmbek, die Johnny als „seine heilige Vera“ vorstellte.

„Aber er ist doch so nett in der Unterhaltung“, habe Frau Meysel gesagt und ihm den Schlüssel gegeben. „So'n armer Kerl, der hat doch kein Zuhause.“

Das Telefon klingelt. Biesterfeld springt auf und erklärt einem Journalisten, dass alle Meldungen, wonach Frau Meysel hin-



FOTO PRESS FPI



Werbeseite

Werbeseite

DEUTSCHE BANK

## Breuers teure Sprüche

Nicht zum ersten Mal gerät Rolf Breuer, der ehemalige Chef und jetzige Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank, wegen flotter Sprüche in die Bredouille. Breuer war vergangene Woche vom Landgericht München verurteilt worden, Schadensersatz an Ex-Medienmogul Leo Kirch zu zahlen. Der Grund war die Äußerung: „Was alles man darüber lesen und hören kann, ist ja, dass der Finanzsektor nicht bereit ist“, Kirch mit weiteren Krediten zu unterstützen. Das Gericht entschied, dass Breuer gegen seine Verschwiegenheitspflicht verstoßen habe. Die Bank wird Berufung einlegen und sieht dem Ausgang des Verfahrens „optimistisch entgegen“. Doch intern regt sich Kritik. Denn schon einmal kostete eine unbedachte Äußerung Breuers die Bank viel Geld. In einem Vergleichsverfahren vor dem Bezirksgericht New York Süd verpflichtete sie sich, 58 Millionen Dollar an US-



Kirch



Breuer

Aktionäre zu zahlen. Diese fühlten sich von Breuer getäuscht, der in einem SPIEGEL-Gespräch am 26. Oktober 1998 behauptet hatte, sein Institut führe „keine Übernahmegespräche“ mit der US-Investmentbank Bankers Trust. Vier Wochen später war der Deal perfekt. Auch die US-Börsenaufsichtsbehörde SEC ermittelte seinerzeit – Breuer wurde zwei Tage lang vernommen. Die SEC stellte das Verfahren aber ein.



Luxemburg

EU-ZINSSTEUER

## Sichere Häfen

Der Streit in der Bundesregierung über die von Finanzminister Hans Eichel geplanten automatischen Bank-Kontrollmitteilungen droht den mühsam errungenen Kompromiss über eine anonyme Zinssteuer in europäischen Steuerparadiesen zu gefährden. Denn wenn Deutschland, wie von Teilen des Kabinetts gefordert, auf Kontrollmitteilungen über Zinszahlungen im Inland verzichtet, wären Anleger, die sich dem Fiskus nicht offenbaren, im Inland besser gestellt als im Ausland. Ab 2010 nämlich fordern die heutigen Steuerparadiese Luxemburg, Schweiz und Liechtenstein allen Anlegern eine 35-Prozent-Strafsteuer ab, die diese nur vermeiden können, wenn sie ihr dort investiertes Vermögen daheim deklarieren. Eine solche Ungleichbehandlung wäre eine im EU-Vertrag verbotene Beeinträchtigung des Kapitalverkehrs. Luxemburg bräuhete die Strafsteuer erst gar nicht einführen, auch die Schweiz würde dann darauf verzichten.

JOBS

## „Der Trend ist ungebrochen“

Ökonom Hans-Werner Sinn, Chef des Münchner Ifo-Instituts, über die Ursachen der Arbeitslosigkeit

**SPIEGEL:** Herr Sinn, wie kommen Sie zu der Einschätzung, dass nur 15 Prozent der Arbeitslosigkeit in Deutschland der schlechten Konjunktur angelastet werden können, 85 Prozent dagegen andere Ursachen haben?  
**Sinn:** Die Arbeitslosigkeit hat sich in den vergangenen 30 Jahren aufgebaut. Wir hatten 1970 nur 150 000 Arbeitslose. In diesem Jahr erwarten wir 4,3 Millionen. Der Trend ist eindeutig und ungebrochen. Wir sind auf einem schiefen Gleis.

**SPIEGEL:** Heißt das im Umkehrschluss, dass der nächste Aufschwung, egal wie stark er wird, wenig an der Beschäftigungsmisere ändert?

**Sinn:** Das heißt es und dass die Arbeitslosigkeit im nächsten Aufschwung erneut höher sein wird als im jetzigen. Der Konjunkturverlauf

bringt nur eine Schwankung von rund 500 000.

**SPIEGEL:** Wo liegt die Ursache?

**Sinn:** Die deutsche Wirtschaft ist einem doppelten Wettbewerb ausgesetzt, einer Niedriglohn-Konkurrenz auf den Absatzmärkten der Welt und einer Hochlohn-Konkurrenz zu Hause durch den Sozialstaat.

**SPIEGEL:** Also runter mit den Sozialleistungen?

**Sinn:** Nicht ganz so platt. Wir zahlen heute das Geld an die Bedürftigen unter der Bedingung, dass sie nicht arbeiten. Ob es nun Vorruhestand, Arbeitslosengeld und -hilfe oder Sozialhilfe ist, es ist Lohnersatz.

**SPIEGEL:** Also doch Abbau?  
**Sinn:** Umbau. Wir müssen einen Teil dieses Geldes auszahlen als Lohnzuschüsse nach der Devisen, dass jeder, der arbeiten kann, sich nach seinem Vermögen einbringt und verdient, was immer die Produktivität dieser Tätigkeit

hergibt. Dieses Einkommen kann, wenn es als zu niedrig empfunden wird, durch einen staatlichen Zuschuss angehoben werden. Ein solcher Sozialstaat träte nicht mehr in Lohnkonkurrenz zur Wirtschaft.



Sinn

VERKEHR

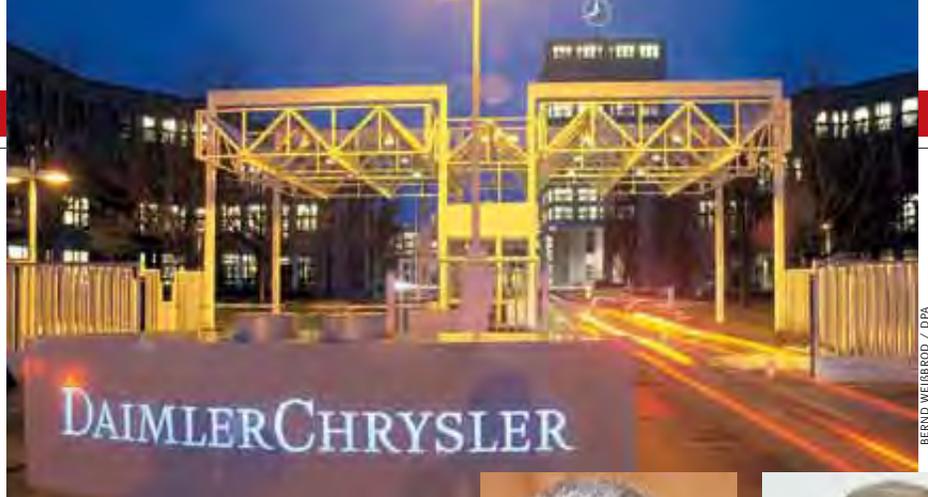
## Bahn attackiert Transrapid

Die Deutsche Bahn (DB) erhöht ihren Widerstand gegen die Transrapid-Projekte in Bayern und Nordrhein-Westfalen (NRW). In einem Brief an das Bundesverkehrsministerium formulierte Technikvorstand Karl-Friedrich Rausch jetzt Bedingungen an den Staat und die Industrie, die für die Bahn jedes Risiko ausschließen sollen und sie als geplanten Bauherrn, Eigentümer und Betreiber kaum noch in Frage kommen lassen. Die Projekte seien „ergebnisneutral für den Konzern umzusetzen“, heißt es in dem Schreiben; „Investitionen und Reinvestitionen in Infrastruktur und Fahrzeuge“ müssten „zu 100 Prozent durch die öffentliche Hand gefördert bzw. abgesichert werden“. Ferner müsse „die Verfügbarkeit des Systems durch die Industrie (Siemens/Thyssen) als Generalunternehmer garantiert werden“. Insbesondere beim Metrorapid-Projekt von NRW, moniert Rausch, fehlten zu den Kosten der Fahrzeuge, der Instandhaltung und der Betriebstechnik „nach wie vor belastbare Zusagen der Industrie“. Wird die Schwebebahn zwischen Düsseldorf und Dortmund gebaut, sichert sich die DB vorsorglich gegen Einnahmeverluste in ihrem parallel laufenden und nur wenige Minuten langsameren Nahverkehr ab. Der gesamte DB-Nahverkehr in



Metrorapid (Computer-Simulation)

NRW müsse innerhalb des Konzerns „mindestens ergebnisneutral dargestellt werden können“, schreibt Rausch; „eventuelle Binnenwanderungen (Kannibalisierung)“ müssten durch ausreichende Aufträge des Landes für den Nahverkehr „kompensiert werden“. Erst vorigen Donnerstag hatten die rot-grünen Haushälter im Bundestag die Freigabe von 20 Millionen Euro Planungsmittel für den Transrapid freigestellt – freilich erst auf massiven Druck der SPD-Landesregierung von NRW.



DaimlerChrysler-Zentrale in Stuttgart

KONZERNE

## 650 Millionen an einem Tag

US-Milliardär Kirk Kerkorian, der eine Acht-Milliarden-Dollar-Schadensersatzklage gegen DaimlerChrysler-Chef Jürgen Schrempp eingereicht hat, kommt nun möglicherweise selbst unter Druck. Der einstige Großaktionär von Chrysler fordert Schadensersatz, weil Schrempp bei der Fusion von Daimler-Benz mit Chrysler einen Zusammenschluss gleich starker Konzerne, einen „Merger of Equals“, versprochen hatte, tatsächlich aber von Anfang an eine Übernahme geplant habe. Bei den Zeugenvernehmungen für einen möglichen Prozess kam nun heraus, dass Mitarbeiter von Kerkorians Investmentfirma Tracinda möglicherweise gegen Insiderregeln verstoßen haben. In der Zusammenfassung der Befragung von Managern und Aufsichtsräten, die DaimlerChrysler dem US-Gericht in Delaware vorgelegt hat, wird folgender Fall geschildert: Am 5. Mai 1998, zwei Tage bevor die Fusion bekannt gemacht



Kerkorian



Schrempp

wurde, habe Chrysler-Direktor James Aljian vertrauliche Informationen über den geplanten Zusammenschluss von Daimler-Benz und Chrysler an Jerome York, den Vizepräsidenten von Tracinda, gefaxt. Tracinda habe die Informationen an das „Wall Street Journal“ weitergegeben, um eine „faire und positive Beschreibung“ der Fusion zu erreichen. Nachdem das „Wall Street Journal“ am 6. Mai über den Plan berichtet hatte, stieg die Chrysler-Aktie. Der Wert des Tracinda-Anteils an dem US-Autobauer habe sich an diesem Tag um mehr als 650 Millionen Dollar erhöht. Möglicherweise muss die US-Börsenaufsicht SEC jetzt gegen Kerkorians Firma Tracinda ermitteln. Ob Kerkorians Klage gegen Schrempp vom Bundesgericht angenommen wird, entscheidet sich in den nächsten Wochen.

INVESTITIONEN

## Hilfe für Kommunen

Konkrete Formen nehmen die Planungen für ein kommunales Investitionsprogramm an. Dafür will die Bundesregierung mindestens eine Milliarde Euro bereitstellen. Die Mittel stammen aus dem Fonds für Folgen der Flutkatastrophe, die nicht abgerufen wurden. Kommunen mit hoher Arbeitslosigkeit sollen damit Investitionen vorziehen können, zu denen ihnen bisher die Mittel fehlten. Insgesamt, hofft die Regierung, könnten so Investitionen mit einem Volumen von drei Milliarden Eu-

ro ausgelöst werden. Profitieren sollen vor allem kleine Handwerksbetriebe, die kommunale Einrichtungen, wie etwa öffentliche Gebäude, sanieren könnten.

Arbeitsamt (in Cottbus)





## VERSICHERUNG

## Berater haften bei Fondspolizen

Versicherungskunden stehen neue Möglichkeiten offen, die Vermittler wegen falscher Beratung haftbar zu machen. Die Beamten von Jochen Sanio, dem Präsidenten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), stuften in einer aktuellen Stellungnahme an die Verbraucher-Zentrale Bremen fondsgebundene Lebensversicherungen als Wertpapierdienstleistung ein, wenn sie im Rahmen einer Immobilien-Finanzierung verkauft werden. Dann gelten wie bei Banken schärfere Aufklärungsvorschriften. Danach müssen nicht nur Kreditinstitute, sondern auch diese Versicherungs-

vermittler das Wissen des Kunden zwingend berücksichtigen und sachgerecht beraten, wenn sie solche von der Entwicklung an den Aktienmärkten ab-

hängigen Produkte verkaufen. Tatsächlich wurden viele Versicherungskunden nicht über die spezifischen Risiken solcher Fondspolizen aufgeklärt. Diese Lebensversicherungen investieren vornehmlich in Aktienfonds und wurden beispielsweise gern an Eigenheimkäufer verkauft, die mit den vom Aktienmarkt abhängigen Renditen ihre Immobilienkredite ablösen wollten.



MARCUS GLOGER / JOKER

BaFin-Präsident Sanio



FOTO: JÜRGEN LADWIG

FOTOS: MICHAEL DANNENMANN

**IG-Metall-Chef  
Klaus Zwickel**  
„...habe mich der  
Stimme enthalten...“

**Deutsche-Bank-Chef  
Josef Ackermann**  
„...nicht nachvollziehbare  
Vorwürfe...“

**früherer Mannesmann-  
Vorstandsvorsitzender  
Klaus Esser**  
„...kein rechtswidriges  
Verhalten...“

KONZERNE

# Geben und Nehmen

Es wird eng für die Beschuldigten im Fall Mannesmann. Die Ermittler werfen dem ehemaligen Chef und Aufsichtsräten des Konzerns vor, überhöhte Abfindungen in Millionenhöhe ohne Rechtsgrundlage verteilt oder kassiert – und Spuren verwischt zu haben.

**D**as Werk ist gut 460 Seiten stark und knapp zweieinhalb Kilogramm schwer, sein Titel so kurz wie bedrohlich: Anklageschrift.

Die „Vergehen“, die die Düsseldorfer Staatsanwälte feststellen, verbergen sich hinter nüchternen Ziffern: §§ 266 Abs. 2, 27. Aufgeschlüsselt heißt dies Untreue und Beihilfe dazu, angedrohte Mindeststrafe: ein halbes Jahr Gefängnis. „In besonders schweren Fällen“, und die sind nun angeklagt, kann die Höchststrafe zehn Jahre erreichen.

Mitte letzter Woche wurde das brisante Papier von Hand zu Hand und gegen Quittung übergeben. Die Empfänger sitzen in Frankfurt, Düsseldorf und Essen. Sie zählen zur Creme der deutschen Wirtschaft – zur Elite des Landes.

Da ist Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank, dem größten Geldhaus in Europa. Da ist Klaus Esser, ehemals Vorstandsvorsitzender des Traditionsunternehmens Mannesmann. Da ist Joachim Funk, sein Vorgänger im Amt und später Aufsichtsratsvorsitzender. Und da ist Klaus Zwickel, Führer der wohl mächtigsten Ein-

zelgewerkschaft der Welt – der IG Metall. Die versteht sich, gewissermaßen satzungsgemäß, als moralische Instanz.

Allesamt spielten sie eine tragende Rolle, als nach der Niederlage Mannesmanns in der größten Übernahmeschlacht der deutschen Wirtschaftsgeschichte ein großer Batzen Geld verteilt wurde – 110 Millionen Mark. Diesen Betrag, das ist unstrittig, strichen Esser, Funk, 14 weitere Manager, Pensionäre und deren Angehörige ein – Zwickel, Ackermann und Funk sorgten dafür, dass das Geld fließen konnte.

Für die Staatsanwälte ist das Zusammenspiel, das Geben und Nehmen, eine gemeinschaftlich begangene Untreue den Aktionären gegenüber. Aber die Angeschuldigten beharren darauf, nichts Unrechtes getan zu haben. Schließlich hätten die Manager den Börsenwert des Konzerns um rund 120 Milliarden Euro gemehrt – eine entsprechende Bonuszahlung sei da angemessen und zudem international üblich.

Der promovierte Jurist Esser brandmarkt deshalb die Anklage als „willkürlich“, weil es bei ihm nicht „den geringsten

Verdacht auf rechtswidriges Verhalten“ gebe. Und Deutsch-Banker Ackermann hält die Vorwürfe für nicht „nachvollziehbar“ und klagt, es könnte schlimme Konsequenzen am Standort Deutschland zeitigen, falls Staatsanwälte oder Politiker Vorgaben für Vorstandsvergütungen verantworteten.

Zwickels Frankfurter Anwalt Rainer Hamm kommt „die Idee, führende Vertreter des Kapitals und der Arbeiterbewegung“ hätten sich verschworen, um Mannesmann zu schädigen, reichlich „komisch“ vor.

Die Argumente kommen an – zumindest bei der Wirtschaftspressen. Die „Börsenzeitung“ befällt sogar der Verdacht, „dass die Staatsanwälte ein Exempel statuieren wollen“. Aber ein Exempel wofür?

Ein Beispiel, wenn auch ein besonders extremes, ist der Fall Mannesmann zumindest für ein Stück Wirtschaftsgeschichte, für den beispiellosen Börsenhype am Ende der neunziger Jahre, als Manager, die Aktienkurse in die Höhe trieben, wie Popstars gefeiert wurden – und sich wohl auch selbst so fühlten. Sie machten ihre

Fans (zumindest kurzzeitig) reich und sich selbst dazu.

Drei Jahre ist das erst her – und doch eine Geschichte aus einer anderen Zeit. Als die Börsenblase platzte und die Helden von einst stürzten, fanden sich einige – wie die Haffa-Brüder vom ehemaligen Börsenwunder EM.TV – vor Gericht wieder, gegen andere wird ermittelt, zum Beispiel gegen Gerhard Schmid, den MobilCom-Gründer.

Doch Mannesmann war keine hochgepuschte Klitsche vom Neuen Markt, sondern ein überaus erfolgreiches Traditionsunternehmen. Esser und Ackermann sind keine Haffas oder Schmidts, sie verkörpern das Establishment der Deutschland AG. Der Fall Mannesmann ist anders.

Aber worum geht es eigentlich? Um den Neid derer, die Unternehmensführern die hohen Gehälter nicht gönnen, wie Esser und Co. suggerieren? Um die Frage, ob deutsche Manager nicht wie ihre Kollegen in anderen Ländern entlohnt werden dürfen, wie einige Wirtschaftsblätter kommentieren?

Solche Vorwürfe gehen an der Sache vorbei – jedenfalls aus Sicht der Staatsanwälte. Für sie steht nach knapp zwei Jahren Ermittlungen fest, dass ein Großteil der abgenickten Zahlungen ohne Rechtsgrundlage erfolgte und in der Höhe nicht angemessen war. Verdächtig scheint ihnen vor allem, dass die Zahlungen als geheime Kommandosache liefen – und dass getrickt und gemaschelt wurde. Das spricht in ihren Augen dafür, dass die Verantwortlichen wussten, dass sie etwas taten, was nicht rechtens war.

Schon früh waren deshalb die Ermittler überzeugt, ein Prozess würde „mit einem Scherbengericht“ enden, und zwar „über die Führungsqualität der deutschen Wirtschaft“. So steht es bereits in einem Protokoll vom Juli letzten Jahres.

Ganz so weit ist es aber noch nicht, trotz ihrer voluminösen Anklage, die sich auch gegen den früheren Konzernbetriebsrat Jürgen Ladberg und Personalchef Dietmar Droste richtet. Jetzt muss erst einmal das Landgericht in Düsseldorf über die Zulassung entscheiden. Dass sie auch zu einer Hauptverhandlung führt, dafür spricht die

### Die Staatsanwälte rechnen mit „einem Scherbengericht“ über die „Führungsqualität der deutschen Wirtschaft“.

Statistik. Nur ein Bruchteil aller Anklagen wird verworfen.

Zuständig ist die neu eingerichtete 14. Große Strafkammer. Deren Vorsitzende Richterin Brigitte Koppenhöfer, 51, gilt Justizkennern am Niederrhein als kompetent und kenntnisreich. Erfahrungen in Wirtschaftsprozessen besitzt sie freilich wenig. Bislang hat sie sich eher im Jugendstrafrecht einen Namen gemacht.

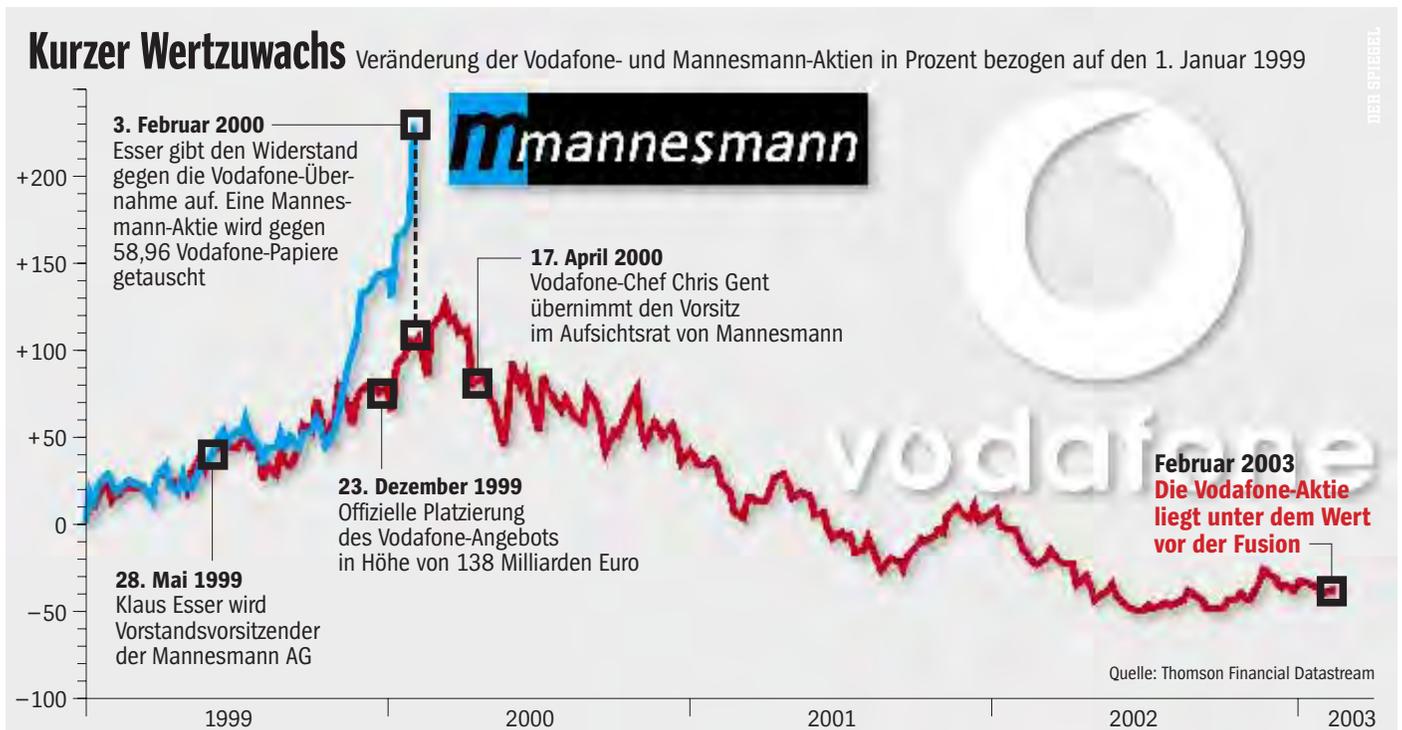
Bereits jetzt steht fest, dass Richterin Koppenhöfer juristisches Neuland betritt – nie zuvor ist ein solcher Fall von Untreue zur Anklage gebracht worden. Fest steht auch, dass die Causa Mannesmann die Diskussion um Begehrlichkeiten hoch bezahlter Manager, über Absprachen in kleinen Zirkeln und die oftmals unwirksame Kontrolle des Vorstands durch die Aufsichtsräte neu entfachen wird.

Als alles anfang, im Oktober 1999, war die Welt der Mannesmäner noch in Ordnung. Der krisengeschüttelte Konzern hatte sich vom nüchternen Anlagenbauer zum glitzernden Telefonunternehmen entwickelt und Funk mit Esser gerade einen Nachfolger nominiert.

Doch dem ehrgeizigen Juristen Esser reichte die neue Zufriedenheit bei Mannesmann schnell nicht mehr aus. Er wollte aufsteigen in die erste Liga der Telekommunikationsgiganten. Und so kaufte Esser noch im selben Monat vom chinesischen Mischkonzern Hutchison Whampoa die englische Handy-Firma Orange – zum horrenden Preis von rund 60 Milliarden Mark. Hutchison-Chef Li Ka-shing und dessen europäischer Statthalter Canning Fok sicherten sich im Tausch gegen Orange ein Aktienpaket von zehn Prozent an Mannesmann. Orange-Chef Hans Snook und Vorstandskollege Graham Howe hatten die kleine Firma zur Kultmarke aufgebaut.

Dieses Geschäft war wohl Essers größter Fehler – und der Anfang vom Ende Mannesmanns als unabhängiger Konzern. Denn der weithin als Stratege und „Superhirn“ („Bild“) gefeierte Manager hatte in den Verhandlungen Entscheidendes vergessen, nämlich seinen bisherigen Partner Vodafone einzubeziehen. Dessen mächtiger Chef Chris Gent interpretierte den Kauf, wie er wohl auch gemeint war: als Angriff eines Freundes bei ihm, auf seinem Markt.

Gent reagierte prompt. Erst mit freundlichen Angeboten und dann, als Esser die Sache ausschlug, ging er im Dezember mit einem feindlichen Übernahmeangebot die Mannesmann-Aktionäre direkt an. Doch Esser wehrte sich tapfer, trieb den Mannesmann-Aktienkurs in nur wenigen Wo-





Vodafone-Werbung während der Übernahmeschlacht, Mannesmann-Replik: Der Aufsichtsrat entfaltete ungewohnte Aktivität

chen um mehr als 120 Prozent in die Höhe. Eine Übernahme durch Vodafone wurde immer unwahrscheinlicher – zumindest bis zum Sonntag, dem 30. Januar 2000. Da nämlich verhinderte Gent zusammen mit dem Chef des französischen Mischkonzerns Vivendi, Jean-Marie Messier, überraschend eine weit reichende Zusammenarbeit der beiden Konzerne. Welche Schmach für Esser: Wochenlang hatte er mit Messier über eine Fusion verhandelt – zur Abwehr jeglicher Vodafone-Gelüste. Nun drehte sich die Stimmung an den Kapitalmärkten schlagartig.

Mannesmann, analysierte Esser, sei kaum noch zu retten. Und schon drei Tage später, am Mittwoch, den 2. Februar, griff er in seinem Büro gegen 14 Uhr zum Telefonhörer und rief Gent in Newbury an. Es sei so weit, sagte Esser. Gent solle nach Düsseldorf kommen, um Details zu klären.

Gegen 18 Uhr saß Gent bereits im Mannesmann-Hochhaus. 90 Minuten nach Mitternacht knallten im 21. Stock die Champagnerkorken – Esser und Gent waren handelseinig.

Grund zur Freude hatten beide. Gent hatte gesiegt und die Mehrheit an Mannesmann, Esser die Hoffnung, nach Zustimmung seines Aufsichtsrates am nächsten Tag um fast 60 Millionen Mark reicher zu sein.

Denn mitten in das Verhandlungsgepek der beiden Manager war unerwarteter Besuch geplatzt. Canning Fok bedankte sich für die „hervorragende Leistung“ und bot ihm im Namen seines Chefs Li Kashing eine Anerkennungsprämie von 31 Millionen Mark an.

Esser lehnte die Offerte ab. Geld, so will er gesagt haben, könne er nur von seinem Arbeitgeber annehmen. Und wenn über-

haupt, wolle er die Summe mit seinen engsten Führungsmitarbeitern teilen.

Fok telefonierte mit seinem Boss in China und beratschlagte sich kurz mit dem im Nebenzimmer wartenden Chris Gent. Danach teilte er Esser mit, dass Gent nichts gegen die Prämie einzuwenden habe. Außerdem habe sich sein Chef einverstanden erklärt, den Betrag von 31 auf 62 Millionen Mark zu erhöhen, um auch die anderen Manager zu belohnen.

Am nächsten Tag zog Gent als Triumphant in Düsseldorf ein. Doch die Verhandlungen zogen sich noch bis kurz vor

### Die schriftlichen Vorlagen für das heikle Vorhaben hatte der scheidende Konzernchef Esser selbst verfasst, auf Bitte von Funk.

Mitternacht hin, weil sich der Mannesmann-Aufsichtsrat weigerte zurückzutreten. Nach zermürbenden Stunden willigte Gent schließlich ein, den Aufsichtsrat bis zu einer endgültigen Genehmigung der Fusion durch die EU-Wettbewerbsbehörden im Amt zu lassen – eine folgenschwere Entscheidung.

Denn statt die Arbeit ruhen zu lassen, bis der neue Eigentümer die Macht übernommen hatte, entfaltete die Spitze des Kontrollgremiums ungewohnte Aktivität: Schon am Vormittag des 4. Februar, noch bevor der Mannesmann-Gesamtaufichtsrat die Fusion überhaupt absegnete, trafen sich die Mitglieder des Ausschusses für Vorstandsangelegenheiten, Ackermann, Zwickel, Ladberg und Funk, und debattierten ein brisantes Thema.

Die wahren Begebenheiten über die Arbeit der vier Herren kamen nur stückchenweise ans Licht. Noch ist möglicherweise auch den Ermittlern nicht jedes Detail bekannt. Und noch immer wundern sie sich, mit welcher Selbstverständlichkeit die

Mannesmann-Kontrollreue innerhalb weniger Tage mehr als 110 Millionen Mark an Manager, Aufsichtsräte und Pensionäre verteilten.

Die schriftlichen Vorlagen für das heikle Vorhaben hatte Esser selbst verfasst, auf Bitte von Funk. Besonders verwerflich aus Sicht der Staatsanwaltschaft: Die Absprache soll zu einem Zeitpunkt stattgefunden haben, da die beiden die Übernahme durch Vodafone zumindest theoretisch noch hätten abwenden können. Ermittlungsbeamte fanden die Dokumente inzwischen auf Essers Computer.

Inhalt des brisanten Papiers: Die von Fok vorgeschlagene Anerkennungsprämie in Höhe von rund 62 Millionen Mark für Esser und sein Team sollten noch am selben Tag umgesetzt werden. Umgerechnet 31 Millionen Mark sollte Esser erhalten, weitere 31 Millionen sollten an enge Mitarbeiter, darunter vier seiner Vorstandskollegen, gezahlt werden.

Da Zwickel auf Reisen war und Ladberg erkrankt, sollten Funk und Ackermann die Prämien diskret und schnell auf den Weg bringen. Im Kern hatten die beiden Top-Manager gegen Essers Vorlagen auch nicht viel einzuwenden. Die eigentlich nahe liegende Frage, warum Mannesmann-Gelder ausgegeben werden sollten, wo doch Großaktionär Hutchison Whampoa die Leistung Essers belohnen wollte, stellten sich weder Funk noch Ackermann.

Auch das Thema der Angemessenheit, das die Staatsanwälte jetzt zu einem zentralen Stück ihrer Anklage machen, spielte keine Rolle – obwohl beiden bekannt war, dass Esser aus seinem gerade geänderten Vertrag bereits Abfindungen in Höhe von rund 28 Millionen Mark zustanden.

Einziger Haken bei der Geheimoperation: Chefaufseher Funk fühlte sich irgendwie übergangen. Auch er habe, ließ er den verdutzten Ackermann wissen, zum



EDGAR R. SCHOEPAL / AP

**Manager Gent, Esser\*:** Grund zur Freude

Erfolg des Unternehmens beigetragen. Auch er wolle Geld sehen – neun Millionen Mark.

Aufsichtsrat Ackermann, heißt es in Schriftsätzen Essers, hege „grundsätzlich keine Bedenken gegen den Vorschlag“, wolle sich aber mit Hutchison-Geschäftsführer Fok abstimmen. Der war gar kein Mitglied des Gremiums, fand die Sache aber auch in Ordnung.

Und damit formal auch alles seine Richtigkeit hatte, verließ Funk während der Beratungen über seine Abfindung sogar den Raum.

Auch Zwickel wurde telefonisch von Ackermann über die geplanten Zahlungen unterrichtet. Der IG-Metall-Chef, so steht es in Esser-Papieren, habe zwar erklärt, bei den Anerkennungsprämien handele es sich um „sehr viel Geld“. Aber im Ergebnis habe er „damit kein Problem“. Zwickels Version: Am Telefon habe er Ackermann gesagt, dass er sich der Stimme enthalte.

Und so wurde der Beschluss von einer herbeigerufenen Sekretärin getippt. Zu Essers Millionen heißt es:

*Herr Dr. Esser soll auf Initiative des Großaktionärs Hutchison Whampoa und nach einer zwischen Hutchison und Vodafone getroffenen Abstimmung eine Anerkennungsprämie in Höhe von 10 Millionen Britischen Pfund erhalten. Der Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten stimmt diesem zu. Die Prämie wird gezahlt, wenn Vodafone die Aktienmehrheit übernommen hat.*

Gezeichnet ist das Protokoll von Ackermann und Funk. Für

Zwickel unterzeichnete ebenfalls der Deutsch-Banker.

Der Gesamtaufseher, der kurze Zeit später tagte und die Fusion von Mannesmann absegnete, erfuhr von den Schwindel erregenden Abfindungen nichts. Esser selbst will die Details des Beschlusses erst am Samstag darauf erfahren haben.

Da nämlich öffnete der Noch-Mannesmann-Chef seine Post. Unter zahlreichen Grußadressen fand er auch das Protokoll des Ausschusses für Vorstandsangelegenheiten. Die darin enthaltene Zahlung an Funk, sagte er später, habe ihn aus heiterem Himmel getroffen.

Zwar sei sie „materiell gut vertretbar“, erklärte Esser. Aber er hatte Bedenken wegen der aktienrechtlichen Zulässigkeit. Immerhin war Funk Vorsitzender des kleinen Gremiums, er hatte somit faktisch an seiner eigenen Abfindung mitgewirkt.

Esser reagierte prompt. Er forderte eine rechtliche Prüfung. Nicht, weil er Funk die Millionen nicht gönnte. Sondern weil er durch den augenfälligen Verstoß gegen das Aktienrecht, so geht aus seinen Schriftsätzen hervor, den Beschluss gefährdet sah – und damit auch seine eigenen Zahlungen.

Wenig später setzte der Mannesmann-Chef einen ganzen Stab von Hausjuristen, externen Rechtsanwälten und die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG in Marsch, um sich der strittigen Frage anzunehmen.

Das Ergebnis jedoch warteten Esser und der Ausschuss nicht ab. Obwohl die rechtliche Lage unklar war, schritt Esser bereits am Montag, den 7. Februar, zur Tat. An zehn verdiente Mitarbeiter verteilte er in nur zwei Tagen einen Großteil der 21 Millionen Mark, die nach Abzug der für Funk gedachten Prämie bleiben. Vier weitere

Vorstandskollegen erhielten ihre Zuwendungen nach einem weiteren Beschluss des Ausschusses für Vorstandsangelegenheiten am 17. Februar. Da nämlich trat das kleine Gremium erneut zusammen. Fehler der ersten Sitzung sollten ausgebügelt und die Zahlungen möglichst schnell realisiert werden.

Auch Zwickel und Ladberg waren anwesend. Es kam zu einer kuriosen Sitzung mit merkwürdigen Protokollen – für die Staatsanwaltschaft ein weiteres Indiz dafür, dass die Beschlüsse für die Beteiligten keineswegs so normal waren, wie sie vorgeben.

Bei der Sitzung zumindest kam es zu heftigen Diskussionen. Vorschläge, wie die endgültige Fassung auszusehen habe, wurden diskutiert, geschrieben und wieder verworfen. Schließlich einigte man sich auf eine Fassung. Mit Zustimmung aller Beteiligten wurden Esser zu seinem Ausscheiden am 31. Juli in einem ersten Schritt rund 28 Millionen Mark aus seiner vertraglichen Abfindung zugeteilt. Neben dem Grundgehalt für die Restlaufzeit seines Vertrages erhielt der scheidende Chef diverse Boni und Zulagen. Besonders praktisch: Sämtliche Leistungszulagen wurden so berechnet, als hätte Esser die mit dem Aufsichtsrat vereinbarten Planziele erfüllt.

Daneben wurden Esser kleinere Annehmlichkeiten wie ein lebenslanges Recht auf Sekretärin, Dienstwagen oder Büro mit auf den Weg gegeben. Esser trat sie kurze Zeit später großzügig an Vodafone ab – für knapp vier Millionen Mark.

Auch die Anerkennungsprämie in Höhe von noch einmal 31 Millionen Mark wurde erneut thematisiert, mit den Unterschriftenkürzeln von Ackermann, Zwickel, Ladberg und Funk „zur Kenntnis genommen“ und damit sanktioniert.

Nur bei den zusätzlichen 31 Millionen für Essers Top-Manager regte sich offensichtlich Widerstand bei den beiden Gewerkschaftern. Im Protokoll ist vermerkt, dass sich Ladberg und Zwickel bei diesem Punkt der Stimme enthielten, aus „grundsätzlichen Erwägungen“.

Doch während Ladberg den entsprechenden Teil des Protokolls nicht unterschrieb, setzte Zwickel zumindest seinen Namenszug darunter. Und auch das, glaubt die Staatsanwaltschaft, war kein Zufall.

Denn hätten die beiden Gewerkschafter den Millionensegen verhindern wollen, hätte es genügt, dass beide mit einem klaren Nein gestimmt hätten. Auch die Verweigerung der Abstimmung oder der Unterschrift unter die Protokolle hätte dazu geführt, dass die Entscheidung über die Millionenzahlungen dem künftigen Besitzer Vodafone vorbehalten geblieben wäre. Das jedoch taten die Gewerkschafter nicht.

Stattdessen verfasste der Gewerkschaftschef nur einen Tag später eine geißelnde Presseerklärung. Grund: Nach der Sitzung des kleinen Ausschusses hatte Ackermann



SVEN SIMON

**Aufsichtsratschef Funk:** Irgendwie übergangen

\* Nach der Übernahme Mannesmanns am 3. Februar 2000.

auch den Gesamtaufsichtsrat über die Abfindungen informiert. Helle Empörung kam auf. Nur einen Tag später drangen die Meldungen über die Millionenabfindungen für Esser, den „Totengräber von Mannesmann“ („Rheinische Post“), aus dem Gremium an die Öffentlichkeit. Zwickel reagierte – mit einer Lüge.

Die Abfindung für Esser, polterte er am 18. Februar, sei „unanständig hoch und für keinen Arbeitnehmer mehr nachvollziehbar“. Solche „Auswüchse des globalen Kapitalismus“ seien der Öffentlichkeit nicht zu vermitteln.

Und dann setzte Zwickel noch einen Satz hinzu, der für die Staatsanwaltschaft einer der Gründe war, überhaupt ein Ermittlungsverfahren zu eröffnen. Von den Millionenprämien für Esser hätten er und Ladberg, so Zwickel, erst aus der Zeitung erfahren. Die zusätzliche Prämie von 31 Millionen sei von Vodafone „auf den Weg gebracht“ worden. Weder im „Aufsichtsrat“ noch im „Aufsichtsratsausschuss für Vorstandsangelegenheiten“, strapazierte Zwickel die Wahrheit, sei je „darüber gesprochen worden.“

fer ihren Bericht über die Arbeit der hoch dotierten Aufsichtsräte endgültig erst am 7. März vorstellen. Doch die Beratungsergebnisse, so steht es in einem Esser-Papier, hatten sich bereits vorher abgezeichnet.

Und die waren alarmierend: Zahlungen an Funk, die der Aufsichtsratsausschuss am 4. Februar beschlossen hatte, seien „nicht möglich, solange dieser dem Aufsichtsrat angehörte“. Um Probleme bei der Auszahlung der Esser-Millionen zu vermeiden, empfahlen sie, „die Beschlussfassung zur Klarstellung konfliktfreier Zuwendungsabsicht des Aufsichtsratsausschusses zu wiederholen“.

Im Klartext: Zumindest Teile der vom Ausschuss gefassten Beschlüsse verstießen nach Ansicht der Gutachter klar gegen geltendes Aktienrecht. Zahlungen auf dieser Basis wären womöglich illegal.

So beeilte sich der Ausschuss, die Fehler zu korrigieren. Am 28. Februar – eine Woche vor dem Gespräch mit den KPMG-Leuten – wurde ein Umlaufbeschluss auf den Weg gebracht. Funk, Ackermann und Zwickel unterschrieben die geglättete Fassung. Handschriftlich wurde dem Proto-



Partner Fok, Howe, Snook, Esser\*: Anfang vom Ende Mannesmanns

Während Gewerkschafter und Medien dem Obermetaller Beifall spendeten, sorgte die Erklärung bei Mannesmann für Verwirrung. Nicht zuletzt wegen der öffentlichen Äußerung Zwickels, heißt es in internen Schreiben, die den Ermittlern vorliegen, sei am 28. Februar ein weiterer Beschluss des Ausschusses über die Sonderprämien herbeigeführt worden.

Noch wichtiger für die Beweisführung der Staatsanwälte könnte jedoch die Tatsache sein, dass sich zeitgleich ein Ende der von Esser beauftragten Prüfungen durch die externen Anwälte und die KPMG abzeichnete. Zwar sollten die Prü-

koll zugefügt, die Unterschrift Zwickels sei als Enthaltung zu werten.

Den Ermittlern sind die dubiosen Vorgänge ein klarer Beleg dafür, dass beim Feilschen um die Millionen-Abfindungen nicht alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Dass sie besonders schwere Untreue angeklagt haben, hängt deshalb nicht nur mit der Höhe der Geldzahlungen zusammen – auch mit der merkwürdigen Art ihres Zustandekommens.

Nur einer ist fein raus – Sir Gent, den die Boulevardpresse den „Hai“ nennt. Am Dienstag vorletzter Woche teilte die Staatsanwaltschaft seinem Verteidiger auf anderthalb Zeilen mit, dass das Verfahren gegen ihn eingestellt sei.

GEORG BÖNISCH,  
FRANK DOHMEN

MOBILFUNK

## Mittleres Beben

Der Software-Gigant Microsoft will nun auch den Handy-Markt erobern. Mit France Telecom und der Deutschen Telekom hat Bill Gates erste Verbündete rekrutiert.

**G**edanklich war Bill Gates seiner Zeit schon häufiger ein Stück voraus. Bereits Mitte der achtziger Jahre, als Personalcomputer nicht einmal zur Grundausstattung jedes Büros gehörten, verkündete der Microsoft-Gründer selbstbewusst: Eines Tages stehe ein PC „in jedem Haus und auf jedem Schreibtisch“.

Inzwischen ist die Vision fast Realität geworden. Und das von Microsoft entwickelte Betriebssystem Windows arbeitet weltweit in mehr als 90 Prozent aller Personalcomputer. Doch mit dem Quasi-Monopol gibt sich Gates nicht zufrieden. Nun treibt den Software-König eine neue Vision um.

„Es geht nicht mehr nur darum, vor einem PC zu sitzen“, überraschte er Ende vergangenen Jahres seine Zuhörer bei einer Messe in Las Vegas. „Die Magie der Software“, fabulierte Gates, „breitet sich jetzt auf die unterschiedlichsten Geräte aus“ – etwa auf Armbanduhren, Wecker, Schlüsselanhänger und andere Gebrauchsgegenstände.

Ein Alltagsgerät hat es Gates besonders angetan: das Handy. Mehr als eine Milliarde Menschen rund um den Globus nutzen inzwischen das Mobiltelefon.

Ausgerechnet auf diesem Massenmarkt, der weit mehr Kunden bedient als die Computerindustrie, ist der größte Software-Konzern der Welt aber ein Nobody. Das Geschäft machen Handy-Hersteller wie Nokia, Motorola, Samsung oder Siemens unter sich aus.

Das soll sich nun möglichst schnell ändern: Noch in diesem Sommer bringt der Telekom-Ableger T-Mobile das erste Handy in Deutschland auf den Markt, das mit einer neu entwickelten Software von Microsoft ausgestattet ist. Auch die T-Mobile-Ableger in England und Amerika sollen das Multimedia-Handy mit dem Betriebssystem Smartphone 2002, einer stark abgespeckten Windows-Version, anbieten.

Die Ankündigung löste vergangene Woche unter den Handy-Herstellern ein mittleres Beben aus. „Nokia ist in ernsthafter Gefahr, seine Marktführerschaft bei Mobiltelefonen an Microsoft zu verlieren“, orakelt Technikexperte Jochen Schiller, der an der FU Berlin Software für mobile Endgeräte erforscht.

\* Bei der Bekanntgabe des Kaufs von Orange durch Mannesmann am 21. Oktober 1999 in London.



MIKE BLAKE / REUTERS

**Microsoft-Gründer Gates (mit Smartphone):** „Absolut überlebenswichtig“

Ernst zu nehmen ist die Kampfansage aus den USA auf jeden Fall. Denn nun müssen die Handy-Hersteller fürchten, dass der mit Barreserven von über 40 Milliarden Dollar gut gepolsterte Konzern in der Telefonbranche einen ähnlichen Verdrängungswettbewerb anzettelt wie bei der Bürosoftware, bei den Internet-Browsern oder zuletzt bei den Videospielekonsolen.

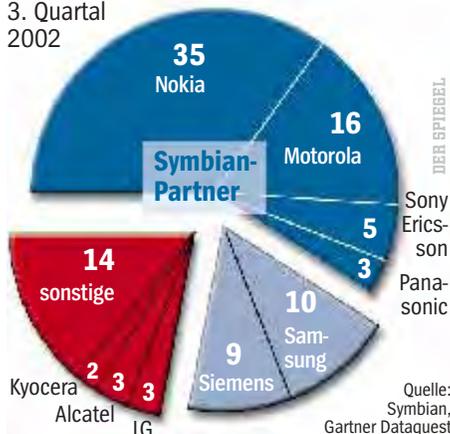
Am Ende, so die Befürchtung, könnte das Handy-Geschäft so aussehen wie der PC-Markt: Microsoft entwickelt die lukrative Software, Intel liefert die Chips, und die Hersteller bauen aus den Komponenten Geräte mit Mini-Margen. Schon 2005 will Gates jedes vierte Handy, das weltweit verkauft wird, mit dem Windows-Logo ausstatten. „Mobile Geräte“, so die neue Konzernstrategie, „sind für die zukünftige Entwicklung des Unternehmens absolut überlebenswichtig.“

Der Angriff auf den Handy-Markt wurde von langer Hand vorbereitet. Schon das Codewort für das Projekt war Programm: „Stinger“ wurde die Entwicklung nach dem Vorbild einer US-Militärrakete in der Konzernzentrale in Redmond genannt.

Zunächst verfehlte die Stinger-Rakete aus Redmond ihr Ziel. Als Gates 1999 erste Entwürfe für sein Smartphone präsentierte, winkten Handy-Hersteller und Netzbetreiber gelangweilt ab. Grundsätzlich andere Funktionen als die etablierten Anbieter konnte auch der Newcomer nicht bieten – schließlich ist die Übertragungstechnik bis ins kleinste Detail international geregelt. Nur beim Zusammenspiel mit dem Computer, etwa beim Zugriff auf den elektronischen Briefkasten Outlook oder

## Mobile Partnerschaft

weltweite Marktanteile in Prozent, 3. Quartal 2002



beim Datenabgleich mit dem heimischen PC, kann das Smartphone punkten.

Gates ließ sich von der Abfuhr nicht entmutigen. Kurzerhand übernahm er eine Beteiligung an der britischen Handy-Firma Sendo, die 1999 von zwei ehemaligen Philips-Managern gegründet worden war und bald mit ungewöhnlich zierlichen Design-Handys von sich reden machte. Schon im Herbst 2001, so die Vereinbarung, sollte Sendo die ersten Handys mit Microsoft-Innenleben auf den Markt bringen.

Aber der schöne Plan ging schief. Mehrmals wurde der Start des Smartphones verschoben. Am Ende hatten sich die Partner total verkracht und zerrten sich gegenseitig vor Gericht. Die Hoffnung der etablierten Handy-Hersteller, dass Microsoft

damit einen schweren Rückschlag erlitten habe, erwies sich jedoch als Trugschluss.

Wenige Wochen nachdem die Partnerschaft mit Sendo geplatzt war, überraschte die englische Mobilfunkfirma Orange die Branche mit einem Gerät, das in enger Zusammenarbeit mit Microsoft entwickelt worden war. Das SPV (Sound Pictures Video) genannte Super-Handy, das Orange unter anderem auch in Frankreich, Dänemark und der Schweiz verkauft, leitet „den Beginn einer neuen mobilen Revolution“ ein, verkündeten die Manager der France-Telecom-Tochter.

Das Revolutionäre ist aber nicht die Technik, sondern das Marketingmodell. Auf dem SPV steht nämlich nicht der Name eines Handy-Herstellers, sondern das Logo des Netzbetreibers Orange. Microsoft liefert nur die Software, die Herstellung übernimmt die taiwanische Firma HTC, die sich auf die Auftragsproduktion von Mobilfunkgeräten spezialisiert hat.

Mit der Strategie, sich selbst im Hintergrund zu halten und gleichzeitig den Markennamen der Netzbetreiber zu stärken, konnte Microsoft im März 2002 auch den damaligen T-Mobile-Chef Kai-Uwe Ricke überzeugen. Mit France Telecom und der Deutschen Telekom als starken Verbündeten kommt der Kampf der Systeme nun in die heiße Phase. Denn auch Branchenprimus Vodafone und die spanische Telefónica zeigen Interesse an den Microsoft-Offerten.

Ohnehin sind die Netzbetreiber nicht gut auf die Handy-Konzerne zu sprechen. „Wir haben uns von Nokia und Co. viel zu lange abhängig gemacht“, schimpft Ricke, der im November zum Telekom-Chef avancierte. Denn die Netzbetreiber sind zwar die größten Kunden, können aber nicht bestimmen, wie die Geräte aussehen und welcher Markenname draufsteht.

Die etablierten Handy-Hersteller haben die Gefahr erkannt. Eilig versuchen sie, die Reihen um ein altes Bündnis unter dem Namen Symbian zu schließen. Das von Nokia, Ericsson und Motorola unterstützte Software-Haus Symbian, dem sich inzwischen auch Matsushita (Panasonic), Siemens und Samsung anschlossen, ist seit 1998 dabei, eine gemeinsame Plattform für die Multimedia-Handys zu entwickeln. An der geballten Marktmacht soll der Microsoft-Angriff abprallen.

Doch ganz so fest steht die Allianz der Etablierten nicht. Nicht einmal Gründungsmitglied Motorola setzt allein auf Symbian. Als größte Wackelkandidaten gelten aber Samsung und Siemens.

Rudi Lamprecht, im Siemens-Vorstand für die Mobilfunksparte zuständig, macht daraus gar keinen Hehl: „Wir sind zwar an Symbian beteiligt, aber das bedeutet doch nicht, dass wir deshalb nicht offen für andere Partnerschaften wären.“ Jetzt, sagt der Siemens-Manager, komme es erst einmal darauf an, dass „wir den Markt wieder beleben“.

KLAUS-PETER KERBUSK

Werbeseite

Werbeseite





Konzernlenker Diekmann, Schulte-Noelle: Das Geld mit der Gießkanne verteilt

ALLIANZ

## Der Sündenbock

Das Ende der Advance Bank offenbart massive Fehlentscheidungen des Allianz-Konzerns. Doch der Versicherer macht dafür, wie so oft, die Dresdner Bank verantwortlich.

Wutausbrüche sind ihm fremd, Wortgefechte zuwider. Henning Schulte-Noelle, der Chef der Allianz, liebt leise Töne. Und seine gekonnt platzierten Andeutungen treffen, seine Signale werden verstanden.

„Allianz droht Dresdner“, titelte die „Frankfurter Rundschau“ kürzlich nach einer distinguierten Äußerung des mächtigen Mannes – und das „Handelsblatt“ schrieb in großen Lettern: „Schulte-Noelle erhöht Druck auf Fahrholz“.

Auch in der Dresdner Bank, seit fast zwei Jahren eine Tochter des Versicherungsriesen, kam die Botschaft an: „Das ist die öffentliche Ankündigung der Kreuzigung“ – empörte sich ein hochrangiger Manager über die Aussagen seines obersten Chefs. Wer damit gemeint war, braucht er in der Bank niemandem zu erklären: Bernd Fahrholz, Chef des Instituts – und Vize-Chef der Allianz.

Dabei hatte Schulte-Noelle, in einem Interview mit der „Zeit“, doch nur gesagt, dass jede Gesellschaft innerhalb seines Konzernreiches eine angemessene Rendite erwirtschaften müsse, dass die Dresd-

ner Bank Zeit brauche, ihre Probleme zu lösen. Und sollte sie das nicht schaffen, dann stünden eben alle Optionen offen.

Lappalien, Missverständnisse, und wie so überhaupt diese Aufregung – tönnte es tags darauf aus der Konzernzentrale. Und von Fahrholz, von dem sei doch gar nicht die Rede gewesen.

Der Coup war gelungen.

Wieder einmal hat die Allianz mit ihrer Banktochter Katz und Maus gespielt, wieder einmal hat sie das Institut erfolgreich als Buhmann ins Gespräch gebracht – und Fahrholz als den Sündenbock.

Egal, ob der Versicherungskonzern miserabile Zahlen präsentiert, eine Gewinnwarnung verkündet oder eine strategische Fehlentscheidung revidiert – schuld ist scheinbar immer die Dresdner Bank.

Dabei ist das nur die halbe Wahrheit, wie das Beispiel der kürzlich geschlossenen Advance Bank zeigt. Von der „verlustreichen Bank-Tochter“ war da die Rede und davon, dass die Allianz die Reißleine gezogen habe, was ja allzu verständlich sei.

Tatsächlich aber verantwortet dieses Desaster die Allianz. Joachim Faber, einer

der Vorstände des Versicherers, war es, der partout ein von ihm und seinem Vorstandskollegen Paul Achleitner entwickeltes Konzept umsetzen wollte.

Die beiden träumten seit drei Jahren von einer mobilen und an eine Direktbank angebundene Finanzberater-Truppe, die ihre jungen, dynamischen und betuchten Kunden mit dem Laptop heimsuchen sollte. Das Modell freilich war größtenteils abgekupfert – von MLP, dem einst viel bewunderten Senkrechtstarter der Finanzbranche.

„Das ist die Zukunft“, schwelgten die beiden – und angesichts der rosigen Perspektiven war ihnen nichts zu teuer. Zunächst wollten sie für zwei Milliarden Euro den Direktbroker Consors übernehmen. Doch nachdem sich der Versicherungskonzern die Dresdner Bank einverleibt hatte, sollte deren Direktbank-Tochter, die Advance Bank, als Plattform für die „Financial Planners“ dienen.

Schon während der Verhandlungen im so genannten Integrationsausschuss präsentierte Faber seinen neuen Kollegen eine Studie der Unternehmensberatung McKinsey, die das Projekt in den höchsten Tönen lobte. Die Investitionen von 700 Millionen Euro, referierte er das Papier, seien bestens angelegt. Ab 2008 würde man mit den 1700 Beratern und der neuen Multikanalplattform Gewinne machen.

„Solche Anfangsverluste hält niemand durch“, erwiderte Martin Blessing, damals noch Chef der Advance Bank. Und auch andere Banker warnten vor den hochtrabenden Plänen. Sie bezweifelten, dass die Berater die geplante Zahl neuer Kunden akquirieren könnten. Blessing und seine Kollegen plädierten für eine verhaltenerere Investitionsstrategie. „Wenn das Ding fliegt“, sagte er, „können wir das Tempo immer noch erhöhen.“

Von derart kleinkarierten Bedenkenträgern ließ sich Faber nicht irre machen – er setzte die große, die ganz große Lösung durch: Hunderte Berater wurden eingestellt, Dutzende Servicecenter im Einheitsstil eingerichtet. Und das Konzept dilettantisch umgesetzt.

Selbst über ein Jahr nach dem Start konnten die Finanzberater für einen Kunden online kein Konto eröffnen, keine Order aufgeben. Dazu mussten sie ein Fax schicken – für eine Direktbank ist das Steinzeittechnologie.

Zudem blieben die erhofften Kundenscharen aus, viele der Niederlassungen

wurden nie eröffnet – und alles in allem bis heute 300 Millionen Euro versenkt. Dagegen war der Jahresverlust der Advance Bank – rund 30 Millionen Euro, bevor die Allianz das Geld mit der Gießkanne verteilte – relativ bescheiden.

Jetzt ist der Traum vorbei – die Advance Bank wird samt der Financial Planner abgewickelt, und der Betriebsrat verhandelt über einen teuren Sozialplan.

Dabei wollte die Allianz das Geschäft eigentlich schon im Herbst aufgeben. Doch plötzlich gab es einen Interessenten: Die niederländische ABN Amro – aufgeschreckt durch den Erfolg ihres Hauptkonkurrenten ING mit dessen deutscher Direktbanktochter Diba – wollte die Advance Bank kaufen. Also warteten die Allianz-Manager ab. Als die Übernahme

scheiterte, verabschiedeten sie sich resigniert und ohne weitere ernsthafte Verkaufsbemühungen von ihrem einst hochgelobten „dritten Standbein“ (neben Bankfilialen und Vertretern) – und verpassten möglicherweise eine weitere Chance, die Verluste zu begrenzen.

Denn die Diba war an die Grenzen ihrer Kapazitäten gestoßen und verhandelte deshalb über den Kauf der Online-Bank Entrium – hätte sich aber auch für die Advance Bank samt ihrem „ausgezeichneten Computersystem interessiert“, wie ein Diba-Manager versichert, „aber sie ist uns nicht angeboten worden“. Selbst die Initiative ergreifen wollten die Banker jedoch nicht – „so etwas versaut immer den Preis“.

Vor allem die Arbeitnehmer im Allianz-Aufsichtsrat sind über die Fehlinvestitionen bei der Finanzberater-Truppe erbost. Hinter den Kulissen, versichern Kenner des Konzerns, hagelte es Kritik. Nach außen aber wird der Eindruck erweckt, der Fehler liege bei der Dresdner Bank.

Klar: Weder das Geldhaus mit seiner 130-jährigen Tradition noch dessen Investmentbank sind ein „Juwel“ – wie Rolf Breuer, damals noch Chef der Deutschen Bank, im Frühjahr 2000 behauptete.

Ganz im Gegenteil.

Auch die Dresdner Bank ist durch jahrelanges Missmanagement, ständige Strategiewechsel, schwache Vorstandssprecher und globale Expansionspläne heruntergewirtschaftet – und von der Bankenkrise zusätzlich in die Tiefe gerissen worden.

Und auch Fahrholz ist keineswegs eine Ikone der deutschen Finanzgeschichte – er hat viele der Fehlentscheidungen vergangener Jahre mit zu verantworten. Zum tragischen Helden taugt er wohl kaum.

Doch wo stünde die Allianz heute, wenn sie die Dresdner Bank nicht gekauft hätte?

Der Aktienkurs wäre kaum höher, argumentieren Experten, er läuft seit zwei Jahren praktisch parallel zu denen der meisten anderen Versicherungen – ganz egal, ob die Bankgeschäfte betreiben oder nicht.

Die Allianz kämpft, wie die gesamte Branche, mit Abwertungen auf riskante Beteiligungen, mit hohen Schadenssummen, beispielsweise bei der Flutkatastrophe und mit stagnierendem Geschäft auf allen Fronten. Und natürlich auch mit der Dresdner Bank, selbst wenn die besser ist, als das von der Allianz dargestellt wird.

So hat sich der Versicherungsriese die auch in schlechten Zeiten ertragreichen Teile längst selbst einverleibt. Die Gewinne, beispielsweise aus dem Fondsgeschäft, fließen ausschließlich der Versicherung zu. Auch die verbliebenen Beteiligungen sind zur Allianz gewandert. Und selbst die interne Verrechnung der Provisionen im Privatkundengeschäft wird immer wieder heftig diskutiert – auch sie geht, so argumentieren viele Manager, zu Lasten der



**Dresdner-Bank-Chef Fahrholz**

„Ein Wort genügt, und ich bin weg“

Dresdner Banker. Die nackten Zahlen der Bank sind deshalb verzerrt.

Das alles ist legitim, schließlich gehört die Dresdner Bank der Allianz – sie kann mit ihr machen, was sie will. Dennoch haben sich Aufsichtsräte bereits bei der Allianz-Führung beschwert. Denn die Verantwortungskosmetik hat ihren Preis.

Je dünner die Kapitalausstattung des Instituts und je geringer die Erträge, desto schlechter fällt das Urteil der Rating-Agenturen aus. Von dem aber hängt viel ab. Wenn sie eine Bank „downgraden“, wie die Banker eine Herabstufung nennen, muss das Institut am Kapitalmarkt höhere Zinsen zahlen – und das kostet mehr als hundert Millionen Euro pro Jahr.

Zudem werden die Kunden verunsichert. Nach den jüngsten Verkaufsüberlegungen von Schulte-Noelle merkten die Dresdner Banker sofort einen Rückgang im Geschäft mit ihren großen Unternehmenskunden – aber auch mit den lukrativen, vermögenden Privatkunden. Wer will sich schon in die Hände einer Bank begeben, die schon in ein, zwei Jahren verkauft werden könnte? Banking ist Vertrauenssache. Und dazu gehören Kontinuität und Berechenbarkeit.

Fahrholz selbst, so versichern Vertraute, hat das Spiel noch gar nicht durchschaut. Immer wieder übernahm er die Verantwortung für die schlechten Zahlen, bot Schulte-Noelle und dessen designiertem Nachfolger, Michael Diekmann, den Rücktritt an. „Ein Wort von Ihnen genügt“, versicherte er, „und ich bin weg.“

Doch davon wollen die Allianz-Manager bislang nichts wissen. Sie brauchen Fahrholz noch – um von den Unzulänglichkeiten des Münchner Konzerns abzulenken.

WOLFGANG REUTER



**Dresdner-Bank-Zentrale in Frankfurt am Main**  
Alles andere als ein Juwel

THOMAS PELLAUM / VISUM (L.F. S&T 1. (R.))

SOZIALVERSICHERUNG

# Reform paradox

Teure Fehlplanung bei der Riester-Rente: Die großzügige Förderung von Betriebsrenten reißt tiefe Löcher in die Sozialkassen.

Eine „historische Leistung“, eine „der größten Sozialreformen“, ein „Jahrhundertwerk“: Der Kanzler und sein Arbeitsminister konnten sich gar nicht genug loben, als sie ihre Rentenreform vor knapp zwei Jahren ins Gesetzblatt brachten. Die neue Altersvorsorge, so versprachen Gerhard Schröder und der damalige

ken oder Versicherungen. Seither gilt: Wer einen Rentenvertrag beim Arbeitgeber abschließt, kann nicht nur Steuervorteile oder Zulagen einstreichen, sondern auch Sozialbeiträge bis zu 515 Euro sparen. Jahr für Jahr, versteht sich, bis zum Auslaufen der Sonderregel im Jahr 2008.

Das Argument zog stärker, als die Regierung geplant hatte. Während sich private Riester-Policen in den vergangenen Monaten oft als Ladenhüter entpuppten, schlossen fast zwei Millionen Deutsche eine Betriebsrente ab – mit fatalen Folgen. Was Bürger und Betriebe an Beiträgen sparten, fehlte den Sozialkassen an Einnahmen. Finanzieller Ausgleich? Nicht vorgesehen.

Noch eine weitere Panne unterlief den Reformern. Ihr neues Fördersystem werde sich auch in der Rentenformel niederschlagen, so kalkulierten sie, und zu geringeren jährlichen Rentenanpassungen führen. Doch daraus wurde nichts – die

Krankenversicherung. Im vergangenen Jahr ließ das Betriebsrenten-Privileg die Einnahmen bereits um rund 190 Millionen Euro schrumpfen. Für das laufende Jahr rechnen die Experten mit einem Fehlbetrag von 420 Millionen Euro.

Es kann auch schlimmer kommen. Vorsichtig haben die Finanzexperten der Sozialkassen unterstellt, dass langfristig lediglich ein Drittel der Berechtigten eine Betriebsrente abschließt – und dabei die Fördermöglichkeiten nur zur Hälfte ausschöpft. Sparen die Deutschen aber mehr, können sich die Beitragsausfälle rasch auf mehrere Milliarden summieren, prognostiziert zum Beispiel der Bremer Rentenökonom Winfried Schmähl.

Das sind düstere Aussichten für die ohnehin schwindsüchtigen Versicherungen: Wenn sich die Prognosen ihrer Experten bewahrheiten, wird die Betriebsrenten-Panne bereits im laufenden Jahr höhere Ausfälle verursachen als der jüngste Konjunkturerinbruch. Reform paradox: Die neue private Vorsorge, die langfristig die gesetzlichen Beiträge senken sollte, wird für die Versicherten doppelt teuer – sie müssen die Beiträge für die Betriebsrente

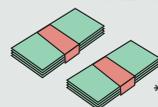
## Teures Modell

Wie die betriebliche Riester-Rente die öffentliche Hand belasten kann



Ein Single\* mit einem Bruttoeinkommen von **40000 €** zahlt 2003 den Höchstbetrag von **2448 €** als Riester-Rentenbeitrag.

Dieser Beitrag wird direkt vom Bruttoeinkommen abgezogen und ist steuer- und sozialabgabenfrei.



\*kinderlos

Diese Freistellung kostet die öffentlichen Kassen zusammen **2006 €**

davon:	
Steuerausfall .....	<b>976 €</b>
Ausfall der Sozialversicherungsbeiträge	
Arbeitnehmer.....	<b>515 €</b>
Arbeitgeber.....	<b>515 €</b>

DER SPIEGEL

Ressortchef Walter Riester unisono, werde die Beiträge „langfristig bezahlbar halten“.

Zwanzig Monate und zwei Beitragsanhebungen später stehen die Reformer vor dem Offenbarungseid. Die Einnahmen schwinden, die Defizite wachsen, und nun auch noch das: Interne Analysen von Renten- und Krankenkassen zeigen, dass Fehlkalkulationen im Gesetzgebungsverfahren milliardenschwere Beitragsausfälle bei den Sozialkassen verursachen.

Peinlich für die Regierung: Ähnlich wie bei der Steuerreform, wo handwerkliche Fehler die Etats von Ländern und Kommunen belasten, verschärfen Pannen bei der Rentenreform nun die Schieflage der Sozialkassen. Franz Ruland, Geschäftsführer des Verbands Deutscher Rentenversicherungsträger, spricht von „gravierenden Fehleinschätzungen“, und auch die Beamten von Finanzminister Hans Eichel sind alarmiert. Bei den Sozialkassen, warnten sie jüngst ihren Chef, zeichneten sich „verheerende Entwicklungen ab“.

Die Misere verursachten Eichel und Riester höchstpersönlich, als sie im Poker um die Einführung der neuen privaten Zusatzvorsorge weit reichende Zugeständnisse machten. Damit Arbeitgeber und Gewerkschaften zustimmen, setzten sie durch, dass Betriebsrenten großzügiger gefördert werden als Privatpolicen von Ban-



Reformer Riester, Schröder (2001): Auf die Experten hat niemand gehört

Beamten hatten schlicht die einschlägige Statistikverordnung der Europäischen Union falsch verstanden. „Wir haben immer wieder gewarnt“, schimpft Rentenchef Ruland, „aber auf uns wollte niemand hören.“

Wie sehr der Gesetzespfusch jetzt die Defizite nach oben treibt, haben Rulands Experten erstmals errechnet. Danach hat Riesters Fördersystem im vergangenen Jahr allein die Alterskassen mit rund 360 Millionen Euro belastet – Tendenz steigend. In diesem Jahr wird sich der Fehlbetrag verdoppeln. Und für die Jahre danach rechnen die Experten mit Ausfällen von mindestens einer Milliarde Euro jährlich.

Ganz ähnliche Ergebnisse ermittelte die Techniker Krankenkasse für die gesetzliche

zahlen und höhere gesetzliche Rentenbeiträge noch dazu.

Damit es nicht so weit kommt, sucht Sozialministerin Ulla Schmidt derzeit zweifelt nach Auswegen: Die Einnahmeausfälle sollen an anderer Stelle ausgeglichen werden. Eine Maßnahme steht bereits fest: Finanzminister Hans Eichel muss seine Zuschüsse an die Alterskassen dieses Jahr teilweise früher überweisen als gewohnt. Die Raten für November und Dezember sollen bereits im Oktober fließen.

Dass die Ministerin daneben auch die teuren Regeln für die Betriebsrente korrigiert, steht dagegen nicht zu erwarten. Daran, so Ulla Schmidt, „wird nicht gerüttelt“.

MICHAEL SAUGA

# „Es geht hier nicht um Fakten“

Hans Eichel zeigt vor dem Untersuchungsausschuss „Wahlbetrug“, was eine Lüge in der Politik ist – und was nicht.

Mein Name ist Hans Eichel, geboren 24. 12. 41, Wohnort Kassel, Postleitzahl 34130.“ Es ist der erste Satz, den Hans Eichel sagt, und es ist die volle Wahrheit.

Vor ihm stehen zwei kleine blaue Flaschen Mineralwasser und ein Glas. Eichel trinkt das Glas leer und öffnet die zweite Flasche. Der Morgen ist noch jung, Eichel steckt in einem blauen Anzug, er trägt seinen Scheitel, als käme er gerade aus dem Badezimmer, er lächelt freundlich.

Alles ist rein an ihm.

Der Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland sitzt auf einem schwarzen Sessel im Paul-Löbe-Haus, Raum 4.900, vor ihm sitzen Abgeordnete des Bundestags, hinter ihm Mitglieder der Bundesregierung, über ihm, auf einer Empore, Journalisten. Es gibt auch einen Stenografen und einen Zeichner wie bei einer Gerichtsverhandlung.

Am Donnerstag vergangener Woche vernimmt der Untersuchungsausschuss „Wahlbetrug“ seinen Hauptverdächtigen. Es geht um die Frage, ob Eichel im Sommer die Haushaltszahlen frisiert hat, damit die SPD im Herbst die Wahl gewinnt. Weil Untersuchungsausschuss „Wahlbetrug“ etwas holprig klingt, heißt diese Veranstaltung hier auch „Lügenrechtsausschuss“.

Ist Hans Eichel ein Lügner?

Links vor ihm blättert der CDU-Abgeordnete Peter Altmaier in seinen Unterlagen. Die wichtigen Sätze darin hat er mit einem Marker angestrichen. Er ist gleich dran. Er muss ihn kriegen.

Altmaier ist der Obmann der CDU im Lügenrechtsausschuss. Er kam 1994 in den Bundestag, es war die Zeit, in der Helmut Kohl Kanzler war und im Osten die Landschaften blühen sollten. Altmaier ist mit krummen Wahrheiten groß geworden. Er weiß schon, dass es in der Politik richtig sein kann, das Falsche zu sagen.

Lügt Eichel anders als Kohl? Oder als andere? Was wäre, wenn jede Lüge einen eigenen Untersuchungsausschuss bekäme? Wäre Altmaier dann ein Vollzeit-Obmann?

Altmaier musste 30 000 Blatt in 148 Aktenordnern lesen. Er hat viele Fragen.

Immer dann, wenn er sie formuliert, streckt Hans Eichel seinen linken Arm aus. Links neben ihm sitzt ein Mann mit einem Bürstenhaarschnitt. Er hat einen Ordner vor sich liegen, zu jeder Frage holt er die richtige Akte aus dem Ordner, dann legt er sie dem Minister in die Hand. Er heißt Wer-

ner Gatzler und hat im Finanzministerium den Titel „Leiter Leitungsstab“. Gatzler weiß alles, was Eichel wissen sollte.

Manchmal braucht der Leiter Leitungsstab etwas Zeit, bis er die richtige Akte gefunden hat, Eichels Mund schnappt in solchen Momenten immer nach Luft, wie bei einem Karpfen, aber wenn er die Akte hat, ist er ganz ruhig. Er redet dann von „Prognosespektrum“, „Einzeleffekten“, „Schwankungsbreiten“, und die Abgeordneten laufen zu einem Teewagen und



Zeuge Eichel nach seiner Vernehmung: „Ich bin ein verantwortungsvoller Minister“

kaufen sich Wurstbrote, weil das, wovon Eichel redet, sowieso niemand versteht.

Es ist kurz vor zwölf, als Hans Eichel eine Pause braucht. Er hat inzwischen sechs Flaschen Mineralwasser getrunken. Er wartet vor einer Toilette. Bei ihm stehen: sein persönlicher Referent, sein Büroleiter, sein Kabinettsreferent, sein Medienberater, sein Leiter Leitungsstab. Sie sprechen leise. Der Medienberater nickt kühl. Es läuft gut. Die Sitzung wird fortgesetzt.

Peter Altmaier hat Ordner 6 aufgeschlagen, es geht jetzt um alles oder nichts. Im Ordner 6 sind die Aussagen von Referatsleitern vergraben, die Hans Eichel als Lügner überführen sollen. Die Referatsleiter hatten schon im Juli die ganze Wahrheit zusammengerechnet: 10 Milliarden Steuerloch, 33 Milliarden Neuverschuldung, Maastricht-Kriterium verpasst.

Altmaier fragt, ob der Minister diese Zahlen im Sommer gekannt habe.

„Ja“, sagt Eichel. Seine Zunge wühlt durch die Zähne nach den Resten einer Schinkenstulle.

„33 Milliarden?“

„Ja.“ Eichel öffnet die siebte Flasche Mineralwasser.

„Maastricht-Kriterium?“

„Ja.“ Eichel pult an seinen Fingernägeln. Sein Justiziar knetet die Finger.

Warum er die Zahlen verschwiegen hat?

„Weil der Minister die Meinung eines Hauses bildet und kein anderer.“

Eichels Meinung war, dass der Aufschwung kommt. Irgendwann später. Nach der Wahl.

„Es geht hier nicht um Fakten“, sagt Eichel. „Ein Minister hat politische Entscheidungen zu treffen.“ Ein Minister braucht keine Fakten, ein Minister braucht eine Meinung.

Wäre Hans Eichel nicht in der Politik tätig, sondern, zum Beispiel, an der Börse, dann hätte er vor der Wahl eine Ad-hoc-

Meldung herausgeben müssen, weil die Gefahr bestand, dass sein Unternehmen abschmiert. Aber in der Politik gibt es keine Börsenaufsicht. Und einen Minister kann man nicht aus dem Handel nehmen wie eine Aktie. Es gibt Gründe, warum Hans Eichel in der Politik ist.

Fünf Stunden lang hat Peter Altmaier zugehört. Dann weiß er nicht mehr weiter. Er klappt seinen Ordner zu und sagt: „Herr Minister, wir sind davon überzeugt: Sie haben die Wähler getäuscht.“

Er, Hans Eichel, geboren 24. 12. 41, Wohnort Kassel, Postleitzahl 34130, ein Täuscher? Betrüger? Lügner?

„Ich bin ein verantwortungsvoller Minister“, sagt er.

Hans Eichel öffnet die achte Flasche Mineralwasser. Er schüttet das Glas bis zum Rand voll und trinkt es aus.

Er ist jetzt von innen gereinigt.

MATTHIAS GEYER

Werbeseite

Werbeseite

PRESSE

## Neuer Chef beim Handelsblatt-Verlag

Er hat die „Telebörse“ eingestellt, rund 170 Stellen gestrichen und die Beteiligung am defizitären Nachrichtensender N-tv abgestoßen – in den vergangenen acht Monaten setzte der Holtzbrinck-Manager Michael Grabner bei der angeschlagenen Düsseldorfer Konzerntochter Verlagsgruppe Handelsblatt (VHB) so manchen scharfen Schnitt. Jetzt wechselt der Österreicher in den Vorsitz des VHB-Aufsichtsrats, den Verleger Stefan von Holtzbrinck für ihn frei macht. Grabners Nachfolger bei der Verlagsgruppe soll Harald Müsse werden, der schon unter dem im Juni abgesetzten VHB-Chef Heinz-Werner Nienstedt lange Jahre als Mitglied der Geschäftsführung diente. Grabner ist im Hauptjob stellvertretender Geschäftsführer der Holtzbrinck-Gruppe, die die Personalie nicht kommentieren will. Grabners harte Sanierungsmaßnahmen haben der Düsseldorfer Verlagsgruppe, die auch die Magazine „Wirtschaftswoche“ und „DMEuro“ herausbringt, bislang Einsparungen in Höhe von 80 Millionen Euro gebracht – dennoch erwirtschaftete das Unternehmen auch 2002 noch Verluste.



Grabner

THOMAS EINBERGER / ARGUM



Thomas und Florian Haffa vor dem Münchner Gerichtssaal

C. LEHSTEN / ARGUM

PROZESSE

## Geldbuße für die Haffas?

Im Prozess gegen den EM.TV-Gründer Thomas Haffa und seinen Bruder Florian, einst Finanzvorstand des ehemaligen Börsenwunder-Unternehmens, gibt es nach fast vier Monaten Prozessdauer Bemühungen um eine Vergleichslösung. Seit dem letzten Verhandlungstag am vorigen Dienstag wird zwischen Richterin Huberta Knöringer, Staatsanwalt Peter Noll und den Haffa-Verteidigern ein Modell diskutiert, wonach das Gericht von den in der Anklage erhobenen Vorwürfen strafbarer Handlungen abrücken und nur noch auf eine Ordnungswidrigkeit erkennen würde – verbunden mit einer Geldbuße von jeweils 1,2 Millionen Euro für jeden der beiden Haffas. Der Verteidiger von Tho-

mas Haffa, Rainer Hamm, räumt auf SPIEGEL-Anfrage ein, dass es über ein entsprechendes Angebot der Staatsanwaltschaft in den letzten Tagen Gespräche gegeben habe. „Wir sind aber noch nicht so weit, dass eine Einigung in Sicht ist“, so Hamm. Die beiden ehemaligen EM.TV-Manager tun sich vor allem deshalb schwer mit einer solchen Lösung, weil sie vermeiden wollen, dass sich daraus ein vorsätzliches Handeln ableiten lässt – in diesem Fall hätten nämlich Hunderte zivilrechtlicher Schadensersatzklagen von wütenden EM.TV-Anlegern, die inzwischen allein bei zwei Münchner Rechtsanwaltskanzleien aufgelaufen sind, wohl deutlich höhere Chancen auf Erfolg.

SHOWS

## „Superstars“ à la Austria

ARD-Programm-Chef Günter Struve verhandelt derzeit um neue Shows nach dem Vorbild des Casting-Spektakels „Deutschland sucht den Superstar“ („DSDS“). Man wolle sich um solche als Serien positionierte Formate „verstärkt kümmern“, sagt Struve, dessen Sender bereits mit dem ORF über eine deutsche Version von „Starmania“ spricht. Der vom Wiener Staatsfunk entwickelte Musikwettbewerb avancierte in Österreich zum Quotenrenner. Bis zum großen Finale am vergangenen Freitag konnte sich Unterhaltungschef Edgar Böhm über Marktanteile von zuletzt rund 50 Prozent freuen. In der Zielgruppe der 12- bis 29-jährigen Zuschauerinnen sahen gar über 80 Prozent zu. „Starmania“, moderiert von Arabella Kiesbauer, wurde anfangs prompt von den „DSDS“-Rech-

teilhabern mit Plagiatsvorwürfen torpediert – bisher ohne Erfolg. „Wir bauen keinen Popanz auf, sondern wollen die Kandidaten als Menschen zeigen – mit all ihren Stärken und Schwächen“, erklärt Böhm seine öffentlich-rechtliche Variante der Casting-Show. ARD-intern wird überlegt, ob man mit „Starmania“ in Zukunft zum Beispiel das eigene Gesangsspektakel des Schlager-Grand-Prix aufpeppen könnte.

Kiesbauer (2. v. r.) mit „Starmania“-Kandidaten



ALI SCHAFLER / FIRST LOOK

## TV-Vorschau

### Stalin – Tod eines Diktators

Montag, 21.45 Uhr, ARD

Händelsche Trauerklänge, das Schreiten des Diktators in Zeitlupe und lange Blicke in die verschlossenen Züge des Schreckensherrschers – Inga Wolfram und Helge Trimpert sparen nicht mit Pathos, um an den Tod Josef Stalins vor 50 Jahren zu erinnern, die Machart von ZDF-Historiker Guido Knopp lässt grüßen. Interessant: Russische Historiker weisen darauf hin, dass der veröffentlichte Briefwechsel des Diktators dessen persönliche Verantwortung für die Verbrechen belegt. Der in Georgien geborene Sohn eines Trinkers, der erst Priester werden wollte, bis er sich für eine Karriere als Berufsrevolutionär entschied, behielt ein Leben lang ein scharfes Gedächtnis für die erfahrenen Demütigungen. Das auf Angst und Misstrauen beruhende Abwehrnetz verhindert, dass Stalin nach einem Gehirnschlag schnelle ärztliche Betreuung bekam. Die Bediensteten riefen zuerst das Politbüro zu Hilfe.



Schütt, Steinke in „Traumprinz in Farbe“

### Traumprinz in Farbe

Dienstag, 20.15 Uhr, Sat.1

Zauberhaftes Li-La-Lüneburg, folgt man der Movie-Phantasie von Sat.1: Da sitzt eine blonde Lokalredakteurin (Sophie Schütt), die – schon über 30 – hartnäckig am Traum vom Traummann festhält, der irgendeines Tages prinzen gleich auftauchen und sie ins Herz treffen soll. Und ach, da steht er plötzlich da, Ben (René Steinke), der Möbeldesigner, und keine intrigante Chefredak-

teurin (Katja Woywood), kein eifersüchtiger Mitbewerber (Andreas Pietschmann) können den Sieg des Traums über die Wirklichkeit verhindern. Nicht im Himmel über Lüneburg, sondern unter der Stadt hätten die Autorinnen (Antje Beling, Anette Simon) und der Regisseur (Oliver Dommenget) finden können, was der Liebesuppe fehlt: Salz.

### Tatort: Bienzle und der Tod im Teig

Sonntag, 20.15 Uhr, ARD

Nicht einmal Brezeln kann sich einer wie Kommissar

Bienzle (Dietz-Werner Steck) holen, ohne dass ihm in Felix Hubys Schwabenland das Böse auflauert. Statt mit leckerem Gebäck dem Frühstück mit seiner Hannelore (Rita Russek) zuzueilen, wird er zurückgerufen in das Kaff, wo der Bäckermeister erstickt kopfüber im Teigrührer steckt. Mit dem bekannten melancholisch-sachlichen Ingrimms untersucht Bienzle die mörderischen Verwicklungen in dem kleinen Ort. Ein bisschen mehr Humor hätte dem Stück nicht geschadet.

## TV-Rückblick

### Schlaflos um Mitternacht

18. Februar, ZDF

Psychoberatung im Fernsehen steht im Zwielficht, seit bekannt ist, dass Sendungen wie „Zwei bei Kallwass“ auf dem Nachmittagsboulevard mit Kleinstdarstellern arbeiten. Umso erfreulicher wirkte diese neue, vollkommen untheatralische Seelenerkundungsreihe mit dem Tübinger Professor für Klinische Psychologie Dirk Revenstorf und der Moderatorin Angela Elis. Die unter

Kaufsucht leidenden Gäste waren und wirkten echt, die Fragen und Hilfen des Psychologen nachvollziehbar, die Blicke in die Innenwelt der Eingeladenen diskret. „Diamonds are a girl's best friend“, hauchte Marilyn Monroe einst. Die von den Teleshopping-Angeboten des Fernsehens überwältigte rothaarige Marion sang eine ganz andere, nach unbewältigter Einsamkeit klingende Melodie. Frage an das Zweite: Warum muss der Zuschauer eigentlich an Schlaflosigkeit leiden, um eine solche intelligente Sendung wahrnehmen zu können?



Gast Marion, Psychologe Revenstorf, Moderatorin Elis in „Schlaflos um Mitternacht“



Werbeseite

Werbeseite



KONZERNE

# Vorwärts zurück

Die Kultur-Revolution bei Bertelsmann ist entschieden. Die Familie Reinhard Mohns bekommt in Zukunft jenen Einfluss, den der Patriarch selbst jahrzehntelang vermeiden wollte. Es geht weniger um Macht oder Bilanzen als um Gefühle – und einige nun zementierte An- und Widersprüche.



OLIVER SCHMAUCH / LMF

**Bertelsmann-Kontrollleurin Liz Mohn:** „Ich bin nicht die Führung“

In einem weltweit operierenden Unternehmen wie Bertelsmann gibt es viele Gremien, Ausschüsse und Konferenzen. Spitzenkräfte treffen sich gelegentlich zu gemeinsamen Sing-Abenden. Und selbst die „grünen Witwen“ der viel beschäftigten Medienmanager haben sich organisiert. Aber kein anderer Zirkel in Europas größtem Medienkonzern ist derart allmächtig und zugleich überschaubar besetzt wie jene „Fünfferrunde“, die so regelmäßig wie verschwiegen einmal im Monat am Konzernsitz in Gütersloh zusammenkommt.

Am vergangenen Donnerstag war es wieder so weit. Nur ruhig ging es dieses Mal nicht wirklich zu.

Um zehn Uhr versammelten sich in den Räumen der Bertelsmann Stiftung am beschaulichen Schwanenteich: Konzernpatriarch Reinhard Mohn, 81, und seine Frau Liz, 61, einerseits, ihr Vorstandschef Gun-

ter Thielen, 60, samt Vize, Finanzvorstand und Testamentsvollstrecker in Personalunion, Siegfried Luther, 58, sowie Aufsichtsratschef Gerd Schulte-Hillen, 62, andererseits. Hier die Familie, dort das Top-Management?

Die Fronten verliefen anders: Den Mohns saß eigentlich nur einer gegenüber, und das war Schulte-Hillen. Gemeinsam aber musste die illustre Runde bei Kaffee, Früchtetee und Gebäck mehr Scherben zusammenkehren als je zuvor in der 168-jährigen Unternehmensgeschichte. Es galt, verletzte Eitelkeiten und schlechten Stil aufzurechnen, eine Kommunikations-Katastrophe zu bilanzieren und die hinter allem durchschimmernde Neuausrichtung des Mediengiganten zu verhandeln.

Einig war man darin, sich gegenseitig strengstes Stillschweigen über das Treffen

zu versprechen. Die Nerven waren blank genug.

Rund zwei Wochen ist es nun her, dass der Patriarch die künftige Macht im Haus seiner Gattin Liz übertrug. Und das, obwohl er bislang immer ein eifriger Kämpfer wider jeglichen Führungsanspruch qua Abstammung war. Das allein verwirrte schon genug.

Am Mittwoch vorvergangener Woche präsentierte Mohn dann in Gütersloh sein neues Buch „Die gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmers“, dessen Lektüre beispielsweise die „FAZ“ nur „quälend“ fand.

Dabei kann das Werk durchaus als Generalabrechnung mit Top-Managern – auch einer Hand voll der eigenen – verstanden werden, denen Mohn einen Hang zu Größenwahn, Machthunger und Scheinwerfer-verliebter Eitelkeit vorwirft. Außerdem taugt es zum quasi testamentarischen Manifest, unmissverständlich in der Aussage: Wo Bertelsmann herrscht, herrscht Familie. Nur die garantiere wahre „Menschlichkeit“.

Dekoriert wurde der Auftritt von einer Rede des St. Gallerer Wirtschaftsprofessors Fredmund Malik, der den brüskierten Bertelsmännern auf Einladung Liz Mohns in deren eigenem Haus rüde die Leviten lesen durfte.

Die Stimmung im Haus changiert seither zwischen Ratlosigkeit, Fatalismus und Entsetzen. „Wir müssen uns damit arrangieren. Wer soll die Situation denn wieder ändern?“, heißt es im Vorstand, dessen Chef Thielen sich am vorvergangenen Freitag



TEUPRESS

**Erben Brigitte und Christoph Mohn**  
„Ausreichend Gehör“ in den Gremien

beeilte, in einem Schreiben an die „lieben Kolleginnen und Kollegen“ zu erklären, die Verantwortung bleibe natürlich „ganz eindeutig beim Vorstand“. Am Samstag legte Liz Mohn in Sandra Maischbergers N-tv-Talkshow mütterlich bescheiden nach: „Ich bin nicht die Führung.“

Am Montag aber sorgte ein SPIEGEL-Interview (8/2003) mit Aufsichtsratschef Schulte-Hillen für Aufruhr: Das Management sei durchaus „irritiert“. Es sei „nicht völlig auszuschließen“, dass Bertelsmann sich gerade auf den Weg vorwärts in die Vergangenheit mache – vom Weltkonzern zum matriarchalisch-dynastischen Familienunternehmen. Schulte-Hillen blieb der Einzige, der sich aus der Deckung wagte.

Mohn selbst verstand die Welt nicht mehr. Er wollte doch nur sicherstellen, dass sein Unternehmen langfristig unabhängig bleibt. Beispiele wie der dramatische Niedergang des Imperiums AOL Time Warner waren ihm Menetekel. Und er wollte jenen Druck der Kapitalmärkte aus-

Fall des Todes von Reinhard Mohn sollen es mindestens drei bleiben.

Die aktuelle Lage ist aber auch intern derart verworren, dass vergangene Woche an alle Vorstände eine vierseitige „offizielle Sprachregelung“ erging, die entscheidende Kernpunkte zusammenfassen soll:

- ▶ „Die Familie Mohn hat keinen Einfluss auf das operative Geschäft der Bertelsmann AG.“
- ▶ Ein BVG-Veto der Familie existiert nur bei Satzungsänderungen oder auch Kapitalerhöhungen, nicht aber bei Top-Personalien im Vorstand oder bei der Wahl des Aufsichtsratschefs. Andere Aussagen Mohns seien schlicht „falsch verstanden“ worden. Die BVG darf aber sowohl den Vorstands- als auch Aufsichtsratschef vorschlagen.
- ▶ Momentan werde „diskutiert“, ob die Familie künftig im Alleingang 5 von 15 Aufsichtsratsmitgliedern benennen darf, der aber weiterhin „mit einfacher Mehrheit“ seine Entscheidungen treffe.

▶ Generelle Aufgabe der Familienvertreter sei es, zu gewährleisten, dass der „Gedanke der Unternehmenskultur“ in den Gremien „ausreichend Gehör“ findet.

Immerhin: Die Gattin des Eigentümers und Patriarchen mischt nun überall im Konzern kräftig mit – als BVG-Sprecherin, als Aufsichtsrätin, als Mitglied im vierköpfigen Personalausschuss des Kontrollgremiums. Frau Mohn, die ihre Karriere bei Bertelsmann einst mit einer „Reise nach Jerusalem“ begann, ist omnipräsent. Und möglicherweise verrät das Kinderspiel sogar mehr über die aktuelle Verfassung des Hauses als alle Netto-Renditen, Cashflow-Ziffern und Marktanteilsanalysen in den Geschäftsberichten.

Liz Mohn hieß noch Elisabeth Beckmann, als sie ihre erste „Reise nach Jerusalem“ in Gütersloh verlor. Sie war damals 17, und sie erzählt gern davon. Irgendwann zwischen Nachkriegszeit und Wirtschaftswunder hatte das junge Mädchen aus dem Ostwestfälischen als Telefonistin bei Bertelsmann angefangen. „Ich hatte ja nichts gesehen, nichts erlebt“, sagt sie. Dann kam dieses Betriebsfest, bei dem lachende Angestellte um die Stuhlreihen herumhetzten. Am Ende kämpfte sie nur noch mit Firmenchef Mohn.

Die juvenile Unschuld gegen den schon damals überlebensgroßen Konzernchef: Mohn gewann das Spiel – und das Mädchen außerdem. In den 44 Jahren danach wurde es „Mrs. Bertelsmann“, wie der frühere US-Präsident Bill Clinton es mal

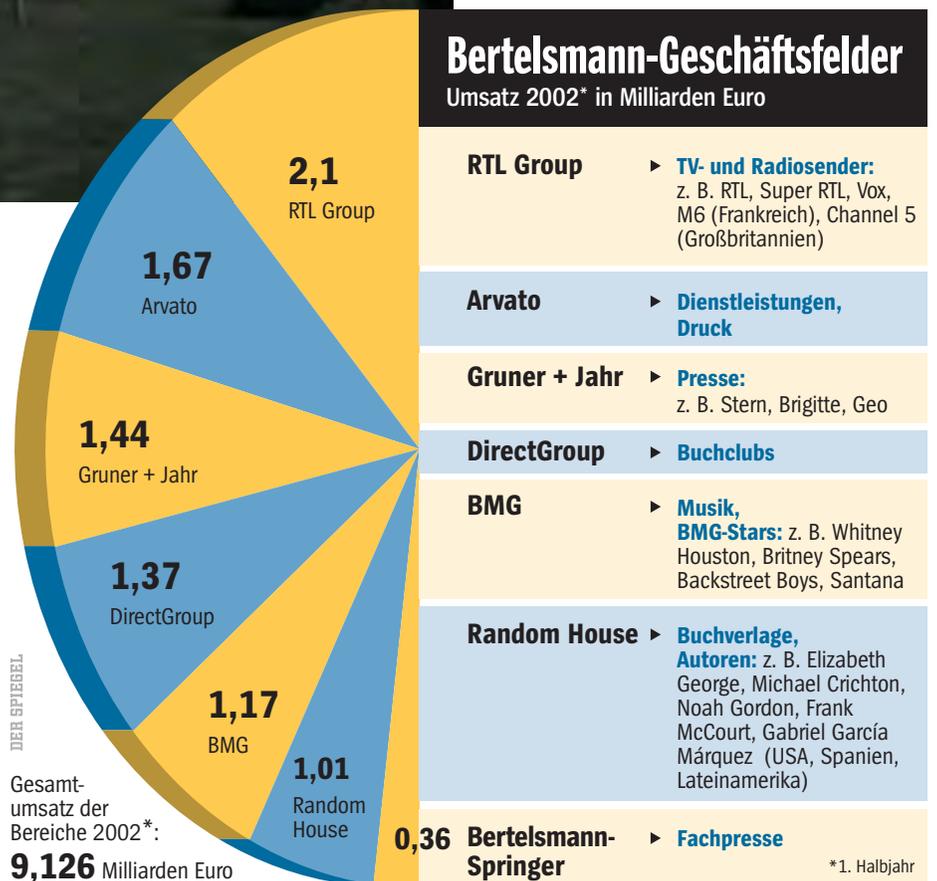


**Konzernzentrale in Gütersloh**  
*Zwischen Fatalismus und Entsetzen*

schließen, unter dem viele Konzerne heute zu leiden haben.

Aber was als wohl geordneter Kurswechsel geplant war, lief sehr schnell aus dem Ruder. Die Ereignisse der vergangenen Wochen waren nicht nur ein GAU der PR-Strategen. Sie waren der vorläufige Höhepunkt einer Schlacht, die schon entschieden war, bevor sie begann.

Eigentümer Mohn hatte längst Fakten geschaffen: Im vergangenen Sommer trennte er sich auf Schulte-Hillens Betreiben vom damaligen Vorstandschef Thomas Middelhoff, der Bertelsmann für Börse, frisches Geld und New Economy öffnen wollte. Zugleich übernahm Mohns Frau Liz den Vorsitz jener mächtigen Verwaltungsgesellschaft (BVG), die 75 Prozent der Stimmrechte und damit Vorstand wie Aufsichtsrat kontrolliert. Derzeit besetzen Reinhard und Liz Mohn mit ihren Kindern Brigitte und Christoph vier der acht Posten. Auch im

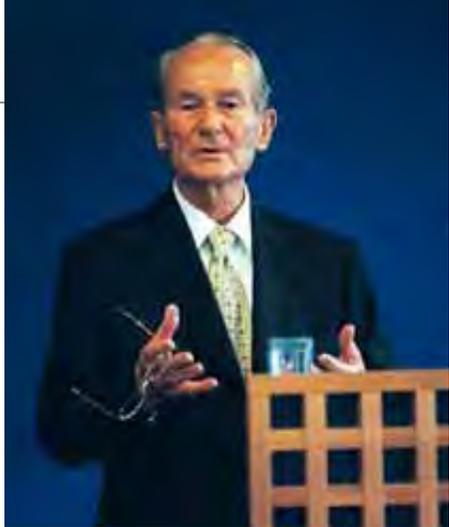


nannte. Liz Mohn kommt niemals unfrisirt zum Frühstück. Sie joggt jeden Morgen sechs Kilometer und machte „Lebensfreude zu meiner Devise“. Man konnte derlei in Blättern wie „Bunte“ nachlesen, in denen sie bislang eher zur Kenntnis genommen wurde. Mal, wenn sie für ihre Schlaganfall-Stiftung warb. Mal, wenn sie zu ihrem regelmäßig inszenierten „Rosenball“ lud. Mal als PR-Maßnahme für ihr eigenes Buch, das „Liebe öffnet Herzen“ heißt.

Bis vorvergangene Woche machte Liz Mohn in der Öffentlichkeit, was man eben so macht, wenn man die Gattin von jemand sehr Bedeutendem ist. Seither allerdings macht sie richtige Schlagzeilen in wichtigen Zeitungen.

Die „Financial Times Deutschland“, die selbst zu Bertelsmann gehört, nennt sie plötzlich „die neue starke Frau in Europas größtem Medienkonzern“. Nun gebe „die sendungsbewusste Ostwestfälin den Kurs vor“, wunderte sich das „Handelsblatt“. „Dallas auf Deutsch“, titelte „La Tribune“. Das „Wall Street Journal“ sah gar Parallelen zu Thomas Manns „Buddenbrooks“ (Untertitel: „Verfall einer Familie“), jenem Kaufmanns-Clan also, der an sich selbst zu Grunde ging.

Liz Mohn spielt zurzeit wieder „Reise nach Jerusalem“. Nur ist der Gewinn dieses Mal viel, viel größer: Es geht um einen der größten Medienkonzerne der Welt mit



**Patriarch Reinhard Mohn**

„Nun tut mal alle so, als wäre ich tot“

20 Milliarden Euro Jahresumsatz und rund 80 000 Mitarbeitern in 51 Ländern. Es geht um Fernsehsender wie RTL und Großverlage wie Gruner+Jahr („Stern“, „Brigitte“), um Buchclubs und Druckereien und angestellte Stars von Britney Spears bis Günther Jauch. Vor allem aber geht es um den Sieg einer Frau, die nach jahrzehntelanger Mühsal nun aus dem Schatten ihres Gatten tritt.

Erst im November 1982, als die gemeinsamen drei Kinder schon fast erwachsen waren, hatte Mohn sie geheiratet, fast heimlich und nach dem offiziellen Dienstschluss des Gütersloher Standesamtes um

18.10 Uhr. Zwischen Trauung und Hochzeitsempfang warf er seinen damaligen Vorstandschef Manfred Fischer raus.

Sie zog die Kinder auf, er betrieb das Geschäft und die Philosophie dazu. Einst beschwor er die Verantwortung des Unternehmers für die Gesellschaft, der er mit viel Geld die Bertelsmann Stiftung schenkte. Er war geradezu Avantgarde, als er die Beteiligung der Mitarbeiter am Unternehmensgewinn einführte.

Und er prognostizierte früh, dass ein Konzern der Bertelsmann-Größenordnung auf Dauer nicht von einer Familie geführt werden kann. Rund 15 Jahre feilte er fast täglich an seinem Vermächtnis und schuf dafür schließlich ein Gremium, das bis Ende der neunziger Jahre bis auf seinen ältesten, aus erster Ehe stammenden Sohn Johannes frei von Familie war.

„Nun tut mal schön alle so, als wäre ich tot“, erinnert sich einer, der bei den ersten Sitzungen dabei war, an die Worte des Alten, der da längst verstanden hatte: „Nicht mehr der Kapitalbesitz legitimiert zur Führung, sondern einzig und allein die Qualifikation.“

Und während Liz Mohn anfangs sich ein anfangs belächeltes informelles Netzwerk zu nähern, während sie Sekretärinnen-Treffen organisierte, Bertelsfrauen-Zirkel und Charity-Bälle, zog sich ihr „Lehrmeister“ Reinhard immer weiter zurück. Sie filterte

heute geschickt alles vor, was den Patriarchen noch erreichen darf, heißt es in Gütersloh. Und: Sie neige dazu, Posten nach persönlichen Sympathien zu verteilen. Sie vertraue grafologischen Gutachten über ihre Führungskräfte mehr als deren Lebensläufen.

Sie sei unberechenbar. Sie habe vom Geschäft keine Ahnung. Sie sei eben die Mutter. Hauptberuflich. Vor allem aber heißt es: Der neue Vorstandschef Gunter Thielen sei der Mann ihres Vertrauens. Thielen bereiste mit seiner Frau und den Mohns nach der Wende gemeinsam im Auto Ostdeutschland. Thielen sitzt im Beirat des Gütersloher Parkhotels, eines von Liz Mohns Lieblingsprojekten.

Ihr Mann hält den Kontakt zur Außenwelt fast nur noch über sie aufrecht. Mohn-Freunde habe es ohnehin nie gegeben – nur Manager, die glaubten, ihn zum Freund zu haben, bis er sich von ihnen trennte. Ein Einsamer eben – als Letzter seiner Generation. Axel Cäsar Springer ist tot. Leo Kirch ist pleite. Und Mohn? Verliert er die Macht, indem er nun einen Teil davon seiner Frau und den Kindern zurückerobert?

Da ist Brigitte, die Liz Mohn in der Schlaganfall-Stiftung positionierte. Da ist Christoph, der sich abmüht, sein Baby, das Internet-Portal Lycos, irgendwie am Leben zu halten, für das er sich einst vom Vater einen Teil seines Erbes borgte. Da ist auch Jo-

hannes, ältestes der drei Kinder aus Mohns erster Ehe, der nun direkt unter Vorstandschef Thielen für Technik zuständig ist.

Nun sollen jene Kinder Mitverantwortung tragen, die sich doch jahrelang von ihrem Vater anhören mussten, dass sie eigentlich nicht für die großen Entscheidungen taugten? Und im Gegenzug wird den Managern, die mithalfen, Bertelsmann zu einem Weltkonzern auszubauen, bescheinigt, sie seien ein permanentes Risiko?

Die Widersprüche sind nicht mehr aufzulösen. Aber: Die allgemeine Verwirrung

---

**„Streitkultur lohnt nicht – es kostet Nerven, Zeit und Geld.“**

---

kennt zumindest eine Gewinnerin: Liz Mohn.

Es ist die Tragik der Patriarchen: Je älter sie werden, umso weniger Leute wagen noch Widerworte. Anders ist es kaum zu erklären, dass in Mohns neuem Buch selbst der Name des US-Kostenkillers Jack Welch dauernd falsch geschrieben wird, der für Mohn durchaus als neues Vorbild gilt, weil er so konsequent erfolglose Manager feuert. Den Namensfehler „Welsh“ fanden selbst treue Sprachrohre in Gütersloh peinlich. Aber was hätte man denn tun sollen? Und was soll der Konzern in Zukunft tun?

In den USA droht eine Sammelklage wegen der Musiktäuschbörse Napster, die auch deshalb möglich ist, weil der aktuelle Vorstand mit ihr auch die alten Stillhalteabkommen der Musikindustrie beerdigte. Es geht um atemberaubende 17 Milliarden Dollar. In Bonn prüft das Kartellamt den geplanten Kauf der Buchgruppe Ullstein Heyne List. In Luxemburg pocht der Großindustrielle Albert Frère darauf, dass Gütersloh seinen 25-Prozent-Anteil an Bertelsmann im Jahr 2005 an die Börse bringt, wo der Konzern eigentlich gar nicht mehr hinwill.

Didier Bellens, Chef der RTL Group, ist gerade entnervt gegangen. Die Nachfolge ist noch ungeklärt. Arnold Bahlmann, zuletzt verantwortlich für die Fachverlage BertelsmannSpringer, dürfte der nächste Abgänger sein. Den unbequemen Aufsichtsratschef Schulte-Hillen versuchte Liz Mohn schon letztes Jahr loszuwerden.

Am vergangenen Dienstag wollte auch sie bei einem Vortrag vor Mitarbeitern der Bertelsmann Stiftung einige jener Ängste zerstreuen, die zurzeit durch die Flure schwirren. Es wurde eine Rede ganz im Duktus ihres „lieben Reinhard“.

Im Manuskript fand sich aber auch der Satz: „Streitkultur lohnt nicht – es kostet Nerven, Zeit und Geld.“ Die Passage war fett hervorgehoben.

THOMAS SCHULZ,  
THOMAS TUMA

UNTERHALTUNG

# Grips, Charme und Methode

Senta Berger, Ulrike Kriener, Mariele Millowitsch triumphieren derzeit im TV-Krimi-Genre – als kluge, souveräne Spürnasen.

Eine Szene wie eine Ohrfeige. „Dr. Prohacek“, pfeift die Kriminalrätin den Dienst habenden Spurensucher an, der sich über die Leiche beugt und die Kollegin achtlos übersehend mit „Frau“ angesprochen hat. Das kann er mit ihr nicht machen – Senta Berger, 61, spielt die Zurechtweisung des Mannes beiläufig, hebt nicht mal eine Braue, doch die Schelte hat gegessen.

Mitten im kalten Winter schlägt jetzt die Stunde einer neuen Generation von Kommissarinnen im Fernsehen: Die Meisterjägerinnen kommen. Sie sind erfahrene Frauen, sie machen sich keine Illusionen mehr, besonders über Männer, sie arbeiten bis zur Grenze der Erschöpfung, und privat gehen sie genauso durch die Hölle wie beruflich.

„Unter Verdacht“ hieß der Auftakt zu dem fulminanten Frauenfestival. Zweimal konnte der Zuschauer am Samstagabend im ZDF miterleben, wie Frau Dr. Prohacek das Böse in den eigenen Reihen der Polizei findet. Senta Berger deckte mit scharfsichtiger Unschuldsmiene klebrige Amigo-Machenschaften auf und begeisterte nicht nur die Zuschauer (sechs Millionen in der ersten Folge), sondern brachte der Produktion eine Nominierung für den Grimme-Preis ein.

„Kommissarin Lucas“, der zweite Fraueneinstreich, folgt am Samstag dieser Woche, ebenfalls im Zweiten. Ähnlichkeiten mit Berger sind unübersehbar: Ulrike Kriener, 48 („Der Hammermörder“, „Lisa Falk – eine Frau für alle Fälle“), ist wie Berger seit langem im Starfach und entsprechend geübt, sich den Klischees einer Kommissarinnenrolle zu unterwerfen – eine zwar ehrgeizige und strapazierfähige Ermittlerin, doch immer umhüllt von einer irritierend melancholischen Aura – Vorsicht, Abgrund.



Berger in „Unter Verdacht“: Verhör nach Methode



Kriener in „Kommissarin Lucas“: Bei der Spurensuche

Die Dritte im Bunde der eigensinnigen Krimi-Debütantinnen ist Mariele Millowitsch, 47. „Meine Rolle war mir zu fremdbestimmt und zu passiv“, sagt die Kölner Schauspielerinnen über die Rolle als Kommissarin Mona Seiler in dem RTL-Internatskrimi „Die Stimmen“ (Sendetermin: Ende März). „Ich wollte eine Person darstellen, die Charakter beweist“, sagt Millowitsch, denn in der Hotelserie „girlfriends“ und als Comedystar „Nikola“ bei RTL bediente sie vor allem Publikums-wünsche.

Ausgerechnet die Kommissarinnenrolle bietet Berger, Kriener und Millowitsch die Bühne für ungeahnte Facetten ihrer Schauspielkunst. Was bereits zum Klischee erstarrt schien, die einfühlsame Krimi-Heldin, die mit den als angeblich typisch angesehenen weiblichen Stärken – Sensibilität, Sensibilität, Sensibilität – ans Ziel der Ermittlungen kommt, wird jetzt entscheidend aufgebrochen.

Das Geheimnis des neuen Kommissarinnenwunders sind gut ausgeklügelte Rollen. Die Drehbuchautoren haben den Neudetektivinnen schwere Tornister aufgeladen, die sie im Privatleben zu tragen haben. Berger spielte eine Frau, die unter dem Trauma leidet, dass ihr Sohn tödlich verunglückt ist, Kriener muss sich um einen Mann im Koma kümmern, und der Freund der Millowitsch ist ein gesuchter Krimineller. Zum Erfolg der neuen Frauenkrimis trägt auch die klare Frontstellung bei: Alle Heldinnen werden von Männern gemobbt, und alle reagieren nach einem ganz „unweiblichen“ Schema – sie bleiben nach außen cool.

Sie sind dem unübersehbaren Macho-Gehabe und dem männlichen Reviergerangel scheinbar schnell unterlegen – doch verschaffen sich alle drei Damen nach demselben Prinzip Respekt und Autorität: Sie verbünden sich mit niemandem und entscheiden sich aus Vernunft für das Einzelkämpfertum.

Die drei Neuen lassen sich nicht in die Karten schauen, es scheint nur so, als handelten sie ausschließlich nach ihrer Intuition, in Wirklichkeit haben sie einen Plan. Das Publikum verfängt sich in ihrem Psycho-Netz, muss die seelischen Verletzungen ihrer Privatsphäre miterleben und findet in den Filmen keine Anhöhen, von denen herab die Ermittlerinnen als bedauernswerte Frauen erscheinen. Kommissar oder Kommissarin: Ein Vierteljahrhundert nachdem Nicole Heesters die erste „Tatort“-Kommissarin spielte, geht die Geschlechterfrage in eine neue Runde. Offen bleibt: männliche oder weibliche Quote?

NIKOLAUS VON FESTENBERG,  
IVONNE VON OPEL



Millowitsch in „Die Stimmen“: Figur, die Charakter beweist



Werbeseite

Werbeseite

SÜDKOREA

## Nation unter Schock

Der Brandanschlag auf die U-Bahn von Taegu überschattet die Amtseinführung des neuen Präsidenten Roh Moo Hyun, 56, am Dienstag. Eigentlich sollte die Feier mit Gesang und Tanz das neue koreanische Selbstbewusstsein demonstrieren. Als Symbol für Koreas erstarkten Nationalstolz, vor allem gegenüber der ungeliebten Schutzmacht USA, galt auch die Großstadt Taegu: Im prächtigen Fußballstadion dort erzwang Südkorea bei der WM 2002 ein Unentschieden gegen die Vereinigten Staaten.

Nun erinnert die Tragödie die schockierte Nation daran, dass ihre hastige Industrialisierung häufig mit gefährlicher Schlamperei erkaufte wird. Zwar handelt es sich bei dem Brandanschlag um das Verbrechen eines geistesgestörten Einzeltäters, doch Experten kritisieren, dass mangelnde Sicherheitsvorkehrungen in der U-Bahn erst das Ausmaß des Infernos mit mindestens 133 Toten und 146 Verletzten ermöglicht hätten.



Roh (2. v. l.) am Unglücksort

So wurde der zweite Zug nicht vor der Einfahrt in den Unglücksbahnhof gestoppt, die Sprinkleranlage sprang nicht an, Waggontüren konnten gar nicht oder erst zu spät geöffnet werden, und brennbare Materialien in den Zügen nährten das Feuer. Schon bei früheren Unglücken bezahlte Südkorea für Fahrlässigkeiten seiner

Wirtschaftsplaner. 1994 stürzte in Seoul eine große Brücke ein, 1995 ein Kaufhaus. Im selben Jahr starben 100 Menschen durch ein Gasunglück beim Bau der U-Bahn von Taegu. Bei seiner Amtseinführung will der im Dezember gewählte Roh nun seinen Landsleuten neue Zuversicht einflößen – auch mit Blick auf die atomare Bedrohung durch Nordkorea. Das dürfte ihm indes schwer fallen, zumal der unrühmliche Abgang seines Vorgängers und politischen Vorbildes Kim Dae Jung, 77, die Feststimmung zusätzlich trübt. Kim musste eingestehen, dass mit seiner Genehmigung der Hyundai-Konzern kurz vor dem historischen Nord-Süd-Gipfel vor knapp drei Jahren 200 Millionen Dollar illegal an Nordkoreas Diktator Kim Jong Il überwiesen hatte. Nun wirft die Opposition dem Vater der „Sonnenscheinpolitik“ vor, sich den Friedensnobelpreis, den er im Oktober 2000 erhielt, praktisch erkaufte zu haben.

U-Bahn-Schacht, Rettungsdienste in Taegu

## RUSSLAND Wahlhilfe vom KGB

Spitzenkader des staatlichen Waffenhandelskonzerns „Rosoboronexport“ werden beschuldigt, Präsident Wladimir Putins Wiederwahl sichern zu wollen – durch vermutlich illegal eingetriebene Spenden. Die Vorwürfe stammen von Managern russischer Rüstungsfirmen, die ihre Geschäfte gezwungenermaßen über Rosoboronexport abwickeln. Sie fühlen sich genötigt, als „Vermittlungsgebühren“ getarnte Einnahmen aus Waffenverkäufen an China in Wahlkampfboxen zu leiten, die angeblich Putin zugute kommen, schätzungsweise bis zu 100 Millionen Dollar. Das Geld, so heißt es, solle helfen, im Dezember eine Kreml-treue Parlamentsmehrheit und im März 2004 Putins Wiederwahl zu garantieren. Provisionen seien zum Beispiel beim Verkauf von 38 Kampffjets an China geflos-

sen. Aus Protest sei bereits ein Vizedirektor für Finanzen des Militärflugzeugwerks Suchoi zurückgetreten. Auch bei dem im Mai 2002 von Rosoboronexport unterzeichneten Liefervertrag über acht Diesel-U-Boote, einem 1,6-Milliard-



Putin

den-Dollar-Handel, soll eine achtprozentige Vermittlungsgebühr einkalkuliert worden sein. Rosoboronexport bestreitet die Vorwürfe. Augenfällig sind die Verbindungen zwischen dem Staatskonzern und Putin auf der alten KGB-Schiene. Vize Sergej Tschemesow, der vom Präsidenten im November 2000 in die Führungsriege des Waffenhandelskonzerns delegiert wurde, war zeitgleich mit Putin in den achtziger Jahren für das KGB in der DDR tätig. Zudem gilt er als Vertrauter von Putins Administrationsvize Igor Setschin, der einst für das KGB in Mosambik tätig war. Tschemesows Vorgesetzter Andrej Beljaninow, ebenfalls ein ehemaliger Offizier der Auslandsaufklärung, zählt zu den Sponsoren einer „Stiftung für freie Wahlen“, die der Zentralen Wahlkommission untersteht. Stiftungsvorsitzender Andrej Prschesdomski war kürzlich noch in der Revisionskommission der Kreml-Partei „Einiges Russland“ tätig – und früher Generalleutnant des KGB.



Proteste in Santiago de Compostela

SPANIEN

## Krisenmanager vor Gericht

Drei Monate nach der Havarie des Tankers „Prestige“ hat die Bürgerbewegung der Geschädigten einen ersten Justizserfolg erzielt. Ab März müssen drei hohe Regierungsbeamte – der galicische Regierungspräsident Arsenio Fernández de Mesa, der damalige Hafnenkapitän von La Coruña und der Generaldirektor der Handelsmarine – vor Gericht als Beschuldigte aussagen. Der Richter im Fischerort Corcubión, der die Gründe für das Auseinanderbrechen und Sinken des Billigflaggentankers am 19. November klären soll, hat eine Klage der Bürgerbewegung Nunca Máis („Nie wieder“) zugelassen. Er erkennt zumindest Indizien an, dass Europas größte Umweltkatastrophe, bei der die gesamte Küste vom Nordwesten Portugals bis Arcachon in Südwestfrankreich durch Zehntausende Tonnen Schweröl verseucht wurde, möglicherweise durch falsche Entscheidungen im Krisenstab ausgelöst wurde. Künstler, Naturschützer, linke Politiker und Gewerkschafter gründeten Nunca Máis in Galicien, bislang Hochburg der Konservativen, aus Protest gegen das Missmanagement der Behörden. Eine Untersuchung der Katastrophe im Madrider Parlament ist von der konservativen Volksparteiregierung einstweilen verhindert worden.

CHINA

## Weniger Zensur?

Nach dem Vorbild von CNN und BBC startet Chinas Staatsfernsehen frühestens am 1. Mai einen Sender, der 24 Stunden lang Informationen, Talkshows und Analysen ausstrahlen soll. Damit will die Propagandaabteilung der kommunistischen Partei nicht nur die Werbeeinnahmen erhöhen,

KRIEGSVORBRECHEN

## „Eine Frage der Ehre“

Vojislav Šešelj, 48, gründete 1990 die Partei „Serbische Nationale Erneuerung“, die in eine Tschetnik-Bewegung überging. 1991 wurde er Präsident der neuen Serbischen Radikalen Partei, kurz darauf Abgeordneter im serbischen Parlament. Das Haager Kriegstribunal klagt ihn an, von August 1991 bis September 1993 an Kriegsverbrechen in Ostslawonien und Bosnien sowie an der Vertreibung von Nichtserben aus der Vojvodina beteiligt gewesen zu sein. Šešelj will sich diesen Montag freiwillig stellen.

**SPIEGEL:** Sie streiten jede Beteiligung an Kriegsverbrechen ab. Weshalb sollte Den Haag eine Anklage gegen Sie erfinden?

**Šešelj:** Die USA und das derzeitige serbische Regime wollen mich isolieren und meinen politischen Einfluss mindern. Denn die Verhaftung von Ratko Mladić und anderen Generälen wird vorbereitet, 40 Polizisten der Spezialeinheit SAS sind bereits in Belgrad. Das dürfte blutig werden.

**SPIEGEL:** Warum stellt Mladić sich nicht freiwillig wie Sie?

**Šešelj:** Wenn ich zu 20 Jahren Haft verurteilt werde, ist dies für Serbien nicht gefährlich. Wenn aber jemand aus der höchsten Staatsführung schuldig gesprochen wird, droht uns die Zahlung von Reparationen.

**SPIEGEL:** Es gibt Gerüchte, dass Sie Zuflucht in Den Haag suchen, um einem Attentat zu entgehen.

**Šešelj:** Meine Reise ist eine Frage der Ehre – und keine Show wie bei Serbiens Ex-Präsident Milan Milutinović. Der hat sich weiß Gott nicht freiwillig gestellt, sondern geweint und gejammert, als ihn Polizisten ins Regierungsflugzeug

verfrachteten. Aber zugegeben, das jetzige Regime plant seit Frühjahr 2001 meine Liquidierung. Meinen Kopf konnte ich bisher nur retten, indem ich ständig Zwischenfälle im Parlament provozierte oder neue Affären von Premier Zoran Djindjić publik machte. Da blieb kein Freiraum für Attentate. Ich weiß zu viel, doch in Den Haag werde ich reden.

**SPIEGEL:** Welche Verteidigungsstrategie planen Sie?

**Šešelj:** Ich will beantragen, dass das Tribunal meine Verteidigung finanziert. Dann werde ich ein Team engagieren, das mich berät und für mich recherchiert. Ich habe weder jemals einen Menschen getötet, noch war ich bei einer Liquidierung anwesend. Keiner meiner über 10 000 freiwilligen Kämpfer wurde bisher eines Kriegsverbrechens angeklagt. Das Tribunal kann nur meine Ideologie verurteilen. Für die war ich schon vor 20 Jahren bereit zu sterben.

**SPIEGEL:** Für Großserbien?

**Šešelj:** Genau. Wir warten nur auf den geeigneten Moment, um die serbischen Länder zurückzugewinnen.



Šešelj

MIKICA PETROVIC / AP



Šešelj (l.), Freischärler in Kroatien 1991

TANJUG / AFP / DPA

sondern auch bei wichtigen internationalen Ereignissen Zuschauer weglocken von ausländischen Kanälen, die im Reich der Mitte begrenzt zu empfangen sind. Nach den Anschlägen am 11. September 2001 war das Zentralfernsehen nicht in der Lage, live zu berichten. Chinas Journalisten hoffen, dass die Zensoren bei aktuellerer Berichterstattung an Einfluss verlieren und dass nicht mehr alle noch so unwichtigen Aktivitäten der KP-Führung als Spitzenmeldung gebracht werden müssen, wie es das strenge Parteiprotokoll derzeit verlangt.





Präsident Chirac vergangene Woche bei einer Pressekonferenz im Brüsseler EU-Hauptquartier, Sitzung des Uno-Sicherheitsrates in New York,

UNO/IRAK

# Der Kaiser von Europa

Ein Staatsmann mit neuem Auftrag: Bei der Kraftprobe um den Irak mit US-Präsident George W. Bush will Jacques Chirac den gaullistischen Traum verwirklichen – Europa soll unabhängig neben den Vereinigten Staaten agieren, freilich unter Führung der Franzosen.

**G**laubt er wirklich daran? Es ist noch nicht lange her, da verbreitete ein sorgenvoller Jacques Chirac vor Besuchern im Elysée-Palast düstere Stimmung. „Er ist überzeugt, dass es im Februar knallen wird“, berichtete der Präsident der Nationalversammlung, Jean-Louis Debré, nach einem Treffen mit dem Staatschef.

Den amerikanischen Zeitplan für einen militärischen Schlag gegen den Irak hat der französische Präsident schon jetzt gründlich durcheinander gebracht. Und allmählich verstärkt sich seine Hoffnung zur Gewissheit: Nur einer, glaubt Chirac, kann den Frieden retten – er selbst, „aufrecht vor der Geschichte“, wie sein Außenminister Dominique de Villepin es ausdrückte.

Chirac ist wie verwandelt. Nicht mehr der leichtfertige, oft frivole, manchmal zynische und immer sprunghafte Opportunist regiert die Nation, sondern ein umsichtiger und konzentrierter Staatsmann, der längst über die Rolle des reinen Landesvaters hinausgewachsen ist. Während seiner ersten Amtsperiode von 1995 bis 2002, mal als Bulldozer, mal als Lügner

verhöhnt, hatte er unter einem chronischen Mangel an Glaubwürdigkeit gelitten, der ihn beinahe die Wiederwahl kostete. Jetzt, beim Kräftemessen mit George W. Bush, hat er eine moralische Statur gewonnen, die ihn in seinem Selbstverständnis zum Führer von Weltformat erhoben hat.

„Chirac“, hat sein Gesprächspartner Debré erkannt, „befindet sich nach seinem Wahlsieg im psychologischen Zustand eines Erlösten, der jeden Tag dem Himmel für die Bewährung dankt, die ihm erteilt worden ist.“ Tatsächlich haben Reden und Handeln fast schon messianische Züge angenommen – so als hinge das Schicksal des Planeten von Chiracs Mannhaftigkeit ab. „Es zählt im Leben eines Staatsmannes, kein Blut vergossen zu haben“, hält er seinem Gegenspieler Bush vor, der nach der Feuertaufe giert.

Über 80 Prozent der Franzosen unterstützen Chiracs Friedenskurs in der Irak-Krise. Keine Partei, keine Zeitung stellt sich ihm entgegen. Seit dem vorletzten Wochenende weiß er sich auch im Einklang mit der öffentlichen Weltmeinung. „Vive la France“ stand auf Plakaten, als an die

zehn Millionen Menschen in 600 Städten der Erde gegen Bushs angekündigten Krieg im Irak marschierten.

Die Massendemonstrationen bestärkten den französischen Präsidenten in der Überzeugung, dass die „neue Weltordnung“, die schon Bushs Vater verkündete, nicht von Washington diktiert werden dürfe. Als Chef einer „alten und ausgezeichneten“ Nation glaubt er an seinen historischen Sendungsauftrag – sich gegen die unipolare Welt der Supermacht USA in einem exemplarischen Akt des Widerstands zu erheben und ihr das Recht abzustreiten, am Anfang des dritten Jahrtausends allein über Krieg und Frieden zu entscheiden.

Zugleich möchte Chirac damit einen alten gaullistischen Traum verwirklichen: Europa mit Frankreich und Deutschland als treibender Kraft gleichberechtigt neben die USA zu stellen. Aus der erfolgreichen Kraftprobe mit Bush soll die EU als neue Großmacht hervorgehen, mit Chirac als ihrem unbestrittenen Wortführer. „Auf allen Gipfeln ist er der Doyen, der Mann mit den meisten Erfahrungen, der schon die



**Bataillon einer US-Marineinfanterie-Division bei Schießübungen in Kuwait:** „Die Uhr des Krieges soll angehalten werden“

Vorgänger der Vorgänger seiner Kollegen kannte“, so sein diplomatischer Chefberater, Maurice Gourdault-Montagne.

Wer ihm in die Quere kommt, wird vom Blitzstrahl des Patriarchen getroffen. Den britischen Premier Tony Blair schimpfte Chirac einen „ungezogenen Bengel“, nachdem er sich erdreistet hatte, den deutsch-französischen Agrarkompromiss zu kritisieren. Als „ungezogen“ und „kindisch“ rügte er vergangenen Montag in einem berechneten Ausfall auch die osteuropäischen Beitrittskandidaten zur EU, die Solidaritätsadressen mit den USA unterzeichnet hatten: „Ich glaube, dass sie eine gute Gelegenheit verpasst haben, den Mund zu halten“, wies Chirac die „leichtfertigen“ und „ahnungslosen“ Polen, Tschechen, Ungarn, Rumänen und Bulgaren zurecht.

Dann drohte der französische Staatschef sogar – wie schon gegenüber den USA in der Uno – mit der Möglichkeit eines Vetos. Er erinnerte die Neuen daran, dass ihr Beitritt von den alten Mitgliedsländern ohne Ausnahme ratifiziert werden müsse, in manchen Ländern per Referendum.

Die ehemaligen Ostblockländer befinden sich nach Chiracs Analyse in der gleichen Lage wie Deutschland über Jahrzehnte hinweg nach dem Krieg: Sie wollen unbedingt vermeiden, sich zwischen Amerika und einem Europa à la française entscheiden zu müssen. Gerhard Schröder hat

als erster Bundeskanzler zur Genugtuung Chiracs diese Wahl getroffen – und musste dem Franzosen prompt die Führungsrolle überlassen. Chirac sitzt am Lenkrad, Schröder auf dem Sozius.

Die verletzenden Bemerkungen über die Beitrittskandidaten machten deutlich, dass Frankreich niemandem gestattet, seine Vorherrschaft in der EU in Frage zu stellen. Dass ausgerechnet die armen Cousins aus Mittel- und Osteuropa an diesem Dogma zu rütteln wagten, muss Chirac als Majestätsbeleidigung empfunden haben.



**Chirac als „Wurm“ („Sun“)\***  
„Ungezogen, kindisch“

DANIEL JANIN / AFP / DPA

Chirac, der Kaiser Europas? Ein Triumph über den Herrscher des US-Imperiums wäre die Krönung. Deshalb will er an seinem Kurs der „aufgeklärten Festigkeit“ (so der Fraktionsvorsitzende der Regierungspartei UMP, Jacques Barrot) gegenüber Amerika festhalten.

Die Hartnäckigkeit seines Widerstands hat das Weiße Haus aus dem Tritt gebracht. Präsident Bush sieht in diesen Tagen fahl und erschöpft aus, seine Stimme hat die markige Zuversicht verloren.

Der Aufmarsch am Golf sei beendet, die US-Streitmacht invasionsbereit, meldete Ende voriger Woche Verteidigungsminister Donald Rumsfeld seinem Oberbefehlshaber. Doch ohne Ermächtigung durch den Sicherheitsrat der Uno, so französische Diplomaten, traue sich Bush nicht mehr zum

\* In der französischsprachigen Sonderausgabe des britischen Boulevardblatts, die in Paris verteilt wurde.

großen Schlag, aus Rücksicht auf seinen verlässlichsten Verbündeten Blair. In dem New Yorker Gremium aber halten Chirac und sein „Friedenskrieger“ Villepin die beiden Kriegswilligen am Wickel. Schon verkündete der französische Präsident: „Es ist heute nicht nötig, eine zweite Resolution zu haben. Frankreich könnte nicht anders, als sich ihr zu widersetzen.“

Doch Bush und Blair haben für diese Woche einen Resolutionstext avisiert, möglicherweise mit einem versteckten Ultimatum an den Irak. Dann könnte Frankreich eine Gegenresolution vorlegen, um die Uno-Inspektionen zu verlängern und zu verstärken. Chirac und Villepin sind zuversichtlich, dass sie damit die Mehrheit der 15 Mitglieder im Sicherheitsrat auf ihrer Seite behalten werden.

„Solange wir Fortschritte melden können, sehe ich keinen Grund, warum wir die Inspektionen abbrechen sollten“, sagt etwa Waffenkontrolleur Mohamed El Baradei (siehe Seite 118), und als Sprecher der Araber erklärt Ägyptens Präsident Husni Mubarak: „Niemand von uns heißt einen Krieg gegen den Irak gut“ (siehe Seite 112).

Bulgarien ahnt nach den rüden Belehungen durch Chirac, dass es ein Ja zu Bush teuer bezahlen müsste. Beim französisch-afrikanischen Gipfeltreffen Ende voriger Woche in Paris schwor Chirac – nicht nur Kaiser Europas, sondern auch Pate Afrikas – den gesamten Schwarzen Kontinent auf seine Linie ein. Die 45 Staats- und Regierungschefs unterstützten einmütig das französische Verlangen nach einer friedlichen Entwaffnung des Irak. Drei davon – Angola, Guinea und Kamerun – haben derzeit einen Sitz im Sicherheitsrat. Zuvor schon hatte sich während einer of-

ÄGYPTEN

# „Dann droht Terror in aller Welt“

Präsident Husni Mubarak über die Folgen eines Irak-Krieges für den Nahen Osten und die zwiespältige Solidarität der Araber mit Bagdad

fenen Aussprache in der Uno von rund 60 Rednern nur eine Hand voll auf die Seite der USA geschlagen. Wie um zu demonstrieren, dass nach Chiracs Wunsch „die Uhr des Krieges angehalten werden soll“, verlegte Paris vorigen Freitag zwei unbewaffnete Mirage-IV-Aufklärungsflugzeuge an den Golf. Die Maschinen sollen die Uno-Kontrolleure mit Luftaufnahmen unterstützen. Denn in Wahrheit, so erklärte Chirac, stellt der Irak heute keine „reale und unmittelbare Gefahr“ dar.

Davon sollen sich die Uno-Kontrolleure überzeugen, ohne Druck und ohne Frist. Nicht Bush, wohl aber Saddam Hussein könne die französischen Pläne noch durchkreuzen, fürchtet Chirac – durch „irgendeine Verrücktheit“. Aus den machtvollen Friedenskundgebungen rund um die Welt ziehe Saddam Hussein möglicherweise falsche Schlüsse, bangen die Franzosen. Über arabische und russische Diplomaten am Tigris lassen sie der irakischen Führung eindringliche Warnungen zukommen: Nur demonstrative Gesten freiwilliger Kooperation mit den Uno-Inspektoren könnten den Weg zum Krieg auf Dauer versperren.

Eines der Szenarien, das irakische Nachbarn hohen Regierungsbeamten vorschlagen, sieht so aus: Präsident Hussein ringt sich zu einer Fernsehansprache durch, in der er das „große Volk des Irak“ auffordert mitzuhelfen, letzte „übersehene“ Bestände von Chemie- oder Biowaffen ans Tageslicht zu bringen – mit greifbaren Ergebnissen noch vor dem nächsten Bericht von Hans Blix am 1. März. Der Chefinspektor erhöhte seinerseits den Druck: Er will von Bagdad die Zerstörung der Samud-2-Raketen und wohl auch der Produktionsanlagen für Raketentriebwerke verlangen.

„Das Spiel ist aus“, hatte Präsident Bush vor kurzem gedroht. Doch „die Geschichte ist noch nicht geschrieben“, beteuert Chiracs Chefdiplomat Villepin ein ums andere Mal. Die beiden trauen sich zu, das Spiel am Ende zu gewinnen – vorausgesetzt, Saddam handelt rational und zügelt seine Rhetorik.

Der französische Präsident weiß auch, dass er Bush helfen muss, das Gesicht zu wahren, wenn der Krieg vermieden werden soll. Deshalb will er, in öffentlicher Rede, dem US-Präsidenten überschwänglich danken: Nur dessen entschlossener Truppenaufmarsch habe Saddam dazu gebracht, zurückzuweichen, mit den Uno-Kontrolleuren zusammenzuarbeiten und so dem Frieden eine Chance zu geben.

Chirac würde dabei Bush gern ein Motto des französischen Philosophen Blaise Pascal auf den Weg geben: „Ohne Macht vermag die Gerechtigkeit nichts.“

ROMAIN LEICK,  
BERNHARD ZAND

**SPIEGEL:** Herr Präsident, der christliche Papst ist einer der leidenschaftlichsten Gegner eines Irak-Krieges, dagegen ist die Solidarität der islamischen Welt mit dem Irak weniger stark ausgeprägt. Warum?

**Mubarak:** Ich glaube nicht, dass es sich hier um einen Mangel an Solidarität handelt. Es gibt möglicherweise unterschiedliche Meinungen zu dem, was sich im Irak und um ihn herum abspielt.

**SPIEGEL:** Vor allem in Europa gingen Millionen Menschen für den Frieden auf die Straßen, die Demos in der arabischen Welt waren dagegen eher bescheiden.

**Mubarak:** Auch in Kairo und anderen arabischen Hauptstädten gingen Tausende gegen den Krieg auf die Straßen. Alle arabischen Regierungen sind gegen einen Krieg wie auch die Bevölkerung. Möglicherwei-

se bestehen unterschiedliche Meinungen über Saddam Hussein, aber das Mitgefühl mit dem irakischen Volk ist allgemein und stark.

**SPIEGEL:** Und dieses Mitgefühl wird auch das von Ihnen einberufene Gipfeltreffen der arabischen Staaten bekunden?

**Mubarak:** Auf dieser Gipfelkonferenz Ende Februar oder Anfang März werden wir uns auf eine gemeinsame Strategie zur Vermeidung eines Krieges einigen. Womöglich werden wir das Kriegskarussell nicht gleich zum Stillstand bringen, wohl aber die Entscheidungsträger beeinflussen. Denn kommt es zum Krieg, zahlt die irakische Bevölkerung, nicht etwa die Bagdader Führung den Preis.

Niemand von uns heißt einen Krieg gegen den Irak gut. Gleichzeitig stimmt aber

Anti-Kriegs-Demonstration in London: Millionen marschierten gegen Bushs Angriffspläne





**Staatschef Mubarak**

„Alle Araber sind gegen einen Krieg“

auch, dass kein arabisches Land mit Saddam Hussein einverstanden ist. Jeder besteht darauf, dass die Massenvernichtungswaffen im Irak vernichtet werden.

**SPIEGEL:** Eine Reihe arabischer Staaten ist von den USA finanziell und militärisch abhängig. Gilt das nicht auch für Ägypten, das Milliardenzuschüsse von Washington erhält?

**Mubarak:** Wir sind immer offen und erklären den USA, wie wir die Dinge sehen. Wir sind durch nichts zu beeinflussen, und genau das habe ich unmissverständlich klar gemacht.

**SPIEGEL:** Der Aufmarsch von Amerikanern und Briten rund um den Irak geht unvermindert weiter. Ist der Krieg noch zu verhindern?

**Mubarak:** Das kann ich nicht garantieren. Die Truppen der Amerikaner und Engländer in der Region sind bereits gefechtsbereit, das ist ein großes Problem. Werden sie bereit sein, diesen Aufmarsch wieder abzublenden, wenn Saddam nachweist, dass er keine Massenvernichtungswaffen mehr im Lande hat?

**SPIEGEL:** Welche Möglichkeiten sehen Sie denn, einen Militärschlag zu stoppen?

**Mubarak:** Das hat Jacques Chirac klargestellt: Wenn Saddam abtreten würde, wären drei Viertel des Problems gelöst.

**SPIEGEL:** Können Sie sich vorstellen, dass Saddam sein Amt niederlegt?

**Mubarak:** Das glaube ich nicht. Saddams Verhalten

wird von seinen besonderen Umständen bestimmt, unter denen er lebt, und diese kenne ich nicht. Einen Rücktrittsbeschluss wird er kaum allein fassen.

**SPIEGEL:** Was würden Sie ihm raten?

**Mubarak:** Der Irak hört jetzt auf keine Ratschläge. Ginge Saddam ins Exil, würde er nicht allein gehen. Sehr viele würden ihm folgen.

**SPIEGEL:** Wenn erst einmal die US-Truppen vor Bagdad stehen, mögen sich ganz andere Entscheidungszwänge aufdrängen.

**Mubarak:** Welche Entscheidung? Wohin könnte Saddam dann noch gehen? Wenn er seine Wachmannschaften und Truppen, die ihm die Treue gehalten haben, im Stich lässt, fließt Blut.

**SPIEGEL:** Überdies müsste sich ein Land bereit finden, Saddam aufzunehmen mit der Garantie, dass er später nicht wie Milošević vor einem internationalen Gericht landet. Russland etwa, oder vielleicht Ägypten?

**Mubarak:** Saddam nach Ägypten? Da sage ich Nein. Das geht einfach nicht, denn wir müssten dann die Vereinten Nationen und den Weltsicherheitsrat um Garantien bitten. Wir würden Probleme mit der Völkergemeinschaft bekommen.

**SPIEGEL:** Gibt es vielleicht doch noch eine Möglichkeit, dass Bagdad die Auflagen des Weltsicherheitsrats voll erfüllt?

**Mubarak:** Ich habe Bagdad schon vor der Rückkehr der Uno-Waffeninspektoren gesagt und wiederhole es jetzt: Arbeitet mit den Inspektoren hundert Prozent zusammen, damit ihr zumindest Einfluss nehmen könnt auf die Entscheidung, ob ein Krieg stattfindet oder nicht.

**SPIEGEL:** Sollten die Amerikaner nun ohne Billigung des Sicherheitsrats, also quasi im Alleingang einen Krieg gegen den Irak führen, mit welchen Konsequenzen rechnen Sie dann?

**Mubarak:** Dann droht Terror in aller Welt, es wird schrecklich werden. Vielleicht geschieht das nicht auf Anhieb, aber der Ter-

rorismus wird fürchterliche Formen annehmen. Wir haben Washington stets auf die Notwendigkeit hingewiesen, in der Palästina-Frage Fortschritte zu erzielen. Dieses Thema und nicht die an die Oberfläche getriebene Irak-Krise ist das eigentliche Kernproblem im Nahen Osten, es berührt die Psyche unserer Völker.

Die Menschen sehen doch im Fernsehen tagtäglich Tote, Vertreibung, unmenschliche Dinge. Das hat starke Wirkung auf die arabischen Völker, führt zu Wut und Hass. Die Leute bekommen das Gefühl, Israel werde freie Hand gelassen in der Region mit all ihren Bodenschätzen. Das ist unverantwortlich und auch gefährlich.

**SPIEGEL:** Die Amerikaner behaupten, nach der Beseitigung Saddams solle im Irak eine Demokratie aufgebaut werden, die dann als Modell für die Länder der Region dienen könne.

**Mubarak:** Da sollen sie erst einmal woanders für Demokratie sorgen. Wer solche Pläne verfolgt, muss sich mit der Psychologie der betreffenden Völker befassen. Dazu gehört das Wissen um die Geschichte des Irak zurück bis zu den Assyrern und anderen.

**SPIEGEL:** Ein Grundriss der Geschichte Mesopotamiens dürfte in Washington vorliegen.

**Mubarak:** Gut, aber dann muss man sich auch kundig machen über die Zusammensetzung der arabischen Völker, die ja durchaus verschieden ist. Da gibt es ganz unterschiedliche gesellschaftliche Systeme, beispielsweise in einigen Ländern sogar noch Stammessysteme.

Was den Irak anbelangt, so glaube ich, dass einer demokratischen Regierung dort jetzt kein Erfolg beschieden sein wird. Wir haben im Irak 62 Prozent Schiiten, der Rest sind überwiegend Sunniten. Ihre Nachbarn in Kuwait sind zu 30 Prozent Schiiten, und die Ostregion von Saudi-Arabien, in der das Erdöl gefördert wird, wird ebenfalls von Schiiten bewohnt. Bei Wahlen zum irakischen Parlament kämen wohl nur Schiiten zum Erfolg.

Schauen Sie doch bloß auf die letzte Konferenz der irakischen Opposition: Dort kam es zu schlimmen Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten. Die sind auf keinen gemeinsamen Nenner gekommen.

**SPIEGEL:** Noch blockieren die Debatten im Weltsicherheitsrat einen Militärschlag Washingtons. Das „alte Europa“ leistet hinhaltenden Widerstand.

**Mubarak:** Ich habe mir das alles mit Interesse angeschaut. Gäbe es noch eine zweite Supermacht, hätte es viele solcher Meinungsverschiedenheiten gar nicht gegeben. Bundeskanzler Schröder steht nicht allein mit der Feststellung, dass die Waffeninspektoren mehr Zeit brauchen. Das ist doch verständlich. Wie viel Zeit ihnen zugebilligt wird, weiß heute allerdings keiner.



**Präsident Saddam (r.):\* Kein Exil in Ägypten**

\* Vorigen Mittwoch mit Russlands KP-Chef Gennadij Sjuganow in Bagdad.

INTERVIEW: OLAF IHLAU,  
VOLKHARD WINDFUHR



DAVE KALUP / AFP / DPA

Verteidigungsminister Rumsfeld (2001, 1976): „Mach den Boss nicht verantwortlich, er hat genug Probleme“

USA

## Das Schlachtschiff

Donald Rumsfeld ist die Reizfigur aller Kriegsgegner in Europa. Er ist 70 Jahre alt, steinreich und kämpft mit Härte und Humor für das, woran er glaubt – an die Vernunft der Waffen und die Macht Amerikas. *Von Alexander Osang*

**M**anhattan ist eine schmale Insel. An ihrem Ostufer hat Uno-Waffeninspektor Hans Blix vormittags über seinen Bericht gebeugt um mehr Zeit für Kontrollen gekämpft, am Westufer betritt US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld abends mit durchgedrücktem Rücken einen Flugzeugträger, um den „Intrepid-Freiheitspreis“ in Empfang zu nehmen. 14 Avenues und ein paar Stunden liegen zwischen beiden Ereignissen.

Und die ganze Welt.

Der Flugzeugträger im Hudson ist so groß wie das Uno-Gebäude am East River, aber an Bord wird nicht diskutiert, sondern gefeiert, als wären alle Entscheidungen gefallen. Im Bauch des Schiffs stehen Männer und Frauen in Abendgarderobe sowie Soldaten in Gala-Uniform an den Tischen, die Stahlwände sind mit amerikanischen Fahnen ausgeschlagen, auf der Bühne singt eine schwarze Sängerin die Nationalhymne. Der Flugzeugträger „Intrepid“ ist heute ein Museum, manche der

Soldaten sehen so steif und unbeweglich aus, dass man nicht genau weiß, ob sie wirklich leben. Als die Hymne vorbei ist, setzen sie sich, das Essen kommt. Rumsfeld nimmt am Tisch Platz, der der Bühne am nächsten steht. Neben ihm sitzen General Tommy R. Franks und dessen Frau Cathy sowie ein paar Repräsentanten der „Intrepid-Stiftung“, die sich um Soldatenfamilien in Not kümmert. Franks hat den Freiheitspreis der Stiftung im vorigen Jahr bekommen, davor Rudolph Giuliani, Colin Powell, Bill Clinton, Jizchak Rabin, Margaret Thatcher, George Bush, Ronald Reagan und auch Richard Cheney. Viele gute alte Bekannte.

Rumsfeld isst wenig, nach dem Hauptgang steht er auf und begrüßt die Leute, die an seinen Tisch pilgern. Er steht gern. Dann beginnt sein General mit der Laudatio.

Donald Rumsfeld verkörpert für ihn den amerikanischen Geist, sagt Franks. „Er war Navy-Pilot, er war Kongressmann, er war der Bürochef im Weißen Haus, Nato-Bot-

schafter und Verteidigungsminister. Für mich ist er nur der Boss.“ Mehr Begründung gibt es nicht für den Freiheitspreis. Franks hängt ihm die Medaille um, alle klatschen, manche rufen „Ho!“

„Danke, General“, sagt Rumsfeld. „Es ist eine große Ehre, neben Ihnen zu dienen.“ Und dann, zur Frau des Generals, die von der Presse beschuldigt wird, die Privilegien ihres Mannes auszunutzen: „Cathy, Sie dienen unserem Land auch, und wir wissen das zu schätzen.“

Darum geht es unter Männern, die sich brauchen. Niemand wird zurückgelassen. Deswegen ist auch Donald Rumsfeld immer noch da.

„Wissen Sie, ich habe einiges mit diesem Flugzeugträger gemein. Die USS ‚Intrepid‘ diente der Navy in verschiedenen Einsätzen. Genau wie ich. Sie wurde Mitte der siebziger Jahre aus dem Betrieb genommen. So wie ich. Aber dann wurde sie noch mal vom Schrottplatz geholt. So wie ich. Wir beide sind der lebende Be-



In den Regalen hinter der Direktorin stehen die Jahrbücher mit den alten Schwarz-Weiß-Porträts von Rumsfeld, seinen Freunden und seiner späteren Frau Joyce. Der Schulleiter hatte Rumsfeld aufgefordert, sie zum Abschlussball auszuführen. Ihre Beziehung zu einem der besten Footballspieler der Schule war gerade zerbrochen, sie hatte niemanden, also musste der getreue Rumsfeld ran. „Der Dekan hat ihn beauftragt“, sagte Joyce Rumsfeld Jahre später im Fernsehen, „das muss man sich mal vorstellen.“

Sie gingen miteinander aus, trennten sich, wechselten die Schule, Joyce ging nach Westen, Donald an die Eliteuniversität Princeton, um Politik zu studieren. Sie behielten sich im Auge. „Joyce ging mit einem Jungen aus“, hat Rumsfeld einmal erzählt. „Ich dachte mir, vielleicht heiratet sie den am Ende. Da habe ich sie ge-

weis dafür, dass ein paar runtergewirtschaftete Navy-Maschinen diesem großartigen Land durchaus noch einen Dienst erweisen können.“ Rumsfeld lacht wie ein Junge.

Er war als Kind zum ersten Mal auf so einem Flugzeugträger, sagt er. Er war elf Jahre alt, als er seinen Vater in den Krieg verabschiedete. Er erinnere sich an die Gerüche, die Geräusche, an das Gefühl, das die Kraft des Schiffs in ihm auslöste. Sein Vater hatte sich nach dem Angriff auf Pearl Harbor freiwillig gemeldet, die Familie zog ihm viermal hinterher, quer durch Amerika. Rumsfeld verkaufte Melonen und Fisch oder half auf einer Hühnerfarm. Nach dem Krieg gingen sie zurück nach Winnetka, eine Mittelklassegegend am Rande Chicagos. Sein Vater verkaufte wieder Immobilien. Rumsfeld besuchte die New Trier High School, zwei Straßen vom Lake Michigan entfernt.

„Wir sind eine sehr alte Schule“, sagt die Direktorin Debra Stacey. New Trier ist 1901 gegründet worden, das ist alt in Amerika. Debra Stacey hat noch das Programm für die Jubiläumsfeier auf dem Schreibtisch. Hinter ihr hängen die Fahnen Amerikas, Illinois' und New Triers.

Das Motto der Schule ist: „Unser Geist ist der Forschung verpflichtet, unser Herz dem Mitgefühl und unser Leben dem Dienste der Menschheit.“ Rumsfeld erschien zur Feier, zusammen mit ein paar Botschaftern und Kongressmitgliedern, die die Schule hervorgebracht hat. Charlton Heston, Amerikas größter Waffennarr, war auch in New Trier.

fragt. Ich hatte eigentlich noch gar keine Lust, aber der Gedanke, dass sie diesen anderen Burschen heiratet, gefiel mir nicht.“ Sie haben drei Kinder, sechs Enkel, Joyce ist 30-mal mit ihm umgezogen. Offenbar hat er keinen Fehler gemacht.

Rumsfeld gewann sowohl in New Trier als auch in Princeton Ringermeisterschaften, nach dem Studium wurde er Navy-Pilot, dann ging er in die Politik. Mit 29 Jahren war er der jüngste Kongressabgeordnete in Washington. Er setzte sich für die Bürgerrechte der Schwarzen ein, bekämpfte die Erzkonservativen in seiner Partei. Er sah gut aus, sein Lachen war ansteckend, er galt als ein John F. Kennedy der Republikaner. Präsident Richard Nixon schickte ihn als Nato-Botschafter nach Brüssel. Er lernte die Alte Welt kennen. Er war weit genug weg von Watergate.

Nixons Nachfolger Gerald Ford machte ihn zum Stabschef des Weißen Hauses. Aber Rumsfeld wollte schnell ganz nach oben. Es heißt, dass er mächtiger gewesen sei als der Präsident. Rumsfeld machte sich viele Feinde. Seine Personalentscheidungen sind als „Halloween-Massaker“ in die Geschichte eingegangen. Auch Henry Kissinger und George Bush gehörten damals zu seinen Opfern. Ford ernannte ihn noch zum jüngsten Verteidigungsminister aller Zeiten, ein Jahr vor den Wahlen, die dann Jimmy Carter gewannen.

„Was machen Sie jetzt?“, fragte ein Reporter ihn in den Tagen nach der Niederlage. „Ich habe nicht den blassesten Schimmer“, sagte Rumsfeld.

Er hatte Schulden und so gut wie keine Erfahrungen in der privaten Wirtschaft. Alte Freunde verschafften ihm einen Chefposten bei dem schwächelnden Pharmaunternehmen G. D. Searle. Er entließ einen Großteil der Beschäftigten, verkaufte unprofitable Zweige und erhöhte den Börsenwert der Firma in drei Jahren um 500 Prozent. Das Wirtschaftsmagazin „Fortune“ wählte ihn unter die zehn härtesten Wirtschaftsbosse Amerikas. Irgendwann verkaufte Searle das Unternehmen an einen größeren Konzern, wobei Rumsfeld die ersten Millionen Dollar verdiente. Heute wird sein Vermögen auf bis zu 210 Millionen Dollar geschätzt.

Ende der achtziger Jahre versuchte Rumsfeld ein politisches Comeback. Er spielte ein letztes Mal mit dem Gedanken, Präsident zu werden. Er investierte ein, zwei Millionen Dollar, sondierte seine Möglichkeiten – und ließ es dann sein. Sein alter Widersacher George Bush gewann.

Rumsfeld kaufte sich eine Farm in New Mexico. Dass er vor zwei Jahren doch noch in den Bush-Clan aufgenommen wurde, verdankt er Dick Cheney. Rumsfeld war da 68 Jahre alt, er ist der älteste Verteidigungsminister, den Amerika je hatte.

Er wollte sein Land für den Kampf des 21. Jahrhunderts rüsten. Damals wusste niemand, was das sein sollte. Die Gefahr, erzählte er immer wieder, bestünde darin,



**Verhandlungspartner Rumsfeld, Saddam (1983)**  
Übers Ohr gehauen

dass die Amerikaner alles, was unwahrscheinlich sei, auch für unvorstellbar halten, so wie damals Pearl Harbor. Rumsfeld nervte das Pentagon und die Öffentlichkeit mit seinen Forderungen nach Erhöhung des Militärhaushalts, er schien ein Relikt aus dem Kalten Krieg zu sein. Im Sommer 2001 diskutierten die ersten Zeittungen bereits seine Nachfolge.

Der 11. September löste Rumsfelds Versprechen ein.

Noch am selben Morgen, bei einem Frühstück im Pentagon, hatte er seine Schreckensvision wiederholt, er war das

allerletzte Mal der nervende Opa. Dann schlug das Flugzeug ein. Rumsfeld sprang ins Chaos wie in ein warmes Bad. Er rannte dem Rauch entgegen; es gibt Fernsehbilder, die ihn dabei zeigen, wie er einen Verletzten transportiert. Er stand bei der ersten Pressekonferenz mit gerecktem Kinn neben dem Präsidenten.

Am 12. September erklärte er das Pentagon für wiedereröffnet. „Die Terroristen schlagen sowieso zu, wann sie wollen“, sagte Rumsfeld. Die Katastrophe war wie für ihn gemacht, er hatte endlich wieder was zu managen. Rumsfeld wurde zum Star, so berühmt wie noch nie in seinem politischen Leben.

Er war immer eine Projektionsfläche für Freunde und Feinde, aber nie spiegelte er so intensiv wie heute. Manche sehen in ihm den hochintelligenten, flexiblen Manager der Schlachten des 21. Jahrhunderts, manche einen plumpen Welt-Gendarmen. Er ist Kriegsheld und Kriegstreiber. „Vanity Fair“ ließ ihn von Annie Leibovitz fotografieren, die „National Review“ nannte ihn auf ihrer Titelseite das neue amerikanische Pin-up, und er ist wohl das be-



Nixon (1973)

hielt einen Vortrag auf der Sicherheitskonferenz und versuchte, die umständlichen Fragen der deutschen Parlamentarier mit Anstand zu beantworten. Als Joschka Fischer sich zu einem emotionalen Vortrag hinreißen ließ und von seiner eigenen Geschichte erzählte, sah Rumsfeld, die Ohrhörer halbherzig eingestöpselt, ihn nur fassungslos an. Und dann traf er sich für eine Stunde mit seinem Kollegen Peter Struck in einer Suite des Hotels Bayerischer Hof.

Rumsfeld erklärte Struck, dass der Kuba-Libyen-Vergleich nicht so fies gemeint war. Er habe nur die Frage eines Journalisten beantwortet, welche Länder sich um keinen Preis an einer militärischen Aktion beteiligen würden. Er schätze Deutschland für seinen Einsatz in Afghanistan. Es sei normal, dass man verschiedene Positionen habe. Wer das nicht begreife, begreife Geschichte nicht.

War Rumsfeld sauer?

„Nö“, sagt Struck. „Wir kommen eigentlich ziemlich gut zurecht.“

Kann man mit jemandem verhandeln, der sich bereits entschieden hat?

„Soll ich ihn bitten: ‚Zieh nicht in den Krieg!‘? Ich weiß doch, wie der denkt.“

Wahrscheinlich haben die Deutschen und Donald Rumsfeld aneinander vorbeigeredet. Kurz bevor er zurück nach Amerika flog, wurde Rumsfeld nach dem emotionalen Ausbruch Fischers gefragt.

Rumsfeld kratzte sich im Nacken, das macht er gern, bevor ein Witz kommt. Dann sagte er: „Ich muss jetzt, glaube ich, ein wichtiges Telefongespräch führen.“



Ford (1975)

Frage stellte. „Sie glauben doch nicht, dass ich den ruiniere. Nein. Ich verschwinde jetzt hier so schnell wie möglich.“

Vorvergangene Woche war der britische Verteidigungsministerkollege Geoffrey Hoon da. Sie beteuerten eine halbe Stunde lang ihre Solidarität, Rumsfeld blinzelte wie immer ins Kameralicht, er hielt wie immer eine schmale, schwarze Ledermappe wie einen Schlachtplan vor seiner Brust und wippte bei gelungenen Antworten leicht in den Knien wie ein Stabsfeldwebel. Hoon sah ein bisschen ungesund aus neben dem aufrecht stehenden, asketischen Rumsfeld.

Es wurden alle wichtigen Fragen gestellt, es sind ja nicht so viele. Nach einer halben Stunde sagte Rumsfeld zu Hoon: „So, ich muss jetzt los, aber Sie können gern allein weitermachen.“

Und Hoon sagte zu Rumsfeld: „Der Versuchung kann ich widerstehen.“

Dann gingen sie ab, alle lachten. Und während sie noch lachten, die Diktiergeräte und die Kameras ausschalteten, während Hoon und Rumsfeld bereits über den Pentagon-Flur liefen, vorbei an den Kriegsfilmpostern, den gerahmten amerikanischen Zeitungstiteln aus den beiden Weltkriegen, den Korea-, Vietnam- und Golfkriegen und den Porträts aller amerikanischen Verteidigungs- und Kriegsminister, da erst merkten die Journalisten, dass sie keine einzige Antwort bekommen hatten.

Es gibt keine Antworten auf die einfachen Fragen. Es gibt nur Erklärungsversuche, warum die Amerikaner in den Irak



Reagan (1983)

**Politiker Rumsfeld mit US-Präsidenten: Gesund, laut, paranoid und ohne Selbstzweifel**

liebteste Feindbild der Friedensbewegung, noch fieser als George W. Bush.

Am meisten verachten ihn wohl die Deutschen, die er mit Frankreich zum „alten Europa“ machte und mit Libyen und Kuba in einen Topf warf. Im deutschen Fernsehen werden Späße mit seinem Namen gemacht. Rums und Feld.

Er gleicht dem Bild, das die Deutschen von Amerika haben. Donald Rumsfeld ist gesund, laut, paranoid, ohne Selbstzweifel.

Vor kurzem reiste er nach München, um zu zeigen, dass er nicht der Bürgerschreck ist, von dem man in den Zeitungen liest. Er

Wenn man so will, war das sein letzter offizieller Satz in Europa: Er muss ein wichtiges Telefongespräch führen. In Amerika lieben sie ihn für so etwas.

Seine Pressekonferenzen sind berühmt.

„Ist Osama Bin Laden am Leben oder nicht?“, hat ihn ein Reporter gefragt.

„Es ist genau so, wie Sie es sagen: Er ist am Leben oder nicht“, antwortete er.

Einmal beendete er eine Pressekonferenz, weil ihm der Satz, den er gerade gesagt hatte, so gut gefiel.

„Oh, das war ein schöner Schluss“, sagte er zum Reporter, der ihm die nächste

wollen. Einer davon ist: Rumsfeld will in den Irak.

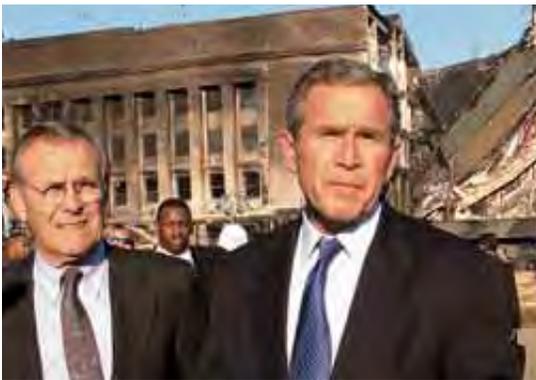
Denen, die das nicht wollen, antwortet er: „Jedes Argument, das die Koalition gegen unsere Irak-Pläne vorbringt, ist ein Argument für eine neue, andere Koalition.“

Rumsfelds Hass auf den Irak stammt aus den achtziger Jahren, als er im Auftrag von Reagan mit Saddam Hussein verhandelte. Die USA versorgten die Iraker damals mit Geheimdienstmaterial für ihren Krieg gegen Iran. Es gibt Aufnahmen, auf denen Saddam und Rumsfeld aussehen wie zwei alte Freunde. Manche sagen, Rumsfeld wolle sich an



**Pentagon-Chef Rumsfeld:** „Er verliert immer noch nicht gern“

EDDIE ADAMS / CORBIS OUTLINE



KEVIN LAMARQUE / REUTERS

Bush (2001)\*

Saddam dafür rächen, dass er ihn, ausgerechnet ihn, übers Ohr gehauen hat.

Warum Rumsfeld etwas will, weiß niemand, man weiß nur, dass er es will. Es gibt einen Katalog mit den „Rumsfeld Rules“, aber das sind nur ein paar Verhaltensregeln eines erfolgreichen Managers: „Lern zu sagen, ich weiß es nicht“ – „Mach den Boss nicht verantwortlich, er hat genug Probleme“ – „Wenn dich keiner kritisiert, arbeitest du nicht genug“. Rumsfeld ist kein Gotteskrieger, er arbeitet gern, er hasst Stillstand. Ehemalige Untergebene erzählen, dass er

Leute entließ, weil sie ihm nicht schnell genug zur Sache kamen. Er ist jetzt der Verteidigungsminister. Also will er auch schießen. Vielleicht ist das alles.

Die Wutausbrüche finden hinter verschlossenen Türen statt. Rumsfeld verbringt viel Zeit im Pentagon, es erinnert an einen Bunker. Man taucht hinein wie in eine andere Welt. Uniformierte laufen im Kunstlicht über lange, graue Flure. Die Fenster sind gelbgrün gefärbt, die Welt draußen wirkt unecht. Hier beeindruckt nicht mal zehn Millionen Demonstranten.

Henry Kissinger, der ehemalige Außenminister und früher ein Opfer Rumsfelds, ist eine ähnlich dunkle Figur. „Wir hatten Meinungsverschiedenheiten, aber das ist lange her“, sagt Kissinger ruhig.

Aber Rumsfeld hat versucht, Sie zu stürzen, er hat Ihren Machtbereich beschnitten.

„Oh, ich war damals in China“, sagt Kissinger, er atmet schwer. „Sie müssen verstehen, wir sind heute befreundet.“

Stimmt es, dass Rumsfelds Frau damals bereits Ihr Büro vermessen hat?

„Das war nur ein Witz von mir.“

Aber es hat Rumsfeld geärgert.

„Es war nur ein Witz.“

Sie sagen, er sei erbarmungslos.

„Ja. Man kann durchaus erbarmungslos und ein großer Staatsmann sein. Wir waren

vor zwei Tagen essen. Er ist ein großartiger Politiker geworden. Er weiß, was er will. Ich kenne ihn seit 30 Jahren.“

Wie hat er sich verändert?

„Sein Ehrgeiz hat nachgelassen. Aber er verliert immer noch nicht gern, und das ist keine schlechte Eigenschaft für einen Verteidigungsminister. Er muss niemandem mehr etwas beweisen. Er versucht, den bestmöglichen Job zu machen.“

In Europa gilt Rumsfeld als oberster Kriegstreiber.

„Ach was, er ist ein sehr nachdenklicher Mensch. Viele seiner Bemerkungen macht er, weil er befürchtet, Deutschland und Frankreich entfremdeten sich von der Nato. Das müssen die Europäer verstehen. Er ist kein Süßholzraspler.“

Kissinger hat ihm Ende der achtziger Jahre zur Kandidatur für die Präsidentschaft geraten. Später schrieb er, dass Rumsfeld wohl Angst hatte, die letzte Hürde zu nehmen. Angst zu versagen. Das wäre beruhigend, aber Kissinger weiß heute nicht mehr, ob es wirklich stimmt.

Am Abend in New York, im Bauch des Kriegsschiffs, erzählt Rumsfeld noch eine letzte Anekdote. Er muss zurück nach Washington. Er beschreibt, wie er als junger Mann in den fünfziger Jahren auf einem Flugzeugträger in New York anlegte. Sie vergnügten sich in der Stadt, kehrten nachts aufs Schiff zurück, und als sie am nächsten Morgen aufwachten, steckten sie am Ufer New Jerseys fest. Das Schiff hatte sich gelöst und war hinübergetrieben.

„Wir haben hin und her überlegt, und dann ließen wir das Schiff mit vielen kleinen Schleppbooten herausziehen. Sie waren winzig, verglichen mit dem riesigen Flugzeugträger. Aber es waren viele, und so haben sie es geschafft.“

Okay, denkt man, eine kleine Parabel: Vereint sind wir stark. Seine Begleiter machen Zeichen, sie müssen jetzt los.

„Später habe ich die Geschichte mal bei einem Vortrag erzählt, da meldete sich ein alter Herr, ein Admiral, der damals Kapitän auf dem Flugzeugträger gewesen war. ‚Schöne Geschichte‘, sagte er. ‚Aber es waren nicht die kleinen Boote, die das Schiff bewegt haben, Rumsfeld. Es war die Flut.‘“ Rumsfeld lacht und geht schnell hinaus.

Die Moral dreht sich ständig. Man kann sich nicht auf sie verlassen.

Rumsfeld läuft über die verschlungenen Wege des Flugzeugträgers hinaus in die New Yorker Nacht. Überm Hudson kreist ein Helikopter, in der Stadt patrouillieren Soldaten. Die New Yorker bunkern Wasser und Klebeband. Der Feind ist unberechenbar. Rumsfeld steigt in seinen Jeep, sein General in einen anderen. Drei schwarze Autos und zwei Polizeiwagen fahren durch die Westside davon. In der ganzen Welt malen die Friedensdemonstranten an ihren Plakaten. Morgen werden in den Straßen der schmalen Insel Manhattan Hunderttausende demonstrieren. ◆

\* Nach dem Terrorangriff auf das Pentagon.

SPIEGEL-GESPRÄCH

# „Amerikas Uhren gehen anders“

Chefwaffeninspektor Mohamed El Baradei über die Möglichkeiten, einen Krieg im Irak noch zu verhindern, Nordkoreas Atompläne und die Gefahr eines weltweiten nuklearen Wettrüstens

*El Baradei, 60, leitet zusammen mit dem Schweden Hans Blix die Uno-Waffeninspektionen im Irak. Als Chef der Internationalen Atomenergiebehörde ist der Ägypter besonders dafür verantwortlich, die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen zu verhindern.*

**SPIEGEL:** Herr El Baradei, der US-Präsident hat gesagt: „Das Spiel ist aus.“ Halten Sie den Krieg für eine beschlossene Sache, oder haben Ihre Inspektionen noch eine Chance?

**El Baradei:** Wir versuchen alles, um bei der Abwendung eines Krieges mitzuhelfen. Ich sehe noch eine Chance für den Frieden. Das Wichtigste: Die irakische Regierung scheint den Ernst der Lage begriffen zu haben. Sie kooperiert mit uns in den letzten Tagen zunehmend besser – also sollten wir die Hoffnung nicht aufgeben.

**SPIEGEL:** Saddam Hussein reagiert offensichtlich nur unter massivem Druck.

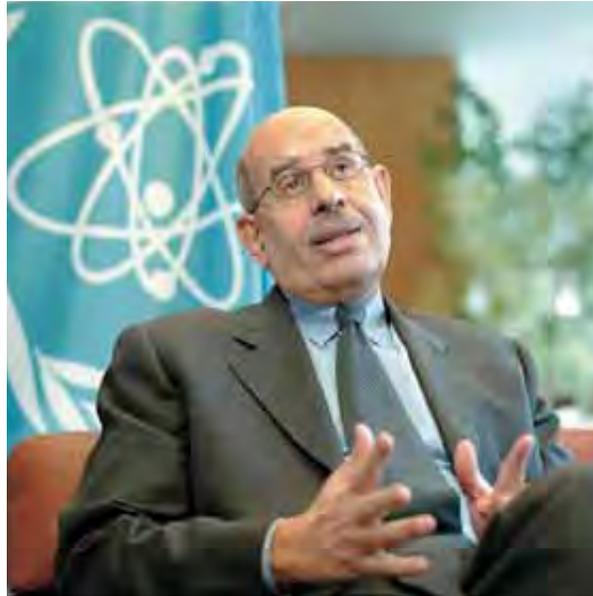
**El Baradei:** Das ist richtig. Die Rückkehr der Inspektoren ist der militärischen Drohkulisse zu verdanken, die vor allem die USA aufgebaut haben. Die Konzessionen kommen nach und nach. Und noch sind wir keineswegs völlig zufrieden mit der Kooperationsbereitschaft Bagdads.

**SPIEGEL:** Dann müssten Sie eigentlich für ein klar umrissenes Ultimatum an Saddam Hussein plädieren.

**El Baradei:** Ich bin mir bewusst, dass in vielen Teilen der Welt die Ungeduld zunimmt, in unterschiedlicher Geschwindigkeit. Es gibt eine Uno-Uhr, die tickt, eine deutsch-französische. Und vor allem die amerikanischen Uhren – die gehen anders. Solange wir Fortschritte melden können, sehe ich aber keinen Grund, warum wir die Inspektionen abbrechen sollten.

**SPIEGEL:** Weil Saddam Sie sonst wieder in ein Katz-und-Maus-Spiel verwickelt, sein Tarnen und Täuschen fortsetzt. Und weil Inspektionen zumindest in dieser Intensität doch nicht ewig andauern können.

**El Baradei:** Es ist widersinnig, sich auf einen genauen Zeitraum festzu-



El Baradei im Wiener Hauptquartier: „Noch eine Chance“

legen. Bei den Inspektionen handelt es sich um einen Prozess, dessen Ablauf man schwer einschätzen kann. Aber natürlich haben Sie Recht: Der Irak muss wissen, dass er besser mit uns zusammenarbeiten muss – und dass er nur mehr wenig Zeit hat.

**SPIEGEL:** Drei Wochen, drei Monate, drei Jahre?

**El Baradei:** Da muss man differenzieren. Ich sage klar, dass wir in wenigen Monaten feststellen können, ob Saddams sein atomares Rüstungsprogramm wieder aufgenommen hat oder nicht – eine zentrale Frage, denn Nuklearwaffen sind weltweit immer noch die schlimmste Gefahr. Eine Kontrolle auf

diesem Gebiet ist vergleichsweise einfach, denn wir hatten alle Anlagen bei den letzten Inspektionen von 1991 bis 1998 vernichtet. Schwieriger ist es bei den biologischen und chemischen Waffen. Sich da von vornherein auf ein genaues Datum festzulegen ist fast unmöglich.

**SPIEGEL:** Warum denn? Die Beweislast, das Teufelszeug zerstört zu haben, liegt doch bei Saddam Hussein.

**El Baradei:** Das ist richtig, doch technisch ist das mit chemischen Waffen und deren Verbleib nicht so einfach. Generell gesagt: Es muss schnell gehen. Drei Jahre wird dem Irak niemand mehr einräumen.

**SPIEGEL:** Das ist der Zeitraum, den Rolf Ekeus, der frühere Chef der Uno-Waffeninspektoren, im SPIEGEL-Interview genannt hat, um den Irak vollständig zu entwaffnen.

**El Baradei:** Ich bin dafür, dass der militärische Druck auf Bagdad anhält.

Das ist auch von der Uno-Charta gedeckt. Aber militärischer Druck und konkrete Gewaltanwendung – das ist ein großer Unterschied. Keiner wird sagen, dass Bagdad zu 100 Prozent kooperiert. Aber wir sollten die Fortschritte nicht kleinreden. Seit kurzem kontrollieren jetzt auch U-2-Überwachungsflugzeuge das irakische Staatsgebiet. Wir inspizieren ohne Voranmeldung alle Fabriken, die wir wollen, alle Paläste.

**SPIEGEL:** Helfen Ihnen dabei die oft zitierten Geheimdiensterkenntnisse? Oder sind die in der Regel so nutzlos wie die von US-Außenminister Colin Powell vor der Uno ausgebreiteten Satellitenfotos?

**El Baradei:** Erst vor vier Wochen, also sehr spät, kamen Geheimdienstinformationen bei uns an. Natürlich wäre es hilfreich, wenn wir wenigstens jetzt über alle Erkenntnisse von Geheimdiensten verfügen könnten.

**SPIEGEL:** Irakische Wissenschaftler könnten Ihnen helfen – wenn sie denn wollten und sich auszupacken getrauten.

**El Baradei:** Bei den von uns gewünschten Interviews mit den irakischen Experten hakt es in der Tat noch. Es fehlt die Bereitschaft, diese Wissenschaftler unkontrolliert befragen zu lassen. Wenn der Irak wirklich nichts zu verbergen hat,



Waffeninspektoren im Irak: „Fortschritte nicht kleinreden“

Das Gespräch führten die Redakteure Erich Follath und Jürgen Kremb in Wien.

sollten Interviews mit diesen Experten auch außerhalb des Landes möglich sein – eine Forderung, von der wir nicht abrücken werden. Das irakische Parlament könnte ein Gesetz verabschieden, dass jeder Wissenschaftler des Landes mit den Inspektoren zusammenarbeiten muss.

**SPIEGEL:** Vielleicht sieht Bagdad die Inspektoren nicht als die letzte Chance, einen Krieg zu verhindern, sondern als verlängerten Arm der USA. Moskau hat der US-Regierung gerade indirekt vorgeworfen, unzulässigen Druck auf die Inspektoren auszuüben. Hält die Regierung des Irak Ihre Leute womöglich für Spione?

**El Baradei:** Ach, das glaube ich nicht. Die Politiker in Bagdad haben begriffen, dass wir für die Weltgemeinschaft unterwegs sind und nicht als Büttel irgendeines Staates. Manchmal allerdings lassen sie durchblicken, dass sie einen Krieg für unvermeidbar halten, welche Konzessionen sie auch immer machen. Und fragen dann, warum sie vor einem solchen Waffengang ihre Waffen vernichten sollen.

**SPIEGEL:** Zumindest Teile der US-Regierung scheinen die Inspektionen tatsächlich für Zeitverschwendung zu halten und wollen lieber heute als morgen zuschlagen.

**El Baradei:** Ich bin dieser Auffassung vehement entgegengetreten, zuletzt im nichtöffentlichen Teil der

Sitzung des Weltsicherheitsrates am 14. Februar. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir das frühere Atomprogramm von Saddam Hussein zerschlagen haben. Damals hat die Internationale Atomenergiebehörde auch herausgefunden, dass Nordkorea ein geheimes Nuklearprogramm unterhielt und mehr Plutonium herstellte, als angegeben. Diese Erkenntnisse verdanken wir unseren Inspektionen – so nutzlos können sie nicht sein.

**SPIEGEL:** Nordkorea baut an Atombomben, besitzt sie vielleicht schon. Geht von Pjöngjang nicht eine größere Gefahr für den Weltfrieden aus als von Bagdad? Und warum wird Nordkorea – anders als der Irak – mit Samthandschuhen angefasst?

**El Baradei:** Nordkorea wie der Irak sind sehr ernst zu nehmende Fälle. Pjöngjang kann Plutonium produzieren, besitzt die Technologie, um in relativ kurzer Zeit Nuklearwaffen herzustellen. Wenn Nordkorea die Wiederaufarbeitungsanlage in Yongbyon wirklich angefahren hat, dann hat das mit Energiegewinnung nichts zu tun. Sie

könnten in einem halben Jahr mehrere Atombomben produzieren. Es wäre ein Desaster für die weltweiten Abrüstungsbemühungen, gelänge es Pjöngjang, Atomwaffen herzustellen. Eine Katastrophe wäre es auch, wenn wir mit zweierlei Maß messen würden: Nordkorea muss ebenso bedingungslos zur Abrüstung gezwungen werden wie der Irak.

**SPIEGEL:** Tatsache ist doch, dass Kim Jong Il Ihre Inspektoren aus dem Land gewor-

schaft nicht auf die Androhung verzichten. Sanktionen und Krieg: Das sind die letzten, die wirklich allerletzten Mittel.

**SPIEGEL:** Zur dritten Macht in George W. Bushs „Achse des Bösen“: Sie haben sich zu einem Besuch in Teheran entschlossen. Droht da eine neue Front?

**El Baradei:** Die Machthaber in Iran betreiben nach eigenen Worten ein „ehrgeiziges Atomprogramm“, von dem sie sagen, es diene nur friedlichen Mitteln. Sie sind im



AFP / DPA

**Journalistentermin in einer Raketenfabrik bei Bagdad:** „Die Konzessionen kommen nach und nach“

fen und den Atomwaffensperrvertrag aufgekündigt hat. Niemand weiß, was sich dort genau abspielt. Nordkorea kann die Welt zu Konzessionen nötigen, weil die Welt Angst vor seinem Nuklearprogramm hat. Belohnung für einen Erpresser?

**El Baradei:** Offenbar gibt es in Nordkorea eine humanitäre Krise und ein schlimmes Energieproblem. Das sollte durch Hilfsleistungen gelöst werden. Aber unabhängig davon muss Pjöngjang wieder Inspektoren ins Land lassen und seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen. Es wäre fatal, ein falsches Signal auszusenden, das da lautet: Erpressung mit einer atomaren Option lohnt sich.

**SPIEGEL:** Sie haben den Sicherheitsrat eingeschaltet, der Sanktionen gegen Pjöngjang verhängen kann. Kim Jong Il hat schon erklärt, Vergeltungsmaßnahmen der Vereinten Nationen betrachte er als Kriegserklärung. Können Sie solch eine Eskalation verantworten?

**El Baradei:** Niemand will Sanktionen, aber als letztes Mittel kann die Weltgemein-

gensatz zu denen in Pjöngjang Gesprächsbereit. Teheran muss in die üblichen Überwachungskriterien der Atomenergiebehörde eingebunden werden. Nur so lässt sich Misstrauen abbauen.

**SPIEGEL:** CIA-Direktor George Tenet spricht schon von einer „nuklearen Dominotheorie“. Sehen Sie die Gefahr, dass sich einzelne Staaten schnell nacheinander zu Atommächten entwickeln könnten? Und wird eine Terrororganisation wie al-Qaida bald an Nuklearwaffen herankommen?

**El Baradei:** Es ist für Terroristen nicht so einfach, an Atombomben zu kommen, wie immer behauptet wird. Anders ist es mit den so genannten schmutzigen Bomben: Sie sind relativ einfach zu bauen, mit Materialien, die in vielen Krankenhäusern oder Universitäten vorhanden sind. Die Zerstörungskraft von schmutzigen Bomben ist erheblich geringer als die „richtiger“ Atomwaffen. Es stimmt aber, dass es immer mehr Staaten gibt, die von ihren technischen Fähigkeiten her in der Lage wären, „richtige“ Atomwaffen zu bauen.

TÜRKEI

# Ankaras Spiel mit dem Feuer

Der türkische Milliardenpoker um den Durchmarsch der US-Truppe stört Washingtons Angriffsszenario im Nordirak.

**SPIEGEL:** Sind die bisherigen Rüstungskontrollen nicht ausreichend?

**El Baradei:** Wir müssen uns schleunigst etwas einfallen lassen, um das Überwachungssystem weltweit auszubauen und zu verbessern. Und außerdem dürfen wir ein Ziel nicht aus den Augen verlieren: Das Nukleararsenal der Atomkräfte muss abgebaut werden, dazu haben sich alle gemeinsam verpflichtet.



DAVID GUTTENFELDER / AP

Uno-Inspektoren El Baradei, Blix  
Politischer Druck aus den USA?

**SPIEGEL:** Danach sieht es nun wirklich nicht aus. Gerade wurde ein Geheimplan des Pentagon bekannt, dass die Vereinigten Staaten bald mit dem Bau neuer „Mini-Nukes“ beginnen, ihr Nukleararsenal also ausbauen und auffrischen wollen. Offensichtlich steht das im Zusammenhang mit der neuen Bush-Doktrin möglicher Präventivkriege.

**El Baradei:** Die Diskussion über eine neue Generation von Atomwaffen ist äußerst gefährlich. Die Entwicklung muss in eine andere Richtung gehen: Ächtung der Bombe, voranschreitende Zerstörung des Arsenal. Sonst wird es immer wieder atomare Habenichtse geben, die sagen: Warum sollen die Großen Rechte haben, die uns nicht zustehen?

**SPIEGEL:** Die Großen könnten in wenigen Tagen sagen: Ihr hattet eure Chance mit Inspektionen, jetzt sind wir dran im Irak. Wie viele Tage vor Kriegsbeginn werden Sie vom Weißen Haus informiert?

**El Baradei:** Es heißt, sich mit dem Krieg abzufinden, wenn man sich so etwas konkret überlegt. Aber natürlich werden wir nicht zulassen, dass es im äußersten Fall so weit kommt, dass unsere Inspektoren zu menschlichen Schutzschilden werden könnten. Ich bin für alle diese Männer und Frauen verantwortlich.

**SPIEGEL:** Wenn die USA ohne Legitimierung der Uno einen Krieg beginnen sollten, während Sie der Meinung sind, alle friedlichen Mittel seien noch nicht ausgeschöpft: Werden Sie dann zurücktreten?

**El Baradei:** Solche Gedankenspiele mache ich nicht mit, wenngleich ich nichts ausschließe. Ich glaube fest daran: Der Frieden hat noch eine Chance. Ein Krieg würde bedeuten, dass die gesamte internationale Politik und Diplomatie gescheitert ist.

**SPIEGEL:** Herr El Baradei, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

„Eine Gasmasken wollen Sie kaufen?“ Da muss Hüseyin Kerkalan, der an der Stadtmauer von Diyarbakir einen Kramladen hat, aber lachen. „So was haben wir hier nicht. Kein Bedarf.“ Er weist mit dem Daumen über die Schulter nach Süden. „Da müssen Sie lange fahren. So was gibt's erst wieder in Tel Kuweit bei den Amerikanern.“ Die anderen lachen auch.

Die Türken sind zu 90 Prozent Gegner eines Krieges gegen den Irak, aber nicht, weil sie Saddam Husseins Chemiewaffen und Raketen fürchten. Mehdi Güler, der kurdische Vizebürgermeister von Diyarbakir, sagt: „Die jungen Leute hier im Kurdistan erleben zum ersten Mal, wie es ist, ohne Kriegsrecht zu leben. Wir wollen sie nicht zurückstoßen in die Hölle, in die sie hineingeboren wurden.“

Die türkische Armee ist routinemäßig in Alarmbereitschaft. Aber das Grenzland wirkt absolut friedlich. Die Fahrt von der Provinzhauptstadt Diyarbakir nach Habur an der Grenze ist heute entspannter als vor ein paar Monaten. Im Herbst waren die Berge hier noch mit türkischen Armeepos-

ten gesprenkelt. Und alle drei, vier Kilometer war ein Checkpoint. Seit der Aufhebung des Ausnahmezustands im Kurdengebiet herrscht überall freie Fahrt. Die Soldaten sind sehr gelassen. Sie hocken in ihren Schilderhäuschen, trinken Tee und erzählen sich was.

Der Grenzübergang bei Habur ist dicht. Die Schlange der wartenden Tanklaster, die in Mossul Benzin und Diesel holen wollten, war früher manchmal 40 Kilometer lang. Jetzt kommt man hier nur noch mit einer Sondergenehmigung durch.

Hier soll die amerikanische Invasionsstreitmacht durchziehen, um im Norden des Irak eine zweite Front zu eröffnen. Doch ohne Zustimmung der Regierung und des Parlaments in Ankara kann die Offensive nicht beginnen. In Washington liegt ein dicker türkischer Forderungskatalog vor, der erst abgearbeitet werden muss.

Die Türken wollen vor allem Bares sehen: 30 Milliarden Dollar in Gestalt von Finanzhilfen, Krediten und Streichung von Altschulden. Sie haben erklärt, sie würden sich nicht wieder über den Tisch ziehen lassen wie nach dem letzten Golfkrieg.





MURAD SEZER / AP

**US-Stützpunkt Incirlik**  
*Druck von der Nordfront*

George Bush senior hatte damals Finanzhilfen in Milliardenhöhe versprochen. Als Kompensation für Kollateralschäden, wie es hieß. Doch es blieb bei dem Versprechen. Weil ihr ein wichtiger Handelspartner abhanden kam, stürzte die türkische Republik in die schlimmste Rezession ihrer Geschichte. Tayyip Erdogan, der Vorsitzende der Regierungspartei AKP, hat in einem SPIEGEL-Interview die volkswirtschaftlichen Verluste durch den letzten Golfkrieg auf 100 Milliarden US-Dollar veranschlagt.

Die Türken wurden auch mit sozialen Folgeproblemen weitgehend allein gelassen. Unter den mehr als 500 000 Flüchtlingen, die der Krieg über die Grenze spülte, waren viele radikale Separatisten. So ein Fiasko wollen sich die Türken beim nächsten Mal ersparen. Diesmal sollen die Flüchtlingsströme schon vor der Grenze abgefangen werden.

Am Dienstag voriger Woche sollte das Parlament in Ankara das Okay für den Durchmarsch der US-Truppen beschließen. Doch die Abstimmung wurde kurzfristig verschoben. „Time is running out“,

schnaubte es regierungsamtlich aus Washington. Es werde verdammt knapp. Die Türkei spiele mit dem Feuer.

Doch die Türkei hat gute Karten in diesem Milliardenpoker, und Premier Abdullah Gül rechnet mit einer Einigung „in den nächsten Tagen“. Wenn sie „ein Stück vom Mond fordern würde, dann würde sie es auch bekommen“, hämt ein Diplomat in Ankara. Die Amerikaner wissen, dass ihr Aufmarschplan in Frage steht, wenn die Türkei nicht als Transitland zur Verfügung steht. Ohne Druck von der Nordfront könnte Saddam Hussein dort womöglich Truppen zur Abwehr der Attacke im Süden abziehen. Das könnte den Krieg um ein paar Wochen verlängern. Mindestens.

Rund 3500 US-Pioniersoldaten sind schon in der Türkei eingetroffen. Sie sollen mehrere Häfen und Flughäfen einsatzbereit machen, die für den Krieg benötigt werden. 200 Millionen Dollar sind allein für die Modernisierung von Incirlik Air Base nahe Adana vorgesehen, von der seit Jahren britische und amerikanische Jagdbomber zu Einsätzen im nördlichen Irak starten.

Im östlichen Mittelmeer warten 25 bis 30 US-Frachter voll Kriegsmaterial darauf, in Mersin und Iskenderun ihre Fracht zu löschen. Bisher haben erst zwei Schiffe in Iskenderun ihre Ladung angelandet.

Außerdem dümpeln vier Passagierdampfer mit 15 000 Soldaten in Wartepositionen vor der Levante-Küste. Ein paar hundert Militärs warten in Rumänien auf ihre Einreisegenehmigung. Ursprünglich hatte das Pentagon das Laisser-passer für 80 000

Mann beantragt. Die Türken bewilligten aber nur die Hälfte.

Seit dem letzten Golfkrieg vor zwölf Jahren steht der Nordirak unter kurdischer Selbstverwaltung. Nur die Ölförderanlagen von Mosul und Kirkuk liegen im Saddam-Irak. Nichts deutet darauf hin, dass die Türkei die einstmaligen osmanischen Gebiete von Kirkuk und Mosul zurückhaben wollte. Sie will aber um jeden Preis verhindern, dass sich andere den Ölschatz holen. Das Öl würde der Kurdenagglomeration im Nordirak die wirtschaftliche Basis geben, die sie braucht, um ein richtiger Staat zu werden.

Ein feindlicher Staat Kurdistan an ihrer Südostgrenze ist aber das Letzte, was die Türken wollen. Weil sein radikaler Nationalismus mobilisierende Wirkung auf die 13 Millionen Kurden der Türkei haben und weil er das Chaos wiederbeleben könnte, das 1999 mit der Verhaftung des Kurdenführers Abdullah Öcalan nach 15 Jahren Bürgerkrieg ein vorläufiges Ende fand.

Gewiss werden türkische Soldaten mitmarschieren, wenn die U. S. Army marschiert. Aber nicht als amerikanische Hiwis, sondern unter türkischem Oberkommando. Ankara hat andere Kriegsziele als Washington.

Die Türkei hätte es am liebsten, wenn der irakische Zentralstaat in seinen bisherigen Grenzen erhalten bliebe. Da es aber womöglich anders kommen wird, weil die Amerikaner den Kurden Autonomie versprochen haben, will die Türkei einen 70 Kilometer breiten Cordon sanitaire zu einer Republik Kurdistan legen und darin auf Dauer 80 000 Mann stationieren.

Das werden die Kurden nicht folgenlos geschehen lassen. Der kleinere Konflikt im Rahmen des größeren ist programmiert. Schon weil die Kurden heute mehr zu verlieren haben als vor zwölf Jahren. „Wenn die Türkei versucht, unser Land zu besetzen“, droht Kurdenführer Massud Barsani, „wird sie es in einen Friedhof für türkische Soldaten verwandeln.“ Die kurdischen Peschmerga – zu Deutsch: „Die dem Tod entgegengehen“ – haben gezeigt, wie man mit ein paar tausend entschlossenen Männern die zweitgrößte Nato-Armee in Atem hält.

Weil der Verhandlungspoker zwischen Ankara und Washington sich in die Länge zieht, haben amerikanische Ingenieure damit begonnen, im kurdisch kontrollierten Nordirak Landepisten für Truppentransporter zu bauen. Die Luftwaffe soll die Invasionstruppen notfalls von Zypern aus direkt in den Nordirak einfliegen.

Doch es sieht so aus, als habe sich Kriegsherr in spe George W. Bush davon überzeugen lassen, dass selbst die mächtige U. S. Air Force nicht mächtig genug ist, um eine Luftbrücke für 40 000 Mann plus Material so schnell zu schlagen, wie sie benötigt wird. Time ist running out. Für die Amerikaner eher als für die Türken.

ERICH WIEDEMANN



DER SPIEGEL



DPA (L.); MURAD SEZER / AP (R.)

**Türkische Soldaten, Tanklastwagen im Grenzgebiet zur Türkei**  
*„Time is running out“*

Werbeseite

Werbeseite



Werbeseite

Werbeseite





Staatschef Kim Jong Il, Militärs auf Inspektionstour: „Dann ertränken wir die Welt in einem Meer von Blut“

KOREA NEWS SERVICE / REUTERS

NORDKOREA

# Stalins Schattenreich

Pjöngjang hat den Atomwaffensperrvertrag aufgekündigt, Inspektoren ausgewiesen. Der US-Geheimdienst ist überzeugt, dass Nordkorea an der Bombe baut. Treibt der „Geliebte Führer“ sein isoliertes und hungerndes Volk in einen Krieg? Oder versucht er, Hilfe zu erpressen? *Von Erich Follath*

Im Gebäudekomplex Glinkastrasse 5–7, Berlin Mitte, sind zwei Institutionen untergebracht, die auf den ersten Blick wenig miteinander zu tun haben: die Psychotherapeutische Ambulanz der deutschen Hauptstadt (alle Kassen, Termine nach schriftlicher Vereinbarung, Schwerpunkt: Verhaltenstherapie) – und die Botschaft der Volksrepublik Korea, Termine nur in Ausnahmefällen. Dies ist einer. Pjöngjangs Chefdiplomats hat geladen.

Pak Hyon Bo, 63, lässt zur Begrüßung heißes Wasser auffahren. Es dampft in einer riesigen Thermoskanne, die auf einem riesigen Tisch in einem riesigen Empfangszimmer steht. Dazu gibt es Nescafé aus der Dose. Der Raum ist schmucklos, sieht man von einer verstaubten Grünpflanze ab sowie zwei sehr hoch gehängten Fotos: Kim-Il-Sung und Kim Jong Il, der „Große Führer“ und der „Geliebte Führer“, Nordkoreas stalinistische Götter. Der

eine 1994 gestorben, aber Präsident über den Tod hinaus; der andere De-facto-Machthaber und Oberkommandierender der fünfgrößten Armee der Welt.

Herr Pak trägt einen Führer-Button am Revers und wirkt auch sonst wie ein Funktionär vom Schnittmusterbogen, genormt, grau und griesgrämig. Von 1980 bis 1985 sei er Botschafter seines Landes in der DDR gewesen, ist ihm zu entlocken, stationiert im selben Gebäude; später Abteilungsleiter im Außenministerium. Im Oktober 2001 wurde er dann im neuen Deutschland akkreditiert. „Manchmal vermisse ich den Honecker-Staat“, sagt der Botschafter. „Damals hatten wir noch dreimal mehr Leute hier und jede Menge ideologischer Unterstützung.“

Doch Aufmerksamkeit ist Pak und seinem Land derzeit auch mit kleiner Mannschaft sicher: US-Präsident George W. Bush hat Nordkorea neben dem Irak und

Iran als Teil einer „Achse des Bösen“ angeprangert. Nach CIA-Berichten hat Nordkorea bereits Nuklearwaffen oder steht unmittelbar vor deren Fertigstellung. Pjöngjang kündigte den Atomwaffensperrvertrag auf, warf die Uno-Inspektoren aus dem Land, verweigert sich seitdem internationalen Vermittlern. Das Reich des Großen und des Geliebten Führers gilt als der abgeschottetste, unberechenbarste und geheimnisvollste Staat der Erde.

„Die Amerikaner versuchen, uns zu vernichten. Wir haben genaue Informationen darüber, dass sie Nordkorea zum Ziel eines atomaren Erstschlags bestimmt haben“, sagt der Diplomat in ganz undiplomatischer Schärfe. Das meint er im Ernst? „Aber ja. Sie wollen uns in eine Kolonie verwandeln. Wir beginnen keinen Krieg. Aber wehe, es wird in unserer Heimat nur ein Pflänzchen gekrümmt, dann sind wir zu allem fähig. Dann ertränken wir die Welt



**Satellitenbild der Atomanlage Yongbyon**  
*„Wir haben das Recht auf die Bombe“*



**Antiamerikanisches Poster in Pjöngjang:** *„Tod den Imperialisten“*

in einem Meer von Blut.“ Nur wer die Stimmung in Nordkorea am eigenen Leib gespürt habe, könne den Patriotismus seiner Landsleute ermessen, ihre Entschlossenheit, sich Feinden entgegenzustellen und ihr politisches System zu verteidigen, meint Botschafter Pak.

Und wie soll eine solche Überprüfung möglich sein, wenn die politische Führung in Pjöngjang allenfalls streng abgeschirmte Gruppenreisen genehmigt? Einen Augenblick zögert Herr Pak. „Sie können sich bis auf unsere Militäranlagen alles ansehen, was Sie wollen“, sagt er dann. „Ich werde Ihnen das Journalistenvisum für eine Einzelreise verschaffen.“

Die altersschwache Iljuschin-62 der Koryo Air landet reichlich unsanft auf der holprigen Flughafenpiste von Pjöngjang; Militärjets in Sichtweite, keine Passagiermaschinen. Die Airline fliegt nur zwi-

schen Nordkorea und China, dienstags und samstags von Peking. Es ist eine Reise in eine andere Zeit – im wahrsten Sinn des Wortes. Denn neben den riesigen Führerbildern in der Eingangshalle verblüfft auch die Jahreszahl auf den Schautafeln. Wir befinden uns demnach im Jahr 92 des Herrn: Nordkorea zählt erst ab dem Geburtsjahr des Großen Führers. Er und sein Sohn sind das Maß aller Dinge.

Über 50 Meter breite, fahrzeuglose Autobahnen auf dem Weg in die Stadt. Noch mehr Führerporträts. Die Kims bei der Inspektion von Fabriken, von Feldern, von Krankenhäusern. Martialische Posen mit waffenschwingenden Militärs. Immer wieder auch Blumenmotive. „Kimilsungia“ heiße die violett blühende Orchideensorte, verrät der Mann vom Außenministerium strahlend. Und die auf den Wandmalereien allgegenwärtige blutrote Begonie? „Das ist die Kimjongilia.“

Imposante Monumente: die riesige bronzenen Kim-Il-Sung-Statue, vor der jeder Besucher ein Bouquet niederlegen soll; das 100 000 Zuschauer fassende Kim-Il-Sung-Stadion; der 150 Meter hohe „Turm der Juche-Ideologie“ mit einer ewig leuchtenden 20 Meter hohen Plastikflamme auf der Spitze, Mahnmahl für das nordkoreanische Gesellschaftsmodell der stalinistisch-nationalistischen Selbstverwirklichung um jeden Preis. Der Große, der Geliebte und Juche – das ist Nordkoreas Religion, seine Dreifaltigkeit.

„Paradies“ heißt ein Vorort, „Paradies“ auch eine der 17 blitzblanken U-Bahn-Stationen. Auf diese Art soll wohl vermittelt werden, dass man nirgendwo sonst einem vollkommenen Gemeinwesen so nahe ist. Jedenfalls verheißen das die Lautsprecher, die viele Plätze mit dem Einheits-Radioprogramm und Militärmärschen beschallen. Alle ausländischen Sender werden gestört, das Meinungsmonopol ist absolut; wengleich sich seit dem Jahr 2000 durch einige staatlich erlaubte Familientreffen mit Südkoreanern in Pjöngjang bei manchen eine Ahnung darüber verbreitet, wie weit der Lebensstandard in Stalins Schattenreich der Außenwelt hinterherhinkt.

Als einziger US-Popsong ist die nordkoreanische Version von Frank Sinatras „My Way“ zu hören – angeblich textlich wie melodisch das Lieblingslied des Ge-

Werbeseite

Werbeseite





**Grenzsoldaten in Panmunjom, unterernährte Kinder in einem Krankenhaus auf dem Land, Militärbüfung in den Bergen: „Nationen brauchen**

liebten Führers, der als großer Kino-Freak gilt und 20 000 Videos besitzen soll, darunter westliche Horrorfilme und Daffy-Duck-Cartoons. Kim Jong Il galt bis vor kurzem auch als James-Bond-Fan; das letzte Filmabenteuer, in dem 007 von Nordkoreanern gefoltert wird, hat die Liebe zum Erkalten gebracht. „Ein Machwerk aus dem Hauptquartier der degenerierten Sex- und Gewaltkultur“, wettete das Parteiorgan.

Pjöngjangs Intershops verkaufen ausländische Waren auf Euro-Basis, der Dollar wird verschmäht. Im staatlichen Kaufhaus langweilen sich Verkäuferinnen – es gibt nicht viel mehr als Plastikblumen und Plastikgeschirr. Auf den Straßen sind kaum Fahrräder zu sehen, ganz anders als sonst in Asien. „Der Kauf ist erlaubt. Aber wir fördern den Individualverkehr nicht, das schafft nur falsche Vorstellungen von Freiheit“, sagt ein Offizieller.

Bettler oder Behinderte darf es in dieser gesäuberten Welt nicht geben. Schon vor Jahren haben die KP-Bosse die Hauptstadt zu einer „krüppelfreien Zone“ gemacht, wie es der Mitarbeiter einer Uno-Hilfsorganisation ausdrückt. Einfach dadurch, dass sie alle Behinderten aufs Land abschoben. Auf den großen Plätzen herrscht das „gesunde Volk“ (so das Parteiblatt „Rodong Sinmun“); zu den fast täglichen Massenveranstaltungen werden Arbeiter, Jugendliche und Kinder herangekarrt.

Pjöngjang wirkt wie eine permanente Theateraufführung, die Einwohner wie Schauspieler in der Kulisse eines gigantischen Filmsets. Sie sagen, nach ihrer Meinung befragt, Texte so gleichförmig auf, als brauchten sie einen staatlichen Souffleur gar nicht mehr, als sei ihnen die Parteipropaganda in Fleisch und Blut eingegangen: geklonte Untertanen. „Wir verdanken unsere großartigen Errungenschaften einzig der Weisheit des Großen und des Geliebten Führers!“ Und: „Tod den amerikanischen Imperialisten!“

Die Fixierung auf alles Amerikanische ist verblüffend. Am Ufer des zugefrorenen Taedong-Flusses liegt die USS „Pueblo“ wie eine riesige Trophäe auf Eis. „Wir haben das hochgerüstete Spionageschiff der Imperialisten mit unserer Willensstärke erobert“, sagt Kim Jung Rok, 62, beim Rund-

gang unter Deck. Er war 1968 als junger Leutnant beim Aufbringen der „Pueblo“ dabei. Stolz zeigt er den Entschuldigungsbrief, den Generalmajor Gilbert Woodward im Namen der US-Regierung geschickt hat. Dass Pjöngjang das Schreiben als Gegenleistung für die Freiheit der Crew erpresst hat, verschweigt er.

Im Kriegsmuseum „Siegreiche Vaterlandsbefreiung“ hat die Geschichtsfälschung dramatischere Ausmaße. Wieder einmal ist bei Temperaturen um minus 20 Grad in der Stadt die Elektrizität ausgefallen, und so muss die Uniformierte die ihr eingebläuten Falschinformationen auch noch bibbernd vor Kälte vortragen. „1950, als die Amerikaner unser Land überfielen...“ Mit Ausnahme einiger Funktionäre gibt es in Nordkorea wohl niemanden, der weiß, dass Kim Il Sung den Korea-Krieg ausgelöst hat. Keine Rede bei der Museumsführung auch davon, dass erst Truppen aus der Volksrepublik China den Norden vor dem Untergang retteten, gegen die von den Amerikanern angeführte internationale Streitmacht ein Patt erkämpften.

„Die unmenschlichen US-Verbrecher wurden durch das militärische Genie unseres Großen Führers besiegt“, sagt die Dame.

Panmunjom, 170 Kilometer südlich von Pjöngjang und nicht einmal 50 Kilometer von der südkoreanischen Hauptstadt Seoul entfernt: Hier zeigen Offiziere die Demarkationslinie, den Stacheldraht, die Mauer, die Militärpatrouillen. Sogar der Tisch, an dem am 27. Juli 1953 das Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet wurde, steht noch unverändert. Mikrofonkabel in seiner Mitte markieren die festgelegte Trennung der Welten. Schuld an der „Tragödie der Teilung“ sind nach den Worten des Pjöngjanger Grenzzoffiziers „einzig die USA, die Südkorea versklavten und uns mit ihrem Hass verfolgen“.

Kim Jong Il, 61, sieht sein Land als Nemesis der USA. Er möchte auch in der jet-

zigen Atomkrise mit Präsident George W. Bush von Gleich zu Gleich sprechen: 22 Millionen Nordkoreaner und 288 Millionen Amerikaner auf Augenhöhe. Immer schriller werden die Töne aus Pjöngjang. Sollten die USA ihre Militärpräsenz in der Region weiter verstärken, schließt Nordkorea einen militärischen Erstschieß nicht mehr aus. Nimmt man die kriegerische Rhetorik wörtlich, droht sogar Terror:

„Acht Millionen junge Menschen sind bereit, sich in Selbstmordbomben zu verwandeln.“

Größenwahn, der womöglich zu einem Krieg führt? Oder versucht der



**Soldatenaufmarsch an der Kim-Il-Sung-Statue in**



ihre Ehre und Eigenständigkeit“

Geliebte Führer mit Drohungen, für sein verzweifertes Land Hilfe zu erpressen und so sein Regime kühl kalkulierend zu retten?

Choe Su Hon, 66, ist Vizeaußenminister und Mitglied höchster Führungsgremien – er sollte die Antworten wissen. Bei einem Zweistundengespräch im Ministerium am Kim-Il-Sung-Platz erläutert er dem SPIEGEL die Position der Parteiführung. Zitieren sei erlaubt, nicht jedoch ein Abdruck als Interview: Für Nordkorea darf offiziell nur einer sprechen, er, der Geliebte, die „Rote Sonne der Revolution“.

Choe erklärt Koreas Trauma. Sein Volk sei von Großreichen eingekreist: von Russen, Chinesen, Japanern und – über

den Pazifik – von Amerikanern. Alle diese Mächte hätten die strategisch so wichtige und rohstoffreiche Halbinsel in ihrer Geschichte schon teils oder ganz besetzt. Akut ist nach des Ministers Worten nun vor allem die amerikanische Bedrohung. „Die Bush-Regierung will uns unterjochen. Sie will uns entwaffnen, unser politisches System auslöschen. Wir sind nicht die

Aggressoren – wir kämpfen um unsere Existenz.“

Im Oktober 1994 haben Washington und Pjöngjang ein Rahmenabkommen unterzeichnet. Darin garantierte Nordkorea die Stilllegung seines Grafit-modierten Reaktors in Yongbyon, aus dem nuklearwaffenfähiges Material abgezweigt worden war. Im Gegenzug versprachen die Amerikaner den Bau zweier Leichtwasserreaktoren und die jährliche Lieferung von 500 000 Tonnen Schweröl, um Nordkoreas chronische Energienot zu beheben. „Die Amerikaner haben diesen Vertrag gebrochen. Die neuen Reaktoren sollten bis zum Jahr 2003 mit voller Kapazität arbeiten, aber der Bau hat noch nicht einmal ernst-

haft begonnen. Jetzt stellte Washington auch die Schweröl-Lieferung ein. Sie wollen uns in die Knie zwingen – und tragen allein die Verantwortung dafür, wenn Kinder frieren und hungern.“

Mit der Clinton-Regierung habe man einigermaßen vernünftig zusammenarbeiten können, sagt der Vizeaußenminister. Alles Unglück sei mit der „Machtergreifung der Bush-Clique“ gekommen, mit dem ebenso beleidigenden wie bedrohenden Wort von der Achse des Bösen. Und mit den „Plänen eines amerikanischen Nuklearangriffs auf die Volksrepublik Korea, die uns vorliegen“. Choe träumt von einer „Achse der Bush-Gegner: Paris–Berlin–Pjöngjang“. Große Hoffnung setzt er auch auf Südkorea, wo er eine Volksbewegung am Werk sieht, die alle US-Soldaten aus dem Land werfen und mit dem Norden paktieren will.

Ist das nicht eine sehr selektive Wahrnehmung der Wirklichkeit? Hat Nordkorea mit seinem Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag nicht alle anderen 186 Beitritts-Nationen brüskiert?

„Wir werden das nicht rückgängig machen“, sagt der Minister. „Wir haben genau dasselbe Recht auf Atombomben wie die USA, auch auf Präventivkriege.“ Die Internationale Atomenergiebehörde hat gerade den Hinauswurf ihrer Inspektoren vor den Uno-Sicherheitsrat gebracht, die Weltgemeinschaft könnte Sanktionen gegen Pjöngjang beschließen. „Wir würden das als Kriegserklärung betrachten“, sagt der Minister trotzig. „Und darauf antworten – vielleicht mit neuen Raketenstarts.“

Europäische Politiker haben hinter den Kulissen einen Kompromissvorschlag formuliert: Verhandlungen aller Uno-Sicherheitsratsmitglieder mit Süd- und Nordkorea an einem runden Tisch. „Kommt nicht in Frage“, sagt der Spitzenfunktionär. „Wir sprechen nur mit Bush. Wir bestehen auf einem formalen Nichtangriffspakt. Außerdem auf Kompensationsleistungen für den Energieausfall. Danach können wir über Sicherheitsgarantien für die USA reden. Sie dürfen nicht vergessen – die Vertragsbrecher sitzen in Washington.“

Die US-Regierung sieht das anders, versucht es gegenüber Pjöngjang aber bisher nicht mit unverblühten Kriegsdrohungen wie gegenüber Bagdad, sondern mit Einfrieren der Energiehilfe und mit Diplomatie – einem Schlingerkurs von Zuckerbrot und Peitsche. Dabei ist Nordkorea nach Meinung von Militärexperten und Politikern, unter ihnen Bill Clinton, mit seinen Massenvernichtungswaffen (auch chemische und biologische) eine größere Gefahr für den Weltfrieden als der Irak.

Seit Juni 2002 glaubt die CIA hieb- und stichfeste Beweise dafür zu haben, dass Nordkorea – mit Hilfe pakistanischer Experten – an der Bombe baut, womöglich schon ein bis zwei Nuklearwaffen besitzt. In den ersten Oktobertagen fuhr der US-Regierungsabgesandte James Kelly nach



Pjöngjang: „Acht Millionen sind bereit, sich in Selbstmordbomben zu verwandeln“

Pjöngjang zum Showdown und verblüffte seine Gegenüber laut US-Aussagen mit Dokumenten so, dass die in einem Zornesausbruch ihr Atomprogramm zugaben. Die Besorgnis erregende Nachricht hat das Weiße Haus der Öffentlichkeit bewusst vorenthalten: Am 11. Oktober holte sich der Präsident vom Kongress grünes Licht für einen Irak-Feldzug. Probleme mit Pjöngjang störten da nur.

„Bis heute hat Bush keine erkennbare Nordkorea-Strategie entwickelt“, sagt ein westeuropäischer Diplomat. Gegenüber dem Autor Bob Woodward („Bush at War“) deutete der US-Präsident immerhin an, dass er es langfristig auch in Pjöngjang nicht bei einer Politik der Eindämmung belassen will. „Ich verabscheue Kim Jong Il“, rief Bush aus. „Mir drehen sich die Eingeweide um, wenn ich an diesen Kerl denke, der sein Volk verhungern lässt.“ Verteidigungsminister Donald Rumsfeld sprach von einem „terroristischen Regime“. Doch anders als im Fall Irak wagte er es nicht, einen Regimewechsel anzukündigen. Vorletzte Woche erklärte CIA-Chef George Tenet vor einem Ausschuss des US-Senats, Nordkorea könne mit seinen atomwaffenbestückten Langstreckenraketen selbst die Westküste der USA erreichen.

Jeden Freitagabend in Pjöngjang trifft sich das diplomatische Corps mit den Vertretern der wenigen ausländischen Hilfsorganisationen zum Jour fixe in privaten Räumen. Die Kim-Jong-Il-Watcher haben Hochkonjunktur, immer neue Geschichten von der Exzentriz und der Extravaganz des Führers machen die Runde. Dass er 200 Mercedes der S-Klasse bestellt habe (erwiesen); dass er häufig Hennessy-Paradis-Cognac zu 270 Euro die Flasche konsumiere (wahrscheinlich, er war zumindest Anfang der neunziger Jahre der größte Einzelkunde der Firma); dass er als Geheimdienstchef die Sprengung einer südkoreanischen Verkehrsmaschine befohlen habe und seitdem kein Flugzeug mehr besteige (möglich); dass er sich in seinem siebenstöckigen Palast von mehreren schwedischen Gespielinnen verwöhnen lasse (spekulativ). Keiner hat Verständnis für Kim Jong Il, aber



Wohnsilos in Pjöngjang: „Krüppelfreie“ Hauptstadt



Massenkundgebung am Kim-Il-Sung-Platz: Einschwörung auf den Führer



Arbeitseinsatz auf dem Land: Kampf ums Überleben

keiner plädiert für einen Militärschlag. Nur mit diplomatischem Engagement sei sicherzustellen, dass es nicht zu einem fürchterlichen Blutbad komme; vor allem China und Russland setzen auf Eindämmung. Kim gilt als skrupellos, unberechenbar.

Die Sehnsucht des Geliebten Führers nach Größe beginnt an Paranoia zu grenzen. Sie manifestiert sich in immer gigantischeren Gedenkstätten. Idyllisch eingebettet in eine Berglandschaft bei Hyangsan steht – unweit der offenbar gerade wieder angefahrenen Atomanlagen von Yongbyon – das „Museum der Völkerverständigung“, ein besonders bizarres Beispiel für den Kult um Kim-Sohn und Kim-Vater.

Zwei riesige Paläste beherbergen überlebensgroße Skulpturen der Führer. Gespenstisch flackert das aus einem Notstromaggregat gespeiste Licht in 200 riesigen Hallen. 49 808 Geschenke, die Delegationen aus 170 Staaten den beiden Kims vermachten, sollen von weltpolitischer Bedeutung zeugen. Ein Jagdgewehr von Putin, eine Perlmuttertschatulle von Arafat, eine Krokodiltasche von Castro, ein Basketball von Frau Albright. Historisches wie ein selbst geschossener, präparierter Bär von Ceauçescu – und jede Menge Schnickschnack von obskuren Freundschaftsclubs aus aller Welt.

Alein die Räumlichkeiten müssen Millionen gekostet haben, Geld, das den Menschen besonders auf dem Land bitter fehlt. Jenseits der wenigen Highways und des potemkinschen Pjöngjang bricht die Infrastruktur zusammen. Keine befahrbaren Straßen, ganze Landstriche, in denen im wahrsten Sinn des Wortes die Lichter ausgegangen sind. Wie mahnende Finger weisen verrottete Schloten in den Himmel; nur mehr 20 Prozent der Industriebetriebe arbeiten, schätzen Uno-Mitarbeiter; es funktioniert allein die Armee – 1,1 Millionen sind unter Waffen. Einziger Exportschlager sind ballistische Raketen; „Nordkorea ist der weltweit größte Lieferant dieser Waffentechnologie“ (so Rumsfeld).

Im Kohlerevier arbeiten sich Kinder mit bloßen Händen in die Schächte vor, schwarze Greisengesichter, ausgemergelte Körper. Alte

Frauen schleppen sich in die Berge, auf der verzweifelten Suche nach allem Brennbaaren, nach allem Essbaren. Manche sind so schwach, dass sie teilnahmslos am Wegrand kauern, neben sich Bündel von Reisig, Blätter, Wurzeln. Internationale Organisationen sprechen von Hunderttausenden Hungertoten, aber sie erreichen nicht alle Provinzen des Landes. Auch wer überlebt, ist oft verdammt. Kinder ein Leben lang: Der extreme Vitaminmangel führt zur körperlichen und geistigen Unterentwicklung einer ganzen Generation.

Während Japan in den letzten Monaten wegen der politischen Entwicklung seine humanitäre Hilfe aufgegeben hat, ist die EU, allen voran Deutschland, noch aktiv

tätig. Das größte Geberland aber sind nach wie vor die Vereinigten Staaten. Die Säcke mit Reis tragen die Aufschrift „USAid“. Das seien Kriegsreparationen, erklären nordkoreanische Beamte, wenn sie die Lebensmittel verteilen.

Wie es denn war, lässt Pak Hyon Bo in Berlin nach der Rückkehr anfragen. „Wir Koreaner stehen im Zentrum der Weltpolitik“, sagt er stolz. Bei „objektiver“ Berichterstattung stellt der Diplomat eine erneute Visa-Erteilung in Aussicht.

Botschafter Nordkoreas zu sein ist in diesen Zeiten nicht einfach. Zwar müssen sich Pjöngjangs Vertretungen nicht mehr durch dubiose Aktivitäten in ihren Gastländern mitfinanzieren, was zum Beispiel 1976 zur Ausweisung der in Schweden stationierten Gesandten führte – sie hatten mit Rauschgift gehandelt. Die Botschaft in Berlin ist derzeit sogar ein Musterbeispiel für legale Devisenbeschaffung: Teile des Gebäudekomplexes aus DDR-Zeiten werden vermietet, unter anderem an die deutschen Verhaltenstherapeuten. Manchmal fahren Blaulicht-Wagen in den gemeinsamen Hof; das sind dann dringende psychiatrische Fälle, wissen die Diplomaten.

Pjöngjangs Resttruppe residiert betont bescheiden. Aber politische Gefahren lauern überall – sogar in den eigenen Reihen. An einem Januartag 1999 etwa verschwand der Handelssekretär Kim Kyong Pil aus der Berliner Vertretung. Die Nordkoreaner suchten ihn verzweifelt, doch bald wurde klar: Der Mann hatte sich auf Nimmerwiedersehen verabschiedet. Der Überläufer plauderte in Washington und Seoul, wurde laut westlichen Geheimdiensten eine Quelle erster Ordnung. Pjöngjangs Führer hat seitdem ein diplomatisches Rotationsprinzip eingeführt. Allein im letzten Jahr wurden über zwei Dutzend Botschafterposten neu besetzt, die bisherigen Vertreter zur ideologischen Festigung in die Heimat zurückbeordert.

Pak Hyon Bo muss sich in Berlin von Feinden umzingelt fühlen, weitgehend isoliert von der internationalen Gemeinschaft. Die den Nordkoreanern noch einigermaßen gewogene kommunistische Welt ist klein geworden: China, Kuba, Vietnam. Neulich war Nordkoreas Mann beim Nationalfeiertag der Vietnamesen, eine einzige Enttäuschung. Ho Tschiminhs Erben hatten das Angebot der Deutschen Bank AG angenommen, die Veranstaltung mietfrei im Atrium der Berliner Kapitalisten-Repräsentanz zu veranstalten. Ho, gesponsert vom einstigen Klassenfeind!

So weit soll es mit Nordkoreas Führung nicht kommen. „Nationen brauchen ihre Ehre und Eigenständigkeit, müssen diese zur Not auch mit einem blutigen Krieg verteidigen“, sagt Chefdiplomate Pak. Er zupft den Button an seinem Revers zurecht. Wäre nicht nötig gewesen, der Führer klebt an ihm wie angeschweißst. ◆

BRASILIEN

# Action mit Jesus

Soziale Anklage beim Umzug der Sambaschulen im Karneval von Rio? Aber sicher – Hauptsache, das Sujet lässt sich mit blendender Verschwendung und jeder Menge Tänzerinnen präsentieren.

**C**lóvis Bornay, Rios liebenswürdige 86-jährige Karnevalslegende, hat überhaupt kein Verständnis für Krieg. „Sollte es dazu kommen, werde ich alle Auftritte absagen“, sagt er. Eine Warnung an Amerikaner, Iraker und den Rest der Welt.

Aufgeregt befinngt er den Stahlscheitel seiner Kurzhaarperücke. Im Kriegsfall kein Clóvis, dabei bleibt es. Muss Rios Karneval ohne ihn auskommen. Dass der auf alle Fälle stattfindet, ist jedoch klar – er ist so was wie ein regelmäßiges Naturereignis.

Ein ganzes Jahr lang nähren und hämmern Favelas und Stadtteile in diesem Wettbewerb gegeneinander an, um im großen Finale der Sambaschulen diese – neben dem Fußball-WM-Titel – begehrteste Trophäe, die der „Escola Campeã“, nach Hause zu holen. Manche widmen dem Karneval ihr ganzes Leben. Wie Clóvis, der eigentlich als Museumswissenschaftler begann und seine phantastischen Kostüme in der Freizeit nähte.

Im „großen Salon“ seines Anderthalb-Zimmer-Apartments sperren rote Samtvorhänge die Sonne aus und gleichzeitig eine Welt, die besonders in dieser Gegend der Copacabana laut, vulgär und gefährlich ist. Fünfmal ist er hier schon überfallen worden, jetzt gibt es nichts mehr, was irgendeinen Wert für Gauner hätte. Nur zerschlissener Samt, eine Plastik-Krone und eine endlose Reihe von Pokalen.

Seinen ersten Preis gewann er 1937, der Zeit der Casinos und des Beginns der Kostümbälle im Teatro Municipal für die weiße Oberschicht. Da war er ein Hindu-Fürst und sein Turban ein Kontinent aus Talmi. Später dann Nero. Der Wahnsin-

nige. Er steht auf und schlägt mit verzücktem Irrsinn eine imaginäre Leier. „Und Rom brennt!“ Die Feuersbrunst glüht links vom Fenster her. „Links ist das Licht immer vorteilhafter.“

Selige Zeiten! Seit den achtziger Jahren, seit sich die Sambaschulen durch die Flutlichtbatterien des engen Sambodroms wälzen, seit Karneval eine Multi-Millionen-Dollar-Industrie geworden ist, hat er, in Clóvis Augen, verloren. „Nur noch Politik und Geld und Provokation.“



Karnevalsschönheit in Rio de Janeiro: „Onkelchen, das ist die Wirklichkeit“

Diese letzte Bemerkung gilt Patricia, der 15-jährigen Tochter der Nachbarn, die ihn umsorgt. Patricia, sein Augenstern, gehört seit neuestem in die Abteilung Provokation. Sie ist Teil eines Skandals, der die Blätter des Landes seit Wochen beschäftigt.

Die Sambaschule „Beija-Flor“ (Kolibri) hat die soziale Anklage zu ihrem Auftrittsthema gemacht: „Das Volk erzählt seine Geschichte selber.“ Zwischen die Tänzer und Prunkwagen haben sie ein pantomimisches Minidrama gesetzt: Jesus steigt herab vom Kreuz, greift zur Waffe und macht Jagd auf den Teufel, um die Schöpfung endgültig vom Bösen zu befreien.

Der Heiland ballert los, ohne Rücksicht auf so genannte Kollateralschäden. Eine seiner Kugeln geht fehl, sie tötet ein Straßenkind. Der theologische Sinn bleibt dunkel, doch der Skandalwert ist enorm.

„Chaos“ heißt die Szene, in der Patricia eines der Straßenkinder spielt. Die Fotos von den geheimen Proben landeten auf der

Titelseite der Tageszeitung „O Globo“, und seither beschäftigen sich Politiker, Bischöfe und die noch mächtigeren Mitglieder der Karnevalskommission mit dem Vorfall.

„Fürchterlich“, sagt Clóvis.

„Onkelchen“, erwidert Patricia mit allem Weltverbesserer-Enthusiasmus einer 15-Jährigen, „Elend, Straßenkinder, das ist die Wirklichkeit.“

„Aber was hat denn die Wirklichkeit mit Karneval zu tun?“, fragt Clóvis resigniert.

In diesem Jahr allerdings viel.

„Beija-Flor“ führt eine 14 Meter hohe Statue von Lula mit, dem neu gewählten Staatsoberhaupt. Statt einer Königskrone schwebt über der „Hoffnung des Volkes“ der Helm eines Stahlkochers.

Eine andere Sambaschule ehrt den Architekten und bekennenden Kommunisten Oscar Niemeyer – in ihren Reihen marschieren unter anderen Mitglieder der radikalen Landlosen-Bewegung MST: „Die Linke kommt auf die Avenida.“ Avenida – das ist die Flutlichtpiste im Sambodrom, der Laufsteg zum Himmel, in die Hölle, je nachdem, wie die Jury entscheidet.

Die Avenida hat nur ein Ziel: die Betrachter zu



Werbeseite

Werbeseite

überwältigen. Deshalb ist sie in den letzten Jahren zum Schauplatz gigantischer Materialschlachten geworden. Zigtausende von Kostümen, Feuerzauber, computergesteuerte Hightech-Tricks – ohne Sponsoring ist das nicht mehr zu schaffen.

Logisch, dass etwa der Aufzug über den Flugpionier Alberto Santos-Dumont im letzten Jahr von der brasilianischen Fluggesellschaft Varig gesponsert wurde. Noch logischer, dass die Allegorie, die nun den Weltfußballer Ronaldo ehrt, von niemand anders bezahlt wird als von Ronaldo selbst – wer auf der Avenida gefeiert wird, dem ist die Unsterblichkeit sicher.

Die Avenida ist ein enormes Vergrößerungsglas für jedes Anliegen – rund 200 Millionen Menschen verfolgen die „größte Show auf Erden“ am Fernseher, wenn die insgesamt 14 Schulen der A-Liga in zwei aufeinander folgenden Nächten ihre Verschwendungsgorgien feiern. Da die Geschmacklosigkeit sozusagen Stilprinzip ist – Jesus als Actionfigur in einem Meer von Flitter und wippenden Siliconbrüsten –, ist es verständlich, dass manche Sponsoren nervös werden.

Deshalb war eine Delegation der jüdischen Gemeinde aus São Paulo, gemeinsam mit dem israelischen Generalkonsul Medad Medina, vorletzte Woche in eine große Baracke an Rios Hafen geeilt. Dort nahmen sie den Wagen in Augenschein, über deren Finanzierung es innerhalb der Gemeinde Streit gegeben hatte.

Die Sambaschule „Mangueira“ hatte sich Moses und der Zehn Gebote angenommen. Im Vorjahr hatte die Sambaschule „Viradouro“ mit den sieben Todsünden mächtig gepunktet – besonders der Wagen der Wollust war dank eines Extra-Corps an nackten Tänzerinnen ein voller Erfolg.

Das ließ, für „Mangueira“, immerhin amtierender Champion, einiges erwarten. Oder, je nach Sichtweise, einige banale Fragen aufkommen.

Es konnte Entwarnung gegeben werden. Der Wagen, den die jüdische Gemeinde São Paulos mitsponsert, zeigt Pyramide, goldene Pharaonen-Statuen, Hieroglyphen. „Nichts Anstößiges, so weit“, murmelte einer der Ange-reisten.

Der Auszug des Volkes Israel ins Gelobte Land ist ein jüdisches Thema, einerseits. „Andererseits ein universelles – ein Volk dürstet nach Freiheit“, erklärt „Mangueira“-Präsident Max Lopes den Kontrolleuren, die befriedigt nicken.

Da die Aufbauten und Choreografien vor dem Defilee gehütet werden wie Staatsgeheimnisse, darf nur dieser eine Ausschnitt des Prunkwagens fotografiert werden. Überrascht wird die Pyramide im Hintergrund von turmhohen Tänzerinnen-



ALBRECHT GERLACH

Karnevalist Clóvis, Nachbarin: Eine Stunde Taumel

beinen aus Pappmaché. Die Auflösung dieses Rätsels – Pumps in der Wüste? – wird spannend werden.

In Wahrheit ist es wohl so, dass die frivole Übertreibung, die lustvolle Vulgarität zum Wesen des Karnevals in Rio gehören – jedes Thema wird so auf hinreißende Weise verfehlt. Er lebt von der Poesie der Entgleisung.

Doch der Karneval ist weit mehr als nur eine Flitterorgie für Touristen. Er ist das wohl farbigste Selbstgespräch, das eine Nation führen kann. In der Auswahl der Themen, der Kostüme, der Musiken definiert sie, was ihr wichtig ist. Die Nation befindet sich im Aufbruch. Im Sambaschritt.

Allerdings werden sich bestimmte Dinge nie ändern. Wieder einmal, wie in den Vorjahren, gibt es lange Warteschlangen in den Schönheitskliniken, wieder einmal gibt es Engpässe im Silicon-Nachschub. Und Clóvis ist nervös wie jedes Jahr und hofft, dass sich die Deutschen mit ihrem Anti-Kriegs-Kurs durchsetzen. Denn natürlich will er auftreten.

Es beginnt für ihn, wie für alle anderen, in einem endlosen Geburtsvorgang mit der Aufstellung dort unten vorm Tor zum Sambodrom, am dunklen Kanal Mangé, der eine stinkende Kloake ist. Dann betreten sie die Avenida, das Licht, erleben das kurze Glück, den Samba, den Glanz, die ekstatische Mischung aus Heiligem und Profanem, die jubelnde Menge, die Feuerwerke. Nach einer Stunde Taumel endet alles in dem „Apotheose“ genannten Auslauf.

Und dahinter liegt der Friedhof. „Ist der Karneval nicht wie das Leben selber?“, sagt Clóvis und lächelt melancholisch.



ALMEIDA / AFP / DPA

Festumzug im Sambodrom von Rio: Laufsteg zum Himmel

MATTHIAS MATUSSEK

Werbeseite

Werbeseite



Werbeseite

Werbeseite

LITERATUR

## Kindermädchens Leid

Die hübsche Nan, 21, studiert Pädagogik an der New York University und nimmt, wegen des Geldes und der praktischen Erfahrung, einen Job als Kindermädchen an. Sie landet im eleganten Haushalt der wohlhabenden Mrs. X, die an der Park Avenue residiert und ihren Sohn Grayer, 4, mit Karatestunden, Französischunterricht und Vollkornkekse traktiert. Mr. X, ihr immerzu abwesender und ehebrecherischer Gatte, interessiert sich überhaupt nicht für seinen Sprössling. Nan kümmert sich rührend um Grayer und hat bald noch einige andere Dinge am Hals: Die egozentrische Mrs. X überträgt ihr die Organisation einer Dinner-

party und andere unliebsame Alltagsverpflichtungen. Immer mehr verstrickt sich Nan, die aus einfachen Verhältnissen stammt, in das Leben der hohlköpfigen Snobs, sie vernachlässigt dabei ihr Studium und ihren Schwarm, einen Harvard-Studenten.

„Die Tagebücher einer Nanny“, verfasst von dem Autorenduo Emma McLaughlin und Nicola Kraus, erzählen lustvoll und mit viel hintergründigem Humor von den Neurosen reicher New Yorker, von deren Lebenslügen, den Gehässigkeiten und dem Drang, andere Menschen auszubeuten und das eigene Kind rauszuputzen und zu dressieren wie einen Pudel. McLaughlin, 28, und Kraus, 27, wollten ihre eigenen Erfahrungen als Kindermädchen literarisch verarbeiten; unterhaltsam und kenntnisreich gewähren sie außerdem Einsicht in eine Welt voller Eitelkeiten. Es dauert eine Weile, bis die herzensgute, naive Nan erkennt, dass sie sich wehren muss, wenn sie an ihrem Kindermädchenjob nicht zu Grunde gehen will.

Die Geschichte, temporeich erzählt – wenn auch nicht in Form eines Tagebuchs, sondern als Roman –, stand in den USA lange auf den Bestsellerlisten; Julia Roberts sagte, sie stünde für die Rolle der Nan zur Verfügung. Altersmäßig wäre sie für die Rolle der grässlichen Mrs. X besser geeignet; dass sie aber ein solches Miststück nicht spielen will, kann man nach der Lektüre des Romans durchaus verstehen.

Emma McLaughlin und Nicola Kraus: „Die Tagebücher einer Nanny“. Aus dem Amerikanischen von Regina Rawlinson. Manhattan Verlag, München; 352 Seiten; 21,90 Euro.



Peyton-Gemälde „Queen Mother's Funeral“ (2002)

KUNST

## Bunter Blick auf Queen Mum

Wer im Deutschland der achtziger Jahre als Maler Erfolg haben wollte, musste sich als wilder Punk-Künstler einen Namen machen und als solcher nicht nur malen, sondern auch lustig reimen können: „Guck nicht zurück im Zorn, das Bild ist nicht hinten, das Bild ist vorn“ lautete etwa eine Parole solcher Künstler wie Werner Büttner oder Albert Oehlen. Wer sich heute als Maler etablieren will, benötigt dazu nicht einmal mehr unbedingt Pinsel, Farbe und Leinwand; ein Fotoapparat reicht auch. Wen interessieren noch die kleinen Unterschiede zwischen der klassischen Tafelmalerei und der Fotografie? Bild ist Bild, Hauptsache das Mo-

tiv ist ein Hingucker: „Painting Pictures“ heißt eine Ausstellung über „Malerei und Medien im digitalen Zeitalter“ im Kunstmuseum Wolfsburg, die am Freitag dieser Woche eröffnet wird und in der Maler ebenso wie Foto- und Videokünstler vertreten sind – außer dem Ex-Punk Oehlen und Fotografiestars wie Andreas Gursky, Wolfgang Tillmans oder dem Kanadier Jeff Wall etwa der amerikanische Exzentriker Jeff Koons oder seine Kollegin Elizabeth Peyton mit einem furios farbigen Ölbild, das sie vom Fernsehbildschirm abgemalt hat. Es zeigt die Beerdigung von Queen Mum – als Blick zurück in Bunt (bis 29. Juni).



Schaustücke „Fearless“ (Brian Calvin, 2000), „Mont Blanc“ (Torben Giehler, 2002)

BUCHMARKT

## Bibliophile Schnitzeljagd

Bücher, die im häuslichen Regal verstauben, sind vertane Chancen für Kommunikation mit anderen. Deshalb sollen sie an wildfremde Menschen weitergegeben werden. Das jedenfalls ist die verwegene Idee des amerikanischen Programmierers Ron Hornbaker. Auf seiner Internet-Seite [www.bookcrossing.com](http://www.bookcrossing.com) bietet er eine Art Schnitzeljagd für Bücherfreunde an. Das Spiel geht so: Bevor ein Leser sich von einem seiner



Bücher trennt und es im Supermarkt, in der Telefonzelle oder auf der Parkbank aussetzt, klebt er eine Bookcrossing-Nummer hinein und macht es so unverwechselbar.

Wer mag, hinterlässt auf der Internet-Seite Hinweise darauf, wo er das Buch hinterlegt hat, so dass andere gezielt danach suchen können. Auch der Finder – egal ob er durch Zufall an das Buch kam oder planvoll auf die Jagd ging – kann später mit Hilfe der Buchnummer einen Eintrag auf der Seite machen und erzählen, wo er das Buch fand, wie es ihm gefiel und ob er es wieder in Umlauf bringen wird. Weltweit sind inzwischen mehr als 90 000 Nutzer registriert, aus Deutschland haben sich schon fast 2000 Büchersucher angemeldet.



Szene aus „Elling“

ARSENAL FILM

THEATER

## Bei Anruf Mordsgelächter

Häufig reicht allein die Genrebezeichnung „Sozialkomödie“, um Kunstfreunde in die Flucht zu treiben. Ein Vorurteil, wie vor vier Jahren Axel Hellstenius' Theaterstück „Elling“ nach einem Roman von Ingvar Ambjørnsen bewies: Das Drama – zwei psychisch kranke Heimbewohner werden vom Sozialamt ausgewildert und wagen sich mühsam vor ins so genannte normale Leben – zog in Norwegen so viele Zuschauer an, dass es verfilmt wurde.

„Elling“ wurde prompt der erfolgreichste norwegische Kinofilm aller Zeiten und 2002 für einen Oscar nominiert; Kevin Spacey arbeitet an einem US-Remake. Auch in Deutschland litten und lachten 470 000 Kinobesucher mit Herrn Elling und seinem Freund Kjell Bjarne, wenn etwa ein klingelndes Telefon die beiden verstörte. Jetzt erobern die tragikomischen Helden auch deutsche Bühnen: Am 20. März findet die deutsche Erstaufführung von „Elling“ im Schmidt's Tivoli in Hamburg statt; die geplante Premiere im Schauspielhaus kam aus Termingründen nicht zu Stande. Auch in Heidelberg, Essen, Münster, Stuttgart, Rastatt und Dresden steht das Stück noch in diesem Jahr auf dem Spielplan; die Premieren in Bern, Zürich und Esslingen sind für 2004 geplant.

### Kino in Kürze



BUENA VISTA

„Chicago“ ist eines dieser fetten, fetzigen Broadway-Musicals, wie sie der legendäre Showmann Bob Fosse von den sechziger bis in die achtziger Jahre auf die Bretter brachte; auch auf deutschen Groß- und Kleinstadtbühnen hat sich das Werk ein Vierteljahrhundert lang in seiner triumphalen Unverwüstlichkeit bewährt. Es erzählt (nach einem erfolgreichen, auch zweimal verfilmten Theaterstück von 1926) im Dunstkreis von Halbwelt und Tingeltangel mit eleganter Frivolität die Geschichte zweier schön verruchter Mörderinnen aus Leidenschaft, die ihre Schlagzeilenprominenz in Show-Erfolg umzumünzen verstehen. Frechheit siegt! Doch der Film ließ auf sich warten, denn Hollywood riskiert seit langem wegen der begrenzten Exportierbarkeit kaum noch Investitionen in das Genre Musical, wenn es nicht um Zeichentrick-Kindervergnügungen geht. Umso begeisterter und erfolgsbesoffener beglückwünscht Hollywood nun sich selbst zum Ausnahme-Ereignis „Chicago“. Das opulente Musical wird zum Glücksfall des Jahres hochgejubelt: 13 Oscar-Nominierungen! Wer das Genre nicht leiden kann, wird sich mit Grausen wenden; wer aber darauf abfährt, kriegt von dem Kinoneuling Rob Marshall (Choreografie und Regie) und seiner Startruppe (Renée Zellweger, Catherine Zeta-Jones, Richard Gere, Queen Latifah und John C. Reilly) ein glamouröses Spektakel serviert.

Zeta-Jones in „Chicago“

KULTURPOLITIK

## „Eine ganze Reihe Altlasten“

Dana Horáková, 55, Kultursenatorin in Hamburg, über die Weigerung von Avantgarde-Dirigent und Opernleiter Ingo Metzmacher, seinen Vertrag zu verlängern, und die Zukunft der Hamburger Kulturszene

**SPIEGEL:** Frau Horáková, Hamburgs Aushängeschild in der Musikszene, Ingo Metzmacher, wird der Hansestadt 2005 den Rücken kehren. Hat seine Entscheidung Sie überrascht?

**Horáková:** Ja. Nach dem letzten Gespräch am 3. Februar hoffte ich, er würde verlängern. Aber

seine Forderungen gingen einfach zu weit. Ich konnte ihm nicht jetzt schon über 2005 hinaus eine substanzielle Erhöhung seines Etats versprechen.

**SPIEGEL:** War der Engpass nicht absehbar? In Hamburgs Kulturkreisen gibt es seit längerer Zeit Ärger. Gerade ist das Engagement von Dominique Horwitz an die Kammerspiele geplatzt.

**Horáková:** Das lasse ich mir nicht in die Schuhe schieben. Die Kammerspiele sind ein Privattheater. Die Behörde gewährt nur Subventionen. Ich habe in dieser Sache bis zuletzt vermittelt.



Horáková

**SPIEGEL:** Dennoch bleibt auch diese Absage an Ihnen hängen. Sie scheinen fast nur Unmut auszulösen.

**Horáková:** Es gibt nicht „den Unmut“, der kommt nur lautstark und wortgewandt aus einer bisher gut versorgten Szene. Aber es gibt wohl drei Ursachen: die unglücklichen Umstände meiner Berufung, mein Vorleben als „Bild“-Journalistin und die Finanzknappheit – was keine Hamburgensie ist.

**SPIEGEL:** Breitseiten kommen nicht nur von links. Seit langem wird Ihnen Perspektivlosigkeit vorgeworfen. Wie soll Hamburg als Kulturstadt attraktiv bleiben?

**Horáková:** Natürlich gibt es Personalprobleme, aber eine ganze Reihe habe ich als Altlast geerbt, so die Kammerspiele. Aber Hamburgs Kulturpolitik besteht nicht aus ein paar Personalien.

Ich möchte verstärkt drei Bereiche ausbauen: Kinder- und Jugendkultur, Film und Medien und Musik, etwa durch die neue Musikhalle in der Hafencity.

**SPIEGEL:** Musikalisch hat München jüngst palaverfrei sein Haus bestellt: Kent Nagano wird 2006 Chef, Christoph Albrecht Intendant der Bayerischen Staatsoper. Beginnen Sie jetzt eine entsprechende Kandidatensuche?

**Horáková:** Selbstverständlich, ich habe schon begonnen. Schließlich sind Top-Leute meist auf Jahre ausgebucht. Metzmachers Verzögerungstaktik hat uns sehr viel Zeit gekostet.

POP

## Gefühl statt Bauch

Jugendliche Pop-Konsumenten, so scheint es, sind erwachsen geworden. Da ihr Interesse für durchkalkulierte Kunstfiguren wie Britney Spears in den letzten Jahren erlahmt ist, lautet das Marketingkonzept für Popstars – so sie denn weiblich, hübsch und jung sind – neuerdings Authentizität. Neben der kanadischen Punk-Göre Avril Lavigne und der Jazzerin Norah Jones gehört Vanessa Carlton, 22, zu den großen Gewinnerinnen dieses Trends. „Am Anfang meiner Karriere wollten mich die Plattenfirmen nur unter Vertrag nehmen, wenn ich tanze wie Britney Spears und bauchfreie Hemdchen trage“, erinnert sich die Pianistin aus Pennsylvania. Sie hat dankend abgelehnt – ihr lag mehr daran, ihr In-



Carlton

nerstes zu enthüllen als ihren Bauchnabel. Mittlerweile verkauft sich Carltons Songwriter-Pop grandios, vor allem an Musikfans unter 20, was ihr jetzt auch drei Nominierungen für den Grammy eingebracht hat.



Demonstration gegen den Irak-Krieg am 17. Februar in Leipzig: Haben die Nachgeborenen der Nazis ihre Geschichte vergessen?

DEBATTE

# Brachiale Friedensliebe

Wolf Biermann über Nationalpazifisten und den Irak-Krieg

*Wann ist denn endlich Frieden  
In dieser irren Zeit  
Das große Waffenschmieden  
Bringt nichts als großes Leid.  
Die Welt ist so zerrissen  
Und ist im Grund so klein  
Wir werden sterben müssen  
Dann kann wohl Friede sein.*

So subversiv und kindlich zugleich sang ich als junger Kerl im militaristischen Friedensstaat DDR 1967, also mitten im Kalten Krieg. Laut sang ich in Ost-Berlin wie ein Menschenkind im dunklen Waffenwald. Unsere stalinistische Obrigkeit verteidigte aggressiv ihr Monopol auf Friedensliebe, auf Friedenspolitik und Friedenskampf. Und dabei logen sie mal wieder die Wahrheit: Alle Menschen wollen Frieden.

Und zu denen gehören eben auch die totalitären Schweinehunde, die ja im Grunde nichts weiter wollen, als ihren idealen Friedhofsfrieden hinter Stacheldraht. Und trotzdem sehne ich mich nach Frieden und hoffe wider bessres Wissen, dass der Kelch eines Krieges an uns allen vorübergehen möge. Vielleicht reicht nur meine Phantasie mal wieder nicht aus, um mir einen Ausweg aus dem Dilemma vorzustellen. In ein paar Wochen oder Monaten werden wir alle klüger sein und womöglich noch ratloser.

Als die Chancen auf einen Heil-Hitler-Frieden in Europa verloren waren, schrie Goebbels im Berliner Sportpalast: Wollt ihr

den totalen Krieg? Und die hakenkreuzbraven Deutschen brüllten begeistert: Jaaaaa!!!! Und nun? – Nur 60 Jahre später fragt in der Berliner Republik die gewählte Obrigkeit: Wollt ihr den totalen Frieden? – und die geläuterten Deutschen sagen von ganzem Herzen abermals: Jaaaaa!

Beim gaddafistischen Friedensforscher Mechttersheimer fand ich eine grauenhaft positiv gemeinte Wortschöpfung: Nationalpazifisten. Die dazu passenden Menschen wachsen diesem Begriff jetzt massenhaft zu. Die Losungen dieser antiamerikanischen Nationalpazifisten sind auf Pappschildern und Transparenten zu lesen: „Nie wieder Krieg! Krieg ist keine Antwort! Hände weg vom Irak! Humane Staaten führen keine Kriege! Nicht Saddam – Bush ist unser Feind! Jeder Krieg ist ein Verbrechen!“ Oder mit tautologischem Pathos: „Krieg ist Krieg!“ oder mehr sozialpoetisch: „Brot statt Bomben!“ oder auch mehr pisa-panisch: „Bildung statt Bomben!“

Alle Welt weiß, dass wir Deutschen unsere Befreiung vom Hitler-Regime nicht uns selber, sondern ausschließlich den Armeen der Alliierten verdanken. Millionen russische, amerikanische und englische Soldaten sind auch für meine Befreiung gefallen. Was viele Frieden-um-jeden-Preis-Woller in Deutschland aber offenbar nicht auf der Rechnung haben: Wir verdanken auf eine indirekte Weise ja auch die Entlassung der DDR aus dem sowjetischen Völkergefängnis niemandem so sehr wie diesen waffengeilen Amerikanern. Ohne deren Nachrüstung im Rüstungswettlauf mit dem Ostblock wäre die Sowjetunion und ihr Satellitenreich nicht so



**Demonstration gegen die Vereinigten Staaten am 15. Februar bei Bagdad: Saddam Hussein vernichtet sein eigenes Volk**

sang- und klanglos in sich zusammengebrochen. Michail Gorbatschow, jener parteifrome Ketzer aus der sowjetischen Nomenklatura, hat uns nach dem Fall der Mauer und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ohne diplomatische Metaphorik die prosaischen Hintergründe von Glasnost und Perestrojka verraten.

**U**nd diese Wahrheit zwang auch mich zu einer peinlich späten Einsicht: Ausgerechnet die von uns immer so angeprangerte Rüstungsspirale hatte in den letzten Jahren des Ost-West-Konflikts das chronisch sieche sowjetische System ökonomisch dermaßen überfordert und ruiniert, dass die stalinistischen Machthaber in ihrer Bredouille einem unkonventionellen Funktionär aus der Provinz, einem scheinbar blauäugigen Kommunismusretter wie dem Genossen Gorbatschow überhaupt eine Chance gaben.

Die Menschheit hatte Glück mit diesem Mann, denn seine systemerhaltenden Rettungsversuche sind ihm im allerbesten Sinne missglückt: Die Reformen kippten über in eine Revolution. Anders als mein Freund Robert Havemann und ich jahrelang gehofft hatten: Der totalitäre Koloss war eben nicht reformierbar. Wir hatten Hannah Arendt nicht begriffen, die mit einem neuen Schlagwort das Problem scharf auf den Begriff gebracht hatte: Ein „totalitäres“ Regime herrscht eben total oder gar nicht. Aus diesem Grunde war das wunderbare Ende des Kalten Krieges und war auch die friedliche Wiedervereinigung der Deutschen eine dialektische Frucht am Baume des wahnsinnigen Wettrüstens der beiden Weltmächte.

Hätte ich diese geschichtlichen Wechselwirkungen damals schon durchschaut, wäre ich vielleicht nicht so alternaiv nach Mutlangen gefahren zur Sitzblockade vor dem Camp der U. S. Army. Und dabei weiß ich noch gut, wie gut ich mich fühlte als einer von den Allergutesten. Man sieht im eigenen Spiegelbild lieber das Menschenantlitz eines Friedfertigen als die Fratze eines Kriegstreibers.

Dass die wiedervereinigten Deutschen heute in mancher Hinsicht noch zerrissener sind als vor dem Fall der Mauer, ist leider wahr. Doch nun sieht es so aus, als ob ausgerechnet der drohende Krieg gegen den Irak die schwierige Einheit der Deutschen auf

eine makabre Weise befördert. Es wabert und brodeln inzwischen ein geradezu wütender Wille zur Machtlosigkeit gegenüber solchen hochgerüsteten Menschheitsfeinden wie Saddam Hussein. Die Angst vor dem Krieg stiftet unter den tief zerrissenen Deutschen eine feste Volksgemeinschaft.

Da verbünden sich aufrichtige Pazifisten, die ich immer respektieren und achten werde, mit verrentneten Kadern der heuchlerischen DDR-Nomenklatura und mit militanten Alt-68ern. Stramme SPD-Genossen und stramme Christdemokraten kennen keine Parteien mehr, sondern nur noch deutsche Friedensfreunde. Sogar Punks und Skins reihen sich ein. Es ist nun offenbar „in echt“ zusammengewachsen, was im schlechtesten Sinn schon immer zusammengehörte. Konstantin Wecker überbringt den Berliner Friedenskämpfern unter der Siegestsäule die solidarischen Kampfesgrüße der falschen Friedensbewegung in Bagdad. Die entpolitisierten Kids der Spaßgesellschaft finden Frieden irgendwie geiler als Krieg. Und obendrein bläst auch Gottes Bodenpersonal beider Konfessionen todesmutig in die Anti-Bush-Trompete. Wir wurden in diesen Tagen ein einig Volk von Hurra-Pazifisten.

**N**imm nur die populärste Losung schon seit dem letzten Golfkrieg: „Kein Blut für Öl!“ – wenn ausgewachsene Menschenexemplare, auf deren Bildung man einst einige Mühe verwandt hat, heute diesen Unsinn nachplappern, es gehe den kapitalistischen USA ums Öl, zeigt es mir, dass sie vor lauter Friedensliebe sogar das Groschenzählen vergessen haben. Ginge es den Amerikanern um Profite und um Öl-Lieferungen, dann würden sie den begehrten Stoff lieber bequem und billiger wie bisher auf dem Weltmarkt kaufen. Auch nach einem Sieg über Saddam Hussein werden die westlichen Industriestaaten das Erdöl so oder so zu Weltmarktpreisen erwerben müssen, so wie sie das Öl Russlands, das Öl Kuweits, der Saudis und Venezuelas und Norwegens bezahlen. Allein schon die Kriegserwartung treibt die Öl-Preise hoch und drückt die Kurse an der Börse in den Keller. Ein Krieg wird den Preis für einen Liter Benzin wahrscheinlich weit über die Zwei-Euro-Marke treiben. Jeder Tankstellenwart scheint

da realistischer zu rechnen als unsere akademisch verbildeten Murx-Marxisten.

In einem ganz anderen Sinn geht es in diesem Krieg allerdings um das Öl: Weder die wenigen demokratischen noch die vielen diktatorisch regierten Staaten in der Uno sollten es hinnehmen, dass ein praktizierender Völkermörder wie Saddam mit seinen Öl-Milliarden systematisch eine A-, B- und C- Militärmacht aufbaut, die es ihm ermöglicht, alle arabischen Bruderländer aus ihrer vergleichsweise kommoden Knechtschaft zu befreien, um sie dann selber vollends zu knechten und mit dieser panarabischen Macht-vollkommenheit den Rest der Welt noch brutaler zu erpressen.

Ich rechne damit, dass die wohlfeile Wut auf Amerika uns alle noch teuer zu stehen kommen wird. Ohne den Truppenaufmarsch der USA könnte kein einziger Waffeninspektor überhaupt irakischen Boden betreten. Alle wissen es, und wenige wollen es wahrhaben. Manchmal kommt mir der dummschlaue Verdacht: Vielleicht spielt ja Europa und die USA dasselbe Spiel nur in zwei entgegengesetzten Rollen, um Saddam besser in die Zange nehmen zu können. Aber der ist weder naiv noch ängstlich.

Die demokratischen Staaten können leider nicht mit einer Gewalt erfolgreich drohen, die nicht ernst gemeint ist. Der vulgäre Hass auf den Propaganda-Popanz eines schießwütigen Cowboys im Weißen Haus hat schon was von einer simulierten Paranoia. Ganz Europa verdankt den USA seine Freiheit. Ihre Befreiung werden allerdings geschichtsvergessene Menschen in Deutschland und Frankreich den Vereinigten Staaten offenbar niemals verzeihen. Offensichtlich ärgert es das „alte Europa“ zusätzlich, dass der Präsident im Weißen Haus gelegentlich so altmodisch im pathetischen Jargon der Bibel redet.

**N**un wird also die Weltmacht USA als Feind der islamischen Welt hingestellt. Auch das halte ich für eine besonders schäbige Lüge. Gerade eben haben die Soldaten der Vereinigten Staaten auf dem Hinterhof Europas im Kosovo die Moslembevölkerung gegen die serbischen Völkermörder gerettet. Und wir Europäer saßen dabei auf dem Sofa und begutachteten vor der Glotze diesen Rettungsversuch. Ohne den Militäreinsatz der USA aber säße Milošević heute machtvollkommen in Belgrad und nicht als Kriegsverbrecher vor dem Tribunal in Den Haag.

Auch treffende Argumente sind in den Wind gesprochen, wenn die Ohren verstopft sind und die Herzen ohne Mitleid. Und so weht der falsche Friedenswind unsereins scharf und eisig ins Gesicht. Ich spüre, wie sehr meinesgleichen mal wieder in den ehrenvollen Status der Minderheit geraten sind. Und wir kommen da nicht lässig raus. Von Manès Sperber kann man lernen: Auch wer gegen den Strom schwimmt, schwimmt im Strom. Aber es kostet nicht mehr die Freiheit, nicht das Leben – und mich in unserer soliden Demokratie nicht mal das Wohlleben.

Immer war ich ein Furchtsamer. Dennoch hatte mich nie die Angst vorm Schlimmsten: vor dem Krieg. Diese Gemütsbewegung ist in mir, scheint's, abgetötet worden, bevor ich das Wort Krieg hätte ganz erfassen können. Das war im Sommer 1943, als meine Mutter mit mir unter dem Bombenhimmel der amerikanischen und britischen Fliegenden Festungen mitten im Hamburger Feuersturm in der Hammerbrookstraße aus dem Inferno kroch. Die Alliierten hatten sich damals schon – zu unserem Glück – die Lufthoheit über Nazi-Deutschland erkämpft. Ich war in diesen branderhellten Nächten und rauchverfinsterten Tagen sechs Jahre alt.

Schon in jenem Kriegssommer, mein Vater war gerade ein halbes Jahr vorher in Auschwitz ermordet worden, erklärte mir meine Mama, so simpel, wie ich es als kleiner Junge verstehen konnte, dass diese schlimmen schlimmen Bombenflugzeuge uns befreien sollen, von den bösen bösen Leuten, die uns unseren lieben lieben Papa weggenommen haben. Es war nur so unpraktisch, dass uns die Bomben unserer Lebensretter selber auf den Kopf fielen.

Deshalb schrieb ich in meiner „Ballade von Jan Gat unterm Himmel in Rotterdam“ den Vers, der manchen Deutschen irritiert oder gar entrüstet hat:

*Und weil ich unter dem gelben Stern*

*In Deutschland geboren bin*

*Drum nahmen wir die englischen Bomben*

*Wie Himmelsgeschenke hin.*

Auch das unterscheidet mich von den meisten, die in Deutschland jetzt die Lufthoheit im Meinungskrieg über den Luftkrieg der Alliierten erobert haben.

Mir fällt allerdings ein beachtenswerter Gegensatz auf: Die meisten Kinder und Kindeskinde der Nazi-Täter-Generation sind

reflexartig und prinzipiell gegen jeden Krieg. Die meisten Nachkommen des Heil-Hitler-Volks, das den Krieg und die Massenmorde so willfährig mitgemacht hatte, wollen sich auch in notwendige Kriege, die eine Not wenden könnten, nicht reinreißen lassen. Auch wenn sie kaum Immanuel Kant gelesen haben, spüren sie, dass jeder Krieg, sogar der gerechte, ein grauenhaftes, ein „trauriges Notmittel“ ist.

Mit sauberen Händen kommt keiner aus dem blutigen Gemetzel wieder nach Haus. Also wollen sie fortan lieber Unrecht erleiden, als selber Unrecht tun. Niemals wieder! wollen die Nachgeborenen der Nazis werden wie ihre verdorbenen Väter und Mütter: Täter.

Das ist verständlich und mir zudem sympathisch. Die allermeisten Menschen ziehen nun mal geschichtliche Lehren mehr aus der Familienerfahrung als aus dem Studium der Geschichte. Aber genau das gilt eben auch für die Nachgeborenen der damaligen Opfer: Leute wie ich wollen dies und das sein, aber niemals wieder Opfer. Also sind meinesgleichen eher für einen Krieg zum Sturze solch eines menschenverachtenden Regimes, dessen erklärtes und vornehmstes Ziel es ist, Israel zu vernichten. Dass Saddam Hussein ganz nebenbei sein eigenes Volk von Anbeginn seiner Putschherrschaft vernichtet: es foltert, erpresst, verblödet, ängstigt und fanatisiert, das wird dabei von vielen einfühlsamen Friedenskämpfern in der westlichen Welt mitleidlos ignoriert. Deutsches Sprichwort: Fremdes Leid trägt sich leicht.

Die Regierenden in Berlin täuschen ihr Volk in jeder „Tageschau“ mit der korrekten Neuigkeit: Die Uno-Waffeninspektoren finden nichts Neues. Es gebe also keinen Grund für einen Krieg gegen das Regime in Bagdad. Dabei wissen absolut alle, Freunde wie Feinde, dass diese A- oder B- oder C- Waffen in irgendwelchen nicht auffindbaren Bunkersystemen oder, paar Kilometerchen jenseits der syrischen Grenze beim hilfsbereiten Nachbarn, in aller Ruhe professionell versteckt worden sind und auf ihren Einsatz warten.

Ein präventiver Krieg sei, so reden viele unserer offiziellen Mahner, unbegründet und außerdem ein Bruch des Völkerrechts und also selber ein Kriegsverbrechen. Im selben Moment aber teilte die Gesundheitsministerin den Deutschen mit, dass unser Staat beschlossen hat, ab sofort einhundert Millionen Einheiten Impf-



**Not-Brücke bei Remagen (1945): Freiheit made in USA**

LEONE / ULLSTEIN BILDERDIENST

stoff gegen Pocken bereitzuhalten, also für die gesamte Bevölkerung. Das sind die Tranquilizer fürs Volk, verabreicht von provinziellen Quacksalbern, die kaum Besseres mit sich und dem Vaterland vorhaben, als die nächste Landtagswahl in einem Bundesland zu gewinnen.

Mich lässt eine apokalyptische Vision nicht los in diesen Tagen: Nehmen wir an, dieser gelehrte Putschist, Oppositionskiller, Giftgaskriegsheld, Kurdenausrotter, dieser gelehrte Ölquellen-in-Brand-Setzer und gescheiterte Aggressor hat spätestens im ersten Golfkrieg vor zwölf Jahren kapiert, dass er gegen einen zur Verteidigung entschlossenen Westen nicht ankommt. Frankreich hatte ihm zwar Mirage-F-1-Bomber verkauft. Die USA, diese weltpolitischen Dilettanten, hatten ihn grauenhaft kurzsichtig im Eroberungskrieg gegen den gefürchteten Chomeini-Iran unterstützt.

Arbeitslose Kernphysiker sind seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion bereit, jedem dreckigen Diktator gegen Gage seine „dreckige Atombombe“ zu basteln. Deutsche Firmen lieferten aus sauberster Profitgier dem Irak alles, was man zur Giftgasproduktion und zur Vervollkommnung primitiver Raketen braucht. Aber es existiert längst eine spottbillige und supermoderne Trägerrakete, die solch ein Regime weder heimlich bauen, noch umständlich verstecken muss und mit deren Hilfe Kleinterroristen wie Bin Laden oder solche Großterroristen wie Saddam Hussein atomare oder chemische oder bakteriologische Massenvernichtungswaffen leicht ins Ziel bringen können: die Demokratie. Sie funktioniert todsicher in allen weltoffenen zivilen Gesellschaften.

In jeder westlichen Großstadt kann man mit dem nötigen Kleingeld jeden Tag auf dem freien Immobilienmarkt hundert geeignete Immobilien kaufen. Insbesondere private Einzelhäuser werden so gut wie niemals von irgendwelchen Polizei- oder Sicherheitskräften beachtet, geschweige denn kontrolliert. Es wäre ein Klacks, in solch einem Haus eine funktionierende Massenmordmaschine Stück für Stück im Laufe der Jahre zusammenzubauen.

Jede Firma liefert alles. Lästige Handelsembargos für kriegsgeeignete Spezialtechnik spielen im Inland keine Rolle. Und wenn dann ein getürkter Tanklastler einer Ölfirma gelegentlich vorfährt, kann der genauso gut eine Giftbrühe oder eine mit Krankheitserregern präparierte Nährflüssigkeit für tödliche Epidemien in den zweckentfremdeten Heizöltank pumpen. Die Explosion kann dann im richtigen Timing ausgelöst werden, durch ein Signal, ein Code-Wort von sonst woher mit einem Mobiltelefon. Alle Metropolen der westlichen Welt sind geeignete Schauplätze zur Aufführung einer solchen Tragödie, für die der 11. September in New York nur ein Vorspiel war.

Und was wird mit Israel? Ein paar mit deutscher Technik aufgemöbelte Raketen, die Nordkorea an den Irak geliefert hat, funktionieren wie im letzten Golfkrieg gut genug, um die kurze Distanz in Richtung Israel zu bewältigen, so dass der winzige Judenstaat sich mit einem Schlag in eine riesige Gaskammer verwandelt. Das wäre dann die panarabische Endlösung der Judenfrage. Ich sah heute ein Foto in der Zeitung: Junge Israelis in einer Schulklasse üben mit den Gasmasken. Das ist der historische Fortschritt: Immerhin haben seit dem Trick mit den falschen Duschräumen in Auschwitz diese Menschen inzwischen echte Gasmasken auf der Nase.

Schlau, wie die Juden nach Meinung der Antisemiten allerdings sind, werden die Israelis bei einem Raketenangriff auf ihr Land in luftdicht abgeklebten Kellern unter den Wohnhäusern sitzen. Und dann teilen sie sich die präparierten Wasservorräte und das Essen ein. Aber wer in solcher Welt auch nur einen Monat in einem Bunker überlebt, der wird die schon verwesenden Leichen auf der Straße beneiden.

Male ich den Teufel an die Wand? Liefere ich dem toll gewordenen Mörderpack etwa noch tollere Ideen mit solchem Horrorszenario? Egal wie es kommt, eines ist sicher: Alle Kontrahenten werden, wenn sie im Untergang überhaupt noch was sagen können und falls überhaupt noch ein Lebendiger zuhört, röcheln: „Siehste!“ – soll heißen: Alle werden sich bestätigt fühlen, alle werden noch im Sterben die eitle Genugtuung genießen, Recht behalten zu haben. Auch ich.

Die Haltung unserer Regierung provoziert eine Chance, und die wird jeden fundamentalistischen Friedenskämpfer entzücken: Wenn wir kriegserfahrenen Deutschen nun also dermaßen den

Krieg als letztes Mittel der Politik ächten, sollten wir diese brachiale Friedensliebe auch furchtlos ausleben. Dann sollte unser Land konsequenterweise seine Armee auf der Stelle abschaffen. Die Steuermilliarden für den Wehretat könnten wir sparen. Eine totale Abrüstung wäre ein Segen für die bankrotten Kommunen. Der Staatshaushalt wäre mit einem Schlage saniert! Die Renten wären sicher! Neue, ökologisch nachhaltige Arbeitsplätze könnten geschaffen werden! Eltern und ihre Kinder, die es brauchen, könnten einen Kindergartenplatz finden. Mehr und besser ausgebildete Lehrer fänden einen Job.

Wenn nämlich das reiche und starke Deutschland so gar keine Feinde auf Leben und Tod mehr

hat auf dieser Welt, Mensch! dann sollte es getrost sein Schwert an den Ufern von Babylon niederlegen und baden gehen. Ich meinte diese Idee ursprünglich mephistophelisch boshaft.

Aber nun überlege ich ohne Häme: Warum eigentlich nicht – womöglich hat sich der Hegelsche Weltgeist unseren ursprünglich falschen Friedenskanzler Schröder und seinen wandelbaren Außenminister als echt blind wirkende Prototypen einer Welt ohne Waffen ausgewählt. Wir erleben – das könnte doch sein! – das Wirken der Hegelschen Geschichtsdialektik. Und können womöglich später einmal mit stillem Pathos sagen: Wir sind dabei gewesen! Wer weiß – ausgerechnet diese geschichtsdummen Deutschen könnten nun durch eine Abschaffung der Armee den kindlich-klugen Dreh gefunden haben, mit dem der uralte Circulus vitiosus von Krieg und Frieden, von Gewalt und Gegengewalt ein für alle Mal durchbrochen wird: einseitige Abrüstung! Die Deutschen haben im letzten Jahrhundert der Welt die zwei Weltkriege beschert – jetzt könnte es vom überlegenen Witz des Weltgeistes zeugen, wenn ausgerechnet Germania durch seine totale Selbstentwaffnung die Epoche eines Ewigen Friedens einläutet. So würde – diesmal in echt – am Deutschen Wesen doch noch die Welt genesen. Aber ich habe da – pardon – meine Zweifel.

*Biermann, 66, Liedermacher und Schriftsteller, lebt in Hamburg. Zuletzt publizierte er „Über Deutschland. Unter Deutschen“ (2002).*



Liedermacher Wecker, Hannes Wader: *Wille zur Machtlosigkeit*



MANFRED WITT / DER SPIEGEL

FILM

# Easy Rider im Ruhestand

Rentner am Rande des Nervenzusammenbruchs: In „About Schmidt“ brilliert Jack Nicholson als frustrierter Pensionär.

**N**ur noch ein paar Minuten, dann beginnt die Zukunft. Dann ist es 17 Uhr, Dienstschluss, zum letzten Mal, und Warren Schmidt könnte danach all das tun, was er schon immer tun wollte. An diesem Abend hat er allerdings noch einen wichtigen Termin: Schmidt muss zu einer Beerdigung – seiner eigenen.

nen in ihrer galligen Wahrhaftigkeit mit zum Komischsten gehören, was Hollywood im letzten Jahr zu Stände gebracht hat. Vielmehr hat Alexander Payne (Buch und Regie) einen hintergründig-melancholischen Gruselfilm gedreht, der die Angst vor dem Altwerden satirisch unterläuft und zugleich ins Tragische überhöht. Entsprechend guckt Jack Nicholson, auch schon 65, zu Beginn von „About Schmidt“ so teilnahmslos ins Leere wie zuletzt als Psychiatrie-Patient am Ende von „Einer flog über das Kuckucksnest“ (1975), nachdem ihn eine Gehirnoperation seiner Persönlichkeit beraubt hatte.

Schmidt ist zwar nur den Job los, aber auch sein Ego ist dahin. Sinnfragen, jahrzehntelang begraben unter Akten und Aktionismus, lassen sich nun nicht länger verdrängen: Was bin ich? Warum komplimentiert mich mein Nachfolger in der Firma nach zwei Minuten zur Tür, wenn ich



„About Schmidt“-Star Nicholson: Wer ist die alte Frau in meinem Haus?

Wie eine Trauerfeier zu Lebzeiten kommt ihm das Ganze zumindest vor. Tatsächlich ist Schmidt – ein Versicherungsstatistiker, der die Lebenserwartung anderer Leute berechnet – gerade pensioniert worden. Das muss gefeiert werden, finden seine ehemaligen Kollegen, sein Nachfolger, seine Freunde, seine Frau. So erträgt Schmidt (Jack Nicholson) das Dinner in einem zweitklassigen Provinz-Steakhaus und die hohlen Reden ihm zu Ehren mit dem Gleichmut eines Mannes, der weiß, dass es nebenan noch eine gut sortierte Bar gibt. Dort wird er gleich einen trinken gehen, allein. Prost, Pensionär, auf mein Wohl!

„About Schmidt“, man ahnt es, ist keine harmlose Komödie, obwohl diese Sze-

ihm meine Hilfe anbiete? Weshalb soll ich mich zum Pinkeln hinsetzen? Und wer ist überhaupt die alte Frau, die in meinem Haus wohnt?

Doch Schmidt hat kaum Gelegenheit, den Kampf aufzunehmen gegen Helen (June Squibb), die ihm in 42 Ehejahren fremd gewordene Gattin: Als Schmidt nach einer kurzen Flucht ins Fast-Food-Lokal zurückkehrt in die perfekt aufgeräumte Egehölle, liegt seine Frau tot neben dem Staubsauger – Exitus beim Hausputz. Für Helens letzte Reise spendiert Schmidt einen blauen Kunststoffarsg.

Kann es noch schlimmer kommen? Es muss. Nach bewährtem Hollywood-Rezept – mit einem Erdbeben anfangen und dann langsam steigern – entdeckt Schmidt Brie-

fe, die beweisen, dass Helen einst eine Affäre mit seinem besten Freund hatte. Vor allem aber droht die Hochzeit von Schmidts erwachsener Tochter (Hope Davis). Ihr Verlobter, ein randständiger Wasserbettenverkäufer mit Fu-Man-Chu-Bart (Dermot Mulroney), bedroht durch seine freundlich-penetrante Mittelmäßigkeit Schmidts Restglauben an Gerechtigkeit.

Immerhin hat er jetzt wieder eine Aufgabe: die Hochzeit verhindern. Also macht sich der frustrierte Pensionär auf die Reise zu Tochter und Möchtegern-Schwiegersohn; es wird eine lange Fahrt im viel zu großen Wohnmobil, mit jeder Menge trotzig verdrängtem Selbstmitleid als unsichtbarem Beifahrer.

Dieses Motiv teilt „About Schmidt“ mit David Lynchs Rentner-Roadmovie „Straight Story“ (1999), doch Lynch inszenierte die Tour des alten Mannes, der auf einem Rasenmäher 400 Kilometer durch die USA zuckelte, als Triumphzug. Regisseur Payne zeigt Schmidts Abenteuer mit dem Wohnmobil dagegen als Serie von Niederlagen.

Quasi im Rückspiegel des Oldie-Vehikels ahnt der Zuschauer dabei natürlich auch immer Nicholsons „Easy Rider“-Vergangenheit – auch wenn die Rebellenzeit auf dem Motorrad inzwischen 35 Jahre zurückliegt. Hit the road, Jack!

Dass Paynes Film „About Schmidt“, der diese Woche in die deutschen Kinos kommt, mit dem gleichnamigen Roman von Louis Begley (1997) nur die Grundidee gemeinsam hat – ein Witwer rebelliert gegen die Hochzeit seiner einzigen Tochter –, braucht Kinogänger nicht zu stören. Payne, 41, schlägt einen eigenen Ton an, der in der satirisch überdrehten Beschreibung bürgerlicher Rituale und Lebenslügen eher an Jonathan Franzens Familienchronik „Die Korrekturen“ erinnert als an Begleys abgeklärten Zynismus.

Begley selbst vermisste an Paynes Adaption „die erneuernde Kraft des Eros“, die seinen eigenen Helden, einen snobistischen New Yorker Rechtsanwalt, am Ende wieder im Saft stehen lässt. Tatsächlich flüchtet der Film-Schmidt aus der Wanne, als die Mutter des Bräutigams (Kathy Bates) dort nackt zur Familienzusammenführung beitragen will.

Klischees? Natürlich. Aber sie funktionieren gut, weil Payne und sein Co-Autor Jim Taylor das so genannte wahre Leben offenbar genau beobachtet haben. Allerdings kennen sie auch die richtigen Filme: Warren Schmidt wirkt wie ein Alter Ego des anderen berühmten Versicherungsheinis der Kinogeschichte, C. C. Baxter aus Billy Wilders Tragikomödie „Das Appartement“ (1960). Auch Baxter war gewissenhaft, pünktlich, unglücklich – aber er war jung, damals.

Mittlerweile dürfte er pensioniert worden sein.

MARTIN WOLF

# Zerrissene Gefühlswelt

Gewalt und Tod prägen den Alltag in Israel – dennoch wurde ausgerechnet eine martialische Mordgeschichte von Batya Gur dort zum Bestseller.

**A**uf dem Dachboden eines alten arabischen Hauses wird eine Leiche gefunden. Das Genick der jungen Frau ist gebrochen, ihr Gesicht zerschmettert. Sie muss wohlhabend gewesen sein: Der eingerissene rote Schal um ihren Hals ist aus Seide, der Mantel mit Brokat bestickt, und an den Füßen trägt sie italienische Designerschuhe – nicht unbedingt üblich im Jerusalemer Baka-Viertel.

Araber lebten hier bis zum Unabhängigkeitskrieg 1948. Damals flohen sie aus Angst vor den israelischen Truppen und ließen ihre prächtigen Häuser im Stich. In die zogen jüdische Neueinwanderer – Holocaust-Überlebende aus Osteuropa, Flüchtlinge aus dem Jemen, dem Irak, Marokko. Dann kamen Südafrikaner, Franzosen, Amerikaner und schufen in Baka eine multikulturelle Welt.

Dorthin hat die Autorin Batya Gur, 55, den Tod geschickt – in ihre eigene Nachbarschaft. Nur ein paar Schritte sind es von ihrer Haustür über die stillgelegte Bahnlinie bis zum Tatort in der Betlehemstraße, der quirligen Hauptstraße des Viertels mit Cafés, Gemüseläden, Friseur und Schuster. Gur geht dort selbst gern einkaufen. Hier kreuzen sich auch die Wege ihrer Figuren in dem Roman „Denn die Seele ist in deiner Hand“\*.

„Ich brauchte einen Ort, der die israelische Gesellschaft sozusagen in einem Brennglas spiegelt“, sagt Gur. Ihr jüngster Kriminalfall, der fünfte für den stillen Polizeinspektor Michael Ochajon, erzählt von frommen Händlern, ehemüden Hochschullehrern, hässlichen Frauenhelden, Putzfrauen und einer gerissenen Journalistin.

Betlehem ist nicht weit, und so kann man abends das Raketenfeuer hören, mit dem die Armee die Attacken der palästinensischen Milizen auf die Vorortsiedlung Gilo beantwortet. Bestimmt war auch der Mörder der jungen Frau ein Araber, tuscheln die Leute, und vorher vergewaltigt hat er sie sicherlich auch. Braucht man Krimis



Tatort Jerusalem: Fromme Händler und hässliche Frauenhelden

in Zeiten des Kriegs? Der Mord in der Betlehemstraße ist dabei, zu einem der beliebtesten Bücher Gurs in Israel zu werden, als hätten die Israelis nicht schon jeden Tag genug Bomben, Gewalt und Sterben. „Die Leute lesen Detektivgeschichten wie Legenden, egal, wie realistisch sie sind“, glaubt die Schriftstellerin, „und wenn das Verbrechen dann aufgeklärt wird, sind sie erleichtert.“

Der Tod, den sie erdichtet, trägt zuweilen burlaske Züge, etwa wenn der Pathologe bei der blutigen Obduktion des Opfers vor sich hin summt, als wäre er ein gut gelaunter Metzger, der gerade den Braten ausbeint. „Viele Leute waren empört über diese Szene“, erzählt Gur, „doch sie selbst setzen sich abends mit dem Sandwich vor die Nachrichten und schauen Bilder von verstümmelten Anschlagsoffern.“

Hauptthema ist das traditionell als gespannt geltende Verhältnis zwischen zwei großen Bevölkerungsgruppen: Sephardische, also orientalistischstämmige Juden, und die häufig als elitär verschrienen Ashkenasim, die aus Europa kamen.

Diesen Bruderzwist führt Gur in ihrem Krimi am Beispiel zweier Familien vor, die das Schicksal in ein Doppelhaus verschlagen hat: In der einen Hälfte leben die gebürtigen Ungarn Benesch, in der anderen die aus dem Jemen stammenden Bascharis – deren Tochter Zohra ist das Mordopfer. In ihrem Privatkrieg traktieren sich die ver-

feindeten Familien mit Ohrfeigen, kippen sich Müll vor die Haustür und zertrampeln sich gegenseitig die Jasminsträucher.

So wie Klara Benesch im Buch über ihre jemenitischen Nachbarn herzieht – „Diese ganzen Schwarzen, sie sind wie die Araber, noch schlimmer“ –, denken viele Leute tatsächlich, sagt Batya Gur.

Über dem Kulturkampf gerät der Mord fast in Vergessenheit. Der Täter wird eher nachlässig gezeichnet, die tödliche Begegnung mit seinem Opfer wird nie enthüllt. „Das hat mich nicht interessiert“, bekennt Gur. Ihr geht es um ein Sittengemälde des Landes. Wenn sie die zerrissene Gefühlswelt ihrer Charaktere beschreibt, gelingen ihr sprachlich die lebendigsten Passagen.

Die studierte Literaturwissenschaftlerin, die 1987 mit ihrem Erstling „Denn am Sabbat sollst Du ruhen“ das in Israel brachliegende Krimigenre belebte, ist keine Thriller-Autorin, keine Lady of Crime, die ihren Lesern Schauer über den Rücken jagt. Sie ist die Pathologin einer Gesellschaft, deren Innenleben schon ohne Mord und Totschlag spannend ist wie ein Krimi.

Die heimliche Heldin des neuen Romans ist das dicke, pickelige Mädchen Nesja. Wenn die Zehnjährige mit ihrem Hund Rosi durchs Viertel zieht und dabei den Leser mit an die Hand nimmt, entgeht ihr nichts – wer mit wem fremdgeht, welche Familie gerade Krach bekommt. Liebevoll fühlt sich Gur in das frühpubertäre Unglück Nesjas, die sich mit Hilfe erstohlener Schätze in Traumwelten flüchtet, bis auch sie – mehr sei hier nicht verraten – in die Fänge des Mörders gerät. „Monatelang konnte ich nicht weiterschreiben, weil ich nicht wusste, ob ich auch sie sterben lassen soll.“

Wie nebenbei schenkt sie ihrem Polizisten Ochajon eine wunderschöne Liebesgeschichte. Nach über 30 Jahren trifft er seinen Jugendschwarm Ada wieder, deren Küsse damals im Sommercamp so wunderbar nach Grapefruit schmeckten. Sie verlieben sich erneut – Sehnsucht nach Harmonie in Zeiten des Kriegs?

„Letztes Mal hatte der Kommissar eine so unglückliche Affäre“, so Gur, „ich dachte, jetzt muss ich mal für Trost sorgen.“

**Autorin Gur:** *Sehnsucht nach Trost*



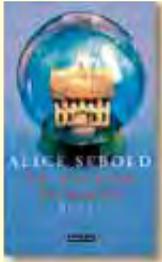
MAITALI HILGER

\* Batya Gur: „Denn die Seele ist in deiner Hand“. Aus dem Hebräischen von Barbara Linner. Goldmann Verlag, München; 448 Seiten; 22,90 Euro.

## Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: [www.spiegel.de/bestseller](http://www.spiegel.de/bestseller)

## Belletristik

- 1 (2) **Henning Mankell** Die Rückkehr des Tanzlehrers Zsolnay; 24,90 Euro
- 2 (1) **Judith Hermann** Nichts als Gespenster S. Fischer; 17,90 Euro
- 3 (5) **Paulo Coelho** Der Alchimist Diogenes; 17,90 Euro
- 4 (4) **Siri Hustvedt** Was ich liebte Rowohlt; 22,90 Euro
- 5 (–) **Philip Roth** Das sterbende Tier Hanser; 16,90 Euro
- 6 (3) **Gabriel García Márquez** Leben, um davon zu erzählen Kiepenheuer & Witsch; 24,90 Euro
- 7 (–) **Henning Mankell** Tea-Bag Zsolnay; 24,90 Euro
- 8 (6) **Kathy Reichs** Knochenlese Blessing; 23 Euro
- 9 (7) **Elke Heidenreich/Bernd Schroeder** Rudernde Hunde Hanser; 15,90 Euro
- 10 (9) **Joanne K. Rowling** Harry Potter und der Gefangene von Askaban Carlsen; 15,50 Euro
- 11 (11) **Leon de Winter** Malibu Diogenes; 22,90 Euro
- 12 (–) **Alice Sebold** In meinem Himmel Manhattan; 21,90 Euro  
  
**Ein Mädchen wird brutal ermordet – und beobachtet den Zerfall seiner Familie aus dem Himmel**
- 13 (10) **Tom Clancy** Red Rabbit Heyne; 26 Euro
- 14 (8) **Joanne K. Rowling** Harry Potter und der Feuerkelch Carlsen; 22,50 Euro
- 15 (14) **Marc Levy** Wo bist du? Droemer; 19,90 Euro
- 16 (15) **Ken Follett** Die Leopardin Lübbe; 24 Euro
- 17 (13) **Susanne Fröhlich** Frisch gemacht! W. Krüger; 18,90 Euro
- 18 (17) **Michael Crichton** Beute Blessing; 24 Euro
- 19 (–) **Joanne K. Rowling** Harry Potter und der Stein der Weisen Carlsen; 14,50 Euro
- 20 (–) **Yann Martel** Schiffbruch mit Tiger S. Fischer; 19,90 Euro

## Sachbücher

- 1 (1) **Michael Moore** Stupid White Men Piper; 12 Euro
- 2 (2) **Jürgen Todenhöfer** Wer weint schon um Abdul und Tanaya? Herder; 19,90 Euro
- 3 (4) **Allan Pease/Barbara Pease** Warum Männer lügen und Frauen immer Schuhe kaufen Ullstein; 16,95 Euro
- 4 (3) **Peter Scholl-Latour** Kampf dem Terror – Kampf dem Islam? Propyläen; 24,90 Euro
- 5 (5) **Klaus Bednarz** Östlich der Sonne – Vom Baikalsee nach Alaska Rowohlt; 19,90 Euro
- 6 (6) **Jana Hensel** Zonenkinder Rowohlt; 14,90 Euro
- 7 (7) **Jörg Friedrich** Der Brand – Deutschland im Bombenkrieg 1940 – 1945 Propyläen; 25 Euro
- 8 (8) **Werner Tiki Küstenmacher/Lothar J. Seiwert** Simplify your life Campus; 19,90 Euro
- 9 (9) **Dieter Bohlen mit Katja Keßler** Nichts als die Wahrheit Heyne; 20 Euro
- 10 (12) **Stefan Klein** Die Glücksformel Rowohlt; 19,90 Euro
- 11 (14) **Peter Scholl-Latour** Der Fluch des neuen Jahrtausends C. Bertelsmann; 22 Euro
- 12 (10) **Josef Hochstrasser** Ottmar Hitzfeld – Die Biographie Argon; 19,90 Euro  
  
**Heimweh, Sprachfehler, Zockernatur und Rücktrittspläne: Einblicke in das Seelenleben eines Fußballtrainers**
- 13 (15) **Günter Ogger** Die Ego AG – Überleben in der Betrüger-Wirtschaft C. Bertelsmann; 22,90 Euro
- 14 (11) **Roger Willemsen** Deutschland-reise Eichborn Berlin; 17,90 Euro
- 15 (17) **Dalai Lama** Der Weg zum Glück Herder; 17,90 Euro
- 16 (13) **Guido Knopp** Stalingrad C. Bertelsmann; 23,90 Euro
- 17 (16) **Kurt Cobain** Tagebücher Kiepenheuer & Witsch; 19,90 Euro
- 18 (19) **Spencer Johnson** Die Mäuse-Strategie für Manager Ariston; 14,90 Euro
- 19 (18) **Mende Nazer/Damien Lewis** Sklavin Schneekloth; 19,90 Euro
- 20 (20) **Waris Dirie** Nomadentochter Blanvalet; 21,90 Euro

SPIEGEL-GESPRÄCH

# „Wir brauchen viele Götter“

Der Philosoph Odo Marquard über die Sehnsucht der Deutschen nach gründlicher Weltverbesserung, den Mut zur Bürgerlichkeit, die Wichtigkeit von Teddybären und sein neues Buch

*Marquard, der diesen Mittwoch 75 wird, lehrte von 1965 bis 1993 an der Universität Gießen Philosophie und erhielt 1996 den Ernst-Robert-Curtius-Preis für Essayistik. Er veröffentlichte unter anderen die Bücher „Skeptische Methode im Blick auf Kant“ (1958) und „Abschied vom Prinzipiellen“ (1981). Jetzt erscheint bei Reclam sein Essay-Band „Zukunft braucht Herkunft“.*

**SPIEGEL:** Herr Professor Marquard, Sie publizieren Ihre Essays unter dem Titel „Zukunft braucht Herkunft“. Heißt das – bei allem Respekt vor Ihrem Alter und Ihrer Weisheit – so viel wie „Ich werde noch gebraucht, bitte vergesst mich nicht“?

**Marquard:** Es steckt natürlich drin. Aber ich bin kein philosophischer Missionar, ich habe keine Weltbeglückungspläne, die die Menschheit nur ja nicht vergessen soll. Trotzdem denke ich manchmal in diese Richtung, weil ich die aktive Laufbahn als Hochschullehrer hinter mir habe.

**SPIEGEL:** Sehen wir von Ihrer Person einmal ab. Wieso braucht Zukunft Herkunft?

**Marquard:** Weil für zu viel Veränderung das Menschenleben zu kurz ist. Wir haben einfach nicht die Zeit, alle oder auch nur die meisten Dinge unseres Lebens neu zu regeln. Unser Tod ist stets schneller als die meisten unserer Änderungen. Weil darum die Freiheit zum Neuen begrenzt ist, müssen wir überwiegend herkömmlich leben – es bleibt dann noch die Chance, unsere Herkunftshaut neu zu verstehen und dadurch ihr gegenüber geistig frei zu werden, obwohl wir aus ihr nicht heraus können.

**SPIEGEL:** Aus der Kürze der Lebenszeit lässt sich auch ein ganz anderer Schluss ziehen: Das Leben ist so kurz, dass wir keine Zeit für Vergangenes haben.

**Marquard:** Aber das uns prägende Vergangene ist doch immer schon da – Familie, Sprache, Institutionen, Religion, Staat, Feste, Geburt, Todeserwartung –, wir entkommen ihm nicht. Wo wir anfangen, ist

niemals der Anfang. Vor jedem Menschen hat es schon andere Menschen gegeben, in deren Üblichkeiten – Traditionen – jeder hineingeboren ist und an die er, Ja sagend oder negierend, anknüpfen muss. Das Neue, das wir suchen, braucht das Alte, sonst können wir das Neue auch gar nicht als solches erkennen. Ohne das Alte können wir das Neue nicht ertragen, heute schon gar nicht, weil wir in einer wandlungsbeschleunigten Welt leben.

**SPIEGEL:** Manche Menschen wandeln sich täglich mit.

**Marquard:** Weil sie einem alten Mythos der Moderne aufsitzen, der den schnellen Wandel von allem und jedem – nach dem Vorbild des technischen Fortschritts – zu fordern scheint. Aber da ist eine Schwierigkeit: das wachsende Veraltungstempo. Je schneller das Neueste zum Alten wird, desto schneller veraltet auch das Veraltene selbst, und umso schneller kann Altes wieder zum Neuesten werden. Rascher Wandel schafft Vertrauensdefizite. Kinder, für die die Wirklichkeit unermesslich neu

und fremd ist, tragen ihre eiserne Ration an Vertrautem überall bei sich – ihre Teddybären. Mein Teddybär ist ein Plüschlöwe, den ich mir irgendwann in Polen gekauft habe. Die Teddybären der Erwachsenen sind zum Beispiel auch ihre Klassiker. Mit Goethe durchs Jahr. Mit Habermas durchs Studium. Mit Reich-Ranicki durch die Gegenwartsliteratur.

**SPIEGEL:** Lassen wir die Literatur einmal beiseite – was haben Sie gegen den Teddybär Habermas?

**Marquard:** Ich sagte doch, wir brauchen Teddybären. Also auch ihn. Der Frankfurter Schule, für die er steht, besonders der „Dialektik der Aufklärung“ von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno sowie Adornos „Minima Moralia“, verdanke ich es unter anderem, dass es mir Anfang der fünfziger Jahre gelang, mich von dem damals übermächtigen Martin Heidegger zu distanzieren, der noch als Emeritus den Hörsaal wie ein Denkwebel beherrschte.

**SPIEGEL:** Genügte dazu nicht Heideggers Verstrickung in die Nazi-Politik der dreißiger Jahre, als er sein Freiburger Rektorenamt nach Führervorbild wahrnahm?

**Marquard:** Die verbrecherische Nazi-Irrfahrt hat mich überhaupt erst dazu gebracht, Philosophie zu studieren. Ich wollte wissen, wo es nun langgeht, wie man es denkend vermeiden kann, dass uns so etwas noch einmal passiert. Aber was Heidegger betrifft, so war es damals für einen Philosophie-Studenten eine ambivalente Situation: Der Vater riet ihm, bei dem kannst du auf keinen Fall studieren, die Mutter sagte, nur bei dem kannst du wirklich etwas lernen.

**SPIEGEL:** Aus dieser Zwickmühle hat die radikale Kritik der Frankfurter Schule, etwa am autoritären Charakter der Deutschen, Ihnen herausgeholfen. Aber später haben Sie sich auch von den Frankfurtern distanziert ...

**Marquard:** ... ja, ich fand irgendwann die Dauerrede vom „schlechten Bestehenden“ übertrieben. Ich fand, die Menschen sind viel zu zerbrechlich, um sich die Totalnegativierung des wirklichen Lebens, diesen permanenten Luxus des Krisenstolzes leisten zu können.



Philosoph Marquard: „Luxus des Krisenstolzes“

TIM WEGNER / LAF

Das Gespräch führten die Redakteure Elke Schmitter und Mathias Schreiber.



**Marquard-Thema Familie:** *Das Überkommene und Übliche als Entlastung*

Gegen diese philosophische Wacht am Nein und ihre stetig steigende Jammerrate halte ich den nüchternen Blick auf das, was an der modernen Welt Nicht-Krise ist, die Einübung in die Zufriedenheit damit, dass das Leben endlich und bunt ist; und dass die Entzweiung in den rationellen Fortschritt, heute Globalisierung genannt, einerseits und die vielen unterschiedlichen Herkunftstraditionen andererseits nicht überwunden, sondern ausgehalten werden muss. Und zwar so, dass eins das andere kompensiert. Das hat so schon Joachim Ritter, mein Lehrer, gesehen.

**SPIEGEL:** Was ist, von diesen allgemeinen Bedenken abgesehen, Ihr spezieller Einwand gegen Habermas?

**Marquard:** Auf die rechte Verweigerung der Bürgerlichkeit – bei den Nazis – folgte in Deutschland nach 1968 die linke Verweigerung von Bürgerlichkeit. Ich plädiere für die Verweigerung dieser Bürgerlichkeitsverweigerung. An Habermas kritisiere ich den geschichtsphilosophischen Monotheismus, die These von der absoluten Alleingeschichte der Emanzipation, von der Totalgeschichte der Weltverbesserung, und ein Diskurs-Ideal, das die Vielfalt der Geschichten und Meinungen nur als Anfangskonstellation gestattet. Das Diskurs-Ziel ist der Konsens, als das Ende, an dem nur noch eine einzige Meinung, und damit ein meinendes, total aufgeklärtes Über-Wir, herrscht. Das zerstört nicht nur die Vielfalt der Meinungen, Geschichten, Sprachen, Sitten, Küchen, die doch unser kleines, kurzes Leben durch andere Leben bereichert. Darin steckt auch ein autoritäres Dissensverbot, die mythenfeindliche Ermächtigung durch eine Alleinvernunft, die es stört, dass man erzählt, statt sich zu einigen. Dieser

Diskurs ist die Rache des Solipsismus an seiner Vertreibung. Nein, die Philosophie muss das Gespräch fundamentaler bejahen und dabei wieder erzählen dürfen.

**SPIEGEL:** Da spricht der „Transzendentalbelletrist“, der die erzählte „Vize-Lösung“ – beides Formulierungen von Ihnen – der strengen und anstrengenden Begründung des Lebensanzuges durch ein Prinzip vorzieht und sich einfach weigert, eine definitive Grund-Entscheidung zu treffen, die ihm unbequem werden könnte – etwa politisch. Habermas nannte Ihr Denken einmal die „Ohne-mich-Philosophie“.

**Marquard:** Und ich habe ihm geantwortet, das sei bloß die Ohne-ihn-Philosophie.

Nein, ich spreche als Skeptiker, der jedem absoluten Text, der einzig möglichen Lesung einer heiligen Schrift misstraut – das war die erste Lehre, die ich nach 1945 aus der Alleingeschichte der Nazis zog, eine Grundhaltung des Erschreckens und der Ernüchterung – und der sich an Stelle der einen Freiheit durch Vernunftregie die vielen Freiheiten verschiedener Lesarten und vieler Geschichten wünscht. Der Skeptiker redet mit allen, der Diskursethiker letztlich nur mit Gleichgesinnten.

Mein zentraler Satz, der sich auch gegen die Systemphilosophie des deutschen Idealismus, etwa von Fichte, wendet, lautet dabei: Wir können mit dem Leben nicht warten auf die prinzipielle Erlaubnis, es nunmehr anfangen und leben zu dürfen – denn der Tod ist schneller. Für totale Begründungen und Änderungen, für absolute Sprünge eines die Geschichte autonom beherrschenden Tätermenschen, seien sie revolutionär

### „Nach den Nazis eine Grundhaltung des Erschreckens und der Ernüchterung.“

ne und Überkommene, sondern der Veränderer. Nur insofern bin ich konservativ. Ich bin gegen den Generalverdacht, alles Überkommene sei unvernünftig und müsse deshalb geändert werden. Ich bin gegen die ständige Stimulierung des Außerordentlichkeitsbedarfs, eine deutsche Krankheit, die damit zu tun hat, dass die Deutschen lange die Nation entbehren und reale Veränderungen durch absolute Philosophie kompensieren mussten. Die Enttäuschungen, die daraus resultieren, nähren immer neu die Sehnsucht nach dem Außerordentlichen. Demgegenüber entlaste ich mich, indem ich erst einmal die Vernünftigkeit des Ererbten unterstelle, bis zum Beweis des Gegenteils.

**SPIEGEL:** Ist das nicht eine Schönwetter-Philosophie – allenfalls geeignet für relative Wohlstandszeiten wie die gegenwärtige? Hätte man mit Ihrer Philosophie jemals die Französische Revolution angezettelt?

Wo bleibt der Skeptiker in krass inhumanen Zeiten?

**Marquard:** Der Skeptiker rechnet damit, dass seine Philosophie eine unter anderen ist. Er behauptet ja nicht, dass er ein universales Prinzip vertritt, das die Welt rettet. Ich schließe nicht aus, dass andere in einigen Punkten besser sind als ich, zum Beispiel mutiger beim Verändern. Gegen Missstände würde ich mich immer wehren, aber ohne dafür ein neues Prinzip zu suchen. Mein Plädoyer für die Bürgerlichkeit setzt natürlich den bürgerlichen Staat voraus, der ohne die Französische Revolution nicht das wäre, was er ist. Im Rahmen dieses liberalen Staates bin ich für den Aus-

oder reaktionär, sterben wir zu früh.

Glauben Sie bloß nicht, dieses Ja zum Unvollkommenen sei für mich bequem gewesen. Gerade nach 1968 gab es, in der DDR erst recht, aber auch im Westen des Landes, eine Präferenz des Marxismus, für den auch ich anfällig war. Da war der revolutionäre Traum vom Himmel auf Erden auch unter Philosophen der herrschende Diskurs, ein Traum, der ja in die irdische Identität von Himmel und Hölle mündet, wie die Geschichte bewiesen hat.

**SPIEGEL:** Sind Sie ein konservativer Spießer?

**Marquard:** Der Begriff des Spießers bedarf auch der Überprüfung. Ich sage: Nicht jede Veränderung ist per se gut. Die Beweislast trägt nicht das Vorhande-

FRANK OESSENBRINK



Philosophen Heidegger (1968), Habermas: *Der Denkwart und die Wacht am Nein*

gleich zwischen Erneuerung und Schicksal, Beschleunigung und Langsamkeit, Globalisierung und Herkommen. Damit würde ich dann einer totalen Globalisierung und Modernisierung Widerstand leisten.

**SPIEGEL:** Wer sagt, es gibt kein Absolutes, kann immer nur Vorläufiges von sich geben. Das gilt auch für die Grundhaltung der Skepsis.

**Marquard:** Ja, Skepsis ist der Entschluss zu einem vorläufigen Denken. Wenn die Erfahrung anderes lehrt, soll sie es tun. Aber bis dahin ...

**SPIEGEL:** ... gehen wir ins Kaffeehaus.

**Marquard:** Wäre auch nicht verkehrt. Wegen der Kürze des Lebens.

**SPIEGEL:** Bleibt der Skeptiker auch im Kaffeehaus sitzen, wenn ein Krieg gegen den Irak droht?

**Marquard:** Joachim Ritter hat eine Weile in der Türkei gelehrt. Er sagte, die schiere Modernisierung im Stile Atatürks allein sei es nun auch nicht. Es komme auf die Balance zwischen der Wahrung islamischer Traditionen und der Modernisierung an. Das gilt auch für den Irak. Allerdings bin ich mit der ursprünglichen Haltung unserer Regierung – auf keinen Fall Krieg, auch nicht, falls die Vereinten Nationen ihn beschließen – nicht einverstanden. Diese Festlegung vom Herbst, dieses Nein von vornherein war ein

diskursiver Präventivschlag, typisch für die Generation der 68er, die kein Gewissen mehr zu haben brauchte, weil sie ja das Gewissen selbst war. Die friedentheoretische Festlegung, einen Krieg von Anfang an auszuschließen und immer wieder rein politische Lösungen anzustreben, ist ja nicht durchzuhalten, sobald eine reale Bedrohung eine Notwehr erfordert.

**SPIEGEL:** Aber diese Festlegung entlastet uns und schon die Welt – das müsste Ihnen doch eigentlich sympathisch sein.

**Marquard:** Ja und nein, denn es fehlt in dieser frühen Festlegung das ernste Gespräch mit denen, die anders denken. Unsere Regierung hätte von Anfang an mit den anderen Europäern und der Uno sich beraten müssen. Und sollte der Mehrheitsentscheidung des Sicherheitsrats ganz pragmatisch folgen.

**SPIEGEL:** Wo bleibt bei Ihrem Ausgleich zwischen Tradition und Moderne die Religion?

**Marquard:** Die alte Frage: Wenn es Gott gibt, woher kommt dann das Böse? Sie ist noch nicht beantwortet. Meine Frau ist eine protestantische Pfarrerstochter. Ich bin ein halb gekippter Heide. Da ist es lebensgeschichtlich, nach einer so langen Ehe, ein-

leuchtend, dass ich durchaus mit ihr sonntags in die Kirche gehe. Trotz oder auch wegen der ständig fortschreitenden Aufklärung hat die Religion Bestand und ihr Recht ...

**SPIEGEL:** ... als eine von vielen Geschichten. Sie haben sich selbst einen Polytheisten genannt, Sie huldigen vielen Göttern.

**Marquard:** Vielleicht ist die christliche Religion ja auch im Grunde polytheistisch. Denken Sie an die Trinität oder an die vielen verschiedenen Konfessionen. Wir brauchen viele Götter, viele Mythen – Geschichten, die gegen Uniformierung Widerstand leisten. Dafür brauchen wir Kirchen, aber auch gute Romane, Museen, Bibliotheken. Und die Philosophie.

**SPIEGEL:** Sie haben den Menschen einmal definiert als „primären Taugenichts“. Eine pessimistische Sicht?

**Marquard:** Nein, eine Ermutigung zum Glückseligsein in der Endlichkeit, eine Entspannung angesichts der ewigen Anstrengung, es als endliches Wesen mit dem Absoluten, mit dem Ganzen und Endgültigen aufnehmen zu müssen – dazu taugen wir nicht. Wir sollten das Unvollkommene nicht immer nur schmähen, sondern es für

durchaus zustimmungsfähig halten – solange wir leben.

**SPIEGEL:** Sind Sie der Ober-Taugenichts der deutschen Philosophie?

**Marquard:** Das kann man durchaus sagen. Aber man sollte auch hinzufügen, dass dieser Taugenichts einmal Fachgutachter für

systematische Philosophie war und zum Präsidenten der Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie gewählt wurde. Der Taugenichts ist vielleicht ein guter Agent fürs Übrigbleiben.

**SPIEGEL:** Wenn Sie wüssten, ich lebe nur noch einen Tag, was täten Sie an diesem letzten Tag?

**Marquard:** Schlafen. Weil ich wüsste, es ist der letzte Tag, würde das wohl nicht klappen. Aber ich schlafe nun mal sehr gern.

**SPIEGEL:** Herr Professor Marquard, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

**„Wenn er es mit dem Absoluten aufnimmt, ist der Mensch ein Taugenichts.“**

# Puff auf dem Palatin

Ehrenrettung für Roms Kaiser Caligula: Ein Historiker zeigt, dass der angeblich irre Jung-Tyrann in Wahrheit das Opfer seiner heiklen Herrscherrolle war.

**G**äste bekamen blattgoldverziertes Brot serviert, dazu schlürfte der junge Regent schon mal in Essig gelöste Perlen. Anderntags jedoch ließ er urplötzlich Günstlinge und Senatoren köpfen, totpeitschen oder im Zirkus wilden Tieren vorwerfen. Sein Lieblingspferd wiederum bekam eine Krippe aus Elfenbein; beinahe hätte er es zum Konsul ernennen lassen.

Der Fall scheint klar – Caligula (12 bis 41 nach Christus), Roms dritter Alleinherrscher, war nicht bloß ein Tyrann, sondern komplett verrückt.

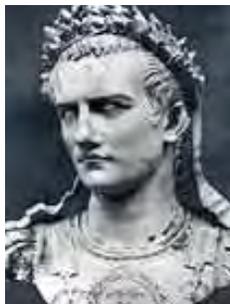
Schauernd schildern Historiker, wozu er fähig war: Ehrbare politische Größen hätten auf Scheinauktionen irgendwelchen Plunder zu Wucherpreisen ersteigern müssen. Sogar in Frauenkleidern sei der Kaiser aufgetaucht. Reihum habe er mit all seinen Schwestern geschlafen; später habe er auf dem Palatin, direkt neben seinem Palast, ein Bordell eröffnet.

Durchgedrehter Verschwen- der, größenwahnsinniger Despot, viehischer Wüstling und zynischer Quälgeist in einem – wollte der Feldherrnsohn Gaius Caesar, den Soldaten einst liebevoll nach seinen Kinderschuhen Caligula (Stiefelchen) genannt hatten, wirklich den Rekord für Ekelpakete brechen?

Oder folgten die Horrorszene- n einer völlig anderen Logik?

Dass Verleumdung im Spiel sein musste, argwöhnten Historiker längst. Doch damit war Aloys Winterling, 46, Professor für antike Geschichte in Freiburg, nicht zufrieden. So rollte er den Fall Caligula noch einmal ganz neu auf – mit überzeugendem Resultat.

Nach Winterlings Recherchen, die bald als Buch erscheinen, war der junge Kaiser keineswegs geisteskrank, sondern gleich auf dreifache Weise ein Opfer der Zustände im alten Rom: als Erbe einer politischen Rolle, die nur ein Genie der taktischen Verstellung bewältigt hätte; als Spross einer Familie, in der alles Vertrauen von Machtgier zerfressen war; endlich als unverstandener Zyniker, an dem sich Roms Oberschicht nach seiner Ermordung geschichtsschreibend rächte\*\*.



**Jung-Kaiser Caligula**  
Zynisch von früh an

ULSTEIN BILDERAGENTUR



**Caligula-Image im Film\*:** Durchgedrehter Wüstling?

Der erste Kaiser, Augustus, hatte als so genannter Princeps regiert: ohne echten Herrschertitel, ohne feste Amtsregeln, wie ein oberster Senator. Schon seinem Nachfolger Tiberius war dieses doppelbödige Spiel, das Heuchelei und Intrigen züchten musste, zuwider. Er ließ mächtige Statthalter in Rom die Dreckarbeit machen und zog sich grollend auf die Insel Capri zurück.

Dort erfuhr der junge Caligula, wie lebensgefährlich jede Nähe zur Macht war. Während die Augustus-Sippe mit Gift und Tücke um Nachfolgechancen kämpfte, ließ Tiberius Hochverräter exekutieren und missliebige Angehörige einkertern; Mutter und Brüder Caligulas kamen bei solchen Willküraktionen elend um. Der intelligente junge Mann tat das einzig Sinnvolle: Er ertrug schweigend Gräu- el und Überwachung – und wandelte sich innerlich zum Zyniker. Nach Tiberius' Tod wurde er dank seiner Verbindung zur kaiserlichen Garde, den Prätorianern, mit 24 Jahren Roms neuer Imperator.

Anfangs feierten die Römer ihn wie einen Erlöser: Caligula begnadigte politische Häftlinge, gab pompöse Zirkusspiele und warf Geld unters Volk. Zwei Jahre ging alles gut, bis seine allzu populistischen Erlasse und seine Freigebigkeit den Senatoren nicht mehr passten. Als dann eine erste Verschwörung aufgedeckt und rasch erstickt war, begann die Konfrontation.

Reiche Senatoren gewaltlos zu ducken, das war nicht so einfach. Caligula konnte nur ihren Luxus übertrumpfen – und tat es mit der Nonchalance eines frechen jungen Mannes, vom vergoldeten Brötchen und vielleicht auch dem Essig-Perlen-Drink bis zur Schauprozession über eine

fünf Kilometer lange Schiffbrücke im Golf von Neapel.

Oder er konnte die Herren wirklich bloßstellen. Auch das tat er mit Sarkasmus: durch Sondersteuern und Pseudo-Versteigerungen, durch Abschaffung der Ehrenplätze im Zirkus, schließlich auch in dem Scherz, sein Pferd Incitatus (Heißsporn) mit Elfenbeinkrippe, Palast und nahezu konsularischer Würde auszustatten.

Natürlich erbitterten solche Gags die Aristokraten nur noch tiefer. Vom morschen System der Schmeichelei zwischen Senat und Princeps blieb kaum mehr die Fassade. Eine zweite und eine dritte Verschwörung schlugen fehl. Nervöser werdend, fing Caligula an, sich nach orientalischem Brauch als Universal-Gott verehren zu lassen, der mitunter sogar weiblich auftreten konnte. Zugleich versuchte er, die Senatorenriege in Schach zu halten, indem er ihre Frauen und Kinder wie Geiseln neben seinem Palast einquartieren ließ.

Leicht konnten Historiker der gedemütigten Oberschicht daraus später ein kaiserliches Hurenhaus machen. Ebenso verzerrten sie die rasche, effiziente Beseitigung der Empörer in grundlose Mordlust; Caligulas Vertrauensverhältnis zu seiner Schwester Drusilla wurde zu Inzestorgien umgedichtet, seine taktische Götterrolle zum Gottkönigswahn samt Transvestiten-show. Nur detektivisches Lesen zwischen den Zeilen brachte Aloys Winterling oft darauf, was wirklich passiert sein könnte.

Selbst das Ende der verfahrenen Regentschaft musste er neu rekonstruieren: Kein spontaner Senatorenaufbruch, sondern ein schlaues geplantes Mordkomplott, das vierte, hatte im Januar 41 Erfolg. Auf dem Rückweg aus dem Palast-Theater überfielen zwei Prätorianer den Kaiser, erledigten ihn mit dem Schwert und löschten dann seine Familie aus. Kaum war Caligulas Onkel, der Stotterer Claudius, als neuer Imperator ausgerufen, begannen Chronisten in frischem Zorn damit, den gescheiterten Vorgänger zum Monster aufzubauen. JOHANNES SALTZWEDEL

\* „Caligula“ (USA 1979), mit Malcolm McDowell.  
\*\* Aloys Winterling: „Caligula. Eine Biographie“. Verlag C. H. Beck, München; 208 Seiten; 19,90 Euro. Das Buch erscheint am 20. März.

Werbeseite

Werbeseite

GESCHICHTE

## Spartanische Fürstenhöfe

Literarischen Quellen zufolge herrschte an den mittelalterlichen Fürstenhöfen das pralle Leben – die Tische bogen sich unter der Last der Speisen, Luxus und Verschwendungssucht kannten keine Grenzen, Höflinge und Ritter machten Jagd auf jeden Weiberrock. Alles Legende. So genannte Hofordnungen, wie sie die Tübinger Mittelalterforscherin Ellen Widder analysiert hat, ergeben ein ganz anderes Bild. Danach war an vielen Fürstenhäusern Schmalhans Küchenmeister. Für das Gesinde gab es nur „an sonntag, dinstag vnd dornstag zwey gesotten fleisch, zwey gemüse“. Allein den fetten Räten durften die Bediensteten „allen tag ein gebratenes geben“. Sparsames Wirtschaften und penible Buchführung standen höher im Kurs als Völlerei. Der Küchenschreiber musste getreulich notieren, ob Gäste verköstigt wur-



REAL BIBLIOTECA DE LO ESCORIAL/ THE ART ARCHIVE



INTERFOTO

Ritter beim Turnier, höfisches Fest

den „vnd wie viel vnd warumb“. Nicht einmal in der Liebe waren die Fesseln gelockert. Die Frauen wurden kontrolliert und bewacht. „Vnzucht“ mit Jungfrauen, Adelsdamen oder Kammermägden war „nymant“ gestattet. Testosterongesteuerte Ritter, die sich zur hemmungslosen Liebe hinreißen ließen, mussten sich vor dem Fürsten verantworten. In seinem Element war der über die Ordnung wachende Hofmeister beim gesellschaftlichen Benimm. Wenn der Fürst und die Fürstin als Jugendliche verkuppelt wurden, gebrach es ihnen oft an Liebe, innerer Reife und Haltung. Der Sittenwächter musste es richten. Widder: „Er machte sie fit für die Herrschaftsnachfolge.“

EVOLUTION

## Kleinvieh durch Wärme

Eine Klimaerwärmung vor rund 55 Millionen Jahren hatte unerwartete Auswirkungen auf die Entwicklung von Säugetieren, die um diese Zeit auf dem nordamerikanischen Festland lebten: Sie verzwerten. Auf den Kleinwuchs stieß der US-Forscher Philip Gingerich von der University of Michigan bei der Untersuchung von Fossilien. „Pferde aus dieser Periode“, so der Wissenschaftler, „die zuvor so groß waren wie Hunde, schrumpften auf die Maße von Siamkatzen.“ Die Ursache für die Miniaturisierung glaubt der Forscher im abnormalen Pflanzenwuchs während der rund 80 000 Jahre dauernden Wärmephase erkannt zu haben. Die Flora entwickelte in dieser Zeit Turboqualitäten. Doch offenbar waren die Pflanzen dadurch nicht mehr so nahrhaft wie zuvor; denn beim übermäßigen Größenwachstum veränderte sich zugleich ihr Stoffwechsel: Sie bildeten weniger Proteine, dafür aber umso mehr Abwehrstoffe gegen natürliche Feinde. Die Folge: Pflanzenfresser entwickelten sich langsamer und blieben insgesamt kleiner. Ob es sich bei der Verzweigung um eine echte evolutionäre Anpassung handelte oder nur kleinere Arten die größeren verdrängten, lässt sich nach Ansicht des Forschers noch nicht beantworten. Sicher ist: Der Prozess war am Ende der Wärmephase umkehrbar. Als die Temperaturen wieder fielen, entwickelte sich auch die Tierwelt zur ursprünglichen Größe zurück.



UNIVERSITY OF WASHINGTON

Neurowissenschaftlerin Kuhl, Sprachtest-Baby

LINGUISTIK

## Sprachbegabte Babys

Säuglinge können selbst schwierige Laute einer ihnen bis dahin fremden Sprache unterscheiden lernen. Neun Monate alte amerikanische Kinder lauschten bei Tests, die die US-Neurowissenschaftlerin

Patricia Kuhl von der University of Washington durchführte, insgesamt fünf Stunden lang Sprechern, die ihnen Texte auf Chinesisch vorlasen oder in dieser Sprache auf sie einredeten. Spezielle Reaktionstests zeigten anschließend, dass die Säuglinge schon nach dieser kurzen Zeit schwierige Lau-

te der fremden Sprache ähnlich gut auseinander halten konnten wie gleichaltrige Taiwaner, die seit langem an das Idiom gewöhnt waren. Auf die fremdartigen Töne hatten die jungen Probanden allerdings nur reagiert, wenn sie es mit Sprechern aus Fleisch und Blut zu tun hatten – die Berieselung mit Chinesisch mittels DVD oder Tonband blieb ohne erkennbare Wirkung.



Hubschraubereinsatz, TSAS-Weste



SIMPFLINS (K.L.)

## LUFTFAHRT

## Gefühltres Fliegen

Die Cockpits moderner Flugzeuge oder Hubschrauber sind so komplex, dass Piloten schnell die Übersicht verlieren. US-Forscher haben nun ein System entwickelt, das es Piloten erlaubt, die Position des Fluggeräts in der Luft gleichsam zu erfühlen. Das „Tactile Situation Awareness System“ (TSAS) besteht aus einer Weste, in die bis zu 120 Überträger von Druckkreizen eingelassen sind. „Der Sehsinn ist bei Piloten häufig überlastet oder zum Beispiel nachts schlicht nicht zu gebrauchen“, sagt Anil Raj von der University of West

Florida. „Wir versuchen daher den Tastsinn zu nutzen, der von Natur aus sehr gut geeignet ist, um dreidimensionale Informationen zu verarbeiten.“ Bewegungen des Fluggeräts setzt das System in Druckreize um, die es Piloten beispielsweise ermöglichen, Hubschrauber auch ohne Sicht stabil zu halten – etwa bei nächtlichen Rettungsaktionen. Auch Piloten von Kampfflugzeugen könnten von der Erfindung profitieren: „Wenn die Position einer angreifenden Rakete durch einen stechenden Schmerz an den Piloten gemeldet wird, weiß er in Sekundenbruchteilen, worum es geht“, sagt Raj. Noch in diesem Frühjahr soll das System erstmals in Hubschraubern der U. S. Navy eingesetzt werden.

## TIERE

## Wale als Forscher

Um arktische Gewässer besser zu erkunden, haben norwegische Forscher zwei Weißwale als Hilfswissenschaftler eingesetzt. Die Biologen des Norwegian Polar Institute in Tromsø fingen die bis zu fünf Meter langen Tiere ein und befestigten Satellitensender mit Sensoren, etwa für Salzgehalt und Wassertemperatur, an den Walen. Wieder freigelassen, tauchten die Tiere ab und liefern seither über Satellit Informationen sowohl über ihren Standort



Forscher mit Weißwal

DIE ANDERS NØST

als auch über die physikalischen Eigenschaften des sie umgebenden Wassers an die Forscher. „Die Wale ermöglichen es uns, Daten aus einem Gebiet zu bekommen, das wir ansonsten kaum erforschen könnten“, sagt der Ozeanograf Ole Anders Nøst. Schon die ersten Ergebnisse haben die Forscher überrascht: Unter dem eisbedeckten Oberflächenwasser des Arktischen Ozeans tauchten die Tiere in eine Zone wärmeren Atlantikwassers. Bislang waren Wissenschaftler davon ausgegangen, dass in der Arktis die Wassertemperatur überall nahe dem Gefrierpunkt sei.

## BSE

## „Tiermehlverbot für Fische beibehalten“

Michael Baier, 44, Biologe am Robert-Koch-Institut in Berlin, über die Gefahren von BSE bei Fischen

**SPiegel:** Sie haben zusammen mit Forschern der Universität München in den Gehirnen von Lachsen und Kugelfischen Prion-Proteine gefunden – Eiweiße, die bei Rindern mit der Entstehung von BSE in Zusammenhang gebracht werden. Sind Sie überrascht?

**Baier:** Es war schwierig, die Prion-Proteine bei Fischen nachzuweisen. Überraschend war dann, wie ähnlich sie den Prion-Proteinen von Rindern sind und dass beispielsweise der Kugelfisch gleich zwei verschiedene Prion-Proteine aufweist.

**SPiegel:** Droht damit nach dem Rinderwahn jetzt der Fischwahn?

**Baier:** Das ist sehr unwahrscheinlich. Gefährlich werden Prion-Proteine erst, wenn sie – wie bei an BSE erkrankten Rindern – als so genannte Prionen in einer veränderten, fehlgefalteten Form vorliegen. Solche infektiösen Prionen haben wir bei Fischen bisher nicht entdeckt.

**SPiegel:** Halten Sie es dennoch für möglich, dass sich Zuchtlachse über die Nahrung anstecken und dann für den Menschen gefährlich werden?

**Baier:** Ganz ausschließen können wir das nicht. Allerdings ist die Gefahr, dass Lachse zum Beispiel mit infektiösem Rindermehl in Berührung kommen, derzeit extrem gering. Außer Fischmehl darf in der EU kein Tiermehl an Fische verfüttert werden. Solange das so ist, müssen sich die Verbraucher keine Sorgen machen. Ich rate aber davon ab, das Tiermehlverbot für Fische aufzuheben, bevor wir nicht sicher BSE-freie Rinderbestände haben.

**SPiegel:** Was muss getan werden, um das Gefährdungspotenzial wirklich einschätzen zu können?

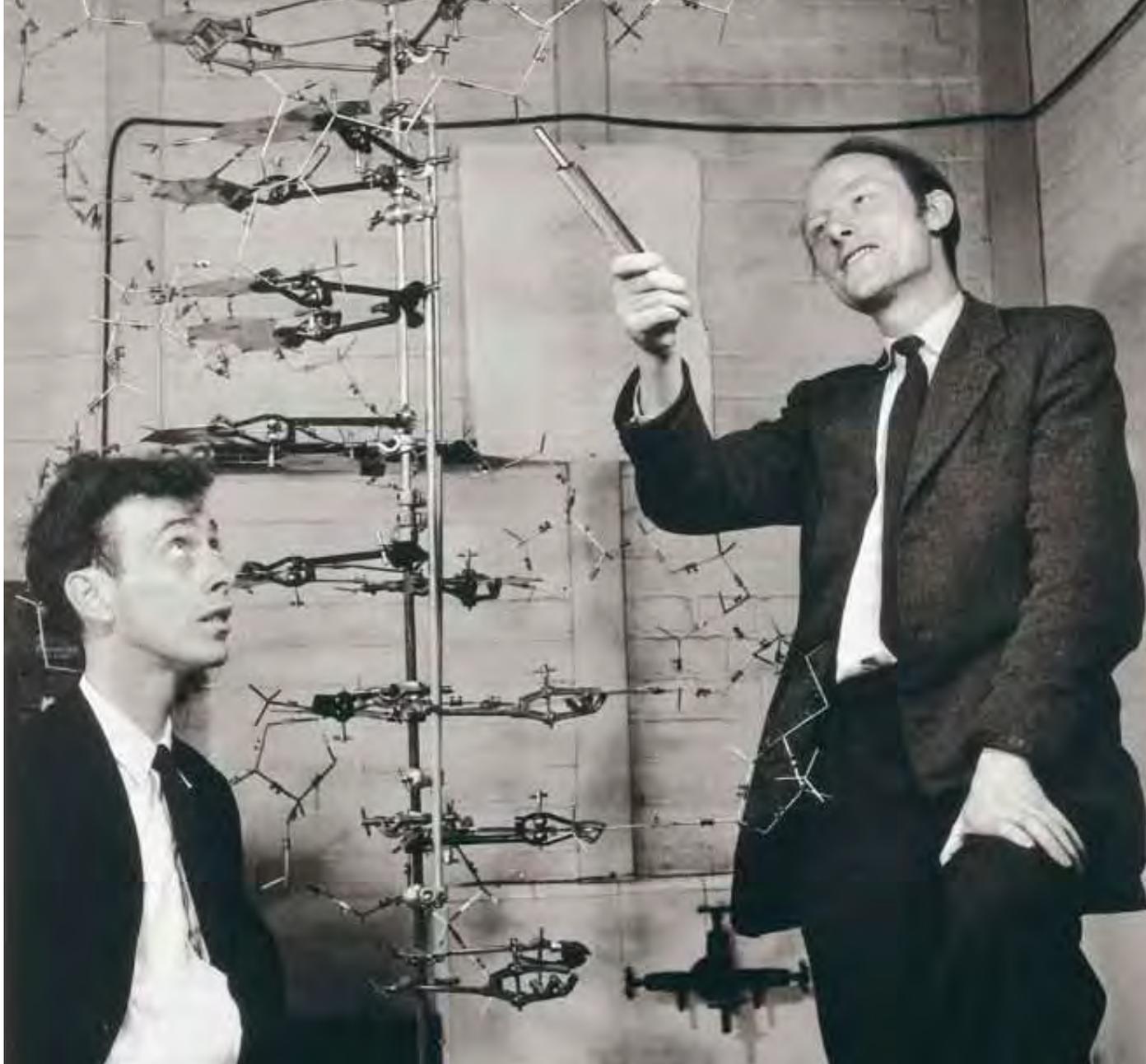
**Baier:** Erst mal müssen wir jetzt klären, ob bei Fischen die Fehlfaltung des Prion-Proteins vorkommt und ob sie die Krankheit entwickeln können. Außerdem hoffen wir, die Funktion der Prion-Proteine im Körper aufzuklären. Da sie sogar bei Fischen vorkommen, haben sie offenbar für alle Wirbeltiere eine wichtige Bedeutung. Welche das ist, wissen wir aber bis heute nicht.



Baier

AXEL KULL / VISION PHOTOS





A. BARRINGTON BROWN / SPL / AGENTUR FOCUS

Watson und Crick mit dem ersten Modell ihrer Doppelhelix (1953): Zäsur in der Geschichte des Denkens

# Die Sprache des Lebens

Vor genau 50 Jahren offenbarte sich zwei jungen Forschern die Struktur des Erbmoleküls DNS. Es war zugleich Geburtsstunde einer neuen Wissenschaft vom Leben und Startschuss zum Eingriff in die Schöpfung. Doch nun wird sich die Zunft der Genforscher zunehmend ihrer Grenzen bewusst.

**W**as sich wirklich an jenem 28. Februar in der Cambridger Kneipe „Eagle“ zugetragen hat, wird sich wohl nie klären lassen. Der Nachwelt wird nur die Version jenes Samstags in Erinnerung bleiben, die James Watson in die Welt gesetzt hat.

Mittags gegen eins stapften seinem Bericht zufolge zwei junge Männer heftig mit den Armen ruderd aus der Kälte in ihr Stammlokal. Beide wirkten sehr erregt.

Dennoch schienen den Jüngeren der beiden, einen schlaksigen, etwas schüchternen 24-jährigen Amerikaner, die allzu großmüßigen Reden des Älteren zu genießen.

Der redete, wie meistens, zu laut, zu schnell und viel zu viel. Mit dröhnender Stimme fabulierte er irgendetwas von Basenpaaren, Nukleinsäuren und Vererbung. Vor allem aber verkündete er jedem, der es nicht wissen wollte: „Gerade haben wir das Rätsel des Lebens geknackt.“

Ob Francis Crick damals tatsächlich schon die volle Bedeutung der Entdeckung begriffen hatte, die ihm soeben gemeinsam mit James Watson gelungen war, ist ungewiss. Ob Watson bereits den Nobelpreis vor Augen sah, wie er später behaupten sollte, lässt sich nicht mehr überprüfen. Sicher aber ist: Falls Crick den Gästen des „Eagle“ wirklich vorgeschwärmt haben sollte, er wisse nun, was Leben ist – er hätte kaum übertrieben.

Den beiden Jungforschern war soeben in einem Büro des Cavendish Laboratory beim Puzzlespiel mit Pappschablonen eine der bedeutsamsten Einsichten des 20. Jahrhunderts gekommen: Sie hatten die Struktur der DNS erkannt – jenes Moleküls, das die Erbinformation aller Organismen trägt. Das fundamentale Prinzip allen Lebens hatte sich ihnen offenbart.

In dieser Woche jährt sich jener denkwürdige Samstag zum 50. Mal. Die Forscherwelt will ihn feiern, aufwendiger als jede andere Erkenntnis des 20. Jahrhunderts. Seit Wochen schon stöhnen die Koryphäen des Fachs über die Schwemme der Einladungen zu Festvorträgen. Jedes College, in das Watson im Lauf seines Lebens den Fuß gesetzt hat, lädt zum Gala-Abend. Schon ehe die eigentlichen Feierlichkeiten begonnen haben, klingen die Begriffe „Revolution“, „epochal“ und „Zeitenwende“ stumpf und abgenutzt.

Den Festreigen eröffnen die Amerikaner: In Cold Spring Harbor auf Long Island, Watsons heutiger Wirkungsstätte, versammelt sich die Elite seines Fachs. Vorträge von sieben Nobelpreisträgern stehen auf dem Programm. Parallel dazu präsentiert die Akademie der Wissenschaften in New York die DNS als Pop-Ikone der modernen Kunst.

Im April folgen die Briten: Sie wollen im Entdeckungsort Cambridge mit großem Rummel der Veröffentlichung jenes 900 Wörter kurzen Artikels gedenken, in dem Crick und Watson ihre Erkenntnis kundtaten. Mit wohl kalkuliertem Understatement hatten die beiden Revolutionäre ihr Manifest eröffnet: „Wir möchten eine Struktur für das Salz der DNS vorschlagen. Diese Struktur hat neue Eigenschaften, die von beträchtlichem biologischem Interesse sind.“

Von Interesse, das wird niemand bestreiten, sind diese Eigenschaften gewiss. Aber zählen diese beiden Sätze zu Recht zu den berühmtesten der Wissenschaftsgeschichte? Ragt die Entdeckung der DNS-Struktur wirklich als einzigartig heraus aus dem an bahnbrechenden Erkenntnissen wahrlich nicht armen 20. Jahrhundert?

Niels Bohr entwickelte sein Atommodell, Werner Heisenberg präsentierte die Unschärferelation, Albert Einstein ersann die Relativitätstheorie – zweifellos Meilensteine für die Wissenschaft, und doch verstrichen die 50. Jahrestage dieser Erkenntnisse ohne ähnlich vielfältige Festlichkeiten. Der Transistor läutete das Informations-, die Kernspaltung das Atomzeitalter ein. Und doch scheint den Forschern die Struktur der DNS noch bedeutsamer zu sein. Warum?

Einer der Gründe ist wohl darin zu sehen, dass jener Moment, in dem Watson und Crick unvermittelt das Bild zweier umeinander gewundener Spiralen vor ihrem inneren Auge sahen, in zweifacher Hinsicht ein Einschnitt ist: Er stellt, wie Quanten-



PETERSON / DPA

**Genom-Entschlüsselung** Pionier Venter mit Sequenzier-Robotern



REX FEATURES / ACTION PRESS

**Klonen** „Dolly“ mit ihrem Schöpfer Wilmut



PAUL GLASER

**Grüne Gentechnik** Pflanzen-Brutschränke im Biotechnik-Zentrum Halle

mechanik oder Relativitätstheorie, eine Zäsur in der Geschichte des Denkens dar; und er ist zugleich, wie Transistor und Kernspaltung, Startschuss zu einer Ära ganz neuartiger technischer Möglichkeiten.

Denn die beiden Forscher hatten weit mehr als nur die dreidimensionale Gestalt des Erbmoleküls DNS erkannt. Sie hatten vielmehr begriffen, dass in der Art, wie sich die chemischen Bausteine der beiden Molekülstränge zur Doppelhelix paaren, das Geheimnis jeder biologischen Vermehrung verborgen liegt. Ja, mehr noch: Die Abfolge dieser Bausteine stellt die Erbinformation dar, abgefasst in einem Code, den alle Organismen auf Erden zu lesen vermögen – Watson und Crick hatten die Sprache des Lebens entdeckt.

Vor mehr als 3,5 Milliarden Jahren wurde diese Sprache geboren. Seither besteht sie unverändert fort. Die Saurier, das Wollnashorn, die Hominiden – allen war dieser Code gemein. Bis heute gilt: Ob Hauschwein oder Pockenvirus, ob Qualle, Steinpilz oder Orchidee – der Bauplan ist in der DNS-Sprache formuliert.

Das allein klingt ungeheuerlich. Und doch barg die Entdeckung noch mehr

Sprengkraft: Denn kaum lag das Manuskript des Lebens offen ausgebreitet vor, da meldeten sich schon jene, die es lesen, verändern, gar neu formulieren wollten – die Idee der Gentechnik war geboren.

Inzwischen hat sie Landwirtschaft, Lebensmittelindustrie und Medizin durchdrungen. Vor Gericht gilt die DNS als unbestechliches Indiz, Infektionsmedizinern dient sie zum Erkennen aggressiver Virenstämme, Archäologen rekonstruieren mit ihrer Hilfe längst vergangene Völkerwanderungen. Und die noch junge Biotech-Industrie entdeckt fast wöchentlich neue Anwendungsgebiete.

Mehr noch als das bereits Vollzogene fasziniert und ängstigt das noch Denkbare: Alles Lebendige, auch der Mensch selbst, ist zumindest theoretisch zur Modelliermasse der Geningenieure geworden. Turbokuh und Wollmilchsau, Retortenhirn und Klonarmee – nichts scheint mehr unvorstellbar.

Doch so fundamental auch die Erkenntnis einer universellen Sprache der Natur, so vielfältig der technische Nutzen oder Schrecken sein mag, so bleibt doch fraglich, ob dies allein die Berühmtheit der Doppelhelix erklärt. Denn der Weg bis zur Ent-

schlüsselung des genetischen Codes war lang, die Aufklärung der DNS-Struktur nur ein Schritt dorthin.

Fast zehn Jahre vor jenem legendären Samstag hatte der Mediziner Oswald Avery in der DNS bereits die Substanz erkannt, aus der die Gene gefertigt sind. Und erst mehr als zehn Jahre nachdem Watson und Crick ihre Doppelhelix präsentiert hatten, gelang es schließlich, den Code, der darauf verschlüsselt ist, endgültig zu knacken.

So spricht denn vieles dafür, dass es eines ganz außergewöhnlichen PR-Talents bedurfte, um die Doppelhelix erst zu dem Wahrzeichen der Biowissenschaft zu machen, als das sie heute jedes Schulkind kennt. Dieses Talent war James Watson.

Auch in der an Originalen reichen Welt der Wissenschaft ist er eine besonders irritierende Erscheinung. Stets scheint sein durchdringender, stahlblauer Blick irgendetwas zu fixieren, doch nie vermag sein Gegenüber zu sagen, was. Berüchtigt sind sein kaum verständliches Nuscheln und die extrem langen Pausen, von dem es unterbrochen wird.

„James Watson ist stets unterschätzt worden und immer erfolgreich gewesen“,

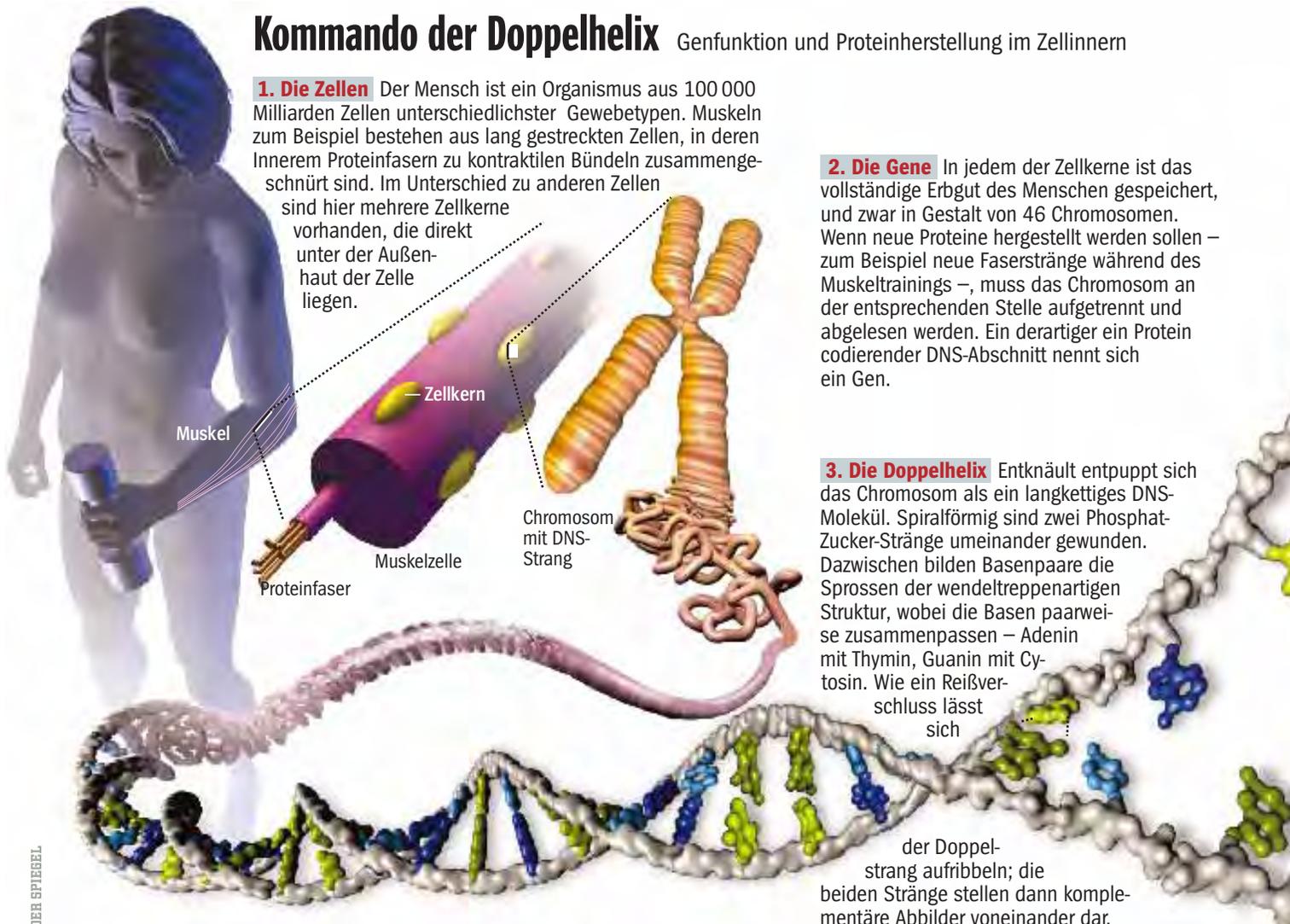
## Kommando der Doppelhelix Genfunktion und Proteinherstellung im Zellinnern

**1. Die Zellen** Der Mensch ist ein Organismus aus 100 000 Milliarden Zellen unterschiedlichster Gewebetypen. Muskeln zum Beispiel bestehen aus lang gestreckten Zellen, in deren Innerem Proteinfasern zu kontraktiven Bündeln zusammengeschnürt sind. Im Unterschied zu anderen Zellen sind hier mehrere Zellkerne vorhanden, die direkt unter der Außenhaut der Zelle liegen.

**2. Die Gene** In jedem der Zellkerne ist das vollständige Erbgut des Menschen gespeichert, und zwar in Gestalt von 46 Chromosomen. Wenn neue Proteine hergestellt werden sollen – zum Beispiel neue Faserstränge während des Muskeltrainings –, muss das Chromosom an der entsprechenden Stelle aufgetrennt und abgelesen werden. Ein derartiger ein Protein codierender DNS-Abschnitt nennt sich ein Gen.

**3. Die Doppelhelix** Entknäult entpuppt sich das Chromosom als ein langkettiges DNS-Molekül. Spiralförmig sind zwei Phosphat-Zucker-Stränge umeinander gewunden. Dazwischen bilden Basenpaare die Sprossen der wendeltreppenartigen Struktur, wobei die Basen paarweise zusammenpassen – Adenin mit Thymin, Guanin mit Cytosin. Wie ein Reißverschluss lässt sich

der Doppelstrang aufribbeln; die beiden Stränge stellen dann komplementäre Abbilder voneinander dar.



erklärt Ernst Peter Fischer in seiner soeben erschienenen Watson-Biografie\*\*. Nie fiel er durch große Sachkunde auf. Im Gegenteil: Meist machte er sich mit entwerfender Naivität ans Werk. Wichtig war ihm nur das „objective“, das Ziel, vor Augen.

Nach der Aufklärung der DNS-Struktur standen Watson noch vier weitere Karrieren bevor, jede wieder gänzlich anders, und doch rankten sie sich alle um das Zentralthema Doppelhelix: 1961 wird er, inzwischen 33, ordentlicher Professor an der Harvard University. Viel Mühe verwendet er hier an ein Lehrbuch, das bald zum erfolgreichsten seines Fachs wird. Schriftsteller ist seine nächste Berufung: Watson schreibt „Die Doppelhelix“, die Geschichte seiner großen Entdeckung. Am Verkauf dieses Buchs verdient er am Ende mehr als am Nobelpreis.

Als Nächstes reüssiert Watson als Manager: Er übernimmt das marode Institut in Cold Spring Harbor und baut es zu einem der führenden Labors der US-Krebsforschung aus. Mit seinem letzten großen Vorhaben rundet sich sein Lebenswerk: Drei Jahre lang steht er dem Humangenomprojekt, dem gewaltigen Vorhaben, das vollständige Genom des Menschen zu entschlüsseln, als Direktor vor.

Wie kein anderer trug Watson dazu bei, die Doppelhelix zum Symbol, zum Inbegriff allen Lebens zu machen. Und er war es auch, der all jene Zutaten beisteuerte, die notwendig sind, um einen modernen Forschungsmythos zu begründen:



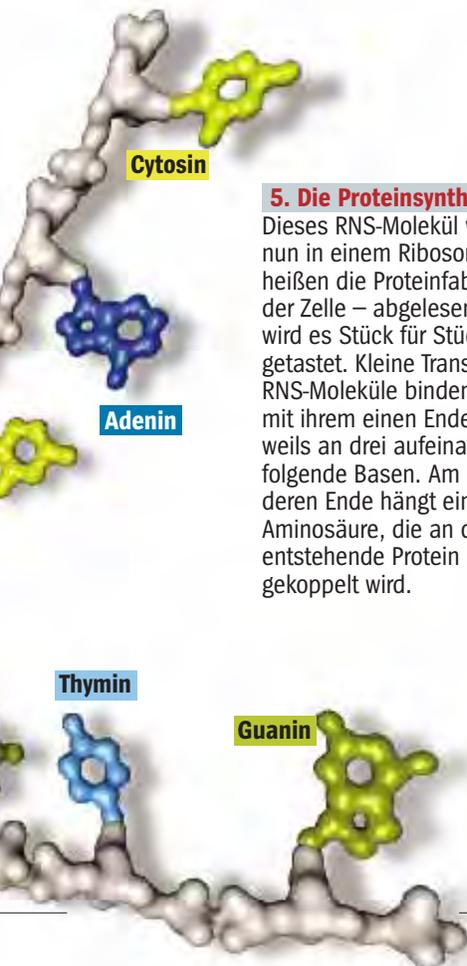
**Nobelpreisträger des Jahres 1962\*:** Packendes Wettrennen um die Trophäe

► eine Story – diese hat Watson erst geschaffen, indem er seine Version der Entdeckungsgeschichte im Wissenschaftsthiller „Die Doppelhelix“ verewigt hat;  
 ► einen Helden – diese Rolle kommt dem nie berechenbaren, stets manisch getriebenen Watson selber zu, gerade weil er jeder Versuchung widerstand, sich zum Genie zu stilisieren;

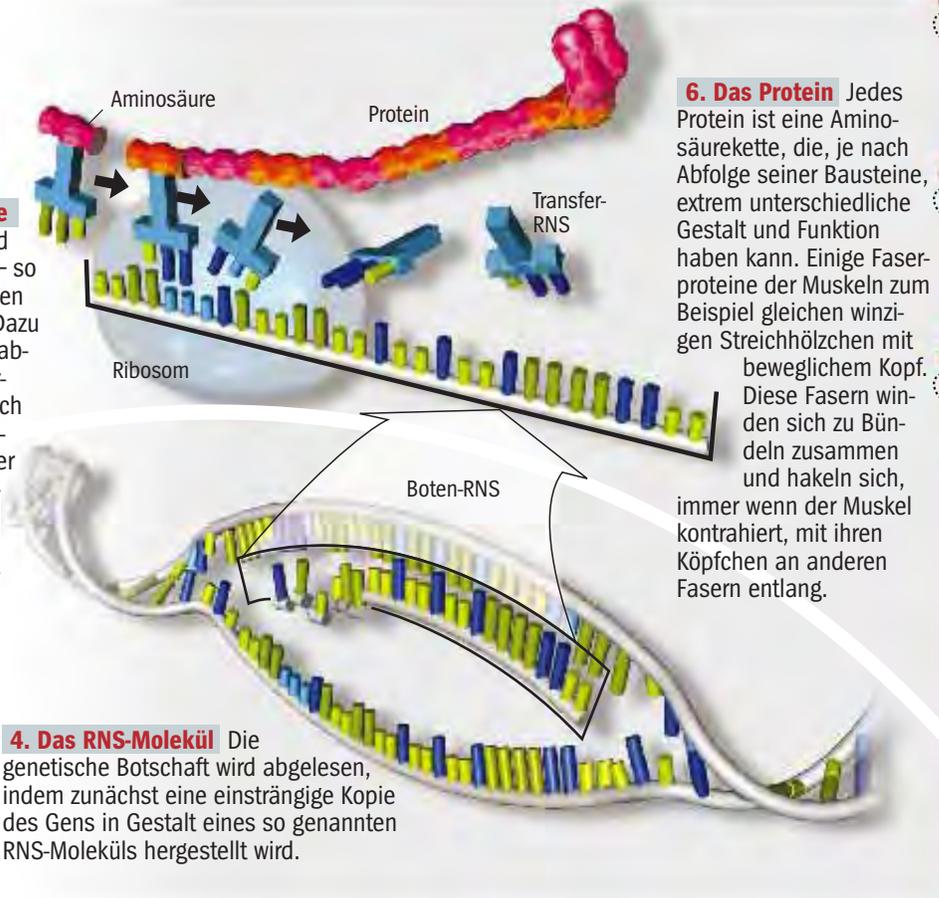
► eine Ikone – instinktsicher hat Watson von Anfang an begriffen, dass die Natur mit den beiden harmonisch umeinander geschlungenen Strängen der Doppelhelix ein Symbol des Lebens hervorgebracht hat, das kein Werbegrafiker besser hätte ersinnen können.

Authentische Werkstattberichte aus der Wissenschaft sind selten; Watsons packende Schilderung des Wettrennens um die nobelpreisträchtige Trophäe Doppelhelix ist einzigartig. Selten hat ein Forscher anschaulicher die Reifung eines fundamental neuen Gedankens samt aller Irrtümer und Umwege auf dem Weg dorthin beschrie-

\* Maurice Wilkins (Nobelpreis für Medizin), Max Perutz (Chemie), Francis Crick (Medizin), John Steinbeck (Literatur), James Watson (Medizin), John Kendrew (Chemie).  
 \*\* Ernst Peter Fischer: „Am Anfang war die Doppelhelix – James D. Watson und die neue Wissenschaft vom Leben“. Ullstein Verlag, München; 328 Seiten; 22 Euro.



**5. Die Proteinsynthese**  
 Dieses RNS-Molekül wird nun in einem Ribosom – so heißen die Proteinfabriken der Zelle – abgelesen. Dazu wird es Stück für Stück abgetastet. Kleine Transfer-RNS-Moleküle binden sich mit ihrem einen Ende jeweils an drei aufeinander folgende Basen. Am anderen Ende hängt eine Aminosäure, die an das entstehende Protein angekoppelt wird.





BERICH BARZ / LAIF

**Stammzellforschung (in Erkrath):** Entdeckung mit ungeheurer Sprengkraft

ben. Kaum einer hat dabei ähnlich respektlos die Motive der Akteure offen gelegt.

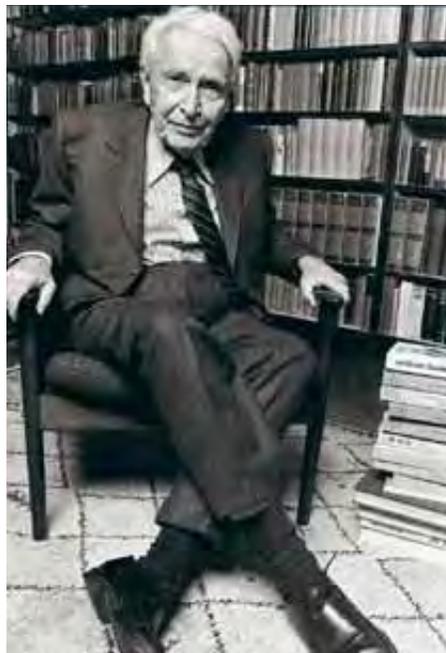
Nicht hehre Suche nach der Wahrheit, sondern Ehrgeiz, Neid und Eifersucht, Übermut oder schlichte Vergnügungssucht schildert er – kein Wunder, dass die Veröffentlichung des Buchs einen Aufschrei empörter und beleidigter Forscher nach sich zog.

Und doch kommt, wer die Geschichte der Molekularbiologie schreiben will, an Watsons Chronik nicht vorbei. Aus dem Skandal um seinen Bestseller ging der Geburtsmythos jener Wissenschaft hervor, die antrat, das Phänomen des Lebens auf seinen molekularen Ursprung zu reduzieren.

Es handelt sich um ein Drama mit sechs Hauptpersonen. Die wichtigste Rolle spielt natürlich das ungleiche Forscherpaar selbst: der blitzgescheite, aber sprunghafte Brite Crick, dessen scharfer Verstand unter den Kollegen ebenso gefürchtet war wie seine überheblichen Belehrungen; und Watson selbst, dessen herausragende Tugend darin bestand, ein einmal ins Auge gefasstes Ziel mit penetranter Hartnäckigkeit zu verfolgen.

Beide hatten sie wenig Ahnung von Biochemie. Und Watson zumindest verstand auch kaum etwas von Kristallstrukturanalyse, der zweiten Disziplin, die Voraussetzung für die Aufklärung von Molekülstrukturen ist. Dennoch war er es, der sich in den Kopf gesetzt hatte, die DNS-Struktur zu knacken. Seinen wesentlich kundigeren Mitstreiter Crick spornte er stets aufs Neue an.

Watsons Forscherdrang war nach der Lektüre von Erwin Schrödingers Büchlein „Was ist Leben?“ erwacht. Indem er kühn die Grenzen seiner Fachkompetenz überschritt, hatte der Quantenphysiker Schrödinger darin argumentiert, die wesentliche Eigenschaft des Lebens bestehe darin, Ord-



DANUTA OFIŃOWSKI

**Biochemiker Chargaff (1993)**  
Spott über die Molekularderwische

nung von Generation zu Generation weiterzugeben. Da die materielle Verkörperung dieser Ordnung offenbar Platz finde in einer einzelnen Zelle, müsse sie in Gestalt eines molekularen Codes gespeichert sein. Als molekularer Träger von Erbinformation aber, so viel hatte Watson von der Biologie seiner Zeit begriffen, kam einzig das Molekül DNS in Frage.

Damit hatte er den meisten Biologen seiner Zeit etwas voraus: Er hatte die enorme Bedeutung der DNS-Struktur begriffen. Vor allem aber verband ihn mit Crick die richtige Mischung aus Selbstbewusstsein, Naivität und Arroganz, um ein vermessen Ziel ungeniert anpacken zu können. Also begannen

die beiden, bizarre Gebilde aus kleinen Kügelchen und Stangen zu basteln, stets in der Hoffnung, sie zu einem plausiblen Modell der DNS zusammensetzen zu können. Sie konnten sich dabei zu Nutze machen, dass die Bausteine der gesuchten Struktur – ein Rückgrat aus Zucker und Phosphat und, irgendwie unregelmäßig daran gebunden, die

**„Pauling konnte nicht der größte aller Chemiker sein, ohne zu erkennen, dass die DNS das vielversprechendste aller Moleküle war.“**

vier Basen Adenin, Thymin, Guanin und Cytosin – bekannt waren.

65 Kilometer entfernt rückte unterdessen am Londoner King's College ein zweites Forscherpaar kristalliner DNS mit Röntgenstrahlen zu Leibe. Denn aus der Art, wie diese Strahlung von dem Kristall gebeugt wird, lässt sich auf die dreidimensionale Gestalt der einzelnen Moleküle schließen. Anfang 1953 waren die beiden Wissenschaftler Rosalind Franklin und Maurice Wilkins nicht mehr weit von ihrem Ziel entfernt.

Franklin kommt dabei der Part der tragischen weiblichen Heldin zu. Watson schildert die „Dark Lady of DNA“ – so der Untertitel einer gerade erschienenen Biografie – als rasch aufbrausende Furie mit „opferfreudiger, herber Lebensweise“. Dabei, merkt Watson spöttisch an, „wäre sie hinreißend gewesen“, hätte sie nicht „phantasielose Kleider wie nur irgendein blaustrümpfiger englischer Teenager“ getragen. So aber sei eines klar gewesen: „Rosy musste gehen oder an ihren richtigen Platz verwiesen werden.“

Chauvinistischer Hochmut dieser Art hat die unbequeme Kristallografin zur Heldin der Feministinnen gemacht. Diese stilisierten Franklin zum verkannten Genie, das, weil weiblich, stets missachtet, unterdrückt und von männlicher Ruhmsucht an den Rand gedrängt worden sei. Ihr früher Tod im Alter von nur 37 Jahren trug noch zur Legendenbildung bei.

Die Wahrheit liegt, wie so oft, in der Mitte. Rosalind Franklin genoss, als sie, gerade 30-jährig, ans Londoner King's College kam, bereits den Ruf einer ungewöhnlich brillanten Kristallografin. Doch wurde sie an der neuen Arbeitsstätte niemals heimisch. Aus ihren Briefen geht hervor, dass sie sich nicht so sehr als Frau, sondern vielmehr als Jüdin gering geschätzt fühlte.

Leicht umgänglich, so viel scheint sicher, war Franklin nicht. Schon sehr bald hatte sie sich unversöhnlich mit ihrem Kollegen und Chef Wilkins verkracht und verbrachte nun am King's College die unglücklichsten Tage ihres Lebens.

Dennoch war ihre Zeit dort, wissenschaftlich betrachtet, alles andere als





RAPHAEL GALLARDE / GAMMA / STUDIO X

**Gentherapeut Fischer\*:** Die Schönheit der DNS kann leicht in die Irre führen

fruchtlos. So isoliert sich Franklin auch fühlen mochte, sie kam, das belegen die Notizen in ihrem Laborbuch, der DNS-Struktur erstaunlich nahe. Der enormen Tragweite dieser Tatsache war sie sich freilich nicht bewusst. Am Ende sehnte sie sich weit mehr danach, endlich einen Weg aus der vergifteten Situation an ihrem Arbeitsplatz zu finden als die Arbeit an der DNS endlich zu Ende zu bringen.

Mehr als die miteinander zerstrittenen Konkurrenten Wilkins und Franklin fürchtete das Team in Cambridge eine andere Gefahr – sie lauerte jenseits des Atlantiks. Dort, am Caltech im kalifornischen Pasadena, residierte Linus Pauling, der von seinen Kollegen als ein alle überragendes Genie verehrt wurde. „Und Pauling konnte nicht der größte aller Chemiker sein“, so schloss Watson, „ohne erkannt zu haben, dass die DNS das vielversprechendste aller Moleküle war.“

Wenn es um die Struktur von Biomolekülen ging, galt Paulings Intuition als un-

fehlbar. Groß war deshalb der Schreck, als eines Tages Ende 1952 Peter Pauling, der Sohn des Geistesriesen aus Pasadena, in das mit Watson und Crick geteilte Büro schlenderte und stolz mit einem Brief wedelte: Sein Vater, so teilte er mit, habe die DNS-Struktur gefunden.

Aus, vorbei. Frustriert mussten Watson und Crick erkennen, dass sie besiegt waren – bis sie Paulings Lösung des Problems zu Gesicht bekamen. Binnen weniger Minuten erkannten sie: Hier irrte der Gigant. Die von ihm vorgeschlagene Struktur war chemisch gar nicht möglich. Das Rennen war wieder offen. Schadenfroh stießen die beiden Jungforscher im „Eagle“ auf Paulings Schnitzer an.

Natürlich wussten sie, dass Pauling diese Schmach nicht lange auf sich sitzen lassen würde. Doch sie wussten auch, dass sie selbst bereits auf der Zielgeraden waren. Zu diesem Zeitpunkt erst kommt in Watsons Buch die „Chargaff-Regel“ ins Spiel, aufgestellt von der sechsten Person des Dramas, der er eine Nebenrolle zuweist – ein Umstand, den ihm Erwin Chargaff nie verziehen hat.

Umfassend gebildet und mit scharfem analytischem Intellekt ausgestattet, schüchtere er andere ein, indem er damit prahlte, Platon und Herodot im Original zu lesen. Seinen Geist hatte er noch in seiner österreichischen Heimat bei Karl Kraus geschult. Nun sah er sich als Hüter der Chemie, „dieser realsten aller exakten Wissenschaften“.

Für die beiden „Marx Brothers“ Watson und Crick, die, „von keinerlei Kenntnis der einschlägigen Chemie beschwert“, das Rätsel des Lebens knacken wollten, hatte Chargaff nichts als Spott übrig. Höhnisch meinte er später, er habe wohl das Pech gehabt, „dass ich die beiden Großen kennen gelernt habe, als sie noch außergewöhnlich klein waren“.

Crick beschrieb er später als eine „knochengewordene Karikatur Daumiers“, in deren „Geschwätzes trübem Strom“ nur ab und an ein Goldklümpchen auszumachen gewesen sei. An Watson wiederum störte ihn das „eher hinterhältige Lächeln auf dem noch unentwickelten Gesicht“. Vor allem aber fühlte er sich von ihrer „enormen Angriffslust, vereint mit fast vollständiger Unwissenheit“, abgestoßen.

Trotzdem war es Chargaff, der ein wichtiges Puzzelstück beisteuerte, das den beiden „Molekularerwischen“ noch fehlte: Er hatte herausgefunden, dass in der DNS stets Adenin und Thymin zu gleichen Anteilen vorkamen; für das Paar Guanin und Cytosin wies er die gleiche Gesetzmäßigkeit nach.

Diese Chargaff-Regel lässt im Rückblick selbstverständlich erscheinen, was Watson und Crick dann an jenem Februarmorgen mit Pappmodellen zur Lösung brachten, dass nämlich die DNS aus Paaren gebaut ist, die sich exakt ineinander fügen – plötzlich sahen sie in ihrem Geiste die wendeltreppenartige Gestalt der Doppelhelix vor sich, deren einer Strang sich, einer exakten Gussform gleich, an den anderen schmiegte.

Andächtig und ungläubig bestaunten die beiden ihr Werk. Sofort, meinte Watson später, sei ihnen klar gewesen, dass dieses Gebilde so schön war, um falsch zu sein. Sein ganzes Leben habe er damit zu tun gehabt, die Gnade, diesen Moment erlebt zu

\* Am Pariser Necker Hospital mit Isolierkammern für immunkranke Kinder.

## Dem Schöpfer auf der Spur Meilensteine der Biotechnik

**1953** James Watson und Francis Crick beschreiben die **doppelsträngige Helixstruktur** der DNS. Die experimentellen Daten lieferten zuvor Maurice Wilkins und Rosalind Franklin. Franklin gelangten Anfang der fünfziger Jahre die entscheidenden Röntgenstrukturaufnahmen der DNS.

**1959** Die erste menschliche **Chromosomen-Anomalie**, das Down-Syndrom, wird **identifiziert**.



Rosalind Franklin

SPL/AGENTUR FOCUS

**um 1960** Erforschung des Informationsträgers zwischen DNS und Proteinen, der **„Boten-RNS“**.

**1962** Crick, Watson und Wilkins erhalten den **Medizin-Nobelpreis**.

**1966** Der **genetische Code** ist **entschlüsselt**.

**1970** Isolation des ersten **„Restriktionsenzym“**, einer molekularen Schere, die DNS an definierten Stellen zerschneidet.

**1973** Geburtsstunde der modernen Gentechnik: Wissenschaftler schleusen DNS von einer Lebensform in eine andere. Ein **gentechnisch verändertes Bakterium** entsteht.

haben, auch zu verdienen. Crick wiederum gab an, seit der Entdeckung der Doppelhelix sei es überflüssig, in die Kirche zu gehen.

Weil jeder der beiden umeinander geschlungenen Stränge ein komplementäres Abbild des anderen ist, scheint sich das Phänomen der Vererbung auf ganz natürliche Weise zu erklären: „Es ist unserer Aufmerksamkeit nicht entgangen, dass die spezifische Paarbildung, die wir postuliert haben, unmittelbar einen möglichen Kopiermechanismus für das genetische Material nahe legt.“ Mit diesem einen Satz, schlicht und doch gewaltig, bescheiden und doch unnachahmlich selbstbewusst, erheben Watson und Crick in ihrem berühmten „Nature“-Artikel Anspruch darauf, das Rätsel des Lebens gelöst zu haben.

Aber was eigentlich bedeutet das? Darf die Frage nach dem Wesen des Lebens nun wirklich auf den Stapel der endgültig beantworteten gelegt werden? Kann das Phänomen Leben überhaupt jemals als verstanden betrachtet werden?

Zweifellos hat die molekulare Biologie das Bild des Lebens grundlegend gewandelt. Das Staunen über das Wunder, dass Leben überhaupt möglich ist, hat sie hingegen eher noch vermehrt.

Jeder Mensch besteht, so weiß man heute, aus rund 100 000 Milliarden Zellen. Jede Einzelne von ihnen ist durch Zellteilung entstanden; so weist sie eine Ahnenreihe auf, die in direkter Linie bis zu jener Urzelle zurückführt, die sich vor gut 3,5 Milliarden Jahren im Urozean gebildet haben muss.

Nun erscheint eine solche Zelle, im Lichtmikroskop betrachtet, denkbar unspektakulär: Viele sehen aus wie unförmige, weißlich trübe Fetttropfchen. Mit etwas Geschick und histologischer Erfahrung lassen sich auch ein Kern, mitunter ein faseriges Skelett oder auch einige kleine Bläschen im Zellinnern sichtbar machen.

Doch erst wer sich die Zelle gewaltig vergrößert vorstellt, begreift, wie wunder-

### Milliarden von Proteinen in 10 000 Formen schwirren durch die Zelle, und jedes hat seine eigene hochspezifische Aufgabe.

sam und unfassbar komplex das molekulare Räderwerk ineinander greift, das ihren Stoffwechsel am Laufen hält.

Wer sich etwa eine Zelle auf die Größe einer Kathedrale aufgebläht denkt – der Mensch, zu dem sie gehört, würde ähnlich vergrößert seinen Kopf bis weit ins All recken –, stieße in ihrem Innern auf ein scheinbar heillos Durcheinander.

Viele Milliarden Proteine in etwa 10 000erlei Gestalt, jedes groß wie eine Walnuss, schwirren durch die Kathedralen-Zelle. Einige schließen sich zusammen zu karotten- oder donutförmigen Gebilden. Andere formieren sich zu einem Gestänge, dessen Streben den Raum wie eine eingerüstete Großbaustelle erscheinen lassen. Wieder andere heften sich als Poren in die Plane, die den ganzen Innenraum umschließt. Und über eine Million etwa orangegroße Protein-Komplexe sind unentwegt damit beschäftigt, neue Proteine herzustellen.

Jedes dieser Moleküle hat seine eigene hochspezifische Aufgabe: Das eine pumpt Ionen aus der Kathedrale heraus, das nächste schneidet ausgediente Proteine klein, ein drittes transportiert den Müll nach draußen, oder es formt ihn zu einem Rohstoff um, aus dem sich neue Utensilien bauen lassen. Einige dienen als Signalsubstanz, andere als Schalter. Und vor allem sind sie fast alle unentwegt da-

mit befasst, sich wechselseitig zu verändern.

Die Zentrale, die all dies Treiben steuert, befindet sich im Zellkern, der kugelförmig und groß wie ein sechsstöckiges Haus ist. Sein Inneres ist bis oben hin voll gestopft mit einem 10 000 Kilometer langen Seil. Etwa so dick wie das Anlasserkabel im Auto, ist es in 46 unterschiedlich lange Stücke, die Chromosomen, aufgeteilt.

Auf diesem Kabel ist nun, in Gestalt von sechs Milliarden Buchstaben, die genetische Botschaft niedergeschrieben. Dass es der Zelle jedoch gelingt, in der hochhaus-hohen Steuerzentrale auf dem Tausende von Kilometer langen Strang stets diejenige Passage zu finden, die genau den Befehl enthält, den es nun abzulesen und auszuführen gilt, mutet wie ein Wunder an.

Spätestens wenn es darum geht, dieses Wunder zu erklären, stößt die neue Wissenschaft vom Leben an ihre Grenzen. Die Botschaft der DNS hatte so schön, so einfach, so einleuchtend geklungen: Ein Gen gibt den Befehl, ein Protein zu bauen; dieses Protein wiederum übernimmt eine spezifische biologische Aufgabe und bestimmt so eine Eigenschaft des Organismus.

Wenn Leben wirklich so einfach wäre, dann hätte die Wissenschaft am 26. Juni 2000 verstanden, was ein Mensch ist. Damals präsentierten Craig Venter und Francis Collins mit lautstarkem Begleitrummel eine erste Rohfassung der Erbgutsequenz des Homo sapiens. Da lag es nun offen aufgeschlagen, das „Buch des menschlichen Lebens“, geschrieben in der „Sprache, in der Gott das Leben schuf“, wie es vollmundig hieß.

Natürlich wussten da die Forscher längst: Was sie ausbuchstabiert hatten, waren zum größten Teil völlig unverständliche Hieroglyphen. „Die Kartierung des Genoms ist eine großartige Sache“, knurrte der Frankfurter Biochemiker Joachim Engels, „sie ist aber erst der Startpunkt und nicht das Ende der Wissenschaft vom Leben.“

Selbst wo sie einzelne Passagen des DNS-Textes zu begreifen meinen, bleibt den Forschern der größere Kontext häufig unklar. „Proteomik“ heißt nun das neue Zauberwort. Ihr Ziel ist, die Gesamtheit



Genetischer Fingerabdruck

**1975** Auf der Konferenz im kalifornischen Asilomar drängen Wissenschaftler auf **Richtlinien zur Gentechnik-Sicherheit.**

**1977** Das erste **menschliche Gen** wird **geklont.**

**1982** Mit dem Übertragen eines Wachstumshormon-Gens von einem Lebewesen in ein anderes entsteht eine **transgene Maus.**

**1986** Erster **Freilandversuch** mit gentechnisch veränderten Pflanzen (Tabak) in den USA.

**1987** In England wird ein Täter anhand eines **genetischen Fingerabdrucks** überführt.

**1990** Offizieller Start des internationalen **„Humangenomprojekts“.**

**1994** In den USA kommt das **erste Gen-Gewächs**, die „Flavr Savr“-Tomate (Aromabewahrer), auf den Markt.

**1997** **Klonschaf „Dolly“** wird der Weltöffentlichkeit präsentiert.

**1998** Es gelingt, menschliche **embryonale Stammzellen** zu kultivieren.

**1999** Der 18-jährige Jesse Gelsinger stirbt nach einer **Gentherapie.**

**2000** Genforscher geben die **Enschlüsselung des menschlichen Genoms** bekannt.

**2003** Klonschaf **„Dolly“ stirbt.**



RONALD FROMMANN / LAF

**Genforschung (bei der Firma Medigene in München):** *Nichts scheint mehr unvorstellbar*

aller Proteine in der Zelle samt all ihren Interaktionen zu erfassen – ein grandios ehrgeiziges Unterfangen. „Die Entschlüsselung des Genoms wird uns dazu im Vergleich wie ein Kinderspiel vorkommen“, kündigt der Jenaer Sequenzierer André Rosenthal an.

Mit jeder neuen Arbeit aus den Labors der Molekularbiologie wird deutlicher, wie komplex das Geschehen in der Zelle ist. Da gilt es fein austarierte Regelkreise, Steuerungssignale und Reaktionskaskaden zu verstehen. Immer verworrener wird das Gewirr der Pfeile, mit dem die Forscher das komplexe Netz der Wechselwirkungen in Diagramme zu fassen suchen. Mit einfachen Ursache-Wirkungs-Mechanismen, so viel ist klar, kommen sie nicht mehr weiter.

Wie leicht derartig eindimensionales Denken in die Irre führen kann, haben zwei Meldungen der vergangenen Wochen erneut gezeigt:

- ▶ In Paris hatte der Kinderarzt Alain Fischer das so einleuchtend klingende Konzept der Gentherapie an einem seltenen Immunleiden erprobt: Er hatte in den Knochenmarkszellen der erkrankten Kinder ein schadhafte Gen durch ein gesundes ersetzt. Die Therapie schlug an – doch dann entwickelten zwei der elf behandelten Patienten unerwartet Leukämie.
- ▶ Nahe Edinburgh hatte der Embryologe Ian Wilmut das Schaf „Dolly“ geklont. Auch dies schien anfangs ein verblüffend einfacher Vorgang: Die Erbsubstanz einer Euterzelle

hatte, in eine entkernte Eizelle eingepflanzt, die Embryonalentwicklung wieder in Gang gesetzt. Doch dann musste „Dolly“, vorzeitig gealtert und arthritisch, wegen einer Lungenerkrankung eingeschläfert werden.

Ganz generell lässt sich durchaus darüber streiten, wie erfolgreich die Bilanz der einerseits gefeierten und andererseits angefeindeten Biotechnik eigentlich ist. Die Vielzahl des Vollbrachten mag imposant erscheinen, gemessen am Versprochenen jedoch nimmt es sich eher bescheiden aus.

Kaum war vor rund 20 Jahren, das Aids-virus entdeckt, da tönnten schon die ersten, nun sei auch eine Impfung in Sicht. Heute rafft die Seuche jährlich drei Millionen Menschen dahin, um Impf-Versprechen hingegen ist es leise geworden. Sogar 30 Jahre ist es her, dass die Biomediziner den Krieg gegen den Krebs ausriefen. Die Zahl der jährlichen Krebstoten ist heute nicht niedriger als damals.



RALPH MORSE / TIMEPIX

**Biochemiker Pauling (1951)**  
*Hier irrte der Gigant*

Als noch weitaus wirklichkeitsfremder erweisen sich all jene Visionen, die vom gentechnisch verbesserten Menschen handeln. Lange Zeit schien es, als wollten sich die Visionäre im Wecken von Hoffnungen und die Mahner im Schüren von Ängsten wechselseitig überbieten.

Schon Anfang der sechziger Jahre, der genetische Code war noch gar nicht vollständig geknackt, hatte sich die Elite der Genforscher versammelt, um gemeinsam darüber zu beraten, wie die „direkte Kontrolle

der Basensequenzen in den menschlichen Chromosomen, verbunden mit Erkennen, Auswahl und Integration der erwünschten Gene“ einen besseren Menschen hervorbringen könnte. Die Gentechnik-Kritiker sorgten sich indes, „wie die Menschen reagieren werden, wenn sie feststellen, dass ihre Genausstattung das Resultat einer gesellschaftlichen Entscheidung ist“.

Einstweilen hat es sehr den Anschein, als müssten sich beide Fraktionen bis zur Verwirklichung ihrer Zukunftsprojektionen noch geraume Zeit gedulden. Der Mensch, so zeigt sich, ist wesentlich schwieriger zu begreifen, als es der so simpel anmutende Gencode glauben macht.

Die Doppelhelix ist schön, doch diese Schönheit ist verführerisch. Leicht kann sie zu dem irrigen Schluss verleiten, die Beziehung von Genen und Verhalten sei so schlicht und eindeutig wie jene zwischen der genetischen Botschaft und dem Eiweißstoff, den sie kodiert. Und dieser Irrtum wurde noch befördert durch die Tatsache, dass die Genetiker anfangs in der Tat einzelne Gene identifizieren konnten, die in eindeutig und wohl definierter Form verantwortlich für bestimmte Erbkrankheiten sind.

Kaum waren die Erbanlagen für die Huntington-Krankheit, die Mukoviszidose oder andere Erleiden bekannt, da traten die Verhaltensgenetiker auf den Plan. In immer kürzeren Abständen stoßen sie auf neue Intelligenz-, Alkoholismus-, Schüchternheits- oder Homosexualitätsgene und lassen sich in ihrer Euphorie auch dadurch nicht beirren, dass sie ihre Entdeckungen meist in ebenso rascher Abfolge dementieren müssen, wie sie sie zuvor herausposaunt haben.

Doch langsam regt sich Widerstand. Immer mehr Biologen dämmert, dass ein allzu strikter Gendeterminismus heißt, die Botschaft der DNS fehlzudeuten: Der Mensch ist mehr als eine willenlos an den Strängen der Doppelhelix hängende Marionette.

„Das Gen ist zum Fetisch verkommen“, klagt Harvard-Biologe Richard Lewontin. Und auch Ernst-Ludwig Winnacker, Münchner Genforscher und Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, hat mit Besorgnis registriert, dass „Biologismus pur zur neuen Religion geworden“ ist.

Dabei lässt sich die Geschichte des Lebens auch ganz anders lesen: Gerade die Evolution vom primitiven Bakterium bis hin zum Homo sapiens kann auch verstanden werden als die Geschichte einer grandiosen Emanzipation von den Genen.

Einzeller stehen noch unter der fast uneingeschränkten Kuratel der DNS. Ihr Verhalten ist recht eintönig: Sie können zum Licht hin rudern oder ihren Stoffwechsel hochregulieren, und ob sie dies tun, entscheiden ausschließlich die Gene.

Doch je komplexer ein Organismus, je vielfältiger das Verhaltensrepertoire, mit dem er auf seine Umwelt zu reagieren hat,





**Gentechnische Forschung  
an Palmölpflanzen  
(in Malaysia)**

MORGENSEN / ARGUS

desto mehr Entscheidungsfreiheit muss ihm sein Erbgut gewähren – schon weil die Zahl der denkbaren Verhaltensweisen rasch die Zahl der Gene, die sie regeln, übersteigt.

So ist zum Beispiel das Schicksal jeder einzelnen Zelle in einem Fadenwurm, einem recht simplen Organismus von rund einem Millimeter Länge, streng determiniert. Nach einer stets gleichen Choreografie teilen sich die Zellen, wandern und formieren sich schließlich zu einem Organismus aus exakt 959 Zellen.

Ganz anders bei Maus, Maultier oder Mensch: Hier kann sich das Genom gar nicht leisten, den Werdegang jeder einzelnen Zelle zu steuern. Ob sich neue Hornhaut-, Muskel- oder Darmzellen bilden, darüber entscheidet vielmehr die Erfahrung des Individuums. Zwar führen auch bei diesem Entscheidungsprozess Gene die Regie, doch nur noch mittelbar.

Der vielleicht bedeutsamste Schritt auf dem Weg weg von der Allmacht der Gene war die Entwicklung des Nervensystems. Damit war eine Zwischeninstanz zwischen Reiz und Reaktion, zwischen Umwelteinfluss und Verhalten geschaltet. Und Schritt um Schritt nahm sich diese Instanz im Verlauf der Evolution immer größere Freiheiten heraus.

Insekten zum Beispiel zeigen oft recht komplexes, aber dafür extrem stereotypes Verhalten. Eine bestimmte Art von Grabwespen etwa füttert ihre Larven in verschiedenen Nestern mit Schmetterlingsraupen. Morgens inspiziert sie ihre Brut

und entscheidet, welcher ihrer Nachfahren wie viele Raupen benötigt. Tauscht jedoch ein Forscher die Larven aus, so entpuppt sich das scheinbar so vorausschauende Verhalten als stumpfsinniges Befolgen eines Genkommandos: Die Wespe scheint blind für die Veränderung und füttert selbst Larven, die eigentlich gar kein Futter brau-

**In jedem Gespräch, während jedem Film, bei jeder Lektüre sprießen im Kopf neue Nervenästlein aus.**

chen, stur mit der morgens für richtig befundenen Zahl von Raupen.

Einer Katze, einem Spatz oder einer Ratte würde eine solche Torheit nicht passieren. Sie haben viele ihrer Verhaltensweisen von den Eltern abgeguckt, und indem sie dies taten, haben sie auch gelernt, sie zu modifizieren statt bedingungslos den Befehlen der Gene zu folgen.

Indem die Evolution auf diese Weise die Leine der Gene lockerte, stattete sie ihre Geschöpfe mit der Fähigkeit immer flexibleren Verhaltens aus. Eindrucksvoll spiegelt sich diese Tatsache in der enormen Plastizität des Gehirns wider. Ständig ist das Nervenzellgewebe Wandlung und Umbau unterworfen.

In jedem Gespräch, während jedem Kinofilm, bei jeder Lektüre sprießen im Kopf

neue Nervenästlein aus, unentwegt heften sie sich aneinander, lockern ihre Bande oder sterben einfach ab. Im Hirn von Taxifahrern wiesen Hirnforscher eine Vergrößerung des Hippocampus nach, einer Hirnregion, die unter anderem für das Ortsgedächtnis zuständig ist; bei Klavierspielern hingegen ist jener Teil der motorischen Hirnrinde besonders groß, der die Bewegung der Hände steuert.

Die Art, wie die rund 100 Milliarden Nervenzellen im Gehirn miteinander verdrahtet sind, ist mithin Ausdruck der individuellen Erfahrung. Die Gene spielen beim ständigen Umbau des Schaltplans allenfalls eine modulierende Rolle.

So kommt es, dass sich die Hirne eineiiger Zwillinge niemals gleichen können, auch wenn ihr Erbgut identisch ist. Im Schaltkreis ihrer Neuronen hat sich vielmehr ihre persönliche Lebenserfahrung niedergeschlagen. Ob nun ein Forscher eher den Ähnlichkeiten oder den Unterschieden zweier Zwillingshirne seine Aufmerksamkeit schenkt, ist nur eine Frage der Perspektive.

„Jede Epoche hat ihre eigene Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis von Umwelt und Genen“, sinniert der Klon-Experte Rudolph Jaenisch. „In den sechziger und siebziger Jahren wurde fast alles der Umwelt zugeschrieben, in den achtziger und neunziger Jahren den Erbanlagen.“ Und dann fügt er hinzu: „Derzeit schlägt das Pendel wieder zurück.“

JOHANN GROLLE

# „Meine Gedanken sind aggressiv“

Genforscher James Watson über seine Jahrhundert-Entdeckung, die Bürde eines Geniestreichs im Alter von 24 und die Angst als Triebfeder seines kreativen Schaffens

**SPIEGEL:** Herr Professor Watson, wie genau lässt sich der Moment angeben, der Sie berühmt gemacht hat?

**Watson:** Sehr genau. Es passierte an einem Samstagmorgen, irgendwann zwischen halb elf und eins. Danach sind Crick und ich essen gegangen.

**SPIEGEL:** Es war also ein Gedankenblitz?

**Watson:** Ich hatte ja nun schon seit zwei Wochen mit dem Rückgrat eines doppelsträngigen DNS-Moleküls rumgespielt. Aber dann wurde mir ganz plötzlich klar, dass die Basen immer paarweise zusammenpassen. Und sie hatten genau die richtige Größe.

**SPIEGEL:** War das Entdecken der Struktur und das Begreifen ihrer Bedeutung ein und dasselbe? Wussten Sie in dem Moment, in dem Sie die Doppelhelix vor Ihrem inneren Auge sahen: „Jetzt haben wir das Rätsel des Lebens geknackt“?

**Watson:** Uns war klar: So wird das Genmaterial kopiert – und genau das war ja das zentrale Problem des Lebens, so wie es Schrödinger in seinem berühmten Buch „Was ist Leben?“ definiert hatte.

**SPIEGEL:** Hatten Sie noch Zweifel?

**Watson:** Natürlich haben wir gesucht, ob es nicht noch irgendeinen Haken gab. Aber wir waren uns unserer Sache ziemlich sicher. Und es ist dann ja auch alles richtig rausgekommen.

**SPIEGEL:** Was machte Sie so sicher?

**Watson:** Dass die Doppelhelix so schön ist.

**SPIEGEL:** Was heißt bei Molekülen „schön“? Ist Hämoglobin schön? Oder Insulin? Oder vielleicht Alkohol?

**Watson:** Die Doppelhelix ist einfach. Man braucht nur wenige Neuronen, um sie zu begreifen. Im Grunde kann jedes Schulkind die Doppelhelix verstehen. Deshalb ist sie schön.

**SPIEGEL:** Haben Sie damit gerechnet, eine so schöne, bedeutungsvolle Antwort auf die Frage nach der Molekülstruktur zu finden?

**Watson:** Nein, wir waren überrascht. Nehmen Sie die Proteine: Da verbirgt sich in der Struktur meistens keine einfache Botschaft. Genauso hätte es auch mit der DNS sein können. Dann hätten wir am Ende die Struktur gehabt und wären immer noch nicht viel klüger gewesen. Aber wir hatten eben Glück, es gab eine einfache Lösung ...

**SPIEGEL:** ... wenn die Lösung schwieriger gewesen wäre, dann hätten Sie mit Ihrer

Methode der Modellbasterei auch Schiffbruch erlitten ...

**Watson:** ... absolut richtig. Aber wenn Sie Ihren Schlüssel verloren haben, dann suchen Sie ihn eben unter der Straßenlaterne, denn da ist Licht.

**SPIEGEL:** Sie waren also einfach nur ein junger Mann, der das unverschämte Glück hatte, unter der richtigen Laterne zu suchen?

grafie zu machen. Wir wollten die Frage beantworten: Was ist Leben?

**SPIEGEL:** Was wäre passiert, wenn Sie die Doppelhelix nicht gefunden hätten?

**Watson:** Dann wäre sie von anderen gefunden worden – binnen eines Jahres oder so, davon bin ich überzeugt.

**SPIEGEL:** Was wäre aus Ihnen geworden?

**Watson:** Ich hätte jetzt irgendwo einen unbedeutenden Job. Es war ja nur diese Ent-



SUZANNE DECHILLO / NEW YORK TIMES

**Genpionier Watson:** „Ich glaube nicht an Menschenrechte“

**Watson:** Vielleicht war es nicht nur Glück. Vielleicht musste es eine einfache Lösung geben, sonst hätte das Leben gar nicht beginnen können.

**SPIEGEL:** Warum hat niemand anders diese einfache Lösung gefunden – aus heutiger Sicht scheint sie sehr nahe liegend zu sein?

**Watson:** Ja, warum haben wir die Doppelhelix gefunden – und das, obwohl wir ja gar keine Experimente gemacht haben. Entscheidend war, dass wir das Problem richtig definiert haben. Wir haben in der DNS-Struktur das wirklich große Problem der Biologie erkannt. Und das haben damals nur ganz wenige getan. Die meisten haben sich gar nicht für die DNS interessiert. Und selbst Maurice Wilkins und Rosalind Franklin, die damals an der DNS gearbeitet haben, hatten nur das Ziel, gute Kristallo-

deckung, die mir meinen guten Job in Harvard verschafft hat. – Was wäre sonst aus mir geworden? Ich weiß es nicht. Ich war für meine Umwelt nicht gerade ein angenehmer Zeitgenosse. Ich war wohl, wie soll man sagen, etwas penetrant. Aber nach der Entdeckung der Doppelhelix kam man nicht mehr an mir vorbei.

**SPIEGEL:** Sie haben eine Jahrhundert-Entdeckung im Alter von 24 gemacht. Muss man so jung sein, um wissenschaftliche Revolutionen auszulösen?

**Watson:** Es hilft. Man hat keine Verpflichtungen. Wenn Sie jung sind, dann haben Sie keine Angst vor dem Scheitern. Wenn Sie 40 sind und zwei Kinder haben, dann schon.

**SPIEGEL:** Aber es liegt nicht daran, dass das Hirn der Älteren träger ist als das der Jüngeren?



Anti-Gentechnik-Demonstration (in Seattle 1999): „Auf uns Genforschern lastet der Fluch Hitlers“

**Watson:** Das habe ich früher gedacht. Aber jetzt, wo ich selbst alt bin, denke ich das nicht mehr.

**SPIEGEL:** Es heißt immer, die Jüngeren seien kühner im Denken ...

**Watson:** ... sie denken höchstwahrscheinlich anders. Wer jung ist, will partout etwas machen, was niemand je zuvor gemacht hat.

**SPIEGEL:** Und eine solch spektakuläre Entdeckung, wie Sie sie gemacht haben: Ist das nur ein Segen für den Rest des Lebens oder auch ein Fluch?

**Watson:** Dir ist natürlich klar: Jeder, der die Doppelhelix entdeckt hätte, wäre berühmt geworden. Und man will ja nicht, dass alle Leute denken: Es gab da nur diese eine großartige Entdeckung in seinem Leben ...

**SPIEGEL:** ... also beschließt man, etwas ganz anderes zu machen?

**Watson:** Ja. Dir ist ja klar: Nie wieder wirst du etwas Ähnliches schaffen. Also suchst du neue Herausforderungen. Ich habe zum Beispiel ein paar Bücher geschrieben. Da stand ich vor der Frage: Kannst du das, ein Buch schreiben? Und später dann: Bist du ein guter Lehrer? Oder: Kann ich eine Gruppe von Forschern zusammenstellen, die den Krebs verstehen werden?

**SPIEGEL:** Waren diese neuen Aufgaben derjenigen, die DNS-Struktur aufzuklären, ebenbürtig?

**Watson:** Das Buch „Die Doppelhelix“ zu schreiben war in gewissem Sinne sogar einzigartiger und auch schwieriger als die Entdeckung der Doppelhelix selbst. Viele

Leute hätten diese Struktur finden können. Aber niemand anders hätte darüber so schreiben können.

**SPIEGEL:** Ist das der entscheidende Unterschied zwischen Kunst und Wissenschaft?

**Watson:** Ja. Nur der Künstler schafft etwas, was noch nicht existiert.

**SPIEGEL:** Soll das heißen, Sie bezweifeln, dass Wissenschaft ein kreativer Prozess ist?

**Watson:** Da kommt man an den Punkt, wo es um Wortdefinitionen geht. In gewissem

**„Wer Erbkrankheiten verhindern will, muss die Schwangerschaft abbrechen und nicht irgendwas mit der DNS anstellen.“**

Sinne könnte man sagen: Modelle zu bauen war ja nicht wirklich neu. Wir haben diese Methode nur angewendet – und hatten das Glück, dass es klappte. Ist das kreativ?

**SPIEGEL:** Ein Privileg der Jungen ist es, selbst erleben zu dürfen, was aus ihren Entdeckungen wird. Sie haben nicht nur die Struktur der Doppelhelix erkannt, Sie waren auch noch dabei, als die Forscher knapp 50 Jahre später die Entzifferung der gesamten genetischen Sequenz des Menschen bekannt gaben. Ändert das die Art, wie wir über uns denken müssen? Würde es Ihnen zum Beispiel helfen, Ihr Genom zu kennen?

**Watson:** Auf manches wäre ich schon neugierig. Ich esse zum Beispiel sehr schnell. Ich wüsste gern: Hätte ich auch ein langsamer Esser sein können? Oder nehmen Sie das Gen für Monoamino-Oxidase, ein Protein, das im Hirn wirkt und etwas mit Aggressivität zu tun hat ...

**SPIEGEL:** ... Sie möchten wissen, ob Sie aggressiv geboren sind?

**Watson:** Ja, ich bin überzeugt davon, dass ich aggressiv geboren bin – nicht aggressiv mit den Händen, sondern aggressiv mit Worten und Gedanken.

**SPIEGEL:** Aber Sie wissen doch von Ihrer Aggressivität. Was hilft es Ihnen da zu wissen, dass irgendein Gen dafür verantwortlich ist?

**Watson:** Ich wüsste gern, woher diese Aggressivität kommt. Es würde mir sagen, ob ich eine Wahl hatte.

**SPIEGEL:** Das heißt, Ihr Genom lässt Ihnen gar keine Wahl?

**Watson:** So weit will ich gar nicht gehen. Aber man würde doch gern wissen, welche Freiheit man tatsächlich hat. Einige Leute rennen schnell, andere tun es nicht. Der Unterschied ist in den Genen versteckt. Natürlich kann man trainieren. Aber zum wirklich guten Marathonläufer wird man ohne die richtigen Gene trotzdem nicht.

**SPIEGEL:** Wie sehr verändert denn die Kenntnis des Genoms die Welt? Und wie sehr verändert es die Art, wie wir über uns selbst nachdenken sollten?

**Watson:** Bisher haben wir ein Buch aufgeschlagen, aber wir können es noch nicht lesen. Bis wir es vollständig verstehen, kann es noch 500 Jahre dauern.

**SPIEGEL:** Und die viel diskutierte Gentherapie zur Heilung von Erbkrankheiten – nichts als ein Hirngespinnst?

**Watson:** Wer Erbkrankheiten verhindern will, muss die Schwangerschaft abbrechen und nicht irgendwas mit der DNS anstellen. Das ist heute so, und das wird auch in Zukunft so bleiben.

**SPIEGEL:** Einige Forscher haben sogar schon verkündet, der Mensch nehme nun seine Evolution selbst in die Hand ...

**Watson:** ... ich jedenfalls nicht. Nicht, dass ich etwas dagegen hätte: Ich habe zum Beispiel Probleme mit meiner Haut. Wenn ich die meinen Kindern ersparen könnte, warum sollte ich zögern? Jeder weiß: Die Iren müssen besser werden ...

**SPIEGEL:** Wie bitte?

**Watson:** Oh, das sage ich nur, weil ich irischen Ursprungs bin. Wäre ich Deutscher, so würde ich sagen: Die Deutschen müssen besser werden ...

**SPIEGEL:** ... und zwar ausgerechnet mit Hilfe der Gentechnik?

**Watson:** Warum nicht? Vielleicht in 100 Jahren ...

**SPIEGEL:** Ethische Bedenken hätten Sie nicht gegen die gentechnische Verbesserung des Menschen?

**Watson:** Das Einzige, was zählt, ist die Vermeidung von Leid. Es ist nun einmal kein Spaß, so drastisch ungleich geboren zu sein, wie wir es sind. Alles, was man tun kann, um unser Schicksal zu lindern, sollte man doch tun.

Sehen Sie: Auf uns Genforschern lastet der Fluch Hitlers, der Kinder ermorden ließ im Namen des genetisch perfekten Menschen. Und nur weil Hitler ein schlechter Mensch war, sollen wir nun nicht versuchen dürfen, uns genetisch zu verändern?

**SPIEGEL:** Gibt es denn irgendwelche ethischen Bedenken, die Sie gelten lassen?

**Watson:** Viel zu viele Leute beurteilen die Genetik mit dem Mittel der Religion. Ich glaube nicht daran, dass wir Kreaturen Gottes sind. Wir sind Kreaturen der Evolution. Und die kann ziemlich grausam sein. Alles, was wir tun können, um diesen Grausamkeiten zu entrinnen, sollten wir tun.

**SPIEGEL:** Aber gerade Sie waren doch einer derjenigen, die sich beim Genomprojekt besonders energisch für ethische Begleitforschung eingesetzt haben.

**Watson:** Das eigentliche ethische Problem der Genforschung ist doch, dass wir unser Wissen nicht schnell genug anwenden, um so das Glück der Menschen zu mehren – und alles nur, weil die Leute von Religion, von Gott und dem heiligen Leben reden.

**SPIEGEL:** Auch jenseits des christlichen Glaubens halten Sie alle Behauptung, menschliches Leben sei heilig ...

**Watson:** ... für Schwachsinn. Ja.

**SPIEGEL:** Worauf gründet sich denn dann ...

**Watson:** ... sagen wir nicht Schwachsinn. Worum es mir geht: Ich glaube an die Beobachtung und das Experiment, nicht an

Offenbarung. Ich will die Religion nicht beleidigen. Es ist eher so, dass ich angegriffen werde, dass die Religion gegen die Genetik ins Feld geführt wird. Und dagegen muss man sich wehren.

**SPIEGEL:** Noch einmal: Worauf gründet sich unsere Achtung vor dem menschlichen Leben? Gibt die Biologie so etwas wie eine natürliche Ethik oder Moral vor?

**Watson:** Ja. Ich glaube an die Natur des Menschen. Sie gibt die natürliche Moral vor – und die ist gar nicht unbedingt anders als die eines religiösen Menschen. Der Mensch ist von Geburt an mit einer Anlage zur Empathie ausgestattet, zur Mitleidensfähigkeit mit anderen Menschen. Wie Ärger und Wut, so sind auch Mitleid und Liebe Teil unserer Natur. Sie liegen in unseren Genen. Die Christen sagen immer: „Liebe ist das größte Geschenk, das Gott den Menschen gemacht hat.“ Und im Grunde stimmt das: Unsere Fähigkeit, andere Menschen zu mögen, ist die Grundlage aller sozialen Organisation. Wir können lieben, weil die Evolution uns zu sozialen Wesen gemacht hat.

**SPIEGEL:** Lassen sich möglicherweise auch die Menschenrechte in den Genen ablesen?

**Watson:** Ich glaube nicht an Menschenrechte. Ich glaube an Menschenpflichten und an Verantwortung. Was sollen denn diese Menschenrechte sein? Wo sollen die herkommen? Wir haben doch kein Recht auf Ernährung oder auf Gesundheit. Wir können uns so etwas wünschen, wir können es brauchen. Aber ein Recht zu haben bedeutet ja, es zu verdienen. Rechte kön-

nen nur durch einen Kontrakt zwischen Menschen entstehen. Stattdessen heißt es, sie kämen von Gott, unveränderlich und absolut. Aber das ist falsch. Rechte sind in keiner Weise Bestandteil der Natur des Menschen.

**SPIEGEL:** Der Natur zu Folge ist das Leben ein einziger, ewig wählender Kampf ...

**Watson:** ... richtig, genau das ist es. Ein Kampf.

**SPIEGEL:** Und Ihr Leben? War auch das nur ein einziger Kampf?

**Watson:** Aber ja – außer wenn ich einmal ein gutes Essen vor mir habe vielleicht.

**SPIEGEL:** Macht dieser ständige Kampf glücklich?

**Watson:** Nein. Er macht Angst, große Angst.

**SPIEGEL:** Glück verschafft er gar nicht?

**Watson:** Doch – wenn man gewinnt. Glück ist die Belohnung für Erfolg. Die wenigen Momente des Glücks muss man sich mit vielen Momenten der Angst erkämpfen. Das ist auch in der Wissenschaft so: Man ist glücklich, wenn man etwas versteht. Nach der Entdeckung der DNS-Struktur waren wir glücklich – aber nicht lange. Dann war klar: Wir werden erst wieder glücklich sein, wenn wir auch die RNS verstehen ...

**SPIEGEL:** Wissenschaftlicher Fortschritt ist also fortwährendes Unglück, unterbrochen von wenigen Momenten des Glücks?

**Watson:** Sagen wir: Wissenschaft ist die fortwährende Suche nach dem Glück.

**SPIEGEL:** Wo suchen Sie denn gegenwärtig nach neuem Glück?

**Watson:** Als ich nach der Bekanntgabe der Genomsequenz des Menschen im Weißen

Haus war, da haben Reporter mich gefragt: „Warum lächeln Sie nicht?“ Ich habe geantwortet: „Wir können den Krebs noch nicht heilen.“

**SPIEGEL:** Gerade Krebs ist ja, mehr als jede andere Krankheit, der große Misserfolg der Genetik und der Molekularbiologie – wie oft wurden Durchbrüche versprochen, wie oft war sogar schon von Sieg die Rede! Und wie viele Heilerfolge hat die molekulare Medizin bisher wirklich vorzuweisen?

**Watson:** Immerhin: Hinsichtlich des Verstehens ist der Krebs eine Erfolgsstory. Jetzt geht es darum, unser Verständnis für den Patienten nutzbar zu machen.

**SPIEGEL:** Aber wie lange wird das noch dauern? Werden Sie es noch erleben?

**Watson:** Na ja, welche Lebenserwartung geben Sie mir denn? Acht Jahre? Zehn Jahre? Zwölf Jahre? Ich bin 75!

**SPIEGEL:** Herr Professor Watson, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Watson mit Doppelhelix (1962): „Das Leben ist Kampf“



Baustelle in der St.-Georgen-Kirche von Wismar: Als der Lufttorpedo explodierte, flogen alle Fenster und Türen raus

BAUTECHNIK

## Steinschlag am Altar

Bombenschäden, Schwamm, kaputte Dächer – viele Kirchen in Ostdeutschland bieten ein Bild des Jammers. Mit raffinierter Technik versuchen Restauratoren, das christliche Erbe zu retten.

**G**heimnisvoll verwittert, mit bröckelndem Portikus, liegt hinter Fliederbüschen in der Invalidenstraße 3 die schönste Ruine Berlins. 1835 wurde das Bauwerk von Karl Friedrich Schinkel errichtet. Es sieht aus wie ein griechischer Tempel – ist aber eine Kirche.

Anfang März 1945 schlug eine Bombe durchs Dach. Chorgestühl und Orgel verbrannten. 50 Jahre lang stand der Bau schutzlos in der Witterung. Kaninchen wohnten im Gewölbe, im Altarraum wuchsen Ahornbäume.

Nun steht ein Gerüst an der Außenwand, die klassizistische Kirche Sankt Elisabeth soll zum Konzertsaal umgebaut werden. „Ein Wunderwerk“, schwärmt der Architekt Klaus Block, während seine Hand prüfend über die nackte Ziegelwand fährt. Von draußen wehen Schneeflocken herein. „Wir brauchen Fenster und eine Fußbodenheizung.“ Im Moment stockt die Arbeit. Von der EU zugesagte Gelder für dieses Jahr, 1,3 Millionen Euro, wurden bislang nicht überwiesen.

Die Ruine aus der Hauptstadt zeugt von einer umfassenden Misere. Erst die



Gewölbemaurer Rodatz: Artist unterm Dach

Luftminen der Alliierten und die Hautbitzen der Roten Armee, dann die Verwahrlosung in der DDR-Zeit haben viele Gotteshäuser zu Trümmerhaufen werden lassen. Nach der Wende ermittelten Denkmalschützer für die 6571 Kirchen und Kapellen im Osten einen Restaurierungsbedarf von „5,6 bis 6,6 Milliarden Euro“.

Wie groß der Aufwand ist, zeigt die Altstadt von Wismar, wo Ostdeutschlands größte Kirchenruine liegt. Bei Windstärke acht rattert Bauamtsleiter Wolfgang Ferdinand mit dem Aufzug an der Ostwand

von Sankt Georgen empor. In etwa 40 Meter Höhe stoppt der Lift. Die Turmspitze ist abgebrochen, in Mauerfugen sprießt Gras.

Zwei Lufttorpedos, ausgeklinkt in der Nacht zum 15. April 1945, reichten aus, um der nach dem Drachentöter Georg benannten Basilika schweren Schaden zuzufügen (siehe Grafik).

Mit satterm Plopp durchschlug eine Bombe das Dach und explodierte am Boden. „Die Druckwelle hob die Deckengewölbe empor“, erklärt Ferdinand, „die Steine wurden geradezu weggeblasen.“

180 Messfühler hat er an der Basis der Kirche verstöpselt, um die statische Spannung zu ermitteln. „Der Bau hebt und senkt sich“, erklärt Ferdinand. Ein Pfeiler im Chor wurde durch die Verschiebung der Wandlast so unter Druck gesetzt, dass die äußeren Ziegelsteine zerplatzten.

Um das Haus zu retten, arbeitet das Team nur mit alten Techniken. Beton zur Stabilisierung der Fundamente oder chemische Zusätze wie Zementöl oder Silicon sind in Wismar tabu. Leibdicke Dachstuhlbalcken aus Eiche und Kiefer wurden emporgehievt und mit Holznägeln verzahnt. In den bis zu 22 Meter hohen Fenstern steckt farbloses „Goetheglas“.

Auch die Ziegelsteine lässt der Chef nach alter Manier brennen – im „Klosterformat“ (Länge: 28 Zentimeter). Ein Betrieb in Sønderhausen in Dänemark stellt sie her. Die Arbeiter dort schmierern nassen Lehm in Holzkästen. Hernach kommen die Batzen in kugelige Öfen, wo sie bei über 1000 Grad Hitze eine Woche lang tiefrot aushärten.

Tibor Rodatz, 25, hat derzeit die schwierigste Arbeit zu leisten. Er steht auf einem 35 Meter hohen Gerüst, direkt unter der Kirchendecke. Wie die Freimaurer (mittelalterliche Ziegel-Artisten, die sich später in Geheimlogen verbanden) soll er die kaputten Deckengewölbe schließen. „Den Jungen haben wir unter Dutzenden ausgesucht“, sagt der Polier.

Rodatz fährt mit der Kelle in die Wanne, in der eine Mischung aus Sand, Kalk und Muschelschalen angerührt ist. Dann holt er Schwung – „patsch!“ – und drückt den Ziegel ins frische Mörtelbett. Nur nach Augenmaß muss er, Stein für Stein und über Kopf arbeitend, den Bogen des Deckengewölbes schließen.

Bis zum Jahr 2010 wird das Projekt noch dauern. Alle Kirchenportale, einst verziert mit hölzernen Schnitzarbeiten, sind zu erneuern. Ferdinand will die in DDR-Zeiten weggesprengte Sakristei wieder aufbauen.

Und auch für den Turm muss eine Lösung gefunden werden. Möglich ist das alles nur, weil die „Deutsche Stiftung Denkmalschutz“ hier schwerpunktmäßig ihr Füllhorn ausschüttet. Die Gesamtkosten liegen bei 40 Millionen Euro.

Doch Wismar ist die Ausnahme, das große Licht – der Rest liegt im Schatten. Weil sich der Bund aus der direkten Förderung zurückgezogen hat, fehlt überall Geld. „Die Finanzierbarkeit und der tatsächliche Baubedarf klaffen immer weiter auseinander“, beschreibt der Dresdner Oberkirchenrat Ulrich Böhme die Situation.

Allein in Mecklenburg sind etwa 15 Dorfkirchen total baufällig. Schlimm sieht es auch in der Uckermark aus. Im 13. Jahrhundert waren die Ritter des Deutschen Ordens in das Gebiet am Oderbruch vorgeprescht, gefolgt von Zisterzienser-Mönchen in weißen Tuniken, die sich anschnitten, die heidnischen Slawen zu bekehren.



Ruine der St.-Elisabeth-Kirche (Berlin), Bergsteiger an Leipzigs St.-Petri-Kirche\*: Lose Brocken



Bald leistete sich fast jedes Dorf der Region eine wuchtige Kirche aus Feldsteinen.

Viele dieser Provinz-Heiligtümer sind jetzt von Verfall bedroht. „Echter Hauschwamm“ wuchert im Kirchgebälk von Ueckerkmünde. In Nechlin regnet es durch die Biberschwanzziegel.

In einem Schadensbericht über die Dorfkirche von Sonnenberg heißt es: „Unkontrollierte Abstürze der Ausfachungen stellen erhebliche Gefahren für die Kirchenbesucher dar.“

Kompliziert gestaltet sich die Renovierung der Kirchen auch deshalb, weil sie schief sind. Wer sich in Sankt Georgen in Wismar genau umsieht, bemerkt überall Krummes. Ohne Lasergeräte und Wasserwaage zogen die christlichen Handwerker ad gloriam Dei ihre Wände empor. Iso-Folie gegen muffige Keller gab es noch nicht, statische Berechnungen waren unbekannt.

Zuweilen bereitet auch der Baugrund den modernen Sanierern Kopfzerbrechen. Die Franziskaner-Klosterkirche in Berlin

etwa, die seit Kriegsende wie ein kariöser Zahn aussieht, leidet unter Versalzung.

Der Grund: „Neben der Kirche lag früher ein Friedhof“, erklärt der Stadtplaner Helmut Schermeyer, „jetzt steigen Nitrate aus den Leichen empor und zerfressen die Wände.“

Weil Unterstützung fehlt, haben sich in vielen Städten Fördervereine gebildet, die das sakrale Erbe mit Nagel und Dachpappe retten wollen. In Anklam kümmert sich ein rühriger Verein um die zerschossene einst 103 Meter hohe Nikolai-Kirche.

Mit Mühe gelang es, ein Notdach auf das Gemäuer zu schustern. Dann fuhr der Trupp zum Baumarkt und vernagelte die Kirchenfenster mit Plastikfolie.

Zum Erhalt der reich verzierten Sandsteingotik, wie sie etwa in Thüringen und Sachsen steht, reichen solche Basteleien nicht aus. Unglaubliche architektonische Leistungen haben seine Erbauer vollbracht. Nur mit Seilzügen und Holzgerüsten bugsierten sie Ziegel, Findlinge und schwere Zementpötte in die Höhe und installierten in 100 und mehr Meter Höhe Bronzeglocken und mechanische Uhren.

All dies rostet und gammelt nun vor sich hin. Leipzig hat 18 kaputte Vorstadtkirchen, am schlimmsten steht es um Sankt Petri. Der 87 Meter hohe Turm ist ganz aus Sandstein gefertigt und übervoll mit Kreuzblumen, Wasserspeiern und Fabelfiguren verziert. 1885, im Jahr der Weihe, galt Leipzig als die reichste Stadt Deutschlands.

Nun herrscht an dem neugotischen Prachtbau Steinschlag. Ständig würden sich „lose Brocken und faustgroße Teile“ vom verwitterten Turm ablösen, klagt der zuständige Baurat Gerhart Pasch, „auch die Eisenteile sind alle verrostet“ – ein Fehler der Erbauer, die ohne Korrosionsschutz arbeiteten.

Auf 3,2 Millionen Euro werden die Kosten für eine neue Turmspitze geschätzt. Was also tun? Geld hat die Kirchenverwaltung nicht. Sie zog die Notbremse und engagierte Industrie-Bergsteiger.

Mit Seilen erklimmen die Männer den Gottesturm und hämmerten alle lockeren Brocken ab.

MATTHIAS SCHULZ

## Auferstanden aus Ruinen

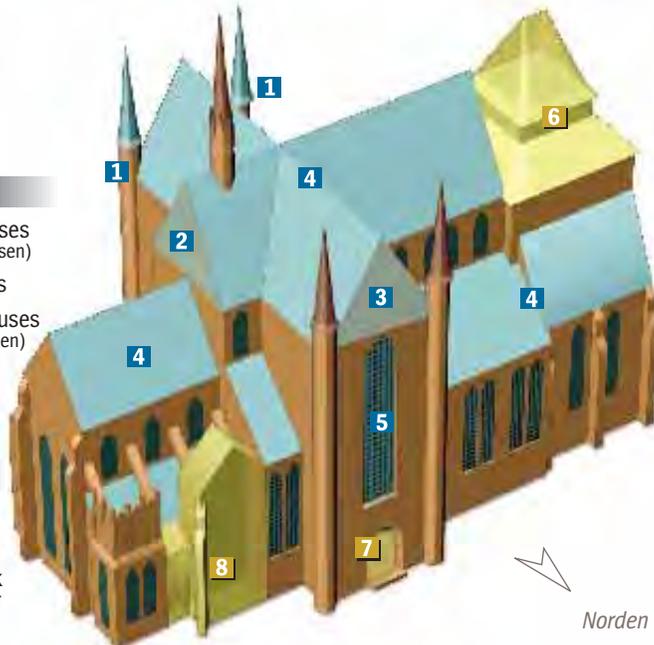
Sanierung der Kirche St. Georgen in Wismar

### bereits wiederaufgebaut

- 1 Türme des Südquerhauses (in den 70er Jahren abgerissen)
- 2 Giebel des Hochschiffes
- 3 Giebel des Nordquerhauses (1990 bei Sturm abgebrochen)
- 4 alle Dächer und Deckengewölbe
- 5 alle Fenster

### noch fehlend

- 6 Turm
- 7 Portale
- 8 Sakristei und Bibliothek (1961 wegen Einsturzgefahr abgerissen)



DER SPIEGEL

# Feind in den Adern

Millionen Deutsche wissen nicht, dass sie zuckerkrank sind. Durch Diät und Bewegung könnten sie den Diabetes in den Griff bekommen.

Die Augsburgerin wurde ihres Lebens nicht mehr froh. Kopfschmerzen, Müdigkeit und ständiger Durst quälten sie. Mitunter erschien ihr die Umgebung verschwommen wie durch eine Milchglasscheibe.

Bei einer Blutzuckermessung fand ihr Arzt die Erklärung für das diffuse Leiden. Erst gab er ihr eine Traubenzuckerlösung zu trinken. Zwei Stunden später ermittelte er, wie viel Zucker bereits in die Körperzellen geschleust und wie groß die verbleibende Menge im Blut war. Ab 200 Milligramm Zucker pro Deziliter Blut sprechen die Mediziner vom manifesten Diabetes – die Frau kam auf einen Wert von 540 Milligramm. Der Doktor schrieb ihr sofort eine Überweisung ins Krankenhaus.

Wie viele andere Leidensgenossen ging die Zuckerkrankte jetzt Forschern des Deutschen Diabetes-Forschungsinstituts in Düsseldorf (DDFI) ins Netz. In der Region Augsburg baten die Diabetes-Fahnder mehr als 1300 zufällig ausgewählte Personen aus der Altersgruppe der 55- bis 74-Jährigen zum „oralen Glukosetoleranz-Test“. Ergebnis der bislang einmaligen Studie: Die Volkskrankheit Diabetes ist in Deutschland weiter verbreitet als befürchtet. Millionen Betroffene wissen nicht, dass sie zuckerkrank sind.

Vier bis sechs Millionen Diabetiker werden hier zu Lande behandelt – die Zahlen



HELMUT CLAUS / WIRTSCHAFTSWOCHE



DAMIEN LOVEGROVE / SPL / AGENTUR FOCUS

**Diabetes-Opfer Lauber, Zuckerkrankte beim Insulinspritzen:** „Rieseneffekt mit kleinen Schritten“

schwanken, je nachdem, welche Daten oder Register für die Berechnung herangezogen werden. Offen war bisher, wie groß die Zahl der unentdeckten Diabetes-Fälle ist. Angesichts der umfassenden Überwachung der Deutschen durch ihre Ärzte rechneten die Experten mit jeweils einem unentdeckten Diabetiker auf fünf bekannte Zuckerkrankte.

Diese optimistische Schätzung ist nach der DDFI-Studie nun Makulatur. Nach den Augsburgener Daten kommt auf jeden diagnostizierten Typ-2-Diabetiker ein unentdeckter. Allein unter den 55- bis 74-Jährigen rechnen die Düsseldorfer Experten bundesweit mit 1,5 Millionen unentdeckten Zuckeropfern. Insgesamt könnte es in Deutschland nicht vier bis sechs, sondern acht bis zwölf Millionen Menschen geben, die unter so genanntem Altersdiabetes („Typ 2“) leiden.

Noch ist diese Schreckenszahl nicht bewiesen. Für eine verlässliche Hochrechnung ist die Augsburgener Untersuchung nicht umfassend genug. Doch fest steht: Die Deutschen rangieren beim Diabetes europaweit keineswegs, wie angenommen, im Mittelfeld. „Die neuen Daten rücken uns in die traurige Spitzengruppe“, erklärt Wolfgang Rathmann, Epidemiologe am DDFI.

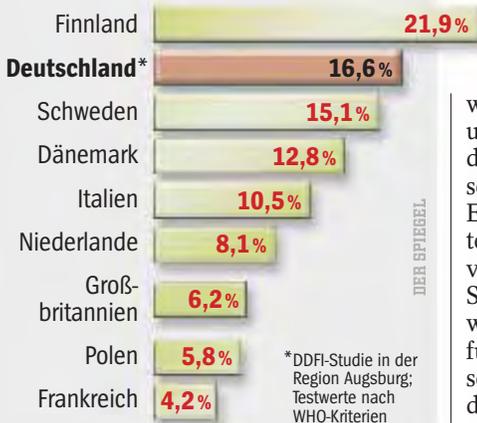
Schuld am Ausmaß des Zuckerdeisters sind falsche Ernährung und Bewegungsmangel, die teilweise schon Kinder und Jugendliche zu Opfern der Altersdiabetes machen. In den USA etwa ist dieser Trend nicht mehr zu übersehen: „Die Erstmanifestation hat sich dort in den letzten 20 Jahren um eine Generation nach vorn verlagert“, sagt DDFI-Chef Werner Scherbaum. Für Deutschland fehlen einstweilen sichere Daten. Aber Scherbaum befürchtet: „Auch auf uns kommt eine Riesenepidemie mit Leuten zu, die die Folgen des Diabetes noch im arbeitsfähigen Alter erleben werden.“

Die Schäden, welche die Stoffwechsellage anrichtet, sind gewaltig. Die durchschnittliche Lebenserwartung von Typ-2-Diabetikern mittleren Alters liegt um fünf bis zehn Jahre unter der von Stoffwechsellgesunden. Die Opfer sterben dabei nur ganz selten an der Grunderkrankung selbst – etwa durch ein tödliches Koma bei einer Unter- oder Überzuckerung im Blut. Den meisten werden die sekundären Folgen zum Verhängnis:

- ▶ Diabetiker haben ein doppelt bis vierfach erhöhtes Herzinfarktrisiko; die Gefahr, dass der Infarkt ihr Leben beendet, ist so hoch wie bei einem Nichtdiabetiker, der bereits einen Herzinfarkt erlitten hat.
  - ▶ Jeder zweite Dialysepatient in Deutschland ist auf die maschinelle Blutwäsche angewiesen, weil der Diabetes seine Nieren zerstört hat; die Überlebenschancen der Zuckergeschädigten sind gering: Rund 50 Prozent sterben innerhalb von drei Jahren.
  - ▶ 7000 Diabetiker verlieren jährlich in Deutschland das Augenlicht; die frei in ihrem Blut treibende Glukose hat die kleinen Gefäße in der Augennetzhaut ruiniert.
  - ▶ Der Zucker nagt an den motorischen und sensiblen Nerven im Körper; in zwei von drei Fällen, in denen deutsche Chirurgen Füße, Unter- oder Oberschenkel amputieren, ist der entgleiste Zuckerstoffwechsel die Wurzel allen Übels.
- Weit höher als bislang bekannt ist auch die Zahl derjenigen, die bereits in der Warteschleife zum Diabetes kreisen. Bei 16 Prozent der in Augsburg Getesteten registrierten die Düsseldorfer eine „verminderte Glukosetoleranz“. Geahnt hatten auch diese Opfer von ihrem Gebrechen nichts, denn der süße Killer verrichtet sein Werk über viele Jahre unbemerkt. „Diabetes“, so DDFI-Forscherin Monika Toeller-Suchan, „tut nicht weh.“

## Süßer Killer

Häufigkeit von Typ-II-Diabetes in Europa  
Ergebnisse regionaler Studien



DER SPIEGEL

Das in den Inselzellen der Bauchspeicheldrüse produzierte Insulin wirkt wie ein Schlüssel, der die Muskel- und Fettzellen für den Kraftstoff Zucker öffnet. Sprechen die Zellen nicht mehr genügend auf das Hormon an („Insulinresistenz“), kann die Bauchspeicheldrüse die nachlassende Wirkung noch eine Weile ausgleichen, indem sie die Insulinproduktion bis zum Zehnfachen ankurbelt. Fatale Folge: Nach einigen Jahren sind die überlasteten Insulin-Produktionsstätten ausgebrannt – es kommt zum Diabetes.

Doch auch schon im Vorstadium des Zuckerleidens steht die Gesundheit auf dem Spiel. Das vorübergehende Überangebot an Insulin treibt den Blutdruck in die Höhe und bringt den Fettstoffwechsel aus dem Lot – Herzinfarkt- und Schlaganfallrisiko steigen. Und weil die Schmerzleitungen vom Herzen nicht mehr richtig funktionieren, warnt kein gelegentlicher Stich in der Brust, dass der Pumpmuskel schon schlecht durchblutet oder überlastet ist: Der Infarkt kommt oft wie ein Blitz aus heiterem Himmel.

Ein veränderter Lebensstil könnte die schleichende Krankheit in vielen Fällen stoppen. Täglich 30 Minuten mäßiger Sport, so ergaben unlängst Studien in den USA und Finnland, verringern das Diabetes-Risiko der im Vorzimmer des Stoffwechselleidens Sitzenden um 58 Prozent – die schützende Wirkung von Medikamenten lag nur bei rund 30 Prozent.

Jedes Kilogramm weniger ist Gold wert im Kampf gegen den Zucker. Schon bei drei bis fünf Kilogramm Gewichtsabnahme steigen die Chancen deutlich, der Krankheit zu entgehen: „Der Diabetes ist kein unabwendbares Schicksal“, versichert Guido Giani, Epidemiologe am DDFI. „Mit kleinen Schritten kann man einen Rieseneffekt erreichen.“

Im Alter von 50 Jahren etwa waren bei dem Medienmanager Hans Lauber die Zuckerwerte dramatisch entgleist. Seither „misst, isst und läuft“ der lebensfrohe Macher erfolgreich gegen die Zeitbombe in seinem Körper an und hat darüber kürzlich einen Diabetes-Ratgeber veröffentlicht („Fit wie ein Diabetiker“, Kirchheim-Verlag).

Doch viele Zuckeropfer wissen nicht, dass es höchste Zeit für die Wende im Leben wäre. Dabei reicht meist schon die Bestimmung des morgendlichen Nüchternblutzuckers, um den Feind in den Adern zu überführen. Die Hausärzte, so Diabetes-Experte Rathmann, „müssen diesen Appell unbedingt mitkriegen“.

Mitunter freilich nimmt auch das medizinische Fachpersonal die Warnungen vor dem Diabetes noch nicht ernst: Mehr als jeder zehnte Herzinfarktpatient, so zeigte eine Studie im vergangenen Jahr, geht durch die Hände der Klinikardiologen, ohne dass diese die Spuren der Zuckerkrankheit in den Gefäßen erkennen.

GÜNTHER STOCKINGER

KRANKENHÄUSER

# Sieg in Zeitlupe

Nach einem Gerichtsurteil sollen Klinikärzte bald weniger arbeiten. Doch ausgerechnet viele Mediziner wehren sich gegen mehr Freizeit.

Für Frank Ulrich Montgomery, Chef des Marburger Bundes, der Vereinigung der Krankenhausärzte, ist das Urteil „ein Sieg auf der ganzen Linie“. Seit Jahren kämpft sein Verband für geregelte Arbeitszeiten der Klinikärzte, die sich mit 60- bis 80-Stunden-Wochen und zuweilen über 30 Arbeitsstunden am Stück oft bis an den Rand der Erschöpfung schuften.

Vergangene Woche stellte nun das Bundesarbeitsgericht in Erfurt fest, dass das deutsche Arbeitszeitgesetz – das lange Arbeitszeiten für Ärzte erlaubt, weil Bereitschaftsdienste, also Nachtdienste im Krankenhaus, als Ruhezeiten gelten – den europäischen Bestimmungen angeglichen werden muss. Und die sagen ganz klar: Bereitschaftsdienst in der Klinik ist Arbeitszeit. Kein Arzt darf mehr als 10 Stunden arbeiten oder mehr als 13 Stunden zur Anwesenheit in der Klinik verpflichtet werden.

Ähnlich dürfte ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg ausfallen, der Dienstag dieser Woche über die Arbeitszeiten eines Kieler Krankenhausarztes verhandelt. Auch wenn der endgültige Richterspruch erst in einigen Monaten erwartet wird, ist sich Montgomery über

den Ausgang so gut wie sicher: Der klagende Kieler Arzt – und auch seine 142 000 Kollegen – werden in Zukunft keine Mammutdienste mehr schieben dürfen.

Damit stehen den deutschen Kliniken dramatische Umwälzungen ins Haus. „Jedes Krankenhaus ist gut beraten“, sagt Fabian Peterson von der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft, dem Dachverband der Krankenhausträger der Hansestadt, „sich schon jetzt auf diese Veränderungen einzustellen.“

Der Marburger Bund und die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) malten bereits die finanziellen Horrorszenarien aus, die auf die klammen Kliniken zukommen könnten: 15 000, laut DKG sogar 27 000 neue Ärzte müssten neu eingestellt werden; eine Milliarde, möglicherweise sogar bis zu 1,7 Milliarden Euro würde das pro Jahr kosten – finanzierbar angeblich nur über Beitragserhöhungen der gesetzlichen Krankenkassen von 0,1 bis 0,2 Prozentpunkten.

Obwohl die meisten Experten diese Zahlen für weit übertrieben halten, glauben sie doch, dass die Umsetzung des Erfurter Urteils wohl noch mindestens zwei Jahre dauern werde. Auch Montgomery sagt: „Es ist wohl leider nur ein Sieg in Zeitlupe.“

Wie schwierig sich die Umstellung in der Praxis gestalten wird, zeigen die ersten Erfahrungen von Krankenhäusern, die den Wechsel bereits versucht haben – etwa das Helios Klinikum Erfurt. Als „Erfurter Modell“ wollte Helios Anfang 2002 zunächst einmal mit mehre-

ren chirurgischen Abteilungen einen Tarifvertrag abschließen, der für die Ärzte das Arbeiten in drei Schichten – und damit eine 48-Stunden-Woche – festschrieb. „Wir haben uns gedacht: Augen zumachen hilft nichts, angesichts der Gesetzeslage“, sagt Francesco De Meo, Geschäftsführer von Helios. Spätestens seit Oktober 2000, als der Europäische Gerichtshof die zu langen Arbeitszeiten spanischer Ärzte für unzulässig erklärt hatte, sei klar gewesen, dass sich auch in Deutschland etwas ändern müsse.

Doch das Erfurter Modell scheiterte vorerst – am Widerstand der Ärzte. Wegen des Wegfalls der Bereitschaftsdienstzulage hätten die Ärzte Einkommenseinbußen zwischen 300 und 900 Euro im Monat in Kauf nehmen müssen. Helios sei zwar bereit gewesen, dies teilweise abzufedern – doch für viele Mediziner seien die Verluste bei einem Brutto-Einkommen von um die 4700 Euro trotzdem nicht akzeptabel gewesen.

Der Landesbetrieb Krankenhäuser (LBK), der größte Krankenhausträger in Hamburg, hat deshalb ein anderes Konzept entwickelt, das ab sofort umgesetzt werden soll: Der LBK bietet seinen angestellten Ärzten die Wahl zwischen einer 38,5 Stunden Woche ohne und einer 48 Stunden

Woche mit vollem Lohnausgleich. Ob das Projekt allerdings tatsächlich Erfolg haben wird, bleibt fraglich.

Denn auch aus anderen Gründen reagieren die Krankenhausärzte gespalten auf die anstehenden Neuerungen: Während die einen die Nase so sehr voll haben von der Dauerbelastung, dass sie sogar bereit sind, für ihr Recht auf ge-

regelte Arbeitszeiten vor Gericht zu ziehen, schreckt andere die Umstellung auf einen zwar geregelten, aber vergleichsweise starren Schichtdienst ab – der bisherige Bereitschaftsdienst ist aus ihrer Sicht viel flexibler handhabbar.

Andere haben Angst, dass sich durch die Schichtarbeit ihre Weiterbildung zum Facharzt verzögern könnte. An der Medizinischen Hochschule Hannover sammelten die Ärzte für ihre 60-Stunden-Woche sogar Unterschriften: Gute Patientenversorgung plus anspruchsvolle Forschung, so ihr Lamento, sei bei kürzeren Arbeitszeiten nicht möglich.

Verbandschef Montgomery hat für solche Proteste nur wenig Verständnis: „Die Ärzte, die sich da beschweren, sollen sich mal überlegen, worum es vor allem geht: die Sicherheit der Patienten. Ein übermüdeten Arzt ist kein guter Arzt.“

Wie gefährlich die Dauerdienste für die Patienten sind, haben mehrere Untersuchungen gezeigt. Nach 24 Stunden Arbeit, so ein Befund, reagiert das Gehirn eines Arztes etwa so, als hätte er ein Promille Alkohol im Blut. VERONIKA HACKENBROCH



Montgomery  
Warnung vor müden Ärzten

MARCO-STEFFEN UNGER



JÜRGEN MOERS / WARIO-PRESS

Klinikärzte bei einer Operation: „Es geht um die Sicherheit der Patienten“





Bayern-Chef Beckenbauer, Partner Kirch (1999)\*: „Optimierte Verwertung“



TV-Kamera im Münchner Olympiastadion:

FUSSBALL

# Das Münchner Machtkartell

Ein Deal mit Kirch machte den FC Bayern München zum Lobbyisten des Medienriesen. Führt Manager Uli Hoeneß als Unterhändler der Bundesliga die Kollegen hinter das Licht? Die Konkurrenz ist empört – und fürchtet, dass jetzt Brüssel ihr TV-Vermarktungsmodell kippt.

Es muss eine Art Reflex gewesen sein, der den Manager von Hertha BSC Berlin dazu trieb, umgehend dem in die Bredouille geratenen Bruder beizuspringen. Als Dieter Hoeneß vergangenen Mittwoch vom ominösen Kirch-Vertrag mit dem FC Bayern erfuhr, fand er in der Wirtschaftsratsitzung seines Clubs gleich beruhigende Worte. Bruder Uli, Manager beim Liga-Konkurrenten aus München, habe ihm mitgeteilt: Die Angelegenheit sei „aufgebauscht“.

Mit dieser Haltung steht er in der Bundesliga ziemlich allein da. Eine Welle der Entrüstung brandete an die Mauern der Münchner Clubzentrale an der Säbener Straße, als durch einen Bericht des „manager magazins“ Ungeheuerliches aufgedeckt worden war: Gemäß einer schriftlichen Vereinbarung mit der inzwischen insolventen Kirch-Gruppe hatte Deutschlands Rekordmeister die Rolle eines bezahlten Lobbyisten für den TV-Rechteverwerter der Liga gespielt.

Rund 19 Millionen Euro sind für die vergangenen zwei Spielzeiten an den FC Bayern gezahlt worden. Außerdem überwies die Kirch-Insolvenzverwalter bei der Auflösung des geheim gehaltenen Kontraktes im Dezember 2002 weitere 2,5 Millionen Euro.

Bis zu 97 Millionen Euro hätten insgesamt bei Erfüllung des Vertrages fließen sollen. Dieter Krein, Präsident von Energie Cottbus, sprach von „Betrug und Wettbewerbsverzerrung“.

Der Imageschaden ist bereits jetzt beträchtlich. Schon immer polarisierter der ruhmreiche Vorzeigeklub in Deutschland: von der einen Hälfte der Fans geliebt, von der anderen gehasst. An den zweiten 50 Prozent, prahlte kürzlich noch Vorstandschef Karl-Heinz Rummenigge launig, „sind wir nicht interessiert“. Doch jetzt schlitterte der Münchner Musterbetrieb mitten ins Zentrum einer Fußball-Moraldebatte.

Die geballte Empörung gilt einem irritierenden Zeugnis jener unkontrollierten Meinungsmacht des Bran-

chenführers, die vielen immer schon ein Dorn im Auge war. Denn nur dank ihrer besonderen Geltung konnten sich die Münchner ihr Wohlverhalten in wichtigen Vermarktungsfragen von Kirchs Medienimperium bezahlen lassen – andere besaßen solche Extravereinbarungen nicht.

„Unglaublich“ nannte der Bochumer Vereinsboss Werner Altegoer den Handel, und Schalke-Manager Rudi Assauer, der



Bayern-Funktionäre Hoeneß, Rummenigge  
Beträchtlicher Imageschaden

\* Mit Kirch-Vize Dieter Hahn (2. v. l.) und dem damaligen DFB-Vize Gerhard Mayer-Vorfelder (2. v. r.).



er-Vorfelder und DFB-Direktor Wilfried Straub – erstmals Bayern-Emissär Hoeneß.

Dessen Behauptung, bei dem nun aufgefliegenen Kontrakt mit der Kirch-Tochter TaurusSport habe es sich um einen seinerzeit gängigen Vermarktungsvertrag gehandelt, erscheint absurd. Agenturen wie die Ufa oder ISPR hatten sich Ende der Neunziger gegen Honorar vorsorglich die Vermarktungsrechte an Heimspielen von Clubs wie Werder Bremen oder Hertha BSC gesichert – für den Fall, dass der Zentralverkauf durch den DFB kippen würde. Der Kirch-Deal der Bayern dagegen galt ausdrücklich nur für den Fortbestand der zentralen Vermarktung.

In der entscheidenden Frage lässt der Vertrag zwischen der Club-Tochter „FC Bayern Sport-Werbe GmbH“ und Taurus keinen Interpretationsspielraum: *Sport-Werbe GmbH und FC Bayern München befürworten eine zentrale Vermarktung der TV-Verwertung der Fußballbundesliga, da eine solche zentrale Vermarktung in der derzeitigen medialen Situation für den Aufbau einer optimierten Verwertung der Bundesligaspiele*

„Für den Fußball gut gemeint“

in der ersten Erregung von „großem Beschiss“ sprach, hält ihn zumindest für „moralisch anfechtbar“.

Hatte sich also ausgerechnet der Hoeneß-Club, der sich so gern als moralische Anstalt des Fußballsports und Wohltäter der Liga geriert, korrumpieren lassen? Die „Süddeutsche Zeitung“ ortete das „dubiose Vertragswerk“ einstweilen auf der „Anrüchlichkeitsstufe eins“.

Ans Tageslicht kam mit der Kirch-Ver einbarung endlich eine Erklärung für den erstaunlichen Münchner Sinneswandel in Sachen Fernsehvermarktung. Monatelang hatten die Bayern-Funktionäre Hoeneß und Karl-Heinz Rummenigge, der heutige Vorstandschef, im fraglichen Jahr 1999 gegen die seit 1965 in Deutschland gängige Praxis gewettert, wonach der Deutsche Fußball-Bund (DFB) die Spiele im Paket vermarkete. Die Wettbewerbshüter der Europäischen Union wählte der FC Bayern wegen der Kartellgesetze auf seiner Seite.

Für die Kirch-Gruppe, die seit 1992 die Rechte besaß und gerade um einen neuen Bundesligadeal kämpfte, war Kontinuität in diesem Punkt von elementarer Bedeutung: Nur wenn die TV-Rechte weiter von Frankfurt aus en bloc veräußert werden konnten, war die Bundesliga überhaupt wieder als Ganzes zu erwerben. Vom FC Bayern drohte also die größte Gefahr.

Dessen Einschüchterungsversuche nahmen im Sommer 1999 groteske Formen an. Einmal drohten die Münchner mit Stadionverbot für Fernsehteams. Über den damaligen DFB-Vizepräsidenten Gerhard Mayer-Vorfelder, immer ein Verfechter relativ gleichmäßiger Ausschüttung an die gemeinsam vermarkteten Mitglieder der Profifußball-Familie, spottete Hoeneß, der

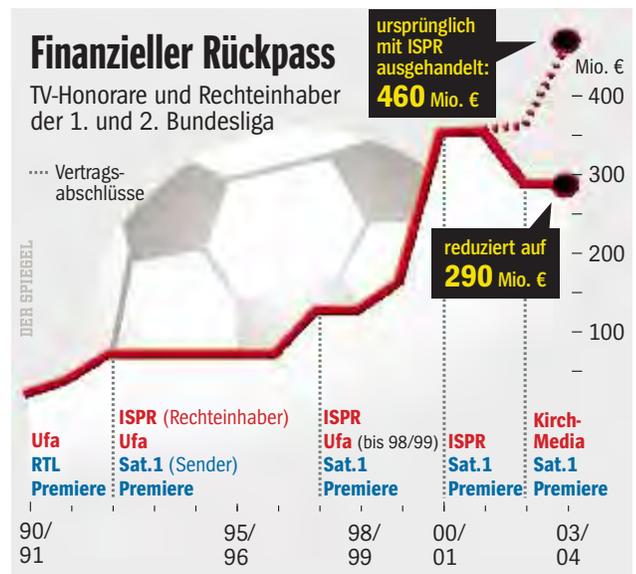
wolle „den Sozialismus im Fußball einführen“.

Die Bayern, die nach herkömmlichem Modell seinerzeit jährlich rund 14 Millionen Mark TV-Geld für Bundesligaspiele überwiesen bekamen, hatten Besseres vor. Sie wollten mit dem selbständigen Verkauf der laufenden Bilder so viel Erlösen wie Spitzenclubs in Italien. Die kassierten damals bis zu 100 Millionen Mark aus der TV-Vermarktung nach einem Mischmodell – der Großteil floss aus dem dezentralen Verkauf der Bezahlfernseh-Rechte.

Doch als es im Herbst 1999 im hessischen Neu-Isenburg zur Abstimmung kam, stimmte nur Borussia Dortmund nicht für die zentrale Vermarktung. Die Bayern hatten unvermittelt die Seiten gewechselt. Scheinbarer Trostpries für den Serienmeister: Dank eines modifizierten Verteilungsschlüssels sollten Spitzenclubs fortan einen höheren Anteil erhalten.

Was aber war aus dem Traum von italienischen Dimensionen geworden? Die Differenz zu den erwünschten TV-Honoraren – in der Geheimvereinbarung „Zieleinnahmen“ genannt – zahlte Kirch, wie man jetzt weiß.

Und im April 2000 erhielt der Münchner Medienmogul schließlich für weitere vier Spielzeiten den Zuschlag der Liga – auf Empfehlung der dreiköpfigen Verhandlungskommission. In der saß – neben May-



größere Vorteile erwarten lässt, als sie nur möglicherweise bei einer dezentralen Vermarktung eintreten könnten.

Damit war klar, wie sich die Bayern im Streit um die Vermarktungspraxis innerhalb der Ligagremien sowie gegenüber Kartellamt und EU-Kommission zu verhalten hatten. Die „optimierte Verwertung“ sah für den Münchner Vorzeigclub dann so aus: Sie wünschten sich Gesamterlöse von zunächst 60 Millionen Mark, von der Saison 2003/2004 an sogar 80 Millionen Mark – und den Fehlbetrag zwischen real existierenden TV-Einnahmen und dem erträumten Geld zahlte Kirch.

Die nachgereichte Hoeneß-Erklärung, er persönlich sei doch schon immer für die Zentralvermarktung gewesen, wirkt eingedenk der damaligen Verteilungskämpfe wie

ein vorgezogener Faschingsscherz. Von einem Wechsel zur Einzelvermarktung durch die Clubs würden am Ende „alle profitieren“, sagte er etwa im Mai 1999.

Ein wenig erinnern die Münchner Beschwichtigungsversuche an den Fall Sebastian Deisler. Als bekannt geworden war, dass die Bayern ihr Werben um das seinerzeit noch von Hertha BSC beschäftigte Mittelfeldtalent mit einer Vorabzahlung von 20 Millionen Mark bekräftigt hatten, wiegelte Hoeneß ab wie ein ertappter Lausbub. Es habe sich bei dem Scheck bloß um „eine Art Darlehen“ gehandelt, keineswegs um ein Handgeld für einen vorzeitigen Vertrag.

Generös waren die Münchner Fußballzaren ja immer. Und waren sie, fragte man sich Ende 1999, nicht vielleicht doch aus Solidarität zu den weniger begüterten Clubs auf den Kurs der zentralen Vermarktung eingeschwenkt? Engelbert Kupka, Präsident der Spielvereinigung Unterhaching und damals gemeinsam mit Rummenigge in der „TV-Kommission“ der Liga, erinnert sich an die Begründung für den Rückzieher: „Rummenigge sagte: Wir wollen nicht diejenigen sein, die den Kriegsfall zementieren.“

Andere zogen gar den Hut, weil man glaubte, die Bayern hätten freiwillig auf Geld verzichtet. „Dafür kann man nicht genug Hochachtung zollen“, applaudierte Bayer Leverkusens Geschäftsführer Wolfgang Holzhäuser im Oktober 1999.

Der FC Bayern hat kein Opfer gebracht, wie im Vertrag mit Kirch nachzulesen ist. Umso größer ist jetzt der Verdross über die Chuzpe, mit der die Nimmersatten ihre Meinungsführerschaft ausspielten.

Mit Kirch im Rücken bildeten sie jahrelang ein Kartell der Macht. Club-Chef Franz Beckenbauer, lange schon Meinungsmacher bei „Bild“, unterschrieb 1999 beim Kirch-Sender Premiere – und kassierte 20 Millionen Mark für vier Jahre fußballfachliche Gelegenheitsanalysen. Rummenigge macht derweil als Sprecher der „G 14“, des Zusammenschlusses europäischer Spitzenclubs, große Fußballpolitik.

Derzeit lassen die Bayern im Ringen mit den Nationalverbänden die Muskeln spielen. Sie verlangen mehr Geld dafür, dass sie ihre Spieler für die Nationalmannschaften zur Verfügung stellen. Rummenigge sprach eine „letzte Warnung“ aus.

Das Gewicht des Bundesliga-Krösus wirkt bisweilen beängstigend. So verlangte

er einmal vom übertragenden Sender RTL – zusätzlich zum festgeschriebenen TV-Honorar – für Trainingsbilder und Interviews im Vorfeld der Champions-League-Spiele eine Million Mark. RTL zahlte.

Widerspenstige bekommen die geballte Bayern-Macht zu spüren. Als ihr Ex-Profi Lothar Matthäus im Streit um die Gewinnabrechnung seines Abschiedsspiels, das die Bayern vor knapp drei Jahren vertragsgemäß für ihn organisierten, Klage einreichte, donnerte Uli Hoeneß: Das sei „als greife einer mit dem Luftgewehr fünf Panzer an“. Der ehemalige Bayern-Trainer Udo Lattek kommentierte: „Der Club kann Leute vernichten.“

Nach außen spielt der ewige Sieger häufig den barmherzigen Samariter. Die Bayern traten in Benefizspielen zu Gunsten brasilianischer Straßenkinder in Osnabrück



Bundesliga-Team Bayern München: Ewiger Sieger

an, für den unheilbar kranken Ex-Profi Krzysztof Nowak in Wolfsburg, für Hochwasser-Opfer in Cham und Riesa.

Wohl deshalb registrierten viele den Münchner Meinungswechsel in der Vermarktungsfrage ohne Argwohn. Der Düsseldorf-Funktionär Heinz Hessling, seinerzeit Mitglied der TV-Kommission, glaubt noch heute, dass „die Bayern das für den deutschen Fußball gut gemeint haben“.

Auch die Mitglieder des DFB-Ligaausschusses wussten ja nicht, was der FC Bayern hinter ihrem Rücken sonst noch so vereinbart hatte. So holten sie Uli Hoeneß mit ins Boot, als es um die Prüfung der konkreten Offerten der TV-Vermarkter ging. Der Münchner Manager hatte sich stets über mangelndes Verhandlungsgeschick der Verbandsleute beklagt. Also, erinnert sich der Hachinger Kupka, „haben wir ihn gebeten: Stellen Sie doch Ihre Fähigkeiten der gesamten Liga zur Verfügung“.

Im Nachhinein überrascht es nicht, wie Hoeneß im April 2000 bei der Wahl zwischen drei Anbietern votierte. Den Zuschlag bekam Kirch, der drei Milliarden Mark für vier Jahre geboten hatte. Dabei machte die Luzerner Agentur Aim das numerisch bessere Angebot: 2,7 Milliarden Mark für drei Jahre.

Auffallend war, wie vehement sich der Bayern-Mann für Kirch ins Zeug legte. Als Clubvertreter kurz vor dem Entscheid im Ligaausschuss anregten, die Konkurrenzgebote von Aim und Kinowelt-Chef Michael Kölmel doch noch einmal etwas genauer unter die Lupe zu nehmen, schimpfte Hoeneß „in seiner ureigenen, sehr direkten Art“, wie sich Sitzungsteilnehmer Holzhäuser erinnert. „Ohne Rücksicht bewertete er die geistige Beurteilungsfähigkeit der Kollegen.“

Bis zuletzt verteidigte Hoeneß den Partner des Lobbying-Vertrags. Noch auf dem Höhepunkt der Kirch-Krise verlangte er, „dass die Liga in diesen schweren Zeiten hinter ihrem Partner Kirch steht“.

Dass zumindest die Bayern hinter dem Rechteinhaber standen, war in den Jahren der juristischen Hinterzimmergespräche von entscheidender Bedeutung. Kirch musste Vorsorge treffen, dass Brüssel die Zentralvermarktung nicht untersagen würde. Der Kniff des DFB bestand seinerzeit in der Behauptung: Seine Gemeinschaftsvermarktung bringe den „beteiligten Unterneh-

men“, allen Clubs also, wirtschaftlichen Fortschritt.

Hätten sich damals die Bayern als Widersacher bei der EU-Kommission über das Modell beschwert, „wäre die zentrale Vermarktung in Frage gestellt worden, womöglich sogar rückwirkend“, sagt der Insider Holzhäuser.

Jetzt schließt sich der Kreis. Damals stellte die EU-Kommission die Frage zurück, bis über die zentrale Vermarktung der Champions League durch die Uefa entschieden sei. Deren Antrag auf Ausnahmegenehmigung wird voraussichtlich im März stattgegeben, danach steht der Beschluss zur Bundesliga an.

Wenn sich in Brüssel herumgesprochen habe, wie damals die behauptete Liga-Solidarität erkaufte wurde, unkt ein Fürsprecher der Zentralvermarktung, könne dies „massiven Einfluss“ auf die EU-Entscheidung haben.

MAIK GROSSEKATHÖFER,  
JÖRG KRAMER, MICHAEL WULZINGER

# Braune Bomber

Joe Louis und Jesse Owens mussten in der Öffentlichkeit als harmlose Saubermänner auftreten. Nur so konnte ihr Aufstieg in der US-Gesellschaft gelingen.

In einem Sportpark im Schwarzen-Ghetto von Chicago traten sie gegeneinander zu einem Wettlauf an: „Der schnellste Mann der Welt gegen den Boxweltmeister im Schwergewicht“. Jesse Owens gegen Joe Louis. Ein paar tausend Zuschauer erlebten in Kirmesstimmung, wie der Sprint-Olympiasieger nach dem Start strauchelte, stürzte und mühsam wieder auf die Beine kam. Doch der Boxer rettete seinen Vorsprung über die Ziellinie.

Die Leute johlten, doch Louis war peinlich berührt. An dem getürkten Rennen beteiligte er sich nur seinem Freund Jesse zuliebe. Denn während der Boxer seinen K.o. über Max Schmeling gerade mit 350 000 Dollar honoriert bekommen hatte, brauchte Owens die 50 Dollar Gage für die billige Show. Nach seinen vier olympischen Goldmedaillen von Berlin wurde er von allen Leichtathletik-Wettbewerben disqualifiziert, weil er sich mit der US-Sportführung zerstritten und angekündigt hatte, Profi zu werden. Nun startete er auf Tingtouren durch die Provinz gegen Rennpferde, Windhunde – und eben den Schwergewichts-Champ.

Das vergessene Rennen zwischen Louis und Owens im Sommer 1938 ist eine Episode aus einem neuen Buch über die beiden schwarzen Jahrhundertstars. Der Autor Donald McRae studierte Quellen wie die Schwarzenzeitung „Chicago Defender“ und sprach mit den letzten Zeitzeugen, um „the untold story“ von Louis und Owens zu ermitteln. Sein Buch behandelt weit mehr als die schon zur Genüge beschriebenen Höhepunkte ihrer Karrieren\*.

Die Erfolge der beiden Sportler erschütterten in einer Zeit des aufstrebenden Faschismus in Europa und der andauernden Rassendiskriminierung in den USA Theorien von weißer Überlegenheit und wurden als Siege über Faschismus und Rassismus gefeiert. Wie schwierig es für Louis und Owens war, von der herrschenden Gesellschaft akzeptiert zu werden, schildert McRaes Buch. Demnach bemühten sich die beiden Schwarzen nach Kräften, keine Vorurteile zu bestätigen, und nutzten jede Möglichkeit, als amerikanische Patrioten zu handeln.

Dabei halfen den Athleten Image-Macher mit Methoden, die in ihren Grund-

zügen heute en vogue sind. Doch ging es damals nicht nur darum, talentierte Individuen zu vermarkten; vielmehr sollten die Sportler durch ihr Vorbild der schwarzen Minderheit Anerkennung bringen und ihr Aufstiegschancen in eine toleranter werdende Gesellschaft eröffnen.

Der wortkarge, schüchterne Louis wie auch der intelligente, leutselige Owens kamen von ganz unten. Ihre Großeltern waren Sklaven. Auch ihre Eltern hatten noch in Alabama Baumwolle gepflückt. Als der 21-jährige Owens im Mai 1935 bei einem Sportfest in Michigan drei Weltrekorde aufstellte, bejubelte die Zeitung „Cleveland Plain Dealer“ ihn als „Kredit für seine Stadt, für seine Schule, für seine Rasse“.

Nur wenige wussten, dass der neue Star eine zwei Jahre alte, uneheliche Tochter hatte. Sie waren erleichtert, als Owens seine Freundin Ruth Solomons heiratete. Ihre Ehe wurde nie geschieden, auch wenn Jes-



Freunde Louis, Owens (um 1937): „Kredit für seine Rasse“

se immer wieder auf Abwege geriet. Hauptsache, der Schein blieb gewahrt. Die erstrebte Emanzipation der Afroamerikaner, so glaubte die schwarze Bourgeoisie, konnte nur mit Saubermännern erreicht werden.

Denn Amerika litt in jenen Jahren unter dem Jack-Johnson-Trauma: Der schwarze Schwergewichtler hatte 1908 den weißen Weltmeister Tommy Burns entthront und verteidigte den Titel sieben Jahre lang. Johnsons Siege entfachten Rassenunruhen. Übermütige Schwarze randalierten. Der Ku-Klux-Klan mobilisierte Lynchmobs.

Weltmeister Johnson erschütterte nämlich die etablierte Ordnung nicht nur im Ring. Er heiratete nacheinander drei weiße Frauen und verhöhnte die „Herrenrasse“: Der herkulische Boxer täuschte im öffentlichen Training extreme Körpermaße auch im Intimbereich vor, indem er seinen Penis mit Mullbinden umwickelte – „ein tollkühnes, potenziell explosives Spiel mit den tiefsten Ängsten der weißen Männer und den Phantasien weißer Frauen“, so der Historiker Al-Tony Gilmore.

Johnson verlor die WM 1915 auf Kuba gegen die „Great White Hope“ Jess Willard. Möglicherweise ließ er sich auszuwählen, um in die USA zurückkehren zu dürfen, wo er wegen Zuhälterei zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war. Im Falle einer Niederlage soll ihm großzügige Behandlung zugesagt worden sein.

Seit Johnson durfte jedenfalls kein Schwarzer mehr um die Schwergewichtsweltmeisterschaft boxen. Die Yankees wollten kein Risiko eingehen. Denn „der Schwergewichtschampion ist der wahre Mr. Amerika“, so der Black-Panther-Ideologe Eldridge Cleaver. Joe Louis musste geradezu als Gegenfigur zum „Bad Nigger“ Johnson aufgebaut werden, wenn er jemals eine Titelchance erhalten wollte.

Deshalb entwarf sein Manager John Roxborough einen Sieben-Punkte-Plan: „Joe Louis wird sich niemals an der Seite einer weißen Frau fotografieren lassen“, hieß es

da unter anderem. „Er wird niemals ohne Begleitung einen Nachtclub besuchen. Er wird nie einen besiegten Gegner verhöhnen. Er wird sauber kämpfen und sauber leben.“ In der Öffentlichkeit befolgte Louis diese Regeln. Privat war er ein Casanova, zu dessen Eroberungen der schwarze Showstar Lena Horne gehörte.

Die Amerikaner lasen indes über Louis zu Herzen gehende Storys, die seine Manager in die Presse lancierten: So habe der Fighter von seinen Gagen ein Haus für seine Mutter in Detroit gekauft. Die wiederum soll ihm eine Bibel mit auf den Weg gegeben haben, als der Mustersohn zu seinem ersten Kampf nach New York reiste.

Louis durfte 1937 um die Weltmeisterschaft boxen. Er schlug James Braddock k.o. und verteidigte bis 1949 den Titel 25-mal erfolgreich. Während des Krieges spendete er seine Gagen der Armee; zudem machte er sich als Truppensportlehrer ums Vaterland verdient. Die Behörden verfolgten ihn dennoch gnadenlos wegen Steuerrückständen, als Louis nicht mehr boxen konnte. Der „Braune Bomber“ wurde Catcher und Begrüßungsonkel im „Caesar's Palace“ in Las Vegas.

Der Ex-Champ freute sich über Besuche von Jesse Owens, der sich als Geschäftsmann durchs Leben schlug. Hin und wieder schickte ihn die US-Regierung auf PR-Tour ins Ausland. Dort jubelten ihm immer noch Menschen zu. Zu Hause aber war Owens weitgehend vergessen. Junge Afroamerikaner taten Altväter wie Owens und Louis als „Onkel Toms“ ab. Sie widmeten ihre Bewunderung längst einem, der sich nicht anpasste, sondern auflehnte gegen den alltäglichen Rassismus: Muhammad Ali.

HANS HIELSCHER

\* Donald McRae: „In Black & White“. Scribner Verlag, London; 415 Seiten; 18,99 Pfund.

**Leserbriefe**

SPIEGEL-Verlag, Brandstwierte 19, 20457 Hamburg  
 Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

**Fragen zu SPIEGEL-Artikeln**

Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966  
 E-Mail: artikel@spiegel.de

**Nachbestellung von SPIEGEL-Ausgaben**

Telefon: (040) 3007-2948 Fax: (040) 3007-2966  
 E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

**Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:**

Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

Deutschland, Österreich, Schweiz:

Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966  
 E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:

New York Times Syndication Sales, Paris  
 Telefon: (00331) 47421711 Fax: (00331) 53057650

**für Fotos:**

Telefon: (040) 3007-2869  
 Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

**DER SPIEGEL auf CD-Rom und DVD**

Telefon: (040) 3007-3016 Fax: (040) 3007-3180  
 E-Mail: service@spiegel.de  
 www.spiegel.de/shop

**Abonnenten-Service**

Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr  
 SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,  
 20637 Hamburg

Umzug/Urlaub: 01801 / 22 11 33 zum Ortstarif  
 Fax: (040) 3007-857003

Zustellung: 01801 / 66 11 66 zum Ortstarif  
 Fax: (040) 3007-857006

Service allgemein: (040) 3007-2700  
 Fax: (040) 3007-3070  
 E-Mail: aboservice@spiegel.de

**Abonnenten-Service Schweiz**

DER SPIEGEL, Postfach, 6002 Luzern  
 Telefon: (0041) 41-329 22 55 Fax: (0041) 41-329 22 04  
 E-Mail: spiegel@leserservice.ch

**Abonnement für Blinde**

Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.  
 Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259  
 E-Mail: info@blista.de

Elektronische Version, Stiftung Blindenanstalt  
 Frankfurt am Main  
 Telefon: (069) 955124-15 Fax: (069) 5976296  
 E-Mail: m-kirchner@t-online.de

**Abonnementspreise**

Inland: zwölf Monate € 145,60  
 Sonntagszustellung per Eilboten Inland: € 465,40  
 Studenten Inland: zwölf Monate € 101,92 inkl.  
 6-mal UniSPIEGEL  
 Schweiz: zwölf Monate sfr 260,-  
 Europa: zwölf Monate € 200,20  
 Außerhalb Europas: zwölf Monate € 278,20  
 Halbjahresaufträge und befristete Abonnements  
 werden anteilig berechnet.

**Abonnementsbestellung**

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an  
 SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,  
 20637 Hamburg.  
 Oder per Fax: (040) 3007-3070.

Ich bestelle den SPIEGEL

für € 2,80 pro Ausgabe (Normallieferung)  
 für € 8,95 pro Ausgabe (Eilbotenzustellung am  
 Sonntag) mit dem Recht, jederzeit zu kündigen.  
 Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte  
 Hefte bekomme ich zurück.

Zusätzlich erhalte ich den KulturSPIEGEL,  
 das monatliche Programm-Magazin.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße oder Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Ich zahle

bequem und bargeldlos per Bankeinzug (1,4-jährl.)

Bankleitzahl

Konto-Nr.

Geldinstitut

nach Erhalt der Jahresrechnung

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP03-008

Brandstwierte 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · SPIEGEL ONLINE www.spiegel.de

**HERAUSGEBER** Rudolf Augstein (1923 – 2002)

**CHEFREDAKTEUR** Stefan Aust (v. i. s. d. P.)

**STELLV. CHEFREDAKTEURE** Dr. Martin Doerry, Joachim Preuß

**DEUTSCHE POLITIK** Leitung: Hans-Joachim Noack, Dietmar Pieper (stellv.). Redaktion: Karen Andresen, Per Hinrichs, Dr. Hans Michael Kloth, Julia Koch, Bernd Kühn, Joachim Mohr, Norbert F. Pötzl, Klaus Wiegrefe. **Autoren, Reporter:** Henryk M. Broder, Dr. Thomas Darnstadt, Hartmut Palmer, Michael Schmidt-Klingenberg  
**HAUPTSTADTBÜRO** Leitung: Gabor Steingart, Konstantin von Hammerstein (stellv.), Dirk Kurbiuwiet (stellv.). **Redaktion Politik:** Ralf Beste, Petra Bornhöft, Annett Conrad, Martina Hildebrandt, Jürgen Hogrefe, Horand Knaup, Roland Nelles, Alexander Neubacher, Ralf Neukirch, Dr. Gerd Rosenkranz, Christoph Schult, Harald Schumann, Alexander Szandar. **Reporter:** Ulrich Deupmann, Matthias Geyer; **Redaktion Wirtschaft:** Markus Dettmer, Frank Horning, Christian Reiermann, Michael Sauga, Ulrich Schäfer  
**Autor:** Jürgen Leinemann

**DEUTSCHLAND** Leitung: Clemens Höges, Georg Mascolo. **Redaktion:** Annette Bruhns, Dominik Cziesche, Michael Fröhlingdorf, Carsten Holm, Ulrich Jaeger, Sebastian Knauer, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Cordula Meyer, Andreas Ulrich. **Autoren, Reporter:** Jochen Bölsche, Klaus Brinkbäumer, Jürgen Dahlkamp, Gisela Friedrichsen, Gerhard Mauz, Bruno Schrep

**BERLINER BÜRO** Leitung: Heiner Schimmöller. **Redaktion:** Wolfgang Bayer, Stefan Berg, Susanne Koelbl, Irina Repke, Sven Röbel, Holger Stark, Peter Wensierski

**WIRTSCHAFT** Leitung: Armin Mahler, Thomas Tuma. **Redaktion:** Beat Balzi, Dr. Hermann Bott, Dietmar Hawranek, Alexander Jung, Klaus-Peter Kerbusk, Nils Klawitter, Marcel Rosenbach, Thomas Schulz

**AUSLAND** Leitung: Dr. Olaf Ihlau, Hans Hoyng (stellv.). **Redaktion:** Dieter Bednarz, Adel S. Elias, Dr. Carolin Emcke, Manfred Ertel, Rüdiger Falkson, Siegesmund von Ilsemann, Marion Kraske, Dr. Christian Neef, Jan Puhl, Birgit Schwarz, Dr. Stefan Simons. **Autoren, Reporter:** Dr. Erich Follath, Claus Christian Malzahn, Fritjof Meyer, Carlos Widmann, Erich Wiedemann

**WISSENSCHAFT UND TECHNIK** Leitung: Johann Grolle, Olaf Stampf. **Redaktion:** Dr. Philip Bethge, Jörg Blech, Rafaela von Bredow, Manfred Dworschak, Beate Lakotta, Dr. Renate Nimitz-Köster, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Katja Thimm, Gerald Traufetter, Christian Wüst. **Autor:** Dr. Hans Halter

**KULTUR** Leitung: Wolfgang Höbel, Dr. Matthias Schreiber. **Redaktion:** Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Nikolaus von Festenberg, Angela Gatterberg, Doja Hacker, Dr. Volker Hage, Ulrike Knöfel, Dr. Joachim Kronsbien, Reinhard Mohr, Dr. Johannes Saltzwedel, Elke Schmitter, Klaus Umbach, Claudia Voigt, Marianne Wellershoff, Martin Wolf. **Autor:** Urs Jenny

**GESELLSCHAFT** Leitung: Lothar Gorriss, Cordt Schnibben. **Redaktion:** Anke Dürr, Fiona Ehlers, Hauke Goos, Ralf Hoppe, Ansbert Kneip. **Reporter:** Uwe Buse, Ulrich Fichtner, Thomas Hüetlin, Alexander Smolczyk, Barbara Sullrich

**SPORT** Leitung: Alfred Weinzler. **Redaktion:** Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer, Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger

**SONDERTHEMEN** Leitung: Stephan Burgdorf. **Redaktion:** Horst Beckmann, Wolfram Bickerich, Christian Habbe, Manfred Schneidenhan, Peter Stolle, Dr. Rainer Traub, Kirsten Wiedner

**PERSONALIEN** Dr. Manfred Weber; Petra Kleinau, Katharina Stegelmann

**HAUSMITTEILUNG, INFORMATION** Hans-Ulrich Stoldt

**CHEF VOM DIENST** Thomas Schäfer, Karl-Heinz Körner (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

**SCHLUSSREDAKTION** Reinhold Bussmann, Lutz Diedrichs-Schneider, Dieter Gellrich, Hermann Harms, Bianca Hunekehl, Anke Jensen, Maika Kunze, Katharina Lüken, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred Petersen, Gero Richter-Rethwisch, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirikka, Ulrike Wallentels

**BILDREDAKTION** Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Christiane Gehner, Claudia Jeczawitz, Michael Köng, Matthias Krug, Anke Wellnitz; Josef Sallós, Sabine Dötting, Torsten Feldstein, Peter Hendricks, Andrea Huss, Elisabeth Kolb, Peer Peters, Monika Rick, Sabine Sauer, Claus-Dietrich Schmidt, Gershon Schwalfenberg, Karin Weinberg. **E-Mail:** bildred@spiegel.de

**GRAFIK** Martin Brinker, Gernot Matzke; Cornelia Baumermann, Renata Biendarra, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Tiina Hurme, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

**LAYOUT** Wolfgang Busching, Rainer Sennewald, Ralf Geilhufe; Christel Basilon, Katrin Bollmann, Regine Braun, Claudia Conrad, Volker Fensky, Petra Gronau, Jens Kuppi, Sebastian Rauff, Barbara Rödiger, Martina Treumann, Doris Wilhelm, Reinhilde Wurst

**PRODUKTION** Sabine Bodenhausen, Frank Schumann, Christiane Stauder, Petra Thormann, Michael Weiland

**TITELBILD** Stefan Kiefer; Antje Klein, Iris Kuhlmann, Arne Vogt, Monika Zucht

**REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND**

**BERLIN** Friedrichstraße 79, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 203875-00, Fax 203875-23; Deutschland, Kultur und Gesellschaft Tel. (030) 203874-00, Fax 203874-12

**BONN** Combahnstraße 24, 53225 Bonn, Tel. (0228) 26703-0, Fax 26703-20

**DRESDEN** Steffen Winter, Königsbrücker Straße 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

**DÜSSELDORF** Georg Bönsich, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalenbach, Andrea Stuppe, Carlsplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

**FRANKFURT AM MAIN** Andreas Wassermann, Almut Hielscher, Wolfgang Johannes Reuter, Wilfried Voigt, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt am Main, Tel. (069) 972680, Fax 9726820

**KARLSRUHE** Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

**MÜNCHEN** Dinah Deckstein, Heiko Martens, Conny Neumann, Lerchenfeldstraße 11, 80538 München, Tel. (089) 4545950, Fax 45459525

**STUTTGART** Felix Kurz, Alexanderstraße 18, 70184 Stuttgart, Tel. (0711) 3509343, Fax 3509341

**REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND**

**BELGRAD** Renate Flottau, Teodora Dražera 36, 11000 Belgrad, Tel. (0038111) 669987, Fax 3670356

**BERN** Joachim Hoelzgen, Gutenbergstraße 54, 3011 Bern, Tel. (004131) 3720252, Fax 3720253

**BRÜSSEL** Dirk Koch; Winfried Didzoleit, Sylvia Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

**JERUSALEM** Annette Großgongardt, P.O. Box 2799, Shamei St., Jerusalem 91027, Tel. (009722) 6224538-9, Fax 6224540

**KAIRO** Volkhard Windfuhr, Bernhard Zand, 18, Shari' Al Fawakih, Mhandisin, Kairo, Tel. (00202) 760494, Fax 7607655

**LONDON** Michael Sontheimer, Christoph Pauly, 6 Henrietta Street, London WC2E 8PU, Tel. (004420) 75206940, Fax 73798599

**LOS ANGELES** Helmut Sorge, 1204 Hilldale Avenue, Los Angeles, CA 90069, Tel. (001-310-) 2741333, Fax 2741308

**MADRID** Helene Zuber, Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (003491) 391 05 75, Fax 319 29 68

**MOSKAU** Walter Mayr, Uwe Klufmann. **Autor:** Jörg R. Mettke, 3. Choroschewskij Prospekt 3 W, Haus 1, 123007 Moskau, Tel. (007905) 9400502-04, Fax 9400506

**NAIROBI** Thilo Thielke, P.O. Box 1361, 00606 Nairobi

**NEW DELHI** Padma Rao, 101, Golf Links, New Delhi 110003, Tel. (009111) 24652118, Fax 24652739

**NEW YORK** Jan Fleischhauer, Alexander Osang, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N.Y. 10036, Tel. (001212) 2217583, Fax 30262528

**PARIS** Dr. Romain Leick, 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. (00331) 58625120, Fax 42960822

**PEKING** Andreas Lorenz, Sanlitun Dongsanjie Gongyu 2-1-32, Peking 100 600, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

**PRAG** Jiřská 8, 11000 Prag, Tel. (00420) 2-24221524, Fax 2-242220138

**RIO DE JANEIRO** Matthias Matussek, Jens Glüsing, Rua Antonio Mendes Campos, 57-1003, Glória Rio de Janeiro Cep 22211-140, Tel. (005521) 38267610, Fax 22450006

**ROM** Hans-Jürgen Schlamp, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

**SAN FRANCISCO** Marco Evers, 3782 Cesar Chavez Street, San Francisco, CA 94110, Tel. (001415) 6437550, Fax 64375301

**TOKIO** Dr. Wieland Wagner, Chigasaki-Minami 1-3-5-103, Tzuzuki-ku, Yokohama 224-0037, Tel. (008145) 941-7200, Fax 941-8957

**WARSAU** P.O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, PL- 03-912 Warszawa, Tel. (004822) 6179295, Fax 6179365

**WASHINGTON** Dr. Gerhard Spörl, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20 045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

**WIEN** Jürgen Kremb, Herrngasse 6-8/81, 1010 Wien, Tel. (00431) 5331732, Fax 5331732-10

**DOKUMENTATION** Dr. Hauke Janssen, Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartsch, Ulrich Booms, Dr. Helmut Bott, Viola Broecker, Heiko Buschke, Heinz Egleder, Johannes Eltzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Cordelia Freiwald, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geidke, Silke Geister, Dr. Dieter Gessner, Thorsten Hapke, Hartmut Hecker, Susanne Heitner, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Christa von Holtzapfel, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Jürgens, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Angela Köllisch, Anna Kovac, Sonny Krausz, Peter Kühn, Peter Lake-meier, Hannes Lamp, Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Ulrich Meier, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Muls, Werner Minnen, Margret Nitsche, Sandra Orter, Thorsten Olmer, Andreas M. Peets, Anna Paterben, Thomas Riedel, Constanze Sanders, Petra Santos, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Rolf G. Schierhorn, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Eckehard Schmidt, Mario Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Margret Stefan, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Dr. Claudia Stodte, Sphon Rainer, Rainer Szymm, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Hans-Jürgen Vogt, Carsten Voigt, Ursula Wamser, Peter Wetter, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelband

**LESER-SERVICE** Catherine Stockinger

**NACHRICHTENDIENSTE** AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

**SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG**

Verantwortlich für Anzeigen: Jörg Keimer

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 1. Januar 2003

Postbank AG Hamburg Nr. 7137-200 BLZ 200 100 20

Verantwortlich für Vertrieb: Lars-Henning Platze

Druck: Gruner Druck, Itzehoe

Dresdner Druck- und Verlagshaus

**MARKETINGLEITUNG** Christian Schlottau

**VERLAGSLEITUNG** Fried von Bismarck, Matthias Schmolz

**GESCHÄFTSFÜHRUNG** Karl Dietrich Seikel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is \$310 per annum. K.O.P.: German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Telephone: 1-800-457-4443. E-mail: info@glnpnews.com. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631.

**SAMSTAG, 15. 2.**

**PROTEST** Bei den weltweit größten Friedensdemonstrationen seit dem Vietnam-Krieg gehen allein in Berlin rund 500 000 Menschen auf die Straße.

**AUSZEICHNUNG** Herbert Grönemeyer erhält zwei Echo-Preise, Robbie Williams wird als bester internationaler Popstar geehrt.

**SONNTAG, 16. 2.**

**ÖSTERREICH** Drei Monate nach den Parlamentswahlen gibt es noch keine Regierung. Koalitionsverhandlungen zwischen der Volkspartei und den Grünen scheitern.

**SPORT** Fußball-Vizemeister Bayer Leverkusen trennt sich von Trainer Klaus Toppmöller.

Viererbob-Olympiasieger André Lange wird in Lake Placid Weltmeister im Zweierbob.

**IRAK I** Die Nato einigt sich auf eine militärische Unterstützung der Türkei im Fall eines Krieges gegen Saddam Hussein.

**MONTAG, 17. 2.**

**IRAK II** Im Rahmen einer gemeinsamen Erklärung der EU-Staats- und Regierungschefs billigt die Bundesregierung erstmals den Einsatz von Gewalt als „letztes Mittel“.

**UNGLÜCK I** Bei einer Massenpanik in einer Chicagoer Discothek, ausgelöst durch eine harmlose Sprühhattacke, werden 21 Menschen zu Tode getrampelt.

**STAUGEBÜHR** London führt eine City-Maut für Autofahrer ein. ADAC-Präsident Meyer und Kommunen lehnen diese Gebühr für deutsche Städte ab.

**DIENSTAG, 18. 2.**

**KONJUNKTURSCHWÄCHE** Die Irak-Krise und die hohen Ölpreise führen laut Finanzminister Eichel zu einer „spürbaren Abschwächung der Weltkonjunktur“.

**EXPLOSION** Mehr als 125 Tote nach Brandanschlag auf südkoreanische U-Bahn.

**MITTWOCH, 19. 2.**

**URTEIL** Im Hamburger Qaida-Prozess wird der Marokkaner Mounir al-Motassadeq wegen Beihilfe zum Mord in über 3000 Fällen zu 15 Jahren Haft verurteilt.

**ARBEITSLOSIGKEIT** Die Bundesanstalt für Arbeit erwartet im Februar eine Zunahme der Erwerbslosigkeit, geht aber von einer Gesamtzahl von „deutlich unter fünf Millionen“ aus.

**DONNERSTAG, 20. 2.**

**UNGLÜCK II** 319 Menschen kommen bei Flugzeugabstürzen in Iran und Pakistan ums Leben, darunter Pakistans Luftwaffen-Chef Mushaf Ali Mir.

**UNGLÜCK III** Bei einem Brand in einem Musikclub in West Warwick (Rhode Island) kommen mindestens 95 meist junge Besucher ums Leben.

**FREITAG, 21. 2.**

**TARIFLOHN** Der absolute Mindeststundenlohn für Leiharbeit wird vom Bundesverband Zeitarbeit und dem DGB auf 6,85 Euro festgelegt. Die Regelstundensätze für Ungelernte liegen bei 8,40 beziehungsweise 10,40 Euro für Facharbeiter.

**SCHEIDUNG** Das Amtsgericht München erklärt die Ehe zwischen der Schauspielerin Uschi Glas und dem Filmproduzenten Bernd Tewaag für beendet.

**SPIEGEL TV**

**MONTAG, 24. 2.**  
**23.15 – 23.55 UHR SAT.1**

**SPIEGEL TV REPORTAGE**

**Die Sozialhilfe-Detektive**  
**Mit Kontrolleuren unterwegs in Berlin**  
In Zeiten leerer Kassen bekommen immer mehr Sozialhilfeempfänger Besuch vom so genannten Prüfdienst. In detektivischer Kleinarbeit wird ermittelt, ob die Ansprüche berechtigt sind. Im Bezirk Steglitz-Zehlendorf werden so jedes Jahr etwa 600 000 Euro eingespart.

**DONNERSTAG, 27. 2.**  
**22.20 – 23.15 UHR VOX**

**SPIEGEL TV EXTRA**

**Die letzte Rettung – Mietschuldenberater bei der Arbeit**  
Wenn sich die unbezahlten Rechnungen stapeln und das Geld immer knapper wird, sparen viele zuerst bei der Miete. Allein die Rostocker Wohnungsgesellschaft WIRO muss monatlich etwa 800 Fälle von nicht bezahlter Miete verkraften.

**SAMSTAG, 1. 3.**  
**22.00 – 23.55 UHR VOX**

**SPIEGEL TV SPECIAL**

**Feuersturm – der Bombenkrieg gegen Nazi-Deutschland**  
Knapp 60 Jahre nach Kriegsende hat in Deutschland eine neue Debatte begonnen:



*Alliierte Bomber*

Waren die verheerenden Bombardements der Alliierten auf deutsche Städte notwendige Kriegshandlungen mit unvermeidlichen Opfern unter der Zivilbevölkerung oder sinnlose Vergeltungsakte von Briten und Amerikanern?

**SONNTAG, 2. 3.**  
**21.50 – 22.40 UHR RTL**

**SPIEGEL TV MAGAZIN**

**Geheimer Aufmarsch im Nordirak – Beobachtungen unter amerikanischen Elitesoldaten und irakischen Rebellen; Operieren bis zum Umfallen – der 24-Stunden-Marathon eines Krankenhausarztes; Superstar für einen Tag – Zlatko und sein Leben nach „Big Brother“.**

**Nach der Explosion eines Tankschiffs im Hafen von Staten Island am Freitag steigen die Rauchwolken über hundert Meter hoch.**



MIKE SEGAR / REUTERS

SPIEGEL TV

## GESTORBEN

**Aleksandar Tišma**, 79. Der Sohn eines Serben und einer ungarischen Jüdin war gerade 18 Jahre alt, als er die Schlüsselerfahrung seines Lebens machte: Kroatische Nazis massakrierten in seiner Heimatstadt Novi Sad mehr als tausend jüdische Kinder, Frauen und Männer und warfen die leblosen Körper durch ein Loch in der zugefrorenen Donau in die eisigen Fluten. Der Massenmord wurde zum epischen Kern des literarischen Lebenswerks, das der gelernte Journalist Tišma seit den fünfziger Jahren schuf. Der illusionslose Titel von Tišmas Roman „Der Gebrauch des Menschen“ könnte auch das Motto seines Gesamtwerks sein, mit dem er sich in die Weltliteratur einschrieb: Wie ein Brennglas fokussiert es das epochale Scheitern des europäischen Humanismus. Aleksandar Tišma starb am 16. Februar in Novi Sad.



ECKHARD SCHULZ / AP

**Willi Hoss**, 73. In seinem bewegten Leben hat der charismatische, integre Politiker mehrfach und nahezu mühelos Gefolgschaft gefunden. Zuerst in Stuttgart, wo der gelernte Hochdruckschweißer als „richtiger Malocher“ zwölf Jahre lang „beim Daimler schaffte“ – dann katapultierten ihn seine Kollegen bei einer Betriebsratswahl als „oppositionellen Linken“ nach oben; die IG Metall schmiss den Arbeiter Hoss dafür raus. 1979 hob der belebte, überzeugungsstarke Ex-Kommunist, dem der DDR-Sozialismus von Herzen zuwider war, die Grünen mit aus der Taufe. Sieben Jahre lang gehörte der in Holland Geborene mit einer Unterbrechung dem Deutschen Bundestag an, ein „Realo“, charmant zu den Damen, mit der grünen Frauenfront über Kreuz. Ab Anfang der neunziger Jahre unterstützte Hoss im brasilianischen Regenwald mehrere erfolgreiche Selbsthilfeprojekte. 2001 verließ er wegen des Afghanistan-Konflikts die Grünen. Willi Hoss, Vater der Schauspielerin Nina Hoss, starb am 20. Februar in Stuttgart an Krebs.



BERND WEIBROD / DPA

**Walt Rostow**, 86. Wenn es denn einen bösen Geist des Vietnam-Kriegs gab, dann war es Walt Rostow, der Rhodes Scholar, der an der Elite-Uni Yale im zarten Alter von 24 Jahren promovierte und in Oxford und Cambridge amerikanische Geschichte

lehrte. Mitgestaltet hat er sie dann als Berater der Präsidenten John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson – mit fataler Konsequenz. Rostow war es, der im April 1961 als stellvertretender Sicherheitsberater im Weißen Haus Kennedy drängte, „die ganze Vietnam-Operation hochzufahren“. Als Planungschef des State Department setzte der Wirtschaftshistoriker drei Jahre später seine „Rostow-Doktrin“ durch – die Spirale immer heftigerer Schläge auch und vor allem gegen Nordvietnam. Als Johnsons Sicherheitsberater hatte der Super-Falke schließlich maßgeblichen Anteil daran, dass mehr als eine halbe Million GIs dort einen aussichtslosen Dschungelkrieg kämpften, in dem 58.000 Amerikaner und wohl 2 Millionen Vietnamesen ihr Leben verloren. Walt Rostow starb am 13. Februar in Austin (Texas).

**Isser Harel**, 91. Der gebürtige Russe, der den Mythos des israelischen Geheimdienstes Mossad begründete, begann im Apfelsinenhandel. Er ging in den jüdischen Untergrund und gewann das Vertrauen des späteren Regierungschefs David Ben-Gurion, der ihn 1952 zum Chef des neu gegründeten Mossad machte. Bald gab es keine arabische Hauptstadt mehr, in der nicht seine Spione saßen. Harel (Spitzname „Isser, der Kleine“) besorgte 1956 Chruschtschows berühmte Geheimrede gegen Stalin und enttarnte einen russischen Spion im Umfeld Ben-Gurions. Weltbekannt machte ihn die Jagd auf Nazi-Verbrecher Adolf Eichmann, den der Mossad 1960 von Argentinien zum Prozess nach Israel entführte. „Ich habe ein Geschenk für Sie“, meldete er dem Regierungschef, „Eichmann ist hier.“ Eine fragwürdige Operation gegen deutsche Wissenschaftler in der Vereinigten Arabischen Republik, bei der Briefbomben fünf Ägypter töteten, kostete ihn schließlich den Job. Isser Harel starb am 18. Februar in der Nähe von Tel Aviv.



GETTY IMAGES

**Ulrich Roski**, 58. Vor 30 Jahren gehörte der intellektuelle Liedermacher und Kabarettist mit Songs wie „Der kleine Mann von der Straße“, „Des Pudels Kern“ und „I'm a Lonesome Rider“ zu den ganz Großen seines Genres. Auf rund 20 Alben beschrieb der in Berlin-Wedding Aufgewachsene immer wieder den Alltag, häufig mit einem lakonischen Unterton und mitunter dadaistisch anmutend. Ulrich Roski, dessen Autobiografie „In vollen Zügen“ im vergangenen Jahr erschien, starb in der Nacht zum 20. Februar an den Folgen einer Krebserkrankung in Berlin.



**Jeb Bush**, 50, Gouverneur des US-Staates Florida und Bruder des Präsidenten der Vereinigten Staaten, hat bei seinem Besuch im Regierungssitz von José María



CHEMA MOVA / DPA

Aznar, Bush

Aznar dem „presidente de la República española“, dem „Präsidenten der spanischen Republik“, für seine Freundschaft und Hilfe gedankt. Das Lob für den gefügigen Ministerpräsidenten des Königreichs sprach der Amerikaner in fließendem Spanisch. Bush, der das spanische Königspaar von einem gemeinsamen Abendessen in seiner Gouverneursresidenz kennt, entschuldigte sich anschließend telefonisch bei König Juan Carlos für seinen

Lapsus, Spanien flugs in eine Republik umgetauft zu haben. Der König, stets gut gelaunt, trug Jeb Grüße auf „an deinen Bruder, den König von Amerika“.

**Thomas Griese**, 46, Staatssekretär für Umwelt und Naturschutz in Düsseldorf, hat sich den Zorn der bundesdeutschen Forstchefs zugezogen. Die finnische Regierung hatte 20 Oberförster zu einer Studienreise in Sachen Forstwirtschaft eingeladen, dazu gehörte auch – ein wenig versteckt im Reiseprogramm – ein Jagdausflug mit Elchjagd. Griese informierte seine Kollegen in den Bundesländern, dass der zweitägige Jagdausflug gegen die Richtlinien für Dienstreisen verstoßen könnte. Alle Forstchefs, bis auf den aus Hamburg, mussten daraufhin die Reise abkürzen; nur der Hamburger durfte mit Genehmigung des Staatsrates Volker Schlegel bleiben. Der mochte einen „privaten Charakter“ der Jagd nicht erkennen.

**Thomas Borer-Fielding**, 45, ehemaliger Schweizer Botschafter und letztjähriger Preisträger, hatte sich für die Verleihung des Ordens „Wider den tierischen Ernst“ am vergangenen Wochenende in Aachen einen Gag ausgedacht. Der in Potsdam lebende Schweizer, der durch zweifelhafte Aufnahmen eines Fotografen um die diplomatische Karriere gebracht worden ist, hatte sich als Paparazzo – mit typischer Weste und Fotoapparat – verkleidet unter den Pulk der Fotojournalisten gemischt.



Ehepaar Borer-Fielding

Beinahe hätte dieser Auftritt Borer-Fieldings, der von seiner schwangeren Frau **Shawne**, 33, begleitet wurde, aber mit einem Eklat geendet. Sicherheitskräfte trauten der Akkreditierung Borer-Fieldings nicht und drohten mit Rausschmiss. Den konnte ein wohl gesinnter AP-Fotograf gerade noch verhindern: „Nee, lasst mal. Der gehört dazu. Das ist der Borer. Der soll auch mal seinen Spaß haben.“

**Tony Blair**, 49, britischer Premierminister, und sein Innenminister **David Blunkett**, 55, spielten dieser Tage gemeinsam den Blues im Firth Park Community College in Sheffield, unterstützt von der Schulband. Der Regierungschef schlug die Gitarre, der



FRED PROUSER / REUTERS

Garner

**Jennifer Garner**, 30, US-Schauspielerin, die für ihre Rolle als knallharte Doppelagentin Sydney Bristow in der TV-Serie „Alias“ den Golden Globe erhielt, dreht auch auf der Leinwand mächtig auf – in dem Mitte März ins Kino kommenden 100-Millionen-Dollar-Film „Daredevil“. Wieder gibt es ausgeklügelte Kampfszenen, für die sie keine Stuntfrau braucht („90 Prozent der Stunts mache ich selbst“) – dank eines rigorosen täglichen Krafttrainings. Früher habe sie „das verletzliche Mädchen von nebenan“ gespielt. Jetzt aber liebe sie „die Power, die die Rolle der starken Frau“ mit sich bringe. Und: „Ich spüre einfach gern meine körperliche Kraft.“ Dennoch hofft sie, dass sie im wirklichen Leben nie von einem Angreifer attackiert wird. Sie sage „nur ungern, ich könnte mich selber schützen, denn was ist, wenn sich dadurch jemand animiert fühlte, es auszuprobieren?“ Aber auch dann könnte sie einen ihrer körperlichen Vorzüge einsetzen: „Ich kann ziemlich schnell laufen.“



Blair, Blunkett

Home Secretary bearbeitete das Schlagzeug. Blunkett habe mit „sauberen Beat“ überzeugt, hieß es. Ein Schüler bekräftelte die zwölftaktige Blues-Interpretation der beiden Politiker: „Sie waren nicht schlecht – aber sie hatten mehr Spaß als wir.“ Die „Times“ bat ihre Leser um Bildunterschriften zum fotografierten Musikereignis. Die Vorschläge reichten von Chris Reas „Road to Hell“ über den Titel der Sex Pistols „Anarchy in the UK“ bis zum am häufigsten genannten Labour-Wahlkampagnen-Song von 1997: „Things Can Only Get Better“.

**Nicolas Sarkozy**, 48, französischer Innenminister, will mit neuen Gesetzen und härteren Maßnahmen „unsichere Zeiten für Kriminelle“ schaffen, dabei stößt er auf den Widerstand junger Trend-Blätter. „Ich stehe nicht auf Sarko“, sagt eine Joint-Raucherin auf dem Titel des Jugendmagazins



„Nova“- , „Inrockuptibles“-Titel

zins „Nova“ und kritisiert damit die geplanten Haschisch-Kontrollen für Autofahrer. Auf einen Joint am Steuer sollen künftig bis zu zwei Jahren Gefängnis und 4500 Euro Geldstrafe stehen. Das Kulturmagazin „Inrockuptibles“ hatte vergangene Woche „Speedy“, wie der hyperaktive Minister von Polizisten und Presse auch gern genannt wird, als Dragqueen mit knallrotem Lippenstift und Ohrringen auf dem Cover. Das Blatt verurteilt das umstrittene Vorhaben, Prostituierte zu bestrafen, wenn sie Kunden auf der Straße anmachen – egal ob durch Worte, Kleidung oder Haltung. Sarkozy kann die Provokation gelassen hinnehmen, denn ein Großteil der Franzosen begrüßt den Aktionismus des Ministers: In der Popularitätsskala der Regierungsglieder steht der „Super-Flic“ Sarkozy ganz oben.

**Iris Basler**, 31, Ehefrau des umstrittenen Kaiserslauterer Fußballstars Mario Basler, vermittelt als Angestellte der Spielerberatungsagentur Rogon neuerdings edlen Schmuck zum Dumping-Preis an Profikicker. In einem dubiosen Rundbrief der Ludwigshafener Firma, die von ihrem Bruder Roger Wittmann geführt wird und rund hundert Spieler wie etwa Kevin Kurányi (VfB Stuttgart) betreut, heißt es: „Im Rahmen der Vorteilskooperation“ gebe es künftig für die Klienten nicht nur eine Rabattkarte, sondern auch ein Extra-Angebot:

Dank eines Direktvertrags mit einem Diamantenhändler würden „Schmuckstücke aller Art und in jeder Preiskategorie ab ca. 500 Euro, selbstverständlich ohne jede Begrenzung nach oben“ zu Sonderkonditionen offeriert – 40 bis 60 Prozent unter dem Ladenpreis. Auf Grund der „Exklusivität der Ware“ könne sie aus Sicherheitsgründen die Kontaktdaten der Händler leider nicht nennen, schreibt Frau Basler.

**Claire Tomalin**, 69, britische Schriftstellerin, erinnerte sich jetzt an ihr erstes Treffen mit dem vor kurzem im Alter von 82 Jahren verstorbenen ehemaligen Innenminister und Präsidenten der Royal Society of Literature, Roy Jenkins. Der Politiker und Biograf habe ihr damals gesagt: „Ich habe festgestellt, dass man selbst mit einem schweren Kater Regierungsgeschäfte erledigen und wirkungsvoll an Kabinettsitzungen teilnehmen kann.“ Aber wenn man nach durchzechter Nacht anderntags ein paar Seiten für das laufende Buchprojekt schreiben soll, dann „klappt das nicht“. Aus dieser Beobachtung habe Jenkins gefolgert: „Es ist leichter, ein Land zu regieren, als ein Buch zu schreiben.“

**Ljudmila Putina**, 45, Ehefrau des russischen Präsidenten Wladimir Putin, übernahm den Vorsitz eines Zentrums für die Entwicklung der russischen Sprache. Eine ihrer ersten ehrenvollen Aufgaben ist es, die Kampagne anzuführen, die sich optimistisch „Eine Welt ohne Schimpfwörter“ nennt. „Viele junge Leute können sich kaum noch unterhalten, ohne ein obszönes Wort zu gebrauchen“, beklagt sich Galina Makarowa, Dekanin der Linguistischen Abteilung an der Universität



Putina

der Stadt Wladimir, von wo aus der sprachliche Reinigungsprozess vergangene Woche seinen Ausgang nahm mit Zitaten aus der europäischen Literatur auf Plakatwänden und der Aufforderung an Studenten, in Essays den Gebrauch von Kraftausdrücken zu brandmarken. „Ljudmila Putina liegt die Sauberkeit unserer Sprache am Herzen, und ihr Einsatz wird die jungen Leute positiv beeinflussen“, hofft Frau Makarowa. Doch herrscht allenthalben Amüsement über den Kontrast zwischen Frau Putinas Engagement in Wladimir und den Äußerungen ihres Wladimir. Denn Präsident Putin pflegt bei Problemen in seinem Reich durchaus zu Kraftausdrücken zu greifen, etwa wenn es um Tschechen geht. „Wir werden die tschechischen Rebellen aufstöbern, selbst wenn sie auf ihren Scheißhäusern hocken“, tönte er schon mal. „Bevor Ljudmila die Leute im Lande belehrt“, so Wiktor Peschkow, Mitglied der Duma, „sollte sie besser ihren Ehemann unterweisen, ein sauberes Russisch zu sprechen – zumindest in der Öffentlichkeit.“

Aus den „Stuttgarter Nachrichten“: „Es müsse alles getan werden, damit vor allem in den kleineren Betrieben die Arbeitslosigkeit abgebaut werde.“

## Bürgermeisterin Schubert sorgt für Panda-Nachwuchs

Aus der „Berliner Morgenpost“

Aus dem „Münchner Merkur“: „Nachdem Bundesagrarministerin Renate Künast und Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit vom weltgrößten Brie-Käse aus dem Allgäu gekostet hatten, warnte Bayerns Agrarminister Josef Miller vor den dramatischen Folgen.“

Aus der Zeitschrift „Auto & Reise“: „Porsche-Liebhaber, die aus Gründen der Fahrzeugkapazität bisher auf Kinder oder Transportraum beanspruchende Hobbys verzichtet haben, können sich künftig frei entfalten...“

## Selbstverteidigung für Frauen Kickboxen – Anti-Terror-Kampf Sauna / Solarien und Sonnenduschen Geräumige Cafeteria

Aus dem Programm des Berliner „Sportstudio Polzfuss“

Aus der „Hessischen Allgemeinen“: „Dabei soll es sich unter anderem um den Kopf der Drogenszene der 140 000 Einwohner zählenden Stadt nahe der Mittelmeerküste handeln. Außerdem soll den Fahndern die rechte Hand des Mannes ins Netz gegangen sein.“

Aus der „Badischen Zeitung“: „140 000 Indianer leben im Amazonas-Gebiet. Es gibt noch wilde Stämme, aber die meisten Indios leben zivilisiert wie du und ich. Nur ihre Feste feiern sie traditionell in Bastrock und mit Kriegsbemalung.“

## Polizei aktiver: Mehr Taten

Kriminalität leicht gestiegen / Minister optimistisch

VON CHRISTIAN WOHLER  
sehen) keine Straftaten. Besonders viele Kleindelikte, fi

Aus dem „Elbe Report“

**Zitate**

*Der Branchendienst „w&v“ zum SPIEGEL-Interview mit Bertelsmann-Aufsichtsrat Gerd Schulte-Hillen über Reinhard Mohns Managerschelte und die Macht in Gütersloh „Konzern – ,Mut ist vorhanden““ (Nr. 8/2003):*

Kritische Äußerungen seines Aufsichtsratschefs Gerd Schulte-Hillen werden für den Medienriesen Bertelsmann zu einem Kommunikationsproblem. Zunächst hatten die PR-Strategen die neue Hauptrolle von Liz Mohn im Konzern erfolgreich verkauft. Nach Schulte-Hillens Interview im SPIEGEL wird der neue Unternehmenskurs jetzt deutlich kritischer gesehen. „Ein Mann steht auf“, titelte die „FAZ“, „Zurück in die Zukunft“, schlagzeilte das „Handelsblatt“. Oliver Herrgesell, Unternehmenssprecher bei Bertelsmann, möchte das jüngste Presseecho nicht kommentieren.

*Die Wiener „Presse“ über die Auseinandersetzung in der SPD-Bundestagsfraktion zwischen Hans-Ulrich Klose und Gerhard Schröder „Du solltest dich schämen!“ (Nr. 8/2003):*

Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder wiederum bevorzugt eine andere als die Hintern-voraus-Methode. Er stürzt sich mit seiner ganzen Masse auf Kritiker, auch solche aus seiner eigenen Partei. Man lese nur das im neuen SPIEGEL abgedruckte Wortprotokoll einer SPD-Fraktionssitzung nach, während der es der frühere sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Hans-Ulrich Klose gewagt hatte, den außenpolitischen Amateurismus des Kanzlers zu kritisieren. Klose muss sich nach Schröders Reaktion vorgekommen sein, als sei er mitten in einen Watschenbaum gelaufen.

*Die „Zeit“ zum ersten Hochschul-Ranking des SPIEGEL „Die neuen Unis sind die besten“ (Nr. 50/1989):*

Wettbewerb zwischen den Hochschulen gab es bis Ende der achtziger Jahre lediglich in der Forschung. In der Lehre pflegten wir die Fiktion, alle Hochschulen würden gleiche Qualität bieten... Es ist das Verdienst des SPIEGEL, 1989 mit dem ersten Ranking für Deutschland Unterschiede in der Lehrqualität aufgedeckt zu haben. Zwar wurde zunächst nur der Wettbewerb zwischen den Zeitschriften stimuliert, die mit immer neuen Rankings trotz eher zweifelhafter Methoden auf eine erstaunliche Resonanz bei ihren Lesern stießen. Zwischenzeitlich haben die jährlichen Hochschul-Rankings aber methodisch einen derartigen Standard erreicht, dass sie tatsächlich den Wettbewerb unter den Hochschulen anreizen.